Freitag, 24. Juni

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: D. H. Sarnetzki, für den Handelsteil: Oskar Schmidt, für den Anzeigenteil: Albert Friedrich; Verleger und Drucker: M. DuMont Schauberg. Chefredakteur: Ernst Posse, alle in Köln.

Haupt-Geschäftsstelle: Köln, Breite Straße 64. — Postscheck-Konto 250.

Zweigstellen in Berlin:
Redaktion Berlin NW 7, Unter den Linden 39, F. Zentrum 2464. Geschäftsstelle für Anzeigen, Zeitungsbezug bei B. Arndt, Generalvertreter für Nord- und Ostdeutschland, Berlin W, Mohrenstraße 26, F. Zentrum 7148.

Vertretungen: Aachen Th. Naus. Baden Ernst Brockhoff. Bielefeld Jak. Vowinckel. Bochum Bocken & Preese. Bonn und Godesberg H. Rosiefsky. Bremen Herm. Wilker, Wilh. Scheller. Brühl E. Müller. Cleve Friedrich Bäcker. Dortmund K. Mestemacher. Düren M. Donnhecker. Düsseldorf D. Schürmann. Duisburg F. Schatz. Elberfeld und Barmen Jakob Vowinckel. Essen Eduard Krause. Frankfurt a. M., Schillerplatz, Jakob Mayer, Generalvertreter für süddeutschland. Gummersbach F. Hellemanns. Hagen G. Geerkens. Hamburg Otto Hornicke. Hannover Schlitte & Härdrich. Köln-Kalk Herm Berger. Köln-Bayenthal Erw. Müller.

Kölnische Zeitung

Erste Morgen-Ausgabe

Fernsprecher: Nr. A 5361 - A 5362 - A 5363 — A 5364 - A 5365 - A 5366 - A 5367. — Redaktion, Geschäftsstelle für Zeitungsbezug und Anzeigen sowie Druckerei sind durch jede dieser 7 Fernsprechleitungen zu erreichen.

Geschäftsstunden: Redaktion von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, Geschäftsstelle für Zeitungsbezug und Anzeigen 8—12 Uhr vormittags und 3—7 Uhr nachmittags. Druckerei 8—1 Uhr vorm. und 3—6½ Uhr nachm.

Täglich 3 Ausgaben, Sonntags und Montags 2 Ausgaben, Mittwochs und Samstags eine Beilage: Literatur- und Unterhaltungsblatt. In der Montag-Morgenausgabe und Donnerstags besondere Abteilung „Sport und Spiel".

Einzelverkaufspreis für Köln 40 Pfg., für auswärts 50 Pfg.

1921 — Nr. 449

Monatlicher Bezugspreis: in Köln 10,— ℳ, einschließlich Bestellgeld, bei den auswärtigen Vertretungen 10,50 ℳ, einschließlich Bestellgeld, bei den deutschen Postanstalten 12,— ℳ, einschließlich Bestellgeld.

Preis für die Anzeigenzeile od. deren Raum 4 ℳ, mit 25% Teuerungszuschlag. Preis für die Reklamezeile oder deren Raum 12 ℳ, kein Teuerungszuschlag. Stellengesuche u. Familienanzeigen die Zeile 4 ℳ, kein Teuerungszuschlag.

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Vertretungen: Köln-Deutz Eduard Kipp. Köln-Ehrenfeld I H. Aeckersberg. Köln-Ehrenfeld II F. Aeckersberg. Köln-Lindenthal W. Braun. Köln-Mülheim Hubert Kleiser. Köln-Nippes C. Hommer. Köln-Sülz Peter Braun. Koblenz Carl Heidenheim. Krefeld J. F. Houben. Lennep Ad. Mann. Mainz D. Frenz G. m. b. H. Mannheim D. Frenz G. m. b. H. Mülheim (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl. M.-Gladbach E. Schellmann. Neuß H. Garenfeld. Neuwied Felix Trumm. Remscheid C. A. Kochenrath. Rheydt O. Berger. Ruhrort Andreae & Co. Saarbrücken 3 C. Schäfer. Siegburg A. Fritz. Solingen Ed. Elven. Wiesbaden D. Frenz G. m. b. H.

Der Streit um das Burgenland.

Von unserm eignen Berichterstatter.

✡ **Wien**, im Juni.

Die Verhandlungen zwischen Ungarn und Deutschösterreich, die unlängst in Wien wieder aufgenommen worden waren, haben ein schnelles Ende gefunden. Die ungarische Abordnung machte den deutschösterreichischen Unterhändlern einen Vorschlag, wonach unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten und der ethnographischen Verhältnisse über Westungarn neue Gebietsabmachungen getroffen werden sollten, nötigenfalls durch Vermittlung der Botschafterkonferenz. Unter diesem Vorschlage verbarg sich das Ansinnen, den wichtigsten Teil des Deutschösterreich zugesprochenen Burgenlandes, Ödenburg mit dem Gebiet bis zur steirischen Grenze, Ungarn zu belassen, so daß Deutschösterreich von dem ganzen Burgenland nur der schmale Streifen zwischen Leitha westlich und Westufer des Neusiedler Sees und dessen südlicher Verlängerung östlich verblieben wäre. Als Entgelt für diesen Verzicht boten die Ungarn Lieferung namentlich von Getreide und Futtermitteln an, sowie geeignete Vorsorge für die sprachliche, nationale und kulturelle Entwicklung der bei Ungarn verbleibenden deutschen Bevölkerung. Die deutschösterreichische Bundesregierung hat darauf aber umgehend mit einem glatten Nein geantwortet: die wirtschaftlichen und nationalen Anerbietungen könnten nicht als Gegenleistungen für etwaige territoriale Verzichte Deutschösterreichs aufgefaßt werden. Zu Verhandlungen über den Verlauf des neuen Grenzzuges sei sie nach wie vor bereit, müsse jedoch an dem Standpunkte festhalten, daß diese Verhandlungen sich nur im Rahmen der Friedensverträge und der wiederholten Entscheidungen der Botschafterkonferenz bewegen könnten. Selbstverständlich dürfte dadurch die unmittelbar nach Inkrafttreten des Friedensvertrags von Trianon zu vollziehende Räumung und Übergabe des Gebiets nicht verzögert werden. Damit war natürlich die Verhandlung zu Ende. Von deutschösterreichischer Seite erfolgte die Absage sowohl wegen des unerschütterlichen Festhaltens an den Bestimmungen des Vertrags von St. Germain, als auch wegen der Unzulänglichkeit der ungarischen Gegenleistungen. Überschüsse über seinen eignen Bedarf wird das verstümmelte Ungarn nicht so bald haben, und wenn es solche haben wird, die aber ganz gewiß nur einen Bruchteil des Bedarfs Deutschösterreichs decken könnten, wird es froh sein, wenn sie ihm Deutschösterreich neben dem beständig wachsenden südslawischen und rumänischen Angebot abnimmt. Die madjarischen Versprechungen einer bessern Behandlung der deutschen Bevölkerung Ungarns finden aber nach so bösen Erfahrungen in der Vergangenheit in Deutschösterreich überall ungläubige Ohren.



Das geschlossene deutsche Sprachgebiet von Deutschwestungarn umfaßt nach der madjarischen Volkszählung von 1910 auf 5,297 km² in 383 Gemeinden 484 182 Einwohner, darunter 312 741 Deutsche. Davon verliert es nach dem Friedensvertrag von St. Germain

Deutsche Gemeinden	Fläche in km²	Deutsche Bewohner
an die Tschecho-Slowakei 9*	174	39 375
an Ungarn 17	506	18 249
an Südslawien 3	8	918
im ganzen 29	688	58 542

Außerdem verliert es die vier urdeutschen, erst in letzter Zeit gewaltsam madjarisierten Städte: Ung. Altenburg, Wieselburg, Güns und St. Gotthard, sowie eine Reihe kleinerer Gemeinden, alle zusammen mit 3485 deutschen Bewohnern. Es gelangen daher insgesamt 67 027 Deutsche des geschlossenen deutschwestungarischen Gebiets unter Fremdherrschaft.

*) Darunter die Stadt Preßburg mit 32 790 deutschen Bewohnern.

Bei diesem Verhalten hat die Regierung alle Volksschichten und Parteien Deutschösterreichs hinter sich. Nicht einmal die eingeschworenen Schwarzgelben wagen offen Einwendungen dagegen zu machen. Nur ihrem auf die Wiederaufrichtung des Habsburgerreiches abzielenden Streben erscheint diese Landspende des Friedensvertrags als ein von teuflischer List geworfener Zankapfel, dazu bestimmt, Deutschösterreich und Ungarn in dauernder Feindschaft zu erhalten. Aber sie haben es aufgegeben, es laut zu sagen. Alle andern glauben vielmehr, daß Ungarn trotz dieser Landminderung den Zusammenhang mit Deutschösterreich wieder werde suchen müssen, wenn es von dem es einkapselnden slawisch-rumänischen Ringwall nicht erdrückt werden wolle. Und sie sind davon überzeugt, daß es den Verlust dieses Gebiets, das weder zu dem tausendjährigen Besitz des Arpadenreiches gehört (erst 1647 verschacherte es ihm Ferdinand III.), noch eine madjarische Bevölkerung hat, noch mit seinem Heideland besonders wertvoll ist, schließlich verschmerzen wird. Für Deutschösterreich ist es dagegen aus mehrern Gründen ein notwendiger Zuwachs. Der Hauptgrund ist der ideelle. Dort im Burgenland jenseit der Leitha wohnen Deutsche desselben Stammes, derselben Sprache, derselben Vergangenheit wie diesseit der Leitha. Nur eine Laune der Geschichte hat sie durch eine willkürliche Grenze von ihren Stammesgenossen getrennt, und bis zum österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867, wo die scharfe Madjarisierungspolitik des modernen Ungarns begann, haben sie diese Grenze kaum gespürt. Sollte nun in dem Augenblick, da die österreichisch-ungarische Monarchie unter der Losung des völkischen Selbstbestimmungsrechts in Trümmer gelegt wurde, ausgerechnet das deutsche Volk innerhalb dieser Monarchie von dem nationalen Zusammenschluß ausgenommen sein, sogar an der Stelle, wo es hüben und drüben ein zusammenhängendes Ganzes bildete? Deshalb erhob sich in Deutschösterreich in allen Parteilagern die Forderung, das Burgenland solle durch freie Volksabstimmung entscheiden, ob es bei Ungarn bleiben oder mit Deutschösterreich vereinigt werden wolle. Ungarn weder unter Karolyi noch unter Bela Kun wollte indes davon etwas wissen, denn es erkannte so wenig wie vor dem Zusammenbruch das nationale Selbstbestimmungsrecht, das es den Madjaren in ihrem Verhältnis zur Gesamtmonarchie selbstverständlich zubilligte, innerhalb der alten ungarischen Grenzen irgendeiner andern Nationalität, also auch nicht der deutschen, zu und hielt fest an der Unversehrbarkeit des Gebiets der heiligen Stephanskrone. Die deutschösterreichische Friedensabordnung drang in St. Germain mit ihrem Antrag auf Volksabstimmung im ganzen Burgenland, wie erinnerlich, nicht durch. Von dessen vier Gespanschaften nahmen sich die Tschechen bekanntlich das linksdonauische Preßburg und den rechts der Donau liegenden Teil der Gespanschaft Wieselburg. Auch den Rest hätten sie in Gemeinschaft mit den Südslawen gern in Besitz genommen, um einen Korridor von und zu diesen zu erlangen und die Madjaren um so sicherer von Deutschösterreich abzuschnüren. Aber das bewilligte ihnen die Friedenskonferenz nicht. Diese nahm vielmehr eine neue Teilung vor, wies den westlichen Rest der Gespanschaft Wieselburg, den größten Teil der Gespanschaft Ödenburg und den nordwestlichen Zipfel der Gespanschaft Eisenburg, Gebiete mit überwiegend deutscher Bevölkerung, Deutschösterreich zu und behielt den östlichen Rest aller drei Gespanschaften Ungarn vor. Wohlwollen mit den Deutschen und Deutschösterreich war es gewiß nicht, was diese Entscheidung eingab. Die Tschechen hatten dabei die strategische Sicherung von Preßburg im Süden im Auge durch Entziehung eines gedeckten ungarischen Aufmarschraumes. Die Hoffnung auf Entzweiung Deutschösterreichs und Ungarns spielte natürlich auch mit. Deutschösterreich mußte wohl oder übel mit dem schmalen Landstreifen fürliebnehmen, hatte nun aber natürlich keinen Grund mehr, für diesen Bruchteil eine Volksbefragung zu verlangen, sozusagen verbänglerischer zu sein als der Verband. Und an dieser Auffassung hat sich auch nichts geändert seit dem Übergang der Führung von den Sozialdemokraten auf die Christlichsozialen, zur großen Enttäuschung der Madjaren, die von den letztern eine Schwenkung zu ihren Gunsten erhofft hatten. Das ideelle Moment der Wiedervereinigung mit einem abgesprengten Volksteil war zu mächtig, um nicht auch die deutschösterreichischen Christlichsozialen, die Geistesverwandten der inzwischen in Ungarn zur Herrschaft gelangten Christlichnationalen, sich dienstbar zu machen.

Aber neben diesem ideellen Grunde gibt es noch andere, die Deutschösterreich für den Anschluß des Burgenlandes geltend macht. In strategischer Hinsicht ist das Burgenland das Glacis von Wien. Durch den Zerfall der alten Monarchie ist Wien, bisher die Hauptstadt des Reiches in wohlgeschützter zentraler Lage, fast Grenzstadt geworden. Es braucht ein größeres Vorland, um gegen immerhin noch mögliche Angriffe von Osten besser geschützt zu sein. Bei der heutigen Nähe der Grenze genügt ein Handstreich, um sich in den Besitz der Stadt zu setzen. Wichtiger aber noch ist die wirtschaftliche Bedeutung des Gebietes für Wien. Das Burgenland war von je Wiens Gemüsegarten. Auch Eier, Geflügel, Obst und Kartoffeln kamen massenhaft von dort nach Wien. Die Ungarn versichern, auch bei Fortdauer der ungarischen Staatshoheit würde sich daran nichts ändern. Aber bisher haben sie jedenfalls nichts getan, um den Glauben an diese Versicherung zu stärken. Denn sie halten die Grenze gesperrt und unter strenger Bewachung, der schon mancher arme Teufel bei einer heimlichen Grenzüberschreitung zum Opfer gefallen ist. Und mit madjarischen Versprechungen hat man überhaupt im alten Österreich zu schlechte Erfahrungen gemacht. Drum zieht es Deutschösterreich vor, dieses wichtige Versorgungsgebiet in eigner Verwaltung zu haben.

Die Madjaren haben nichts unversucht gelassen, um das Schicksal des Burgenlandes zu ihren Gunsten zu wenden. Eines der Mittel, die sie dazu angewandt haben, ist die Verbreitung des Märchens, die Deutschen des Burgenlandes hätten keinen heißern Wunsch als bei Ungarn zu bleiben. Das Elend, das ihnen in Deutschösterreich bevorstehe, schrecke sie ab; außerdem fürchteten sie, von den verhungerten Wienern ausgeplündert zu werden; vor allem aber hingen sie mit ihrem Herzen an ihrem alten Vaterlande, das ihnen ohnehin immer ihre volle Freiheit gelassen und mit Liebe für sie gesorgt habe. Mit der Wahrheit hat's der Madjare nie so genau genommen, wenn es den Ruhm des ungarischen Vaterlandes galt. Das Elend, das den Burgenländern in Deutschösterreich bevorstünde, wäre jedenfalls nicht größer als das, was ihnen die madjarischen Machthaber seit dem Umsturze bereitet haben. Von staatsbürgerlicher Freiheit spüren sie auch unter dem christlichnationalen Kurs nichts. Das Standrecht wird aufs strengste gehandhabt. Die Zeitungszensur sorgt dafür, daß die wahren Vorgänge nicht in die Öffentlichkeit kommen und die ungarische Verwaltung im besten Lichte geschildert wird. In den Schulen darf wie früher Deutsch nicht gelehrt und nicht gesprochen werden, die Selbstverwaltung ist eine Farce. Beschlüsse gegen den Anschluß werden in den Gemeindestuben unter Drohungen erzwungen. Diese gefälschte öffentliche Meinung und diese erpreßten Gemeindebeschlüsse werden dann draußen als Beweise für die Anhänglichkeit der Burgenländler an Ungarn verbreitet, zum Teil durch eigne Abordnungen madjarisierter Burgenländler, deren eine auch München und Berlin besucht hat. Aber die madjarischen Methoden sind nun im Auslande doch schon besser bekannt als ehemals. Der Liberalismus, den die Madjaren dem Auslande immer vorzutäuschen verstanden, ist inzwischen entlarvt worden. Und so sind alle diese Mittel, um die Verbandsgewaltigen umzustimmen, unwirksam geblieben; der Verband hat klipp und klar erklärt, daß es bei den Bestimmungen des Vertrags von Trianon zu bleiben und daß Ungarn nach dessen Ratifizierung das Burgenland dem Verbande zu übergeben habe, damit es dieser Deutschösterreich ausliefere. Man darf heute nach all diesen schweren Leiden ohne weiteres davon überzeugt sein, daß die Deutschen des Burgenlandes, abgesehen von den paar Abtrünnigen, die für die Zulassung zur Regierungskrippe ihr Volkstum abgeschworen haben, den Tag des endlich vollzogenen Anschlusses an Deutschösterreich wie eine Erlösung begrüßen werden. Die Wahlen zum deutschösterreichischen Nationalrat, die nach der Übernahme des Landes durch die Wiener Bundesregierung sogleich ausgeschrieben werden sollen, werden das aller Welt in unzweideutiger Weise kundtun.

Nordschleswig und die deutsche Revolutionsregierung

In Nr. 350a vom 15. Mai haben wir unter dieser Überschrift einen Auszug aus einem in der Zeitschrift Tilskueren erschienenen Aufsatz des Dänen Aage Friis abgedruckt. Auf das, was Friis da „enthüllte", antwortet jetzt Graf Brockdorff-Rantzau in der Deutschen Allgemeinen Zeitung; er schreibt u. a.:

1. Professor Friis suchte mich, wie er selbst berichtet, im November 1918, bevor er nach Berlin reiste, als Privatmann auf, um das Paßvisum zu erhalten. Da er ohne amtlichen Auftrag kam, habe ich selbstverständlich mit ihm nicht „verhandelt", sondern lediglich einen unverbindlichen Gedankenaustausch herbeigeführt; ich war dazu nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, weil Professor Friis sich erboten hatte, den chauvinistischen Strömungen in Dänemark entgegenzutreten. So sagte er mir unter anderm, er werde dafür eintreten, daß die Dänen sich nicht, nachdem der Verband gesiegt habe, uns gegenüber wie die „Schakale" benähmen. Bereits damals stand fest, daß die Alliierten nach dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands entschlossen waren, Nordschleswig an Dänemark zu geben. Es handelte sich also darum, ob die schleswigsche Frage von unsern Feinden entschieden werden sollte, oder ob über ihre Lösung eine direkte Verständigung mit Dänemark herbeigeführt werden konnte. Ich habe versucht, eine unmittelbare deutsch-dänische Verständigung zu ermöglichen und zu verhindern, daß die Lösung durch ein Diktat des Verbandes nach den Wünschen der dänischen Nationalisten erfolgte.

2. Ich habe niemals erklärt, wie Professor Friis behauptet, „ich sehe ein, daß die Grenze verschoben werden müsse", sondern lediglich von der Möglichkeit einer Volksabstimmung gesprochen, und zwar einer freien und gerechten Abstimmung, deren günstiges Resultat für Dänemark keineswegs feststand.

3. Was schließlich die Form anlangt, in der unsre Unterredung sich nach den „Enthüllungen" des Professors Friis vollzogen haben soll, so weise ich unbedingt die schwächliche und geradezu klägliche Rolle zurück, die Herr Friis versucht, mich spielen zu lassen. Und ich bin sicher, kein Mensch in Dänemark, der mich kennt, selbst nicht der ärgste Chauvinist wird glauben, daß ich mir, auch nach dem Zusammenbruch, einen derartigen Ton von einer offiziellen Persönlichkeit, geschweige denn von einem Privatmann, hätte bieten lassen.

Graf Brockdorff fügt hinzu, er habe seinen Standpunkt in der nordschleswigschen Frage wiederholt dargelegt, zuletzt in dem Anfang d. J. erschienenen „Volkskommentar des Friedensdiktats von Versailles". Er führt den betreffenden Abschnitt noch einmal wörtlich an und schließt: „Wer behauptet, daß ich von der hier vorgezeichneten Linie auch nur um Haaresbreite in amtlichen oder außeramtlichen Verhandlungen, in inoffiziellen oder privaten Gesprächen abgewichen bin, sagt bewußt oder unbewußt die Unwahrheit."

Der deutsche Selbstschutz.

✻ **An der oberschlesischen Front**, 21. Juni.

Heute nachmittag hat der englische Militärbefehlshaber, General Henniker, den Führer des deutschen Selbstschutzes, General Höfer, in sein Hauptquartier nach Groß-Strehlitz berufen, um mit ihm zu einer — möglicherweise endgültigen — Einigung über die militärischen Angelegenheiten zu gelangen. Worauf es im Kern ankommt, ist schon wiederholt gesagt worden: Zurückziehung des Selbstschutzes und gleichzeitiges Antreten der englischen, italienischen und, vielleicht, auch französischen Bataillone in Richtung auf den Industriebezirk. In der Erwartung nun, daß sich die Parteien auf dieses Abkommen einigen würden, das, um es noch einmal zu wiederholen, den Deutschen das denkbar schwerste Opfer auferlegt, und das nur im Hinblick auf die unter Korfantys Faust stöhnenden Deutschen des Industriebezirks gebracht werden darf und zu verantworten ist: in dieser Erwartung sind schon seit einigen Tagen Veränderungen des militärischen Bildes eingetreten. Die deutsche Front, die ja schon in ihrer ursprünglichen Gestalt keineswegs eine geschlossene Linienführung aufwies, sondern, außer der großen Lücke in der Mitte, im wesentlichen aus einer großen Anzahl einzelner Stützpunkte bestand, zwischen denen sich die militärischen Verrichtungen auf Wegekontrolle und Aussetzung vereinzelter Posten beschränkten, diese Sperrkette hat sich nunmehr gewissermaßen an ihren beiden Endpunkten in sich selbst aufgerollt, so daß etwa in Gegend Rosenberg im Norden, bei Ratibor im Süden die Stoßkraft unsrer Freiwilligen konzentriert, an der ganzen übrigen Front dagegen der deutsche Selbstschutz als militärischer Faktor im wesentlichen ausgefallen ist. Statt seiner haben sich einzelne englische und italienische Bataillone in die Linien geschoben, freilich ohne bisher auch nur einen Schritt über die bisherige Front hinaus getan zu haben; auf den Vormarsch, auf die Befreiungsaktion wartet das deutsche Volk Oberschlesiens auch heute noch vergebens!

Wenn man die Frontlinie entlangfuhr, wozu mir reichlich Gelegenheit gegeben worden ist, dann begegnete man in den allerletzten Tagen häufig geschlossenen Trupps, die in tadelloser Ordnung, mit wehenden Fahnen und kriegsmäßigem Gepäck in südlicher oder nördlicher Richtung marschierten, wohin sie der Befehl der Leitung rief. Welche Aufgaben ihrer dort noch harren, wie lange die Verbände an sich noch zusammenbleiben werden, das hängt nicht von ihnen, sondern von der Entwicklung der Dinge ab, hauptsächlich aber wohl davon, ob und in welchem Umfang die Verbündeten gewillt und in der Lage sein werden, den Schutz der Deutschen Oberschlesiens mit ihren Kräften durchzuführen. Sollte ihnen dieses nicht möglich sein, dann allerdings werden unsre Landsleute hier wiederum zum Selbstschutz ihre Zuflucht nehmen müssen; denn keinem Volk kann die ungeheuerliche Zumutung gestellt werden — und sie zu ertragen, wären die Schlesier sicherlich die letzten —, daß es sich einem fanatischen und zügellosen Feind wehrlos überantworte. Die letzten Wochen hier haben wahrhaft erhebende Offenbarungen vaterländischer Opferbereitschaft und todesmutiger Heimattreue gebracht, Offenbarungen zudem, die unter ungeheuern Schwierigkeiten sachlicher und persönlicher Natur zustandegekommen und daher als Kundgebungen eines ungebrochenen nationalen Willens besonders hoch zu bewerten sind. Man lese nur den Anzeigenteil schlesischer und andrer Blätter! Wie in den Kriegsjahren fallen uns dort die schwarzgeränderten langen Reihen ins Auge, die von dem Heldentod vieler, vieler „Heimattreuer" Zeugnis ablegen. Meistens junge, oft blutjunge Menschen: Schüler, Handlungsgehilfen, Arbeiter, Studenten, Handwerker, mit einem Wort Angehörige und Blutzeugen aller Stände und Klassen. Was sie alles in diesen Wochen geleistet und erduldet haben, davon gibt der alltägliche kurze Frontbericht nur mangelhaft Kunde. Man muß schon die deutsche Stellung bei Zembowitz (im Kreise Kreuzburg) selbst besucht und mit den erfahrenen Augen des alten Feldsoldaten gesehen haben, wie dort mit kläglichen Mitteln und behelfsmäßigen Einrichtungen Großes geleistet wurde, als man den Ansturm eines stärkern und verschlagenen Gegners immer wieder abschlug. Man muß auf dem Annaberg (unweit Kosel) gestanden haben, um die Schwierigkeiten des Sturms bemessen zu können, der den deutschen Selbstschutz am 21. Mai in den Besitz der wichtigen Höhe brachte. In Stärke von schätzungsweise 1500 Mann hielten die polnischen Aufrührer, gestützt auf Artillerie, den Annaberg, der über seine taktische Bedeutung hinaus schon um seines symbolischen Wertes willen — er trägt ein vielbesuchtes Wallfahrtskloster — unter allen Umständen in polnischem Besitz bleiben sollte. Ein glänzend angesetzter und mit frischem Draufgängertum durchgeführter Angriff warf sie hinunter. Nicht ohne schwere blutige Verluste wurde dieser Erfolg erreicht, und sie machen es auch verständlich, daß gerade hier die Räumungsforderung der Interalliierten Kommission so überaus bitter empfunden wird. Und auf der andern Seite mußte man wohl die psychologische Wirkung eines solchen Verlangens abzuschätzen, das, zweifellos in wohlberechneter Absicht, immer wieder in den Vordergrund geschoben und zur conditio sine qua non erhoben wurde. Man versteht sich dort überhaupt ganz gut auf soldatische Organisationsfragen und Gedankengänge, man weiß sehr wohl, daß eine ohne jegliche Zwangsgewalt zusammengehaltene und auf freiwilliger Initiative und freiwilliger Ordnung des einzelnen aufgebaute Truppe innerlich Schaden nehmen muß, wenn man ihr, ganz abgesehen von dem strikten Verbot jedes Vorgehens, auch noch die berechtigte Genugtuung über errungene Vorteile beschneidet und das Unterpfand des Erfolgs in ein Symbol der Demütigung verwandelt. Auch die schlesischen Selbstschutzmänner sind nur Menschen, junge Menschen zudem, die gewiß alle unter dem gemeinsamen Antrieb der heißen Liebe zur engen und zur deutschen Heimat stehen, die aber auch von Gefühls- und Willensregungen andrer Art nicht frei sind und ihrem Einfluß um so eher unterliegen können, wenn, wie hier, Zucht und Gehorsam zumeist aus freiem Entschluß jedes einzelnen, allenfalls noch aus der Autorität des Führers, nicht aber aus einer unpersönlichen, konkreten Macht hervorgehen. Idealismus und Selbstzucht haben unsre Freiwilligen zu ihren prächtigen, im Buch der vaterländischen Geschichte für alle Zeit verewigten Taten befähigt; möchten sie ihnen auch treu bleiben in einer Zeit, die, um des Ganzen willen, schwere Opfer an Selbstüberwindung und Selbstbescheidung von ihnen heischt.

DZB **Oppeln**, 23. Juni. (Telegr.) Die Lage im oberschlesischen Industriegebiet ist nach wie vor ernst. Nach zuverlässigen Mitteilungen nehmen die Polen hier Neuformierungen und Umgruppierungen der Streitkräfte in verschiedenen Gegenden vor. Um Rybnik heben die Aufrührer Schützengräben aus, wozu hauptsächlich Deutsche herangezogen werden, darunter auch 50 Frauen aus Czerwionka. Angriffsabsichten der Aufrührer auf die großen Städte des Industriebezirks, die noch immer von ihnen eingeschlossen sind, bestehen weiter. Die Verzweiflung der Bevölkerung dieser Städte ist kaum noch zu schildern. Im Rücken der Aufrührer bilden sich kommunistische Banden, die Angriffsabsichten zeigen. Kampfhandlungen fanden nur in kleinerm Umfange bei Nachow statt, wo ein kleiner Angriff der Aufrührer abgeschlagen wurde.

Aus den besetzten Gebieten.

* **Kelsterbach a. M.**, 22. Juni. Ein zu der hiesigen Garnison, die hauptsächlich die Überwachung der hier vorgenommenen Munitionsentladungen wahrzunehmen hat, gehöriger marokkanischer Soldat hatte auf der Landstraße in vorgerückter Stunde einen taubstummen Arbeiter auf dem Rad angefallen und ihn unter Bedrohung mit dem Seitengewehr zur Herausgabe seiner Brieftasche, die 70 Mark bares Geld enthielt, gezwungen. Das Kriegsgericht, vor dem der Soldat die Tat in Abrede stellt, verurteilte ihn wegen räuberischer Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr, weil der Überfallene ihn bestimmt als den Täter wieder erkannte.

* **Wiesbaden**, 22. Juni. In einem Wärterhaus des Schlachthofs war hier vor etwa zwei Jahren der Wächter Wilhelm Kraß mit einer lebensgefährlichen Stichwunde aufgefunden worden. Auf seine Angabe hin, daß der Täter ein französischer Soldat gewesen sei, ermittelte die französische Polizei den Täter in Frankreich, der schon vor längerer Zeit aus dem Heeresdienst entlassen worden war. Vor Gericht erzählte der Angeklagte, er habe den Deutschen im Streit gestochen, was dieser aber unter Eid bestritt. Es habe keinerlei Auseinandersetzung stattgefunden, er wisse keinen Grund, warum ihn der Franzose gestochen habe. Das Gericht erkannte den Angeklagten des Mordversuchs schuldig und verurteilte ihn zu 20 Jahren Zwangsarbeit.

Die Postbezieher

der Kölnischen Zeitung werden gebeten, die Bezugs-Erneuerungen für das nächste Vierteljahr der Post umgehend aufgeben zu wollen, damit sie auf die ununterbrochene Zustellung der Zeitung rechnen können.

Die Expedition der Kölnischen Zeitung.

Das englisch-japanische Bündnis.

Von unserm nach Ostasien entsandten Berichterstatter.

✉ **Tokio**, 14. Mai.

Der 13. Juli d. J. ist ein für den zukünftigen Weltfrieden kritischer Tag erster Ordnung. An diesem Tage läuft das am 13. Juli 1911 erneuerte englisch-japanische Bündnis ab. Der ursprüngliche Vertrag, der am 30. Januar 1902 abgeschlossen wurde, sieht zwar vor, daß das Abkommen ein Jahr vor Ablauf gekündigt werden müsse, daß es aber bei Nichtkündigung immer wieder ein Jahr selbsttätig weiterlaufe. Mit andern Worten, gegebenenfalls tun beide Parteien gar nichts. So war es im Sommer 1920. Dem Bündnis mit England hat Japan seinen Aufstieg unter die Großmächte der Erde zu verdanken. Darüber kann kein Zweifel sein, obwohl das heutige Japan nicht mehr gern davon spricht, nachdem es sich vollkommen in seine Großmachtrolle hineingefunden hat. In der heutigen Weltlage würde die Erneuerung oder starke Abänderung der Bündnisparagraphen von fast noch größerer Bedeutung sein als der erste Abschluß, denn das japanische Reich ist auch nicht mehr ein Faktor der englischen Politik, ein bequemes Handwerkszeug gegen Rußland. Es ist selbständig geworden, wenn auch nicht so unabhängig, wie man es Europa glauben machen möchte. Nachdem sich im vorigen Jahre in der gesamten Weltpresse, nicht zum mindesten in Japan, ein großer Streit um den Wert oder Unwert des Bündnisses erhoben hatte, kann jetzt kein Zweifel mehr darüber sein, daß der Wille zur Erneuerung bei Japan heute stärker ist als bei England. Japan sieht in der Erneuerung die Rückendeckung gegen den sich fortgesetzt verstärkenden amerikanischen Imperialismus. Es ist geneigt, einige von den sogenannten Errungenschaften des Weltkrieges preiszugeben, um die englische Bürgschaft gegenüber Amerika zu erlangen. Die Fassung bei der Erneuerung des Bündnisses ist deshalb so wichtig, weil man aus ihr die Absichten Englands gegenüber Amerika deutlich erkennen wird. Glaubt sich England in einem bedrohlichen wirtschaftlichen Wettbewerb mit Amerika zu befinden, was heute infolge des Ergebnisses des Bergarbeiteraustandes und der daraus sich ergebenden Verteurung jedes Enderzeugnisses der Schwerindustrie wahrscheinlich ist, so wird England das Bündnis von sich aus erneuern, um Japan gegen Amerika genau so bereit zu haben, wie es Japan im Jahre 1902 gegen das in Asien übermächtig werdende Rußland bereitstellte.

Der eigentliche Zweck des Bündnisses war 1902 die Wahrung des Friedens im Fernen Osten durch die Gewähr der Unverletzbarkeit Chinas ebenso wie Koreas und Festlegung des Prinzips der Gleichberechtigung aller Mächte im Handel mit Ostasien. Damals haben die beiden Vertragschließenden wohl nicht geahnt, daß aus dem Wortlaut, der die Anordnung des Widerstandes gegen Rußland als ungenanntes Ziel hatte, sich einmal große Unbequemlichkeiten ergeben würden. Schon im vorigen Jahre hat China, um das sich schließlich der ganze Vertrag dreht, bei dem Völkerbund Einspruch dagegen erhoben, daß man Beträge über sein eignes unabhängiges Land abschließe, ohne es selbst im geringsten zu fragen. Die Nachrichten aus Peking lassen deutlich erkennen, daß China fest gewillt ist, diesen Einspruch jetzt zu erneuern, und alle Welt weiß, daß dieses Mal Amerika hinter seinem Einspruch stehen wird. Wird der Völkerbund über den neuen Einspruch Chinas glatt hinweggehen, derselbe Völkerbund, den Japan und England 1920 gemeinsam als Vorwand nahmen, um dem Geist des Vertrags eine gewisse Unbestimmtheit zu geben, also sich gegenseitig freie Hand zu behalten? Der neue Einspruch Chinas ist naturgemäß sowohl Amerika wie England willkommen, um Japan neue Bedingungen zu stellen. Japan muß daher versuchen, bevor der 13. Juli herangereift ist, Klarheit in sein Verhältnis zu China zu bringen. Zu diesem Zweck sind alle hohen Beamten und Militärs, die Japan auf dem asiatischen Festlande hat, augenblicklich nach Tokio berufen. Die ganze chinesische Frage soll durchberaten werden. Man sagt mir zwar hier, daß die japanischen Beamten und Generale nur nach der Hauptstadt berufen worden seien, um die Weisungen der Regierung zu empfangen, jedoch glaube ich das nicht, denn was Männer wie Obata, der Botschafter in Peking, und Saito, der Generalgouverneur von Korea, zu sagen haben, ist von so hohem Gewicht, daß keine Zentralregierung um die Meinung dieser Leute herumzukommen vermöchte. Nicht umsonst hat Amerika seit geraumer Zeit einen scharfen Preßfeldzug gegen die Machenschaften Japans auf dem asiatischen Kontinent angestrengt, um so die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf Japans Tun und Treiben zu ziehen.

Davon, daß der Baron Ischii im November 1917 mit dem amerikanischen Staatssekretär ein Abkommen abschloß, das den Japanern Sondervorrechte vollkommen im Sinne der Monroelehre für Asien gewährte, ist gar keine Rede mehr. Merkwürdigerweise spricht man auch hier in Tokio wenig davon, wie überhaupt die ganze Angelegenheit hier abwartend, fast ängstlich, jedenfalls mit größter Vorsicht und Zurückhaltung behandelt wird. Man hat aber den Eindruck, daß England und Amerika trotz ihrer Gegensätze in einem gewissen politischen Kesseltreiben gegen Japan vereinigt sind, um den 13. Juli zur Festlegung der Rückzugsbedingungen Japans vom

Friede in Ostasien der einzige Zweck ist, den das Bündnis im Auge hat. Gerade aber dieser Friede wird durch dieses Bündnis gefährdet, denn Amerika ist heute bereits so stark mit China moralisch und materiell verknüpft, daß es auf Grund der immer wieder betonten Freundschaft zwischen den beiden Republiken niemals dulden kann, daß der Freund einfach als Objekt behandelt wird. China muß aber der Feind des englisch-japanischen Bündnisses sein, denn durch die Erneuerung des Bündnisses wird es zu neuer Wehrlosigkeit verurteilt und weiter zum Felde von Konzessionsjägern gestempelt, die es heute bereits nach allen Richtungen durchziehen. So liegt in dem Wortlaut des Bündnisses die Entscheidung über Krieg und Frieden auf Erden. England hat es jedenfalls verstanden, sich durch seine Zu- oder Absage an Japan zum Arbiter mundi zu machen. Es wird Japan schwere Bedingungen mit Bezug auf den englischen Handel in China stellen. Sollte Japan selbständige Wege wandeln, so wird es vor aller Welt als Friedensstörer hingestellt werden. Darum gleitet Japan jetzt in eine politische Lage, wie sie schwieriger noch niemals seit seinem Eintritt in die Weltwirtschaft bestanden hat.

Deutschland.

Zur Rede von Dr. Treub.

Aus kaufmännischen Kreisen wird uns geschrieben:

In Nr. 444 Ihres geschätzten Blattes bringen Sie eine Mitteilung, wonach die Rede des frühern niederländischen Finanzministers Prof. Treub in der Niederländischen Handelskammer in Berliner Kreisen lebhaftes Befremden hervorgerufen hat. Zum Teil dürfte sich dies aus dem Umstand erklären, daß die sehr ausführlichen Darlegungen nur in einem sehr summarischen Bericht wiedergegeben werden konnten, aus dem die nähere Begründung nicht zu ersehen war. Es verdient daher hervorgehoben zu werden, daß die Rede auf die von Kölner Industriellen, Kauf- und Bankleuten zahlreich besuchte Versammlung einen so tiefen Eindruck gemacht hat, daß die Vorsitzenden der großen Wirtschaftsverbände durch den Präsidenten der Handelskammer Professor Treub bitten ließen, seine Ausführungen drucken zu lassen, um sie zur öffentlichen Erörterung zu stellen. Der Kernpunkt der Ausführungen Prof. Treubs lag darin, daß kein Land eine Wirtschafts- und Zollpolitik dauernd auf der Grundlage treiben könne, daß es gleichzeitig seine Ausfuhr vergrößern und seine Einfuhr einschränken will. Es könne nicht dauernd von andern Nationen verlangen, daß sie seine Erzeugnisse in möglichst großer Zahl aufnehmen sollen, während es selbst die Grenze für die Erzeugnisse seiner Abnehmer sperrt. Kehre aber Deutschland zur Politik der offenen Tür zurück, so werde es durch seine vorzügliche Gliederung und seine geschulte Arbeiterschaft noch für absehbare Zeit einen solchen Vorsprung haben, daß es, die Wiederkehr friedlicher Verhältnisse vorausgesetzt, wie sie vor dem Kriege herrschten, allmählich seine Handelsbilanz wieder aktiv werde gestalten können. Daß hierbei auch eine gewisse Einfuhr von Luxuswaren in den Kauf genommen werden müsse, spiele nach Ansicht von Herrn Prof. Treub nicht die Rolle, wie viele annehmen. Die Einfuhr von solchen Waren finde ihre natürliche Beschränkung darin, daß sie nur von der verhältnismäßig dünnen Schicht der Kriegsgewinnler und Schieber in größerm Maß verbraucht werden. Diese Kreise ließen sich auch durch Einfuhrverbote nicht abhalten, die alsdann auf dem Schleichhandelswege hereingelangte Ware zu kaufen. Daß wir nach mehr als sieben Jahren der Zwangswirtschaft, der Zuteilung und der Einfuhrverbote Schwierigkeiten haben, um uns wieder auf die Grundsätze umzustellen, denen allein der internationale Handel folge, daß wir bei unsern Verhandlungen mit fremden Völkern zurzeit die psychischen Momente unterschätzen, die in den Einfuhrverboten liegen, ist begreiflich. Um so mehr sind die Ausführungen eines Neutralen zu begrüßen, dessen Land vom Kriege nicht berührt worden ist, das nicht nur mit uns, sondern auch mit den uns bisher feindlichen Nationen in freundschaftlichen Beziehungen steht, in welchem daher die Bedingungen für den Wiederaufbau des internationalen Handels objektiver gewertet werden, als dies bei uns und unsern Gegnern der Fall ist. Es dürfte sich daher empfehlen, die in Aussicht gestellte ausführliche Veröffentlichung der Rede des Herrn Prof. Treub abzuwarten, ehe man weiter zu der Frage Stellung nimmt.

Der Schade durch die „Sanktionen".

Mirbachs Telegraphisches Bureau schreibt:

Die unheilvolle Wirkung der „Sanktionen" auf die landwirtschaftliche Erzeugung im besetzten Gebiet beginnt sich immer stärker bemerkbar zu machen. Es zeigt sich immer mehr, daß für die Erhaltung der Produktionskraft der Landwirtschaft des besetzten Gebiets der freie Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet unbedingt notwendig ist, da die rheinische Landwirtschaft sich eben in starker wirtschaftlicher Abhängigkeit vom übrigen Deutschland befindet. Der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Maschinen, ebenso die Ersatzteile und Betriebsstoffe müssen von jenseit des Rheines bezogen werden. Für die Versorgung mit Kunstdünger ist die Rheinprovinz hauptsächlich auf Zufuhren aus dem unbesetzten Gebiet angewiesen, vor allem bei Kali. Infolge der gewaltig gestiegenen Preise und der Transportschwierigkeiten geschieht der Düngerbezug nicht mehr wie früher das ganze Jahr hindurch, sondern, um so große Kapitalmengen nicht für so lange Zeit festzulegen, nur in bestimmten kurzen Zwischenräumen. Verzögerungen und Verteurungen der Bezüge, wie sie durch die Zollgrenze notwendig hervorgerufen werden, stellen unter Umständen die gesamte landwirtschaftliche Jahresproduktion in Frage und stören sie aufs empfindlichste. Hierbei ist noch zu beachten, daß durch die Durchführung der „Sanktionen" und die Öffnung des Loches im Westen das Verschieben von hochprozentigen Kalisalzen ins Ausland einen großen Umfang angenommen hat, so daß das Kalisyndikat sogar mit Einstellung der Kallieferungen ins besetzte Gebiet droht, da die Maßnahmen des Verbandes keinen Schutz gegen die Verschiebung von Kalisalzen gewähren. Schwer leidet auch das rheinische Molkereigewerbe unter der Durchführung der „Sanktionen" mit der umständlichen Genehmigungspflicht und Zollabfertigung. Die vor allem am Niederrhein blühenden Genossenschaftsmolkereien hatten und haben ihr Hauptabsatzgebiet in Milch und vor allem in Milchprodukten (Butter und Käse) im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, das sie heute nur unter sehr erschwerten Umständen bedienen können. Die ausländische Konkurrenz, vor allem die holländische, hat sich diesen Umstand zunutze gemacht und sucht sich mit Gewalt im Industriegebiet an den Markt zu bringen. Auf der andern Seite ist die Einfuhr von ausländischen Molkereiprodukten in das besetzte Gebiet frei, so daß auch hier ein verstärkter Absatz der einheimischen Molkereierzeugnisse sehr erschwert ist. So bringt gerade im Molkereigewerbe die Durchführung der „Sanktionen" nur der holländischen Konkurrenz Gewinn. — Der Weinbau des besetzten Gebiets wird durch die immer stärkere Einfuhr ausländischer Weine, durch die Erschwernisse bei der Ausfuhr ins unbesetzte Gebiet und der Zurückleitung der Verpackungsmaterialien usw. immer schwerer bedrückt. Nach den Mitteilungen der genossenschaftlichen Kreditinstitute in den Weinbaugegenden nimmt die Verschuldung, vor allem des kleinern Grundbesitzes, stark und schnell zu. — In ebenso unangenehmer Lage befinden sich die rheinischen Gärtner und Baumschulenbesitzer, für welche die Höhe der Zollsätze, zumal jetzt der autonome Zoll erhoben wird, der das Dreifache des Vertragszolles beträgt. Die Rheinprovinz weist 2500 selbständige Gärtnereibetriebe auf, die zum großen Teil vorherrschend auf dem Absatz ins unbesetzte Deutschland aufgebaut sind. Wenn nicht in aller Kürze die Abschaffung der „Sanktionen" und der Zölle erfolgt, rechnet man in diesen Betrieben mit einer starken Einschränkung und Entlassung von Arbeitern.

Diese Ausführungen beweisen, wie hemmend die Sanktionen auf die rheinische Landwirtschaft einwirken, und wie sie erlassen worden sind ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen des besetzten Gebiets.

Stellenfreimachung für Erwerbslose.

⚡ **Düsseldorf**, 22. Juni. (Telegr.) Der Regierungspräsident hat an die Landräte, die Oberbürgermeister und die Gewerbeaufsichtsämter des Bezirks eine Verfügung erlassen, in der es heißt: „Da viele Gemeinden durch ihre ungünstige Finanzlage nicht mehr imstande sind, wie bisher Notstandsarbeiten auszuführen, hat die Erwerbslosigkeit im Regierungsbezirk einen Umfang angenommen, der ein Eingreifen unerläßlich macht. Die Möglichkeiten hierfür sind gegeben. Von den Arbeitsämtern des Bezirks wird allgemein Klage darüber geführt, daß außer vielen Doppelexistenzen eine große Anzahl von Familien vorhanden ist, in welchen mehrere Angehörige voll beschäftigt sind und daher ein hohes Einkommen haben, wogegen viele andre Familien auf Erwerbslosenunterstützung oder Zuwendungen aus Wohlfahrtsmitteln angewiesen sind. Ebenso wird immer noch von einzelnen Arbeitern Doppelarbeit an einem Tage in mehrern Betrieben geleistet. Diese Zustände bringen mit Recht große Beunruhigung unter die Erwerbslosen. Bei der jetzigen Lage des Arbeitsmarktes, welche eine dauernde Einschränkung der Arbeitszeit und Entlassung von Arbeitern zur Folge hat, ist naturgemäß an eine Arbeitsvermittlung für die jetzigen Erwerbslosen nur dann zu denken, wenn Stellen solcher Arbeiter freigemacht werden, welche wirtschaftlich gut oder auskömmlich gestellten Familien angehören. Zu diesen sind solche immer noch ein Einkommen beziehen, welches so hoch ist, wie das für die ganze Familie bei Inanspruchnahme der Armenunterstützung zugrunde zu legende Existenzminimum. Weiter muß dafür gesorgt werden, daß eine Vermittlung Auswärtiger in den Regierungsbezirk Düsseldorf, sei es in die Landwirtschaft oder in die Industrie, nur dann erfolgt, wenn die Nachfrage aus der Zahl der im Bezirk vorhandenen Erwerbslosen nicht gedeckt werden kann. Selbstredend wird aber eine Freimachung von Arbeitsstellen nur dann zu erfolgen haben, wenn ein brauchbarer Ersatz für den zu Entlassenden gestellt werden kann. In allen Fällen ist die Freimachung im Einvernehmen mit dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt nach Anhörung des Arbeitgebers und des Betriebsrats vorzunehmen.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

⊙ **Paris**, 23. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Die beiden französischen Sachverständigen, Charles Lefèvbre und Cheysson werden morgen aus Berlin hier zurückerwartet. Sie sollen sich, wie der Intransigeant meldet, unter anderm mit der Frage der Lieferung von Holzhäusern beschäftigt haben. Der Abschluß dieser Lieferungen soll bevorstehen, jedoch sollen nicht 20 000, sondern vorerst nur 5000 Häuser geliefert werden; die französische Regierung wolle mit den deutschen Fabrikanten über die Lieferung von Holzhäusern in dauerhaftem Material verhandeln. Nach demselben Blat werden am kommenden Montag die von Rathenau und Loucheur begonnenen Beratungen durch Staatssekretär Bergmann, Reichskommissar Dr. Guggenheimer und Herrn Wolff fortgesetzt werden.

Ferner berichtet der Intransigeant, die belgische Regierung habe der deutschen Regierung eine Verhandlung über Sachleistungen vorgeschlagen. Die Verhandlung hätte mit Minister Jaspar oder dem belgischen Vertreter im Wiederherstellungsausschuß, also mit Delacroix, geführt werden sollen. Der Vorschlag sei aber von deutscher Seite nicht beantwortet worden. Man darf stark bezweifeln, daß diese Nachricht den Tatsachen entspricht. Die deutsche Regierung wird sich wohl darüber äußern.

Deutscher Reichstag.

Beginn der Etatberatung.

✈ **Berlin**, 23. Juni. (Telegr.)

Dem Reichstag ist heute vom Ministerium des Auswärtigen die Nachricht zugegangen, daß es gelungen ist, die Freilassung des von den Polen verschleppten Abgeordneten Bias zu erreichen.

Die Lohnsteuer.

Die Vorlage betreffend die Einkommensteuer vom Arbeitslohn wurde ohne Erörterung dem Steuerausschuß überwiesen.

Nach diesem Gesetzentwurf werden die bisherigen Bestimmungen über den Lohnabzug zum Zweck der Einkommenbesteuerung folgendermaßen ersetzt. Der Arbeitgeber hat vom Arbeitslohn zehn Prozent für die Steuer des Arbeitnehmers einzubehalten. Bei ständiger Beschäftigung oder Anstellung ermäßigt jedoch dieser Betrag sich für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau beim Tagelohn um je 40 Pfg. täglich, beim Wochenlohn um je 2,40 Mark wöchentlich, beim Monatslohn um je 10 Mark monatlich. Für jedes minderjährige Kind beim Tagelohn um 60 Pfg. täglich, beim Wochenlohn um 3,60 Mark wöchentlich, beim Monatslohn um 15 Mark monatlich. Kinder über 14 Jahre mit eignem Arbeitseinkommen werden nicht gerechnet. Der Betrag von 10 v. H. ermäßigt sich ferner zur Abgeltung der zulässigen Abzüge vom Steuereinkommen (Werbungskosten, Schuldzinsen, Versicherungsbeiträge usw.) beim Tagelohn um 60 Pfg. täglich, beim Wochenlohn um 3,60 Mark wöchentlich, beim Monatslohn um 15 Mark monatlich. Bei nichtständiger Beschäftigung oder Anstellung tritt an Stelle dieser Ermäßigungen eine feste Ermäßigung von 3 v. H. des Arbeitslohns. Es sind also stets 10 — 3 = 7 v. H. des Arbeitslohns einzubehalten. Bis zu dem gesamten steuerbaren Einkommen von 24 000 Mark gilt mit dem Lohnabzug in dieser Art die Steuer überhaupt als getilgt. Es bedarf in diesen Fällen einer Veranlagung also nicht mehr. Bei Einkommen über 24 000 Mark findet dagegen nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften noch die Veranlagung statt mit der Maßgabe, daß der Steuerpflichtige den Steuerbetrag nachzuzahlen hat, um den seine Steuerschuld den Lohnabzug übersteigt. Unter Umständen können auch Steuerpflichtige mit Einkommen bis zu 24 000 Mark eine Veranlagung beantragen. Das Inkrafttreten des neuen Gesetzes soll vom Finanzminister bestimmt werden. Die bis dahin geleisteten Lohnabzüge seit dem 1. April 1921 werden in entsprechender Weise auf die Steuerschuld des Jahres 1921 angerechnet.

Die Gerichtskostennovelle.

Es folgte die zweite Lesung der Vorlage über Abänderung des Gerichtskostengesetzes. Die Vorlage enthält eine durchgängige Erhöhung der Gebührensätze. Der Ausschuß hat das Gesetz im wesentlichen unverändert angenommen. Er hat eine Vorschrift hinzugefügt, wonach, wenn nach eröffnetem Hauptverfahren die Einstellung des Verfahrens wegen Zurücknahme des Strafantrags erfolgt, bei Übertretungen die Gebühr 10 Mark, bei Vergehen 25 Mark, bei Verbrechen 50 Mark beträgt. Der Ausschuß hat außerdem folgende Entschließung angenommen: „Die Reichsregierung zu ersuchen, die baldige Einbringung eines Sondergesetzes über ein obligatorisches und unentgeltliches Güteverfahren zu erwägen."

Der Entwurf wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten, die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege forderten, in zweiter und dritter Lesung angenommen mit der Maßgabe, daß das Gesetz am 1. August in Kraft tritt. Auch die Entschließung fand Annahme.

Die Konsulargebühren.

Es folgte die zweite Beratung des Entwurfs eines neuen Gebührengesetzes für die Auslandbehörden nebst Tarif.

Das Konsulatsgebührengesetz von 1910 hat durch das Ergänzungsgesetz vom 1. April 1920 eine dreifache Erhöhung der Gebührensätze, bei den Paßgebühren eine noch darüber hinausgehende Erhöhung erfahren. Die neue Vorlage bringt bezüglich der Handelsauskunftsgebühr und der Paßgebühren zum Teil erhebliche Ermäßigungen. Der Haushaltausschuß hat den Tarif mit einigen weitern Abmilderungen für besonders einfache Auskünfte, für die Beglaubigung von Unterschriften von Zeugnissen für Angestellte und Arbeiter und für Bescheinigungen für den kleinen Grenzverkehr angenommen.

Ohne Erörterung wurde die Vorlage nebst dem Tarif in zweiter und sofort auch in dritter Lesung endgültig angenommen.

Der Waffengebrauch des Grenzpersonals.

Das Haus ging zur dritten Lesung des Entwurfs über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals der Reichsfinanzverwaltung über. Die Beschlüsse des Rechtsausschusses waren gestern unverändert angenommen worden. Zur heutigen dritten Lesung hatte die sozialdemokratische Fraktion ihre gestern abgelehnten Abänderungsanträge wieder eingebracht. Die unabhängigen Sozialisten beantragten auch heute wieder die Streichung des dritten Absatzes des Paragraphen 1, worin der Waffengebrauch bei Fluchtversuch ausdrücklich vorgeschrieben wird.

Die Anträge der Sozialdemokraten gingen dahin: 1. bei erkennbar geringfügigen Verfehlungen darf von der Waffe nicht Gebrauch gemacht werden; 2. gegen Festgenommene, die sich der Festnahme durch die Flucht entziehen, ist der Waffengebrauch nur zulässig, wenn er dem Festgenommenen für den Fall eines Fluchtversuchs angedroht worden ist; 3. der Waffengebrauch ist nur zulässig, wenn und soweit es zur Erreichung des gesetzlichen Zwecks erforderlich ist.

Um diese Anträge drehte sich eine längere Aussprache, die nichts erreichte. Der Entwurf blieb unverändert und wurde in dritter Lesung in der üblichen Parteigruppierung Bürgertum gegen Sozialismus angenommen.

Der Reichshaushalt 1921.

Nunmehr begann die zweite Lesung des Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1921. Beim Haushalt des Reichspräsidenten ließen die Kommunisten eine geharnischte Erklärung vom Stapel, die lautet:

Wir lehnen den Haushalt des Reichspräsidenten ab, weil wir wissen, daß dieser Reichspräsident eine unmögliche, unnötige und unnütze Einrichtung ist. Diese Einrichtung ist ein Mittel für die Klassenpolitik und Klassenherrschaft gegenüber der Arbeiterschaft. Alle Anordnungen des Reichspräsidenten über Ausnahmezustand, Sondergerichte usw. sollen nur dazu dienen, ein Ausnahmerecht gegen die Arbeiterschaft durchzuführen. Angesichts dieser Wirksamkeit des Reichspräsidenten in Deutschland haben wir keinen Zweifel, daß er lediglich eine gegenrevolutionäre Einrichtung ist. Aus diesem Gesichtspunkt heraus lehnen wir den Etat ab.

Der Nachtrag zum Haushalt des Reichspräsidenten, des Reichsministeriums, des Reichskanzlers, der Reichskanzlei, des Reichsfinanzministeriums, des allgemeinen Pensionsfonds und des Rechnungshofes wurden ohne weitere Aussprache bewilligt. Beim Haushalt der Reichsjustizverwaltung wurde von den Unabhängigen und Kommunisten unsre Rechtsprechung in der gewohnten Weise verunglimpft und eine allgemeine Amnestie der Verbrecher des Kommunistenaufstandes verlangt, wogegen sich der Reichsjustizminister Schiffer ablehnend verhielt. Der Justizhaushalt wurde erledigt.

Die Novelle zur Angestelltenversicherung.

Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte (Ausdehnung der Versicherungspflicht bis zum Einkommen von 28 000 Mark, Erhöhung der Beiträge und der Renten, Ersatz der Beitragskosten durch Versicherungsmarken). Der Sozialdemokrat Giebel behauptete, die vorgesehene Höhe der Beiträge sei mit der wirtschaftlichen Lage der Angestellten unvereinbar. Würden die Beiträge nicht herabgesetzt, so drohe ein Generalstreik der Angestellten. Der Reichswirtschaftsrat und die Spitzenverbände der Angestellten hätten mit dem Entwurf befaßt werden müssen. Die Grenze der Versicherungspflicht hätte statt auf 28 000 Mark auf 40 000 Mark festgesetzt werden müssen. Der Zeitpunkt sei gekommen, die ganzen Versicherungen in die allgemeine Sozialversicherung zusammenzulegen. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns machte die Sozialdemokraten ganz beiläufig darauf aufmerksam, daß es sich hier um ein Notgesetz handle, wie es schon zweimal zur Invalidenversicherung ergangen sei, und daß in diesen engen Rahmen die Zusammenlegung der Versicherung nicht hineingehöre. Darauf vertagte das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen außerdem Anfragen und eine große Zahl kleiner Vorlagen.

Der rote General.

Von Dr. Heinrich Stümcke.

Berlin, 23. Juni. (Telegr.)

Bei der diesjährigen Frühjahrslüftung meiner Bücherei waren auch einige Teile des neuen Pitaval von Hitzig und Willibald Alexis ausgesondert worden, um die Fahrt ins Leipziger Antiquariat anzutreten. Als ich die Kiste packte und einen Band noch einmal durchblätterte, fiel mein Blick auf die Geschichte vom bayrischen Hiesel und auf den Satz: „Von fast allen uns bekannten Missetätern unterscheidet er sich durch sein langjähriges Festhalten an dem Wahne, daß sein gesetzwidriges Tun ein lobenswürdiges sei. Dazu kommt, daß das Hauptmotiv, welches ihn zu seinem unheilvollen Treiben veranlaßte, die Eitelkeit nämlich, bei andern meist erst in zweiter Linie mitwirkt." Was hier von dem weiland bayrischen Wilddieb und berühmten Bandenführer Hiesel Klostermeier gesagt wird, trifft in vollem Umfange auf den Hauptakteur des Gerichtsverfahrens im Moabiter Kriminalpalast zu, das gestern nach mehrtägiger Verhandlung mit der Verurteilung des Angeklagten zu lebenslänglichem Zuchthaus seinen Abschluß gefunden hat. Das erste Wort von Max Hölz, als zu seiner Vernehmung im Gerichtssaale geschritten wurde, war, daß er sich nicht als Angeklagter, sondern als Ankläger wider die bürgerliche Gesellschaft fühle, und das letzte Wort, als er fast gewaltsam nach gesprochenem Urteil aus dem Saal entfernt werden mußte, war ein faustdickes Lob für sich und das revolutionäre Proletariat und ein Armutszeugnis für seine angeblich vom Klassenwahn befangenen Richter. Wenn die Verhandlung gegen den voigtländischen Bandenführer, der sich so lange dem Arm der Gerechtigkeit zu entziehen gewußt hatte, von dramatischen oder auch burlesken Zwischenfällen von Zeit zu Zeit unterbrochen wurde und am Schlußtage selbst der Präsident des Sondergerichts seine fast ehern zu nennende Ruhe und Geduld verlor und auf siegelhafte Anzapfungen des Angeklagten mit ungewöhnlich scharfen Worten reagierte, so trat die Haupttriebfeder im Charakter des Hölz, die Eitelkeit, das Machtbedürfnis auf hysterischer Grundlage, zumeist klar zutage. Der erste medizinische Sachverständige, der während der Untersuchungshaft des Hölz mit ihm die sogenannte Intelligenzprüfung angestellt hat und ihm nachweist, daß er ein schwacher Rechner ist und das Stromgebiet der Oder und Elbe verwechselt, erscheint ihm als sein natürlicher Feind und wird als Ignorant gebrandmarkt. Dagegen begleitet er die Aussagen von Zeugen, vor denen er in seiner Weise eine gute Figur gemacht und denen „der rote General" wohl gar imponiert hat, mit beifälligem Lächeln, Kopfnicken, ja mit Worten herablassender Anerkennung.

Als Hölz zum ersten Male auf der Anklagebank auftauchte, in der etwas verblichenen graublauen Gefängnisjacke und im Wollhemd, das die gebräunte Brust teilweise frei ließ, mit der niedrigen Stirn unter dem kurzgeschorenen schwarzen Haar, und mit kecken Blicken Richterbank und Publikum musterte, da fühlte man sich unwillkürlich an gewisse Filmszenen erinnert, in denen ein Cowboy oder ein andrer Teufelskerl von Shaws Gnaden trotzig und selbstbewußt vors Tribunal tritt. Und siehe, man erfährt aus den ärztlichen Gutachten, daß Hölz in seinem vielbewegten Leben eine Zeitlang auch Kinooperateur und Filmerklärer gewesen ist. Dieser Tätigkeit mag er auch seine fast dialektfreie, gut artikulierende Aussprache und seine das Wesentliche gern unterstreichende, volkstümliche Wirkungen anstrebende Redeweise verdanken. Aus allem, was Hölz am ersten und am letzten Tage von seiner Jugend, von seiner geistigen Entwicklung und von seiner Tätigkeit als revolutionärer Bandenführer erzählte, ging klar hervor, daß in diesem Sohne eines braven Ackerbauers eine seine Klassengenossen schon früh überragende Intelligenz und ein brennender Ehrgeiz sich in den Dienst eines Willens zum Aufstieg eines Machtgelüstes stellen, das in seinen Mitteln und in seinen Auswirkungen immer skrupelloser wird. Welche Entwicklung dieser Charakter ohne den Weltkrieg und ohne die Revolution genommen hätte, ist müßig zu untersuchen, vielleicht hätte Hölz sich begnügt, im Christlichen Verein junger Männer, dessen Mitglied er einst war, oder im Verband technischer Angestellten, dem er beruflich angehörte, eine führende Rolle zu erstreben und zu behaupten. Daß der ehemalige Husar und Patrouillenreiter, dem auf dem französischen Kriegsschauplatz einmal ein Pferd unter dem Leibe erschossen wurde und ein andermal der Erstickungstod durch Verschüttung drohte, eine schwere Störung seines Nervensystems erlitten hat, wurde nicht nur von den medizinischen Sachverständigen, sondern auch vom Staatsanwalt zugegeben. Im Zustand tiefer seelischer Depression unternimmt er im Lazarett einen vereitelten Selbstmordversuch. Kein Zweifel, daß eine etwa vorhandene psychopatische Grundlage durch diese Kriegsbeschädigungen verstärkt wurde. Meines Erachtens ist Hölz als typischer männlicher Hysteriker anzusprechen. Man weiß, wie solche Kranke, um stets im Mittelpunkt des Interesses, des Bedauerns von seiten ihrer Mitmenschen zu stehen, viel Wesens von ihren körperlichen und seelischen Leiden machen, ja gelegentlich vor Selbstverletzungen nicht zurückscheuen. So dreht sich bei Hölz zeitweilig alles um seine angeblich unerträglichen, des Morphiums spottenden Kopfschmerzen und um die seinen Nerven arg zusetzende Nageloperation, bis er nach Ausbruch der Revolution als Führer der Arbeitslosen im Vogtland einen würdigern Gegenstand seines Interesses findet und nun, munter wie der Fisch im Wasser, das Ziel seines Ehrgeizes immer höher stecken darf, vom Roten Hauptmann einer Hundertschaft zum Roten General avanciert, der schließlich über rund 3000 Mann wohlbewaffneten Kriegsvolks wie ein Diktator gebietet. Es paßt durchaus in das Charakterbild des Hölz, daß er nach Möglichkeit Disziplin hält, militärische Maßnahmen im Späherdienst, im Verpflegungs- und Sanitätswesen bis ins einzelne nachahmt, Plünderer und Deserteure mit dem Tode bedroht und nicht duldet, daß seine Untergebenen an Gefangenen oder Geiseln eigenmächtig Lynchjustiz üben. Wenn er mit umgeschnalltem Revolver, den Feldstecher auf der Brust, auf den Säbel sich stützend, gelegentlich im Lazarett erscheint und leutselig die Verwundeten befragt, so kommt er sich wie ein zweiter Hindenburg oder Ludendorff vor. Er hat auch von Napoleon und andern Feldherren genug gelesen, um zu wissen, daß einem großen Manne bei aller Unerbittlichkeit gelegentlich humorvolle Milde wohl ansteht. Ihm sitzt zwar das Handgelenk so lose, daß er gelegentlich selbst einen mit Ohrfeigen traktiert. Aber in einer guten Stunde verschmäht er es wiederum nicht, mit einem der verhaßten Bourgeois im Weinkeller des Schlosses eine Flasche Rotwein zu leeren und einem Rittmeister, dessen Pferde „requiriert" werden sollen, belädt der ehemalige Husar großmütig den Schimmel, der seinen Herrn treu durch den Feldzug getragen hat.

Hölzens Behauptung, daß ihm stets politische Ziele, der Sieg des revolutionären Proletariats, vorgeschwebt hätten, und daß er im Grunde seines Herzens ein Feind des Blutvergießens sei, und die Drohung in seinen Proklamationen, die Bourgeoisie solle abgeschlachtet werden, nur als bloßes Schreckmittel gedient habe, um die Angehörigen der besitzenden Klasse gefügig zu machen und den Abzug der ins Mannsfelder Revier gesandten Sicherheitsmannschaften zu erreichen, kann man bis zu einem gewissen Grade glauben. Anderseits ist dieser Mann von einem Klassenhaß erfüllt, für den Fanatismus kaum mehr der ausreichende Ausdruck ist. Wurde seinem Machtwillen von einem selbstbewußten Opfer seiner Requisitionen einmal entgegengetreten oder gar seine Eitelkeit verletzt durch höhnische Zurufe und Gesten, so wurde die Bestie in ihm wach, der Blutrausch entfesselt. Es ist bezeichnend, daß er selbst gelegentlich offenherzig diese zweite Natur in sich beklagte und den versöhnenden Einfluß der Musik auf sein jähes Temperament pries. Unzweifelhaft hat er auch zu mancher Untat, insbesondere zu den Brandlegungen und Sprengungen von Wohnhäusern und Amtsgebäuden, sich hinreißen lassen, um nicht vor seiner Bande durch ewige bloße Drohungen, denen keine Taten folgen, sich lächerlich zu machen. In diesen Fällen gilt wieder einmal das Dichterwort vom Fluch der bösen Tat, die fortzeugend Böses gebären muß. Erwägungen, ob das Individuum sittlich berechtigt ist, seinem Machtwillen in solchem Maße die Zügel schießen zu lassen und zur Verwirklichung seiner angeblichen politischen und wirtschaftlichen Ideale auch vor den gröbsten Eingriffen in Eigentum, Gesundheit und Freiheit von Mitmenschen nicht zurückzuschrecken, ist Hölz infolge seiner hysterischen Charakteranlage ersichtlich ganz unzugänglich. Von seinen Verleidigern ist er zum Teil in solcher Überschätzung seiner Person und seines Rechtes leider in einer die Grenzen des Zulässigen übersteigenden Weise noch bestärkt worden, indem man sich nicht begnügte, den Schatten Michael Bakunins und des Kleistschen Michael Kohlhaas vergleichsweise zu beschwören, sondern sich geschmacklose Seitenhiebe auf die großen Machtmenschen Bismarck und Hindenburg leistete und schließlich mit der Erwähnung des ersten edeln Kommunisten von Galiläa gar ins Gebiet der Blasphemie sich verirrte. Die Richter haben, wie es preußischen Vertretern der Justiz geziemt, weder den Schreiern Gehör geschenkt, die lange vor Ausgang der Verhandlung stürmisch den Kopf des Jochanaan verlangten, noch von sentimentaler Verherrlichung des revolutionären Tat- und Edelmenschen, der schlimmstenfalls auf die Festung gehöre, sich beeinflussen lassen, sondern verfügt, daß dieser Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft, der um ein Haar auch zum Mörder geworden wäre, und jedenfalls bei Fortsetzung seines Schreckenregiments jeden Tag es werden konnte, für Lebenszeit nach menschlichem Ermessen unschädlich gemacht wird. Der Machthungrige ist im Kampf um die Macht erlegen, und nach allem, was wir von Hölz gesehen und aus seinem Munde gehört haben, müßte er selber das Urteil mit den Worten unterschreiben: „Von Rechts wegen!"

Berliner Börse vom 23. Juni.

(Schluß aus Nr. 448a.)

Industrieaktien.

Aachener Leder	450.—bG	Georg-Marien-Bergwerk	694.— b	Crenstein & Koppel	612.— bG
Aachener Spinnerei	430.—bG	Gerb- u. Farbst. Renner	468.—bG	Osnabrucker Kupfer	457.50 b
Accumulat. F. Hagen	510.—bG	Germania Portland	430.— b	Ot ensor Eisenwerk	335.—bG
Adler-Portlandzement	298 —bG	Gerresheimer Glashütte	730.—bG	Panzer	390.—bG
Adler & Oppenheimer	1050.—bG	J. f. elektr. Unternehmungen Berl.	205.— b	Peipers & Co.	—.—
Adlerhütten Glas	618.— b	Giesel, Oppeln Zement	410.—bG	Pfersee Spinnerei	—.—
Adlerwerke	276.50 b	Gildemeister & Co.	700.—bG	Phönix, B. u. H.	760.—bG
A.-G. für Anilinfabrikat	497.— b	Girmes John & Co.	346.— b	Pintsch Julius	455.—bG
„ „ Bauausführ.	255.—bG	Gladbacher Textilwerke	462.—bG	Plauener Gardinen	—.—
„ „ Bürstenind.	342.—bG	„ Wollindustrie	599.75 b	Plauener Spitzen	362.—bB
„ „ Pappenfabr.	345.25bG	Gladenbeck H. & Sohn	231.—bG	Plauener Tüll	350.— B
„ „ Verkehrswese.	576.— b	Glasmanufaktur Schalke	910.—bB	Pope Hern. Elektrizität	279.75bG
Alexanderwerk	270.— b	Glauziger Zucker	739.75 b	Polyphonwerke	314.—bG
Alfeld-Gronau	—.—	Glockenstahl	820.—bG	Pongs Spinnerei	440.—bG
Allg. Elektrizitätsges.	295.—bG	Goedhart Gebr.	770.—bG	Peppe & Wirth	520.50bG
„ „ V.-A.	114.—bB	Goldschmidt Th.	632.— b	Porta Union Westfalia	377.—bG
Alsen Zement	185.50bG	Görlitzer Waggonfabrik	—.—	Preußzan Unters.	1000.—bG
Aluminium-Aktien	—.—	Gothaer Waggon	500.—bG		
Amme, Giesecke & Kon.	590.— b	Greppiner Werke	1020.—bG	Rasquin Farbwerke	874 — b
Ammendorfer Papierfab.	780.— B	Grevenbroich. Masch.	—.—	Ratsgeber, Waggon	872.50 b
Anglo-Cont. Guano	413.— b	Gritzner Maschinen	526.— b	Rauchwaren Walter	884.— B
Anhalter Kohlen	440.— b	Grün & Billinger	344.— b	Ravensberger Spinnerei	525.— b
„ V.-A.	131.50G	Gundlach E.	310.50 b	Reichelt, Metall	581.25 b
Ankerwerk	476.— b			Reichold Papierfabrik	352.50bG
Annaberg, Steingutfabr.	—.—	Habermann & Guckes	293.—bG	Reiss & Martin	820.— b
Annener Gußstahl	—.—	Hackethal Draht	384.25bG	Rheinfelden Kraft	—.—
Apfelbeck Akt.-Ver.	—.—	Hallesche Maschinen	773.75 b	Rhein. Braunkohlen	696.— b
Archimedes	540.— b	Hammersen F. H.	620.50 b	„ Chamotte	230.—bG
Arenberg Bergb. u. H.	1038.—G	Hannov. Masch. Egest.	865.—bG	„ Elektrizität	—.—
Aschaffenburger Papie.	588.—bB	„ Waggonfabrik	456.— bG	„ Gerbstoff	—.—
Augsburg-Nürnb. Masch	459.— b	Harburg-Wiener Gummi	493.50 b	„ Metallwar. V.-A.	—.—
		Harburger Eisen u. Br.	1374.—bG	„ Möbelstoffweber.	—.—
Bachmann & Ladewig	527.50 b	Harkort Bergwerk St.-A.	398.50 b	„ -Nacs. Bergw.	975.— b
Badische Anilin u. Soda	628

Barmer Bankverein	152,75 b	Bayerischer Boden	350,— G	Rhein. Baugesellsch.	700,— B
Bonner ögw.- u. H.-V.	485,— B	Adler-Brauerei	255,— G	Rhein.-Westf. Industrie	515,— G
Danibusch Bergw.	510,—bG	Felten & Guilleaume	577,—bB	Rhein.-Wi. Sprengstoff	320,— G
„ neue	—,—	Gasmotoren Deutz	343,— G	Stollwerck Verz.-Akt.	—,—
Humboldt	340,— b	Kalker Brauerei	175,— G	Düsseldorf. Dampfsch.	350,— G
Kalker Maschinenfabr.	660,— B	Rh. Akt.-V. f. Zuckerf.	—,—	Kölner Dampfschiff.	210,— G

Essen, 23. Juni. Die Börse hatte in Kohlenwerten nur geringen Umsatz aufzuweisen. Reges Geschäft entwickelte sich in Johann Deimelsberg, die in Posten zum gestrigen Kurse aus dem Markt genommen wurden. Fest lag der Kalimarkt; die Kurse waren durchweg mehrere hundert Mark höher. Braunkohlenwerte ebenfalls höher. Erzwerte still.

Essen, 23. Juni. Kuxe in Mark	Nachtr.	Angeb.		Nachtr.	Angeb.		Nachtr.	Angeb.
Adler	47 500	51 000	Haloren & Amalie	330 000	335 000	Kalkwerke	57 000	62 000
Alte Hasse	1 800	15 400	Joh. Deimelsb.	37 500	39 500	Neu-Staßfurt	75 000	78 500
Blankenburg	15 000	16 500	König Ludwig	1 3 000	14 000	Orange	6 700	—
Brassert-Nietleb.	41 000	48 000	Langenbrahm	47 000	48 500	Siegfried	15 000	16 000
Carolina	22 000	23 000	Lothringen	—	—	Waldeck	23 000	24 500
Carolus Magnus	27 000	28 500	Vereinsbank & Ch.	—	—	Wilhelmshall	33 000	—
Ver. Const.d.Gr.	200 000	220 000	Alexanderschall	58 300	62 500	Winterschall	295 000	315 000
Dorstfeld	—,—	—,—	Seienrode	28 000	—	**Aktien in Prozenten:**		
Ewald	205 000	29 000	Bernhardshall	—,—	—,—	Deutsche Kaliw.	—,—	—,—
Fröhl. Morgens.	59 000	61 500	Borbach	62 000	65 000	Brauhaus Essen	130,—	—,—
Gottessegen	21 500	22 500	Carlsfund	—,—	—,—	Essen. Aktienbr.	385,—	395,—
Graf Bismarck	—	220 000	Glückauf b. Soh.	65 500	67 500	Schark. Spiegel	—,—	—,—
Graf Schwerin	94 500	98 000	Hohenfels	27 250	28 750	Styrumer Eis.	—,—	—,—
Heinrich	27 500	30 000	Hohenzollern	—	—	Uerding. Wagg.	470,—	485,—
			Johannasball	13 000	14 000	Westd. Vs.-A.-B.	—,—	—,—

Frankfurt, 23. Juni. **Mittagsbörse.** (Schlußkurse.) (Verspätet eingetroffen).

5% Bulgar. Tabak	380.—	Aschaff. Buntpap.	—,—	Hanfwerke Füssen	411,—	Sieg. Eisenkonstr.	655,—
4% Rumänen 1903	133.—	Hoch- u. Tiefbau	246,10	Heddernh. Kupfer	375,—	Sp. & Spgl. Bayer	—,—
4% „ conv.	93,50	Wayß & Freytag	475,—	Junghans Uhren	307,90	Spinner. Ettlingen	458,—
4% „ 1890	—,—	Gelluloid Wacker	523,—	Konservenf. Braun	269,50	Tränkner & Würk	567,50
4% Bagdad	—,—	Cement Heidelberg	339,50	Lederwerk Rothe	4 0.—	Trikot Besigheim	501,—
4% „ II	90.50	Cement Karlstadt	440,—	Süddeutsch. Leder	419,80	Stronstoff Dresden	—,—
3% Salon. Monnast.	86,75	Cham Annawerk	—,—	Ledw. Spichardt	250,—	Furtwangen Uhren	302,—
3% Ung. Eis. Thor	70,—	Stein Braubach	234,50	Masch.-F. Badenia	360,—	Waggon Fuchs	363,—
5% Ost. Südbahn	—,—	Sonderanstalt	59o,—	Daimler Motoren	209,25	Zucker Waghäusel	351,—
2,6% „	30,—	Goldenbg. Germ.	772,—	Faber & Schleicher	217,50	„ Frankenthal	349,—
5% am. int. Mex.	471.—	Farbw. Mühlheim	—,—	Fahrzeug Eisenach	202,—	Tellus, Bergb. a.H.	368,—
3% konv.	14.—	Elberf. Farben	352,—	Frankf. Maschinen	381,—		
Westsizil. Eisenb.	119,—	Gasmotoren Deutz	298			**Freier Verkehr**	
		Holzverkohlung	461,50	Luxuhr. Industrie	325,—	4% Miss. Pac. Cert	390,—
Dtsche Vereinsbk.	139,—	Ultramarin-Fabrik	439,50	Moenus	—,—	Dest. Petr.-A.-G.	—,—
Dtsche Hyp.-Bank	—,—	Wegelin Rus	467,—	Motorenüberursel	360,—	Benz	203,—
Eisenb.-Bank A	—,—	Südd. Draht Waldh.	345,50	Röhrenkessel Dürr	439,—	Julius Sichel	690,—
Eisenb.-Rentenbk.	—,—	Reinig. Gebb. & Sch.	290,50	Schnellpr. Frkthl.	420,—	Ludwig Ganz	244,—
Frankfurter Bank	163,—	Felt. & Guill. Krlsw.	580,—	Metallf. w. München.	245,—	Mainz. Gasapparat	148,—
Frankf. Hyp.-Bank	189,50	Lech Elektrizität	159,50	Ver. Oelfabrik	—,—	Phil. Holzmann	325,—
Metallbank	316,—	Main-Kraftwerke	164,—	Philippe A.-G.	185,—	Neckarsulm. Fahrr.	315,—
Mitteld. Boden	167,—	Voigt & Haeffner	430,—	Schleußner	243,—	Rastätter Waggon	328,—
Nürnb. Versinsbk.	175,—	Emailler Ullrich	318,—	Schneider & Hanau	262,—	Hansa Lloyd	132,—
Pfälz. Hyp.-Bank	173,—	Feist Sektkellerei	365,—	Schuhfabr. Herz	226,—	Kasseler Faß	665,—
Rhein. Hyp.-Bank	176,—	Frankfurter Hof	459,50	„ Leander	245,—	Chem. Rhenania	788,—
Württemb. Notenb.	—,—	Gummiwaren Peter	425,—]	„ Barnels-Wess.	315,50		

Frankfurt, 23. Juni. Abendbörse. Nachdem an der Nachmittagsbörse die Fremdwechselpreise zunächst stark erhöht (Kabel New York 72) und schließlich wieder abgeschwächt waren, verstärkte sich diese Rückwärtsbewegung, so daß an der Abendbörse Kabel New York nur noch 71 Brief, Dollarnoten etwa 70¾ standen. Auf dem Auslandmarkt war wenig Geschäft; Goldmexikaner 778, immerhin höher. Sonst war die Haltung ziemlich fest, besonders auf dem Einheitsmarkt, der seit heute abend wieder lebhafter ist und wieder unter dem Eindruck der nicht nachlassenwollenden Kauflust des Privatpublikums steht. Besonders bezeichnend ist, daß die Aktien der Hirsch-Kupfer-Werke um 30% anzogen und 360-361 notierten auf die Ausstreuungen, das Unternehmen sei besonders günstig beschäftigt. In Wirklichkeit ist mir bekannt, daß bis vor kurzem das Messingwerk des Unternehmens vollkommen stillgelegen hat, und daß es in großem Umfang, wenigstens vorübergehend, zu Arbeiterentlassungen schreiten mußte. Auch die Tatsache, daß aber trotzdem nunmehr unter der Gunst der derzeitigen Börsenverhältnisse dieses Papier scharf in die Höhe steigt, ist ein Kennzeichen dafür, wie zurzeit an der Börse gearbeitet wird. Auf dem Montanaktienmarkt waren die Kurse wenig verändert. Harpen 435, Mannesmann 645, Caro 269, Rheinstahl 490, Luxemburger 326. Von Elektrowerten, die leicht befestigt notierten, Bergmann 319½, Schuckert 250, A. E.-G. 294½. Der Farbwertmarkt war ebenfalls höher, Elberfelder 354, Anilin 633, Scheideanstalt 598½, Höchst 822; auch Waldhof waren weiter höher (505) und haben damit einen beträchtlichen Teil des Kursabschlags eingeholt. Auf dem Einheitsmarkt wurden bis zur Niederschrift des Berichts noch höher Süddeutsche Draht, Krauß Lokomotiven. Im Freiverkehr größeres Geschäft in Holzmann, die scharf anzogen auf 345 (mittags 336½) im Zusammenhang mit Vermutungen über die günstige Fortentwicklung der Wiederaufbauverhandlungen.

Amsterdam.	23./6.	22./6.		23./6.	22./6.		23./6.	22./6.
Rd. Werz-Sch. 3½	72½	—	Arg. N. H. B. Ged.	—	76½	Amsterdam Rubber	80½	82¾
„ 3%	52¼	52¼	U. St. Stee	86⅜	87	Neil.-Amer. Mine	—	193
„ 2½	51½	51½	Vorstelmaatsch.	120	117½	Deli Maatschappij	381½	388
Russ. Ant. v. 1880	7⅜	7½	Handelsverein	343	344	Medan Tabak	335	—
Jav. R. 4½% Obl.	105	104½	Rediang Lebong	—	—	Atchison Topeka	91½	—
Amsterdamsche B.	164	165	Geo. Hon. Petr.	168	167½	Erie	—	14½
Ned.-Ind. Handisb.	138½	137	Kon. Ned. Petr.	439	436	Southern Railway	—	83½
Ried. Handels-Mij.	156	158	Steaua Romana	50½	50½	Union Pacific	—	—

Geld- und Wechselmarkt.

New York, 23. Juni. Anfangskurs der Mark 1,89¼ G 1,89½ B (letzter Schlußkurs 1.41).

Köln, 23. Juni. Am Markt für ausländische Zahlungsmittel hielt die feste Haltung sämtlicher Kurse bei lebhaftem Geschäft an. Nachbörslich trat Angebot auf und führte eine kleine Abschwächung herbei. Augenblicklich (6 Uhr) stellt sich Holland 2365 Brief, London 268 B, New York 71¼ B.

	23. Juni		22. Juni			23. Juni		22. Juni	
(Mark)	G	B	G	B		G	B	G	B
Holland	2387,60	2362,40	2342,65	2347,35	Dänemark	1193,80	1201,20	1198,80	1201,20
Frankreich	572,40	573,60	566,625	566,225	Norwegen	1038,95	1011,05	1038,95	1011,05
Belgien	570,40	571,60	563,40	564,60	Schweden	1588,40	1591,60	1570,90	1574,10
Amerika	71,17	71,33	70,68	70,82	Spanien	939,—	941,—	934,—	936,—
England	266,95	267,55	264,825	265,425	Prag	96,85	96,35	96,—	96,20
Schweiz	1203,75	1206,25	1195,80	1196,20	Budapest	28,37	28,13	28,12	28,18
Italien	349,15	349,85	354,10	354,90	Wien neue	13,48	13,52	13,35	13,395

Berlin	23. Juni		22. Juni		Wechsel	23. Juni		22. Juni	
Wechsel	G	B	G	B		G	B	G	B
Holland	2366,60	2371,40	2338,65	2343,35	Paris	571,40	572,60	566,40	567,60
Belgien	572,40	573,60	562,40	563,60	Schweiz	1200,25	1202,75	1193,80	1196,20
Norwegen	1024,95	1027,05	1006,45	1010,55	Spanien	940,05	941,95	939,05	940,95
Dänemark	1216,25	1218,75	1197,80	1200,20	Wien alte	—,—	—,—	—,—	—,—
Schweden	15 7.40	1600,60	15/0,90	1574,10	„ abgest.	12,73	12,77	13,23	13,27
Helsingfors	119,85	120,15	105,85	106,15	Prag	97,40	97,60	96,20	96,40
Italien	348,65	346,35	351,60	352,40	Budapest	27,97	28,03	28,07	28,13
London	268,20	268,80	264,45	265,05	Bulgarien	—,—	—,—	—,—	—,—
New York	71,545	71,70	70,62	70,78	Türkei	—,—	—,—	—,—	—,—

Berlin. Banknoten	23. Juni		22. Juni		Banknoten	23. Juni		22. Juni	
	G	B	G	B		G	B	G	B
Amerika	70,90	71,10	70,05	70,25	Oesterreich alte (10-100)	—,—	—,—	—,—	—,—
Belgien	568,50	569,50	560,75	561,75	„ (1000 K.)	15,93	16,05	16,20	16,30
Dänemark	1212,75	1215,25	1195,75	1196,75	neue (100 K.)	—,—	—,—	—,—	—,—
England	268,—	269,—	265,87	264,87	„ (1000 K.)	10,50	10,60	10,25	10,35
Finnland	118,75	119,25	108,75	109,25	Rumänien	111,—	111,50	111,—	111,50
Frankreich	566,50	567,50	564,—	565,—	Schweden	1592,50	1595,50	16 8.50	1571,50
Holland	2365,50	2370,50	2335,—	2340,—	Schweiz	1191,25	1193,75	1188,75	1191,25
Italien	345,50	346,50	349,50	350,50	Spanien	929,—	931,—	934,—	936,—
Norwegen	1024,75	1027,25	1001,25	1003,75	Tsch.-Sl. neu	97,10	97,30	95,85	96,05

Amsterdam.	23./6.	22./6.	Mittel-	23./6.	22./6.	Kurse.	23./6.	22./6.
London	11,3175	11,30	Wien	0,55	0,555	New York Kabel	3,0112	3,01
Berlin-Hamburg	4,225	4,265	Kopenhagen	51,10	51,50	Brüssel	24,20	24,06
Paris	24,30	24,15	Stockholm	67,55	67,25	Madrid	40,10	41,10
Schweiz	50,95	50,85	Christiania	43,15	43,20	Italien	14,80	15,10
Kopenhagen.	23./6.	22./6.	Mittel-	23./6.	22./6.	kurse	23./6.	22./6.
London	22,05	22,—	Antwerpen	47,25	47,—	Stockholm	131,50	131,25
New York	589,—	587,—	Zürich	99,50	99,25	Christiania	84,60	84,—
Berlin	8,40	8,40	Amsterdam	196,50	195,25	Helsingfors	9,75	9,15
Paris	47,35	47,35						
Stockholm.	23./6.	22./6.	Mittel-	23./6.	22./6.	kurse	23./6.	22./6.
Kopenhagen	76,50	77,—	Paris	36,—	36,50	Amsterdam	149,—	149,—
London	16,80	16,85	Antwerpen	36,—	36,—	Christiania	64,75	64,—
New York	44,—	449,—	Zürich	75,85	77,85	Helsingfors	7,25	6,85
Berlin	6,35	6,40						
London	23./6.	22./6.		23./6.	22./6.		23./6.	22./6.
New York Kab.-Az.	3,75	3,75	Kopenhagen	21,80	22,—	Genf	22,20	22,25
60 Tage	3,71	3,71	Stockholm	16,80	16,85			

Rio de Janeiro, 22. Juni. London (90 T.) 7⅞/d (= 1 Milreis), Berlin (Sicht) 130 Reis (= 1.4). New York (Sicht) 9100 Reis (= 1$). (Deutsch-Uebers. Bank.)

Buenos Aires, 21. Juni. Berlin (Kabelzahlg.) 48,—47,50 ℳ (=1 Goldpeso), New York (Kabelzahlung) 000,00-000,00 Goldpesos (= 100$). (Deutsch-Uebers. Bank.)

* **Herabsetzung des englischen Banksatzes.** London, 23. Juni. Die Bank von England hat den Banksatz von 6½% auf 6% herabgesetzt. Es haben sich mithin die Erwartungen, die schon in voriger Woche am englischen Geldmarkt gehegt wurden, wenn auch etwas verspätet, so doch schließlich erfüllt. Der amtliche Satz ist damit den tatsächlichen Zinssätzen am offenen Markt wieder mehr angepaßt. Der Bankleitung wurde ihr Entschluß wohl dadurch erleichtert, daß sich in den beiden letzten Bankausweisen die Rücklagen in mäßigem Umfang gestärkt haben und wohl eine weitere Stärkung in Aussicht steht, sowie daß in letzter Zeit die New Yorker Geldverhältnisse als wesentlich leichter gemeldet werden. Der bisherige Satz von 6½% war seit Mitte Mai d. J. in Kraft.

◔ **Deutsche Landwirtschaftsmaschinen-A.-G.** (Delma) in Berlin. Der Antrag auf Zusammenlegung der Aktien von 10 auf 1 Mill. Mark sowie Wiedererhöhung um 5 Mill. Mark hängt laut D. A. Z. auch mit dem Konkurs der ursprünglichen Gründerin, der Maschinen-Handels-G. m. b. H. zusammen, an welche die Gesellschaft Forderungen in Höhe von 7-8 Mill. Mark hat. Infolge der Geschäftsgebarung der frühern Verwaltung habe die Delma große Konjunkturverluste erlitten; die Sanierung solle vorgenommen werden mit Rücksicht auf aussichtsreiche ausländische Verbindungen. Die Gesellschaft hatte ausgedehnte Geschäfte mit Holland und Spanien angeknüpft, die sich plötzlich zerschlugen, jetzt aber durch neue Verhandlungen wieder aufgenommen seien. Es werde jedoch längere Zeit dauern, diese Geschäfte durchzuführen. Bei der Gründung war die Delma reine Verkaufsgesellschaft, schaffte aber große Mengen Maschinen an, u. a. in Erwartung einer Absatzfähigkeit nach Rumänien. Diese Maschinen hätten sich aber als wenig absatzfähig erwiesen. Hinzu kam, daß das große Lager in Johannisthal (Flugzeughalle) plötzlich verlassen und daher der dortige Maschinenpark im Werte von 12-15 Mill. Mark geräumt werden mußte, was erhebliche Unkosten und Schwierigkeiten verursachte. Die jetzige Geschäftsführung datiere ungefähr von Anfang Februar. Man habe Hoffnungen auf die erwähnten Auslandgeschäfte. Schwierigkeit bereite nur, daß die Delma fortwährend mit der in Konkurs befindlichen Maschinen-Handels-G. m. b. H. verwechselt werde

◔ **H. B. Sloman & Co., Salpeterwerke, A.-G. in Hamburg.** Die Norddeutsche Bank teilt im Auftrage der chilenischen Sloman-Gesellschaft, der Compana Salitrera de Topocilla in Valparaiso, mit, daß die Direktion dieser Gesellschaft beschlossen habe, für das am 30. Juni d. J. schließende erste Geschäftsjahr eine Abschlagsdividende von 15s für jede Aktie, die einen Wert von 5£ hat, zu verteilen. Die Auszahlung erfolgt schon am 5. Juli in Chile, und zwar auf Wunsch auch in chilenischer Währung. Da auf jede Sloman-Aktie fünf dieser Salitrera-Aktien bezogen werden können, entfallen auf jede frühere Sloman-Aktie, soweit das Bezugsrecht ausgeübt worden ist, 75s, also ungefähr 200 ℳ oder 20%. Außerdem verteilt die Sloman-Gesellschaft bekanntlich noch 10% Dividende.

WTB **Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt.** New York, 22. Juni. Das Fachblatt Iron Age schreibt in seinem Wochenbericht u. a. wie folgt: In vielen Zweigen der stahlverbrauchenden Industrien scheint das Geschäft für den Sommer tatsächlich abgeschlossen zu sein. Alle bedeutenden weiterverarbeitenden Gesellschaften wurden zu Spekulanten, die alles verkauften, was ihnen irgendwie zur Verfügung stand. Die Preise schlossen auf der Grundlage der Warenhausnotierungen.

* **Dividendenvorschlag.** Eschweiler Bank 11% (i. V. 9%) sowie Erhöhung des Aktienkapitals um 2 400 000 ℳ auf 4 000 000 ℳ.

* **Aus dem rheinischen Braunkohlenbezirk.** Der Bericht des Rheinischen Braunkohlen-Syndikats, G. m. b. H. in Köln, für das am 31. März beendete Geschäftsjahr 1920/21 führt u. a. folgendes aus: Der Druck der außerpolitischen Lage auf unser Wirtschaftsleben hielt während des abgelaufenen Geschäftsjahres an. Zudem war der Gang der Dinge in der innern Politik einer Wiedergesundung unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse wenig dienlich. Wenngleich der rheinische Braunkohlenbezirk von größern Erschütterungen verschont blieb, so wirkten sich doch vielfach unproduktive Kräfte in der Erzeugung von Unruhen und Arbeitsstörungen aus. Trotz aller Hemmungen gelang es durch Vermehrung der Belegschaft um rund 3000 Köpfe = 14% und weitern Ausbau der maschinelen Kohlengewinnung und Aufbereitung die Kohlenförderung und Briketterzeugung in recht beträchtlichem Maße zu steigern. Ueber die gesamte Erzeugung des rheinischen Braunkohlenbergbaues, Rohbraunkohlen und Braunkohlenbriketts, verfügte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr der Reichskommissar für die Kohlenverteilung bzw. in seinem Auftrage die amtliche Kohlenverteilungsstelle für das besetzte westliche Gebiet in Köln. Diese amtliche Stelle hatte ihre Maßnahmen mit den von der Interalliierten Rheinlandkommission gegebenen Richtlinien über die Brennstoffversorgung in Einklang zu bringen. Die Nachfrage nach Rohbraunkohlen war infolge der empfindlichen und allseitigen Brennstoffknappheit während des ganzen Jahres sehr lebhaft. Die Nachfrage nach Briketts war gleichfalls sehr rege. Auf den Brikettabsatz wirkten die uns in den Abkommen von Versailles und Spa auferlegten Wiedergutmachungsleistungen in Brennstoffen besonders nachteilig. Es wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt 1 159 600t Briketts auf Reparationskonto nach Frankreich, Belgien und Luxemburg geliefert. Diese Abgabe nahm fast unsre ganze Mehrerzeugung in Briketts in Anspruch und stieg in einzelnen Monaten bis auf 140 000t an. Daneben blieben wir mit der Lieferung erheblicher Hausbrandmengen für die Besetzung stark belastet. Gleichwohl ist es gelungen, die Belieferung der unbesetzten Gebietsteile um eine Mehrzuteilung von 720 800t gegen das Vorjahr zu verbessern. An das neutrale Ausland sind im vergangenen Geschäftsjahr Lieferungen erfolgt, und zwar nach Holland und nach der Schweiz. — Ueber die Entwicklung von Förderung, Herstellung und Absatz gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluß:

(Tonne)	1914/15	1916/17	1917/18	1918/1919	1919/20	1920/21
Rohbraunkohlen						
Förderung	18 898 088	23 628 210	28 350 068	25 704 250	25 225 831	32 102 791
Absatz	1 804 394	4 236 633	5 659 482	6 148 437	6 225 880	9 268 634
Briketts						
Herstellung	5 208 569	5 876 368	5 995 114	5 965 784	5 759 024	7 014 317
Gesamtabsatz	4 706 407	5 662 304	5 797 176	5 809 809	5 454 382	6 579 037
Industrie	1 601 296	2 422 438	2 501 016	2 170 508	2 204 484	2 326 179
Hausbrand	3 105 111	3 239 866	3 296 160	3 639 301	3 249 898	4 252 858
Landabsatz	343 410	358 546	456 478	600 648	853 842	585 146
Eisenbahnabsatz	3 582 537	4 331 346	3 972 156	3 697 316	3 362 588	4 380 800
Schiffsversand	780 460	972 412	1 368 542	1 511 845	1 237 952	1 613 091

Drahtberichte vom 23. Juni.

◔ **Berlin**, Vom 24. Juni 1921 an werden Deutsch-Austral. Dampfschiffahrtsges.-Aktien (20%) ausschließlich Gewinnanteilschein für 1915 bis 1920, Deutsche Effekten- und Wechselbank-Aktien (9%), Wiener Bankverein-Aktien ausschließlich Gewinnanteilschein für 1920, Deutsche Gußstahlkugelfabrik-Aktien (14%) ausschließlich Gewinnanteilschein für 1920/21 an hiesiger Börse gehandelt und notiert.

Vom 1. Juli 1921 an wird die Notiz für Deutsche Nationalbank-Aktien, Unter den Linden-Bauverein-Stammaktien, desgleichen Vorzugsaktien, und ferner wegen Gesamtkündigung die Notiz für 4½-proz. Mecklenburgische Hypotheken, Wechselbank, Pfandbriefe, Serie 1, Rückg. 125, 4proz. Kaschau-Oderberg-Eisenbahnschuldverschreibungen von 1889, desgl. von 1891 Silber-Prior. von 1889, 5proz. Gerresheimer Glashütten-Schuldverschreibungen von 1914, 4proz. Hagener Textilwerk von 1896, 4½proz. Telephon-Ges. J. Berliner von 1906 eingestellt.

Vom 1. Juli 1921 an sind von den Aktien der Nationalbank für Deutschland, Komm.-Ges. auf Aktien, nur die auf diese Firma abgestempelten oder auf diese Firma lautenden Aktien lieferbar.

Vom 21. Juni 1921 an sind die neu zugelassenen 2 Mill. Mark Aktien der A.-G. Glashüttenwerke Adlerhütte gleich den alten Stücken lieferbar. Zugelassen wurden: 10 Mill. 5proz. Anleihe von 1920 der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke, 1,20 Mill. neue Aktien der Cröllwitzer Aktien-Papierfabrik, 2,40 Mill. Vorzugsaktien und 660 000 ℳ Stammaktien der Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. H. Breuer & Co., 1,80 Mill. neue Aktien der Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz-Kappel, 3,50 Mill. neue Stammaktien der Grün & Bilfinger, A.-G., 3 Mill. neue Aktien der Nähmaschinen und Fahrräderfabrik Bernh. Stöwer, A.-G., 1 Mill. neue Aktien der A.-G. für Rheinisch-Westfäl. Zementindustrie, 7,50 Mill. Vorzugsaktien und 7,50 Mill. neue Aktien der C. D. Magirus, A.-G., 4 Mill. neue Aktien der F. Küppersbusch & Söhne, A.-G.

Antrag auf Zulassung wurde gestellt für: 22 Mill. Aktien der Meyer-Kauffmann Textilwerke, A.-G., 8,90 Mill. neue Aktien der Vereinigten Elbeschiffahrtsgesellschaften, A.-G., 4 Mill. neue Aktien der Franz Seiffert & Co., A.-G., 5,50 Mill. neue Aktien der Kollmar & Jourdan, A.-G.

Warenberichte.

* **Neustadt a. d. H.**, 23. Juni. Pfälzische Warenbörse. Im allgemeinen war der Handel nicht sehr lebhaft, dagegen die Aussprache um so reger und gründlicher; insbesondere verstummen nicht die Klagen über die Aus- und Einfuhrgebühren, sowie auch über die Zollabgaben vom besetzten nach dem unbesetzten Gebiet. Die fortwährenden Veränderungen der Zollabgaben beunruhigen das Geschäft sehr. Festigkeit der Preise hat angehalten.

Getreide, Mehl, Bodenerzeugnisse.

◔ **Berlin**, 23. Juni. Die Marktstendenz blieb weiter fest. Lebens- und Futtermittel sind lebhaft gefragt und zogen im Preise an. Die Kauflust war lebhaft, besonders für Viktoriaerbsen, für Reis, für Rangoonbohnen usw. Auch Mais ist mehr begehrt, ebenso sind Bezugsscheine gefragt. Die Preise sind allermeist weiter in die Höhe gegangen. Für Oelsaaten allerdings stellten sich die Preise teilweise matter, weil das nasse Wetter und die Feuchtigkeit der neuen Muster vom Geschäft zurückhalten. Auch bleiben Mühlen im Kaufe von Raps und Rübsen fern. Oelkuchen weiter anziehend, prompte Lieferung 75-82, neue 80-92 ℳ, alte Raps und Rübsen 235-240 ℳ, neue 245-255 ℳ, Mais, Plata, bahnstehend, 120-123 ℳ, Mixed-Mais, bahnstehend, 116-119 ℳ, Bezugsscheine 53-54-53½.

☆ **Antwerpen**, 21. Juni. **Getreide.** (Wochenbericht.) Der hiesige Markt hatte Geschäft in greifbarer und schwimmender Ware, aber Lieferung lag ruhiger. Hafer behauptet; Plata, clipped (52kg) 59fr, Canada Western, fällig am 25. Juni, Nr. II 62,50fr und Nr. III 59fr, Nr. III in Ladung 3,88$ cif Transit. Manitoba II, schwimmend (Scandinavian) 58,50fr. Gerste fest; amerik. Braugerste (48 engl. Pfund), zu verladen mit D. Kroonland, 59fr, australische Gerste, Juni-Dampfer 74fr, übergeladen; kalifornische Standard I, Juli-Aug.-Dampfer, 57,50fr, übergeladen; chilenische, Juni-Juli-Dampfer, 58fr, übergeladen. Mais gut behauptet: Plata, alt, fällig am 25. Juni, 41 fr cif, neu, fällig am 22./23. Juni, 50,50fr cif, neu, fällig am 16. Juli 48,50fr cif; Moldau-Mais, fällig Ende Juni, 54fr. Roggen behauptet: amerik. Wester II 87fr; Plata, fällig am 25. Juni, 85fr cif in Säcken. Leinkuchen fest: amerik. 65fr; Juli-Aug.-Dampfer 62,60fr cif; inländische 61fr ab Station. Leinsaat und Leinöl behauptet: Plata-Leinsaat 88fr; Leinöl 175fr. Wenn nichts anderes angegeben, verstehen sich die Preise waggonfrei hier 100kg greifbare Ware.

△ **Hopfen.** Nach den jüngsten Meldungen schritt bisher wohl der Hopfen in seiner Entwicklung gut voran; mit dem Eintritt kühlerer Witterung, besonders während der Nächte, trat aber eine Stockung im Wachstum ein. Dazu kommt, daß auch durch das stärkere Auftreten der Aphisfliege und der Blattlaus die Entwicklung gehemmt wird. Im Spalter Land haben die Frühhopfen dreiviertel bis ganze Stangenhöhe erreicht, während die Späthopfen meist nicht viel über halbe Stangenhöhe gekommen sind. Das Ungeziefer wurde eifrig bekämpft. In den Hallertau haben die Ranken meist bereits Drahthöhe erreicht. Aus dem Zenngrund wird berichtet, die Ungezieferplage nehme überhand. In Baden stehen die Frühhopfenanlagen in der Schwetzinger Gegend verhältnismäßig gut, die Bodenseegegend klagt über neuerliches langsames Wachstum. Die Anlagen in Württemberg stehen verhältnismäßig befriedigend. Im allgemeinen geht aus den Berichten hervor, daß, selbst wenn die Witterung sofort günstiger würde, in den meisten Bezirken nicht mit der gleichen Erntemenge gerechnet werden könnte wie im Vorjahre, auch wenn die mitunter sehr pessimistisch lautenden Berichte nicht in vollem Umfang zutreffen. Das Vorjahr brachte im Deutschen Reich nach amtlicher Schätzung bekanntlich einen Ertrag von 60 258dz.

Webstoffe.

* **London**, 23. Juni. *Jute.* Native first Marks Juni-Juli 30 £ (zuletzt 30 £) unbestitutes 25 £ 15s (27 £).

WTB **New York**, 23. Juni. **Baumwolle.** Eröffnungskurse. Juli 12,08, Oktober 12,90, Januar 13,60.

Metalle.

London.	23./6.	22./6.		23./6.	22./6.		23./6.	22./6.
Kupfer Kassa	69¾	70¼	Zink niedr. Preis	26½	26½	Aluminium f. Ast.	—	—
3 Monate	70	70¼	höchster Preis	27½	27	Antimon	—	—
elektrol. niedr.	74	74	Zinn Kassa	166½	164½	Quecksilber	—	—
höchst. Preis	76	76	Zinn 3 Monate	167½	166½	Nickel	—	—
Best Sel. niedr.	—	—	Blei weich niedr.	22½	21¾	Silber vorrätig	35½	35⅝
höchst. Preis	—	—	höchster Preis	22¼	21⅞	auf Lieferung	35½	35⅝
Strong Sheets	—	114	Weißblech	—	—	Gold	109s/9	109s/7

Chemikalien, Kautschuk, Schellack.

* **Köln**, 23. Juni. Chemikalien. Die amtlichen Notierungen (Großhandelspreise) lauteten an der heutigen Warenbörse wie folgt: Bleiglätte 886,50 Bleimennige 876,50, Bleiweiß (Oel) 1255, desgl. pulv. 1155, Borax (pulv.) 1025,, desgl. (crist.) 975, Borsäure (pulv.) 2000, desgl. (crist.) 1925, Zinkweiß 870, Holzöl 2600, Leinöl, roh 1125, Leinöl, gek. 1225-1250, Harz, amerik. 460-480, desgl. franz. 410-580, Brom-Kalium 15,25, Jod, resubl. 475, Salicylsäure 33,50. Feinchemikalien 1kg, sonst 100kg.

* **London**, 23. Juni. *Kautschuk.* First Crepe, vorr., 8 bis 8⅛d (zuletzt 8 bis 8⅛d).

Häute, Felle, Leder.

◔ **Berlin**, 23. Juni. Lederbörse. Auf allen Gebieten des Häute-, Leder- und Schuhhandels ist die Stimmung ausgesprochen fest, insbesondere auf dem Ledermarkt, da die Schuhindustrie gut beschäftigt ist, herrscht lebhafte Nachfrage nach ihren Hauptbedarfsartikeln. Manche Ledersorten, wie Roß-Chevreaux, fehlen zurzeit vollständig. Der Schuhhandel sträubt sich nach Möglichkeit, die von den Fabrikanten geforderten erhöhten Preise zu bewilligen. Der Verkehr ist zwar nach wie vor auch in Schuhwaren recht lebhaft, hat jedoch infolge der ungünstigen Witterung in farbigen Sachen nachgelassen. Auf d

Als Spediteure empfehlen sich:

Aachen: Aachener Transport-Contor Caspar Grotes, Intern. Transp. Allgemeine Transportges. vorm. Gondrand & Mangili. Telephon 4638. Gebr. Blaise, Bahnsped. C. Clermont, Intern. Speditionshaus. A. Großjohann & Co., Tel. 394 u. 881. Hans Krebser G. m. b. H. Mond & Co., Internat. Transporte. Neuhausen&Billissen, Intern. Transp. Pelzer & Hütten, intern. Transporte. Rhenus Transport-Gesellsch. m. b. H. Soiron & Co., Mauerstraße 19. Speditions & Lagerhaus Aktienges. „Transitus" Sped. Ges. Jansen & Küpper, m. b. H.

Barmen: August Bächer, gegr. 1835. Tel. 44 u. 2853. Intern. Sped. Sammelverk. Lag.

Barmen-Rittersh.: Anschlußlager H. Schuren-Schaarwächter, B.-Wichl. Sped. T. 262. 4035 Speditions-Contor Haarhaus & Co. Intern. Sped., Verzollung, Lagerung. Teleph. 302. 303. 4607. 4605. 4575.

Berg-Gladbach: Gust. Ueberberg, Sped., Möbelt. „Lag.

Berlin: ALLTRANS A.-G., Köpenicker Str. 33. Bartz & Co., Akt.-Ges. Kaiserstraße 41. Robert Haberling, Ausland-Spedition Kosmos, intern. Sped. u. Schiff.-Ges. Carl Lassen, Berlin NW 52.

Bielefeld: Ferdinand Evers, Sped. u. Lagerhaus.

Bingen a. Rh.: Phil. Thomas, Spedition, Schiffahrt. Friedrich Vogt, Spedition, Schiffahrt.

Bochum: Wilh. Hemsoth, Bahnamtl. Spediteur.

Bonn: Albert Lüttger, Bahnsped. Möbeltrspt. Heinr. Niessen, Spedition, Lagerung, Cöln-Straße 103/105. Fernsprecher 122 und 5500.

Bremen: ALLTRANS A.-G., Molkenstraße 2.

Cassel: Brookmann sen. & Grund.

Chemnitz: J. Max Moinig, Bahnspedition. A. Th. Schubert & Söhne, Bahnsped. Otto Westhoff Nachfolger, Spedition

Cleve: Driessen & Hess, Sped., Grenzabfert. W. van Oppen, Internat. Spedition. Express- und Sammelverkehr nach England via Hoek.

Cranenburg: d.-holl. Grzst. Internationale Spedition G. Boll. Zoll- und Grenzabfertigung. Siebing & Co., internat. Spedition.

Danzig: ALLTRANS A.-G., Langermarkt 19. WORMS & Cie., Reederei, Spedition.

Darmstadt: A. & J. Mommard, Bahnsp., Lag., Möbeltr.

Dresden: Consortium Pflüze & Co., Bahnsped.

Düren: Dürener Sped. u. Lagerh. O. Taenzer Frings & Thelen, vorm. L. Frings G. m. b. H. H. Milchsack, Spedit. u. Schiffahrt.

Düsseldorf: Allgemeine Transportges. vorm. Gondrand & Mangili. Tel. 6121. 9674. ALLTRANS A.-G., Güterbahnhof Derendorf. Tel. 34 - 4987 - 8653 - 8699. Bueninck & Co., Gegründet 1871. L. W. Gretschmer, Filiale Neuß. Hugo Daniels, G. m. b. H. & Co. J. W. & Ol. Diergen, Sped. Schiff. Lag. G. J. Jonen Wwe., Sped. Schiff. Lag. Joh. C. Köper, G. m. b. H., Sped. u. Schiff. Niederrheinische Dampfschlepp-schiffahrts-Gesellschaft, Schiffahrt, Spedit., Lagerung, Getreidespeicher. Rhenus Transport-Gesellsch. m. b. H. Schürmann & Co., Sped. u. Schiffahrt. Ernst Unger, Sped., Lag., Versich. Oskar Wappner, G. m. b. H. M. Zietzschmann, Sped., Schiff., Lag.

Düsseldorf-Heerdt: Transport-Gesellschaft m. b. H.

Duisburg: ALLTRANS A.-G., Merkatorhaus. Otto Denkhaus, Spedition, Lagerung. Ern. Espey, Bahnamtl. Spedition. Gebr. Rigaud, G. m. b. H., Sp. Schiff. Lag. M. Zietzschmann, Sped., Schiff., Lag.

Duisburg-Ruhrort: W. Backhaus G. m. b. H., Sped., Schiff. Friedrich Baumann, Reederei, Sped. C. Engelhardt, Spedition, Schiffahrt. Hansa Transport- & Handels-Ges. Hannoversches Schiffahrts- und Speditions-Kontor Froesick & Unger, G. m. b. H. (Vertreter Schuck & Missing.) Kosmos, Internat. Sped. u. Schiff.-Ges. Rheinische Transport-Gesellschaft m. b. H., Reederei, Schiffahrt, Otto Schmitz & Co., Spedition. Reederei, Kohlengroßhandel. W. L. Schwarz & Co., G. m. b. H. WORMS & Cie., Reederei, Spedition.

Eiberfeld: Kron & Nierhaus, Spedition, Lagerung, Möbeltransport. Carl Vogel, Bahnspedition, Spedition, Lagerung, Möbeltransport.

Elten: Speditions & Lagerhaus Aktienges. Arth. Vrancken-Charlier & Scheibler.

Emmerich: Mallinckrodt & Co. Speditions & Lagerhaus Aktienges. Arth. Vrancken-Charlier & Scheibler.

Emden: Schulte & Bruns. Allgem. Speditions-Gesellsch. A.-G. Zweigniederlass. Emden Drahtan schrift: Allgemeine. Tel. 788 u. 789

Essen (Ruhr): Gebr. Hoppe, Hofsped., Bahnspedit H. A. Meisinger & Co., G. m. b. H.

Frankfurt a. M.: Kosmos, internat. Sped. u. Schiff.-Ges. Carl Lassen, intern. Speditionshaus. Rhenus Transport-Gesellsch. m. b. H. „Transitus" Sped. Ges. Jansen & Küpper, m. b. H. A. Ulrich Strobel, Spedition

Friedrichshaf. a. B.: C. E. Noerpel, Internat. Transporte.

Friemersheim (Zollbhf.): Gerhard Hilbrans, Bahnamtl. Spedition, Zollabfertig., Uebernahme von Sammelladungen u. sämtl. Transp.

Glauchau: (Sachsen) Fischer & Co., Spedition.

Hagen i. W.: Allgemeine Transportges. vorm. Gondrand & Mangili. Tel. 4 und 74. Gebr. Grote, Bahnspediteure. Oskar Hoffmann, Intern. Transporte. Hermann C. Schmidt. J. G. Silber.

Hamburg: ALLTRANS A.-G., Adolfsbrücke 9-11. G. Daniels G. m. b. H. Kosmos, Internat. Sped. u. Schiff.-Ges. Joseph Stenz, Internat. Transporte. WORMS & Cie., Reederei, Spedition.

Hannover: W. Backhaus G. m. b. H., Sped., Schiff. Hansa Transport- & Handels-Ges. Hannoversches Schiffahrts- und Speditions-Kontor Froesick & Unger, G. m. b. H. Louis Hapke, Bahnspediteur.

Hassum: (Goch) Adolf Bium & Popper, gegr. 1875.

Kaldenkirchen (Rhld.): Kauwertz & Co., gegr. 1819. Mond & Co., G. m. b. H. C. A. Niessen, Intern. Spedition, Zollabfertigung, Lagerung. Speditions & Lagerhaus Aktienges. Arth. Vrancken-Charlier & Scheibler.

Kehl i. B.: Société Anon. de Trsp. A. G. Jonemann Rhenania Sped. Ges. m. b. H. Rhenus Transport-Gesellsch. m. b. H.

Koblenz: Rheinschiffahrts-A.-G. Fr. Asteroth.

Köln: Allgemeine Speditions-Gesellschaft A.-G., Zweigniederlassung Köln. Drahtanschrift: Allspedition. B 9557 Allgemeine Transportges. vorm. Gondrand & Mangili. Tel. A 4556, B 5005. ALLTRANS A.-G. Alteburger Str. 153. Tel. A 5850, 5851, 9482-83-84. Josef Arbeiter, Spez.: Zollabfertig. Arthur Bergerhoff & Co., G. m. b. H. Adolf Blum & Popper A.-G., gegr. 1875. Fernspr. B 9217. Tel.-Adr.: Blumoff. Math. Brassart, Tel. B 8147. R. Bröll, G. m. b. H., Intern. Transporte Charlier & Cie., gegr. 1843. Cölner Speditions & Transp. G. m. b. H. G. Daniels G. m. b. H. Th. Dürscheidt, Bahnsped., K.-Nippes. Gerhard & Hoy, G. m. b. H., Fil. Köln. Halm & Paetz, Tel. A 4348, B 5284. Otto Handl & Co. G. m. b. H., Intern. Trsp. Hansa Transport- & Handels-Ges. Ewald Hasenkamp, Teleph. A 6331. Heinr. Heimes, K.-L'thal, gegr. 1893. Emil Hirsch, Intern. Transp., Assek. Oskar Hoffmann, Intern. Transporte. Koll & Kubach, Fernspr. A 5314-16. Kölner Paketfahrt A. Kleinenbroich, Hauptbahnhof. Bahnamtl. Spedition. Kosmos, Intern. Sped. u. Schiff.-Ges. Wilhelm Licht, Fernspr. A 1576. Hermann Lipps, Pantaleonswall 71. Intern. Möbeltransport. Tel. A 4231. H. Milchsack, gegründet 1846. Spedition Schiffahrt und Lagerung. Rheinische Transp. u. Lagerh.-Ges., Worms, Rossbach & Cie. Tel. A 4634. Rhenus Transport-Gesellsch. m. b. H. J. P. Rothhaas, gegr. 1878. Schad & Co., Telephon A 628. Hermann Schulte & Co., Tel. A 1135. Schumacher & Co., Spez. Zollabfert. W. L. Schwarz & Co., G. m. b. H. Speditions & Lagerhaus Aktienges. Arth. Vrancken-Charlier & Scheibler. Sped. Köln-Süd G. m. b. H., Bahnhof Bonntor. A 9519. Sped. Lag. Schiff. Joseph Stenz, G. m. b. H., am Frankenwerft. Internat. Transporte. Gerh. Strohe, gegr. 1854. „Transitus" Sped. Ges. Jansen & Küpper m. b. H. Fernsprecher A 8177, 8178, B 2797. Lorenz Wilhelm Weber, Bahnamtlicher Spediteur. Verzoll., Lagerung intern. Transporte, Sammelladungen nach allen Weltteilen. Peter Josef Zimmer, gegr. 1863.

Köln-Ehrenfeld: J. Schorn & Cie., Bahnsped. K.-Ehrenf.

Köln-Mülheim: Koll & Kubach, Fernsprecher 230.

Königsberg Pr.: E. Bartenwerfer, Sped. Lagerhaus. Robt. Kleyenstüber & Co.

Krefeld: Charlier & Scheibler Salih. Erlenwein & Co., G. m. b. H. Sped., Schiff., Lagerung, Gegr. 1830 W. G. Taaks, G. m. b. H., Tel. 4810-12. Andre Weis, G. m. b. H.

Krefeld-Linn (Rheinhaf.): Eduard Schou, Spedition, Schiffahrt Lagerung, Lastwagen-Betrieb.

L. beck: ALLTRANS A.-G., Mengstraße 30. Buck & Willmann.

Ludwigshafen: Rhenania Sped. Ges. m. b. H. C. Rupponthal & Co., Sped. u. Schiff

Magdeburg: Paul Siebert, Schiffahrt, Spedition.

Mainz George Hirsch, Sped., Lag., Schiffahrt Kosmos, Intern. Sped.-u. Schiff.-Ges. Mainzer Lagerhaus-Gesellsch. A.-G. gegründet 1877. Lagerung u. Sped. Rhenus Transportgesellsch. m. b. H. L. Rettenmayer, Internat. Transporte Joseph Stenz, Sped., Schiffahrt, Lag. „Transitus" Sped. Ges. Jansen & Küpper, m. b. H.

Mannheim: Hannoversches Schiffahrts- und Speditions-Kontor Froesick & Unger, G. m. b. H. (Vertreter Johann Sody). Kosmos, Intern. Sped.-u. Schiff.-Ges. Rhenania Sped.-Ges. m. b. H., Zentrale d. „Rhenania" Rheinschiff.-Konzerns Rhenus Transport-Gesellsch. m. b. H. „Transitus" Sped. Ges. Jansen & Küpper, m. b. H.

M.-Gladbach: Koenig & Luyken, gegr. 1875.

Neuß: L. W. Gretschmar, Schiff., Sped. u. Lagerung. Eigne Kohlenkipperanlage Leon. Geyr, Spedition, Lagerung. Heinr. Janssen, Sped. u. Lagerung. Transport-Gesellschaft m. b. H. M. Zietzschmann, Sped., Schiff., Lag.

Ohligs: J. Dahmen & Co., Internat. Spedition

Osnabrück: Wilhelm Vassmei G. m. b. H.

Perl (Mosel): A. Lahaye, Intern. Trsp. Zollagentur.

Recklinghausen: Gebr. van Eupen, Bahnspediteure.

Regensburg: Ratisbona, Spedition und Lagerung.

Remscheid: Oskar Hoffmann, Intern. Transporte.

Saarbrücken: Saarbrücker Lagerhaus G. Hillebrand Philipp Creutzer, Intern. Transporte.

Saargebiet: Saarbrücker Speditions- u. Lagerhaus-Ges. m. b. H., Saarbrücken 3. Grenzzll.-Homburg, Bruchmühlbach, Merzig, Beurig-Saarburg, St. Wendel, Türkismühle und Saarbrücken.

Schaffhausen: Burckhardt, Walter & Cie., A.-G. Internationale Transporte.

Singen a. H.: (Baden). C. E. Noerpel, Internat. Transporte.

Spandau: Robert Haberling, Ausland-Spedit.

Stettin: ALLTRANS A.-G., Pladrinstraße 21. Hugo Minack, Nachf., Gegr. 1889.

Stolberg: A. Grossjohann & Co., Tel. 64.

Stuttgart: Adolf Epting, G. m. b. H. Sammelladungsverkehr. Verteilung von Wagenladung und Lager.

Trier: Matth. Buschmann & Co., Int. Spedit. F. J. Meyer, Internationale Transport.

Uerdingen: Balth. Erlenwein & Co., G. m. b. H. Sped., Schiff., Lagerung. Gegr 1830. Theod. Müncker, G. m. b. H., große Lagerhäuser für Massengüter.

Vohwinkel A. Grossjohann & Co.

Waldshut: (Baden) Kosmos, Intern. Sped. u. Schiff.-Ges

Weener a. Ems: Lagerhaus, Weener.

Wiesbaden: L. Rettenmayer, G. m. b. H., Spedition, Möbeltransporte, Lagerung

Worms: Rhenania, Wormser Lagerhaus- und Speditions-A.-G.

Zweibrücken (Pfalz): Jacob Manz, Sped., Verzoll., Lagerg

Ausland:

Aarhus J. P. Petersen, Dampferagent Sped.

Amsterdam: Amsterdamsch Expeditie-Kantoor Recter & v. d. Veere. Tel.-Adr.: Socura

Antwerpen: Agence Maritime Marks, Act.-Ges. ERNEST DAEL, St. Maartenstraße 2. Europ. Forwarding & Warehous. Cy. GERHARZ — DELVAUX. Louis Ghémar, 10-12 Rue de l'Amidon SOIRON & CO., 19 Rue d'Baggards. Jos. Vogel & Co., gegr. 1833. WORMS & Cie., Reederei, Spedition Ziegler & Co., Spedition u. Schiffahrt.

Arnheim: (Holland) Mallinckrodt & Co., Lagermit Geleis.

Basel: Basler Lagerhausgesellschaft, Internationale Transp., Lagerung, Amtl. Güterbest. der badischen Stb. Burckhardt, Walter & Cie., A.-G. Internationale Transporte. Rhenus Transport-Gesellsch. m. b. H. Joseph Stenz, Internat. Transporte.

Bilbao: (Spanien) A. Conrad & Co., gegr. 1840. Internationale Transporte, Verzollung u. Spedition. Große zollfreie Lagerräume mit eignem Bahnanschluß.

Bordeaux: Sancta, 6 Quai Louis XVIII. Direkte Dampfer von Bordeaux nach Rheinhäfen.

Bristol: Siehe unter Robert Park & Co, Ltd., Southampton.

Brüssel: C. C. De Baerdemaecker, Sped., Schiff L. Ghémar, 6/70 Rue de Commerçants Hans Krebser, 1 Rue du Magasin. L. Maho, 76 Rue Piers. SOIRON & CO., 19 Rue Ulens. Ziegler & Co., Spedition u. Schiffahrt. Sammelstellen in Aachen-West, Herbesthal und Sterpenich.

Chiasso: Hans Krebser, Intern. Transp.

Drontheim: Bachke & Co., Sped. u. Schiffahrt.

Erquelinnes: (Belgien) Ziegler & Co., Spedition u. Schiffahrt.

Eupen: Speditions- u. Lagerhaus Aktienges

Forbach i. Lothr.: Augis, Garon & Perignon, Internat. Transporte. Sammelladungsverkehre zwischen Frankreich u. Deutschland. Société Anonyme de Trsp. Jonemann

Genf: J. Véron, Grauer & Cie., vormals A. Bocquin & Co. und H. Gilbert.

Gent: G. C. De Baerdemaecker, Sped., Schiff. Ziegler & Co., Spedition u. Schiffahrt.

Goole: Siehe unter Robert Park & Co. Ltd., Hull

Gothenburg: A. B. Transportkompaniet.

Grimsby: Siehe unter Robert Park & Co. Ltd., Hull

Groningen: Boersema & Scholtens, Sp., geg. 1866.

Harwich: Siehe unt. Rob. Park & Co. Ltd., London.

Herbesthal: Mond & Co., Internat. Transporte. Speditions- & Lagerhaus Aktienges. SOIRON & Co.

Hull: Robert Park & Co. Ltd., 3 Parliament Street.

Jeumont: (Nordfrankreich) Société Anonyme de Transp. Jonemann

Kopenhagen: Albert Maim, St. Annäplade 13

Kufstein (Tirol): E. v. Kappeler, für alle Transporte

Liverpool: Robert Park & Co. Ltd., 26 Chaple Street.

London: Robert Park & Co. Ltd., Zentrale: 91-93-95-97 Clerkenwell Road, Spedition, Sammelverkehr usw. Deutsche Korrespondenz. Siehe auch unt. Liverpool. Manchester, Hull, Southampton

Mailand: Hans Krebser, via Bigli 19

Malmö: Thomee & Co., A. B., gegründ. 1852 Skandinavien, Finnland, Ostseeprov. A. B. Transportkompaniet.

Manchester: Robert Park & Co., Ltd., 40 Brazennose Street.

Montzen: C. Clermont, Intern. Speditionshaus

Paris: Augis, Caron & Pérignon, 33 Rue de Chabrol. Société Anonyme de Transp. Jonemann WORMS & Cie., Reederei, Spedition.

Rotterdam: ALLTRANS A.-G., Boompjes 16 G. Daniels & Co. N. V. Reagery v/h, J. H., Koenigsfeld Rhenus Transp.-Gesellschaft m. b. H. C. Steinweg, Spedition, gegr. 1847 „Transitus" Sped. Ges. Jansen & Küpper, m. b. H. Lagerhaus A.-G., Handelsveem. Sped Ausg. von beleihb. Lagerscheinen. N. V. Expeditie en Veembedrijf v/h Arthur Vrancken. WORMS & Cie., Reederei, Spedition N. V. Transportondernehming Joseph Stenz. Prins Hendrikkade 59. M. Zietzschmann, Sped. Schiffahrt.

Sierck: (Lothringen) A. Lahaye Günst. Verzoll. von u. nach Frankreich

Southampton: Robert Park & Co. Ltd., 8 Gloucester Square.

Stenenlet: Ziegler & Co., Spedition u. Schiffahrt

Stockholm: A. B. Transportkompaniet

Straßburg: Société Anonyme de Transp. Jonemann WORMS & Cie., Reederei, Spedition. Marais Frères, intern. Transporte.

Treileborg: Gustaf Smiths Eftef. Sped. gegr. 1873

Valencia: Robredory Cia., c. Culla 9. Nationale und internationale Transporte. Zollabfertigung, Lagerung, Inkasso.

Venlo: (Holl.) Karl Hermans. Spedition u. Kommission Schnellste Verbindung für Postpakete zwischen Deutschland und Holland. Zu adressieren an meine Filiale in Kaldenkirchen (Rhld.)

Wien: J. Laumen & Co., Filiale Kaldenkirchen Rhld. Waggonladungsverkehr zwischen Holland—Deutschland. N. V. Expeditie en Veembedrijf v/h Arthur Vrancken.

Wolfenraedt: SOIRON & Co.

Winterswyk: (Holland) J. B. Smalbraak, Sped., Lag., Verzoll.

Zevenaar: N. V. Expeditie og Veembedrijf o/h Arthur Vrancken.

Zürich: Burckhardt, Walter & Cie., A.-G. Internationale Transporte. Hans Krebser, Intern. Transp.

R. M. S. P. & P. S. N. C.

The Royal Mail Steam Packet Co. — The Pacific Steam Navigation Co.

nach **NEWYORK** von **HAMBURG**

„ORDUNA", den 9. Juli

nach **BRASILIEN** und **ARGENTINIEN**

„ARLANZA", den 8. Juli von Cherbourg

nach **SÜDAMERIKA**

a) durch den Panama-Kanal
b) durch die Meerenge von Magellan

a) **„VICTORIA", 28. Juli von Liverpool**
31. Juli von La Rochelle-Pallice
b) **„ORCOMA", 14. Juli von Liverpool**
17. Juli von La Rochelle-Pallice.

Die Vertreter und Bevollmächtigten der Gesellschaft erteilen jede Auskunft kostenfrei: (81

Köln: Thos Cook & Son, Domhof.
Düsseldorf: Richard Lehnkering, Rethelstraße 29.
Frankfurt: F. Schottenfels & Co., Bethmannstraße 54.
Wiesbaden: L. Rettenmayer, G. m. b. H., Nicolastraße 5.

Hugo Stinnes

Südamerika-Dienst

Regelmäßige vierwöchentliche Abfahrten von Hamburg nach

Brasilien und La Plata.

Nach

Pernambuco, Bahia, Rio de Janeiro, Santos, Montevideo u. Buenos Aires

D. „Havenstein" (12000 Tonnen) **etwa 25. Juli.**

Vorzügliche Gelegenheit für eine kleinere Anzahl Kajütspassagiere.

Aenderungen vorbehalten. (131

Nähere Auskunft erteilen:

Hugo Stinnes, Südamerika-Dienst Hamburg, Jungfernstieg, Hamburger Hof
und der Makler:
Rob. M. Sloman jr., Hamburg.

North Pacific Coast Linie.

(Holland-Amerika Linie und The Royal Mail Steam Packet Company.)

Direkte Abfahrten von **HAMBURG** nach:

Colon, Panama, San Pedro (Los Angeles) San Francisco, Portland, Seattle, Vancouver

sowie mit Umladung in **Colon** (bei genügendem Ladungsangebot auch direkt) nach:

Acapulco, Manzanillo und Mazatlan
(durch den Panama-Kanal)
Ein Dampfer Mitte Juli.
(Aenderungen vorbehalten.)
Dieser Dampfer ist mit Kühlräumen versehen.
Güterannahme: **Schuppen 53.** 137
Nähere Auskunft wegen Fracht usw. erteilen die Agenten:
Olaf Lassen & Co., Hamburg und
Phs. van Ommeren (Hamburg) G. m. b. H., Hamburg.

Mac Andrews & Co. Ltd. Nachf. der

Compania Maritima Barcelona.

Regelmäßiger Dienst zwischen

Hamburg—Spanien—Portugal

D. **„Cortes"** . . . . . **2. Juli**
D. **„Cisneros"** . . . . . **20. Juli**

nach **Pasages, Bilbao, Santander, Musel (Gijon), Coruna, Vigo, Lissabon, Cadiz, Sevilla, Barcelona, Valencia, Alicante, Cartagena** und **Malaga.**

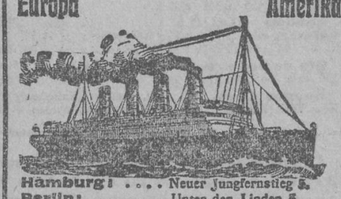
Weitere Häfen nach Bedarf. — Aenderungen vorbehalten.
Lagergeldfreie Güterannahme: **Asiakai, Schuppen 34.**
Näheres wegen Frachten, Passage usw. durch die Vertreter

Suhr & Classen.

Hamburg, Fernsprecher: Hansa 6788, Alster 2700. 138

CUNARD LINE

Europa — Amerika



Hamburg: . . . . Neuer jungfernstieg 8.
Berlin: . . . . . Unter den Linden 8.
Frankfurt a. M.: Kaiserplatz.

AACHEN . . . . . Hans Krebser, Römerstraße 7.
BADEN-BADEN Falk & Groetz, Kurgarten 23-25.
BREMEN . . . . Garry Cohen, a. d. Weide 4.
COBLENZ a. Rh. Guido Erxleben, Goebenplatz 2.
COLN. . . . . Thos. Cook & Son, Domhof 1.
DRESDEN . . . . A. L. Mende, Moszinskystraße 1.
HANNOVER . . . Berend & Gottschalk, Theaterplatz 7.
HALLE. . . . . Max Lippmann, Volkmannstraße 4.
LEIPZIG. . . . . Albert Meyer, Brühl 69.
MANNHEIM . . . W. Trinler, Louisenring 22.
MÜNCHEN . . . Cunard, Verkehrsbureau, Promenadepl. 15
NÜRNBERG . . . Amtl. Bayer. Reisebur. G. m. b. H. Hptbahnh.
NÜRNBERG . . . C. Otto Krauss, Königstraße 60.
PLAUEN. . . . . Johannes Lange, Lützowstraße 14.
STUTTGART . . H. Anselm & Co., Scheilingstraße 13.
WIESBADEN . . L. Rettenmayer, Kaiser-Friedrich-Platz 2.

U·S·MAIL S·S·C



Regelmäßige Abfahrten

BREMEN NEWYORK

Vorzügliche Reisegelegenheit
mit den **größten** zwischen Deutschland und Amerika verkehrenden erstklassigen und schnellen Doppelschrauben-Salondampfern „George Washington", „Amerika" u. a.
ab deutschem Hafen

Auskunft und Fahrscheine durch
GENERALVERTRETUNG
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen

in **Köln: Norddeutscher Lloyd Hauptvertretung Köln.** Domkloster 1
„ **Johann Paffenholz.** Severinstr 1
in **Bonn: Lloyd-Reisebüro Heinr. Brinck,** Am Hof 9
in **Koblenz: Guido Erxleben,** Rheinwerft
in **Düsseldorf: Lloyd-Reisebureau, Emil Meyer,** Wilhelmplatz 9
in **M.-Gladbach: Pet. J. Grassmann,** Inh. Heinrich Wiegand, Bismarckstr 26
in **Krefeld: Andre Weis, G. m. b. H.** Elisabethstr 59/61 136
in **Bemscheid: Hermann Krumm,** Markt
in **Siegburg: John Wintgen,** Markt 25
in **Solingen: A. Kinkel,** Weyerstr 45.

Artus-Danzig

Südamerika-Dienst.
Regelmäßige vierwöchentl. Dampferverbindung von Danzig/Hamburg über Antwerpen nach Montevideo, Buenos Aires und **Rosario,** direkt ohne Umladung.

Abfahrt v. Danzig — Abfahrt v. Hamburg — Antwerpen

Dampfer Oliva etw. 12000 t, etwa 29 Juni etwa 4. Juli
Vorzügliche Gelegenheit für eine kleine Anzahl Kajütpassagiere.
Ununterbrochene lagergeldfreie Güterannahme in **Hamburg am Schappen 37.**
Aenderungen vorbehalten.
Nähere Auskunft erteilt
in **Danzig: „Artus", Danziger Reederei- und Handels-Aktien-Gesellschaft**
in **Hamburg: Rob M. Sloman jr.**
in **Antwerpen: Agence Maritime Baltique, Feitenburg**
in **Königsberg: Poseidon, Schiffahrtsgesellschaft m. b. H.**
in **Stettin: Midgard, Deutsche Seeverkehrs-Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Stettin.** 186

Wohlbekannte Firma

energisch, mit ausgedehnten Verbindungen, eigenen Maschinenfabriken und Lagern, mit Bahnanschluß, in lebhaftem Industriegebiete Englands gelegen

wünscht Zusammenarbeit mit deutscher Firma
zwecks Repräsentat. u. Fabrikation in England.

Antworten, Diskretion zugesichert, unter R 637 a. d. Ann.-Exp. **Rosiersky, Bonn.** (404

Größeres Bauunternehmen

zahlt hohe Vergütung für den Nachweis von

Bauausführungen.

Angeb. u. P E 3372 an die Exp. d. Bl. (432

Ab Köln-Deutz 657 abends
an Rüdesheim 954 „
Ab Rüdesheim (Schiff) 1130 vormittags
an Köln (Schiff) 610 abends

Rüdesheim

Hotel Jung
gegenüber dem Staatsbahnhof. (284

Auto-Bereifungen



„Goodrich"

bestes amerikanisches Fabrikat in großen Mengen u. sämtlichen Dimensionen vorrätig.
Ebenso **Vollgummi-Reifen** in allen Sorten am Lager.
Preise äußerst billig!
Paul Villnow & Cie. G. m. b. H.
Generalvertrieb d. Goodrich-Werke für Deutschland.
Köln, Breite Straße 99.
Telephon B 3843. (vg
Telegramm: Villnow Köln.

Benz-Auto

14/30

ca. 10 000 km gefahren vollständ. nachgesehen, neu lackiert, vor einem Jahr gel., freibl. sb

zu verkaufen.

Ang. u. **N T 3442** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Schnell-lastwagen Mulag

2–3 Tonner, in gutem Zustande (zugelass.), gummibereift, **sehr preisw. abzugeben** oder gegen **6–8 St. P. S.-Personenwagen** zu vertauschen. 191

H. G. Schreiber
Wagen- und Karosseriebau
Rheydt.

12/32 P. S.-Mercedes Innensteuerung

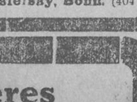
äußerst schöner und gut erhaltener Wagen, zum Preise von 98 000 ℳ zu verkaufen. Anfragen unter X 945 an die Ann.-Exped. **Th. Naus, Aachen.** 371

Gebr. herrschaftlicher

Landauer u. Halbverdeck

auf Gummi, hochelegant **preisw. abzugeben.**

H. G. Schreiber
Wagen- und Karosseriebau
Rheydt. (191



Transportfässer

für jed. Verwendungszweck (199
kurzfristig lieferbar.
Lagerliste auf Wunsch
Gebr. Achenbach, G. m. b. H. Weidenau-Sieg
Postfach 130

Bodenkarussell

für Kraft- u. Pferdebetrieb eingerichtet, mit 20 Pferden u. 2 bewegl. Gondeln, Besetzung mit Pack- und Holzwagen. 532

Zu erfr. **Jos. David Kalk,** Mülheimer Str. 26.

Bandeisen

16 und 19×0,35, zusammen ca. 2½ t, zu 2.70 ℳ pro kg **abzugeben.**

Angebote u. **O C 3451** an die Exp. d. Bl. (708

Ia Weizenstärke

in Stücken zu kaufen gesucht.

Angeb. an **Fr. von der Heiden, Hilden.** (472

Bad Neuenahr.

Bonn's Kronenhotel.

Schöner Aufenthalt zu Erholungs- u. Kurzwecken
Vorzügl. Verpflegung. Pensionspreis bei 8tägig. Aufenthalt inkl. Zimmer **ab 55 ℳ**
Fünf Autoboxen. Teleph. Nr. 5. (650

Kindererholungsheim

in **Garmisch-Partenkirchen**
Höllentalstraße 54 1/10
Eröffnung Ende April 1921.
Besitzer Dr. Graf de la Rosée
Aerztl. Leitung Dr med. Carl Neu. (*3

Norderney „Haus Ellida"

Christl. See-Erholungsheim für höhere gebildete Stände

Gelegenheit für Mensendieck-Gymnastik. Reichl. gute Verpflegung. Sommer und Winterkur. Auskunft durch die Vorsteherinnen Fräulein **Ulla L. Lorenz** dipl. Lehrerin für Mensendieck-Gymnastik und Frau **Frieda Stumpf Wwe.** (15

Fenster, Türen, Treppen

für Siedlungsbauten und Wiederaufbauungsgebiet in größern Mengen kurzfristig lieferbar. (282

Jos. Heuser, Uerdingen a. Rhein
Fabrik für Metall- und Holzbearbeitung.

Oeltässer und Schmalztässer

sowie alle and. Sorten Fässer kauft u. verkauft

Oswald Hauch, Faßgroßhandlung
Köln-Braunsfeld, Maarweg 141.
Telephon A 2140 und B 2777. 510

Oelflaschen Fruchtsaftflaschen Honiggläser

liefert sofort ab Lager

Berthold Münchow
Düsseldorf 110
450) Fernspr. 7106
Telegr.: Glasmünchow.

Friedr. Magnus Nachf. 519

Papier-Export!

Köln a. Rh. Drususgasse 3.

Opernhaus.

Freitag den 24. Juni 1921
Zum Besten der Pensionsanstalt der Vereinigten Stadttheater.
Mignon.
Anf. 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Samstag den 25. Juni 1921
Anfang 7 Uhr.
Die Bohème.

Schauspielhaus.

Freitag den 24. Juni 1921
nachmittags 3 Uhr
Sondervorstellung für die Volksschulen
Wilhelm Tell.
Zu dieser Vorstellung findet kein Kartenverkauf statt.
Abends 7½ Uhr
Zyklus klassischer Dramen Zyklus B II
Emilia Galotti.

Metropol-Theater.

Die Tanzgräfin.

Operette in drei Akten. Musik von Robert Stolz
Eröffnungsvorst. am 29. d. M. 7½ Uhr. Kartenvorverk. ab Freitag den 24., von 10—2 u. 4—8 U. an d. Theaterk.

Hotel Decker

Rolandseck a. Rh.

Ruhige, vorn Häuslichkeit, **vorzügl. Verpflegung.** Pensionspreis von 45 ℳ an. Zentralheiz. Tel. Nr. 3 (396
Sonntags Konzert.

Maler

möglichst Amerikaner od. Engländer, die in diesem Geschmack Entwürfe und Zeichnungen geeignet für Vervielfältigung im Mehrfarbendruck, auch nach eignen Ideen, anfertigen, werden gebeten, sich zu wenden unter J G 7010 an **Rudolf Mosse, Berlin SW 19.** (*47

Brillantsteine

gegen Höchstgebot zu verkaufen. 2 Steine, jeder 2 3/4 Karat, 1 St. 1 3/4 K., 1 St. 2 K. Ang. u. C 27 an die Ag. Marzellenstr. 74. (660

Oldenburger Notgeld

Serie (6 Stück) 40 ℳ
Vorauszahler bevorzugt. Nur kleiner Vorrat. (1c
Martin Lehmann
Großbuchbinderei
Bremen.

Weiche Firma

würde Filiale, Komm.-Lag., Gesch.-Stelle o. dergl. in pfälz. Ind.-Stadt errichten? Laden u. Bureau, is. Lager vorhanden. Erste Firm. im vorz. Rest Sache weil Abg. senden an **K. Schworm, Kaiserslautern.** (*47

Zu kaufen gesucht

alle Neuheiten für Basar und Straßenhändler, auch Spiralarmbänder. Muster und Preisliste zu senden an (9r
J. Schwartzmann
91 Fg. St. Martin, **Paris.**

Klappschuten

zu kaufen gesucht.

Angeb. unt. Sch T 3952 an die Ann.-Exp. Friedr. Schatz, Duisburg. (438

HOLZ

Jeder Art u. Beschaffenheit für Bau- und industriebedarf aus eignen in- und ausländ. Produktionen und Beständen kurzfristig lieferbar.
Spezialität: Kistenteile.
GEBR. ROSENBERG K·O·L·N
BERLIN W 9 ◆ DUISBURG ◆ HAMBURG ◆ MAGDEBURG ◆ MANNHEIM ◆ MÜNCHEN ◆ GEGR. 1871



An- und Verkauf

größerer Posten
gebrauchter Säcke
Bureau: Brabanter Str. 25
Teleph. A 4490
Telegr.-Adr. Mercator. (670

Karbid-Staub

ca. 10 Waggons hat abzugeb
Hans Meyer
Azetylen-, Industrie- und Eisenbahn-Bedarfsartikel
Köln-Nippes,

Freitag, 24. Juni

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: Werner Schuart, für den Handelsteil: Oskar Schmidt, für den Anzeigenteil: Albert Friedrich. Verleger und Drucker: M. DuMont Schauberg. Chefredakteur: Ernst Posse, alle in Köln.

Haupt-Geschäftsstelle: Köln, Breite Straße 64. — Postscheck-Konto 250.

Zweigstellen in Berlin:

Redaktion Berlin NW 7, Unter den Linden 39, F. Zentrum 2464. Geschäftsstelle für Anzeigen, Zeitungsbezug bei B. Arndt, Generalvertreter für Nord- und Ostdeutschland, Berlin W, Mohrenstraße 26, F. Zentrum 7148.

Vertretungen im Auslande: Amsterdam Generalvertretung für Holland: Nijgh & van Ditmar, Voorburgwal 157. Barcelona J. Sturzenegger, Calle de Trafalgar 19. Basel Paul Schmidt vorm. P. Hestersen & Co. Irun (Spanien) Sociedad General Española de Libreria.

Kölnische Zeitung

Zweite Morgen-Ausgabe

Fernsprecher: Nr. A 5361 - A 5362 - A 5363 — A 5364 - A 5365 - A 5366 - A 5367. — Redaktion, Geschäftsstelle für Zeitungsbezug und Anzeigen sowie Druckerei sind durch jede dieser 7 Fernsprechleitungen zu erreichen.

Geschäftsstunden: Redaktion von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, Geschäftsstelle für Zeitungsbezug und Anzeigen 8—12 Uhr vormittags und 3—7 Uhr nachmittags. Druckerei 8—1 Uhr vorm. und 3—6½ Uhr nachm.

1921 – Nr. 450

Monatlicher Bezugspreis in Köln 10,— ℳ, einschließlich Bestellgeld, bei den auswärtigen Vertretungen 10,50 ℳ, einschließlich Bestellgeld, bei den deutschen Postanstalten 12,— ℳ, einschließlich Bestellgeld.

Preis für die Anzeigenzeile od. deren Raum 4 ℳ, mit 25% Teurungszuschlag. Preis für die Reklamezeile oder deren Raum 18 ℳ, kein Teurungszuschlag. Stellengesuche u. Familienanzeigen die Zeile 4 ℳ, kein Teurungszuschlag.

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Vertretungen im Auslande: Madrid E. Dossat, Plaza de S. Ana 9. Rotterdam Generalvertreter für Holland: Nijgh & van Ditmar, Wijnhaven 111-113. Wien M. Dukes Nachf. A.-G., 1. Wollzeile 16. H. Goldschmiedt 1, Wollzeile 11.

Täglich 3 Ausgaben, Sonntags und Montags 2 Ausgaben, Mittwochs und Samstags eine Beilage: **Literatur- und Unterhaltungsblatt.** In der Montag-Morgenausgabe und Donnerstags besondere Abteilung **„Sport und Spiel“.**

Großbritannien.

Die Unzufriedenheit mit dem Parteikartell.

London, 23. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Nach dem Manchester Guardian hat die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Parteikartell sogar zu dem Versuch einer Palastrevolution geführt. Der unionistische Teil der Regierung soll unter Führung von Lord Birkenhead versucht haben, unter Einschluß Churchills ein Komplott zustande zu bringen, um Lloyd George zu stürzen. Er sollte veranlaßt werden, mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand einen längern Urlaub zu nehmen. Inzwischen sollte eine mehr konservative Regierung gebildet, und schließlich zu einem günstigen Zeitpunkt das Parlament aufgelöst und Neuwahlen veranstaltet werden. Während Lord Birkenhead für die Unterstützung dieses Planes im Oberhause sorgte, sollte Churchill die Sicherung des Unterhauses übernehmen. Der Plan sei schließlich an dem Zögern Churchills, mitzumachen, gescheitert. Wenn die Geschichte auch recht abenteuerlich klingt, so beweist sie doch von neuem, wie ungefestigt in der letzten Zeit die politischen Verhältnisse geworden sind. Wo Rauch ist, ist auch Feuer.

WTB **London,** 23. Juni. (Telegr.) Lord Robert Cecil erklärte in einer Rede: „Die Koalitionsregierung ist ein Mißerfolg. Wir wollen eine Regierung, an deren Spitze ein Mann steht, dem wir wirklich vertrauen können, nicht ein Mann, der nur gewandt ist und reich an Hilfsmitteln, sondern ein solcher, an den das Volk wirklich glauben kann.“ Lord Robert Cecil bezeichnete als einen solchen Mann den Herzog von Devonshire.

„Der Pyrrhussieg der Regierung“ im Wirtschaftskampf.

London, 23. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Die Jahresversammlung der Arbeiterpartei in Brighton versprach den Bergleuten finanzielle Hilfe, soweit wie möglich, doch war von einem Sympathiestreik keine Rede.

Der Führer der Bergleute Hodges sprach von einem Pyrrhussiege, den die Regierung davontrage, und versicherte, daß die Bergleute, wenn sie auch geschlagen seien, doch einig bleiben würden. Wenn die Arbeiterbewegung auch Niederlagen erleide, so gehe sie doch stetig voran, dem Ziele der Verstaatlichung der Produktionsmittel entgegen, dessen Erreichung er noch zu erleben hoffe.

WTB **London,** 23. Juni. (Telegr.) Reuter. Die Konferenz der Arbeiterpartei faßte eine Entschließung, die die Bewunderung für den Kampf der Bergarbeiter zum Ausdruck bringt, der im Interesse der Arbeit als ganzer geführt worden sei. Eine weitere Entschließung der Konferenz verlangt eine Revision der Friedensverträge.

Die irische Wunde.

London, 23. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Der Besuch des Königspaares in Belfast zur Eröffnung des Parlaments von Nordirland ist ohne Zwischenfall verlaufen, wie allgemein mit einem Seufzer der Erleichterung festgestellt wird. Allerdings sind die militärischen und polizeilichen Vorsichtsmaßregeln so umfassend gewesen, daß man an die Reise des frühern Zaren erinnert wird. Man freut sich über den Takt und die Herzlichkeit, die der König in seiner Ansprache bekundet hat, aber man gibt sich nirgendwo ernstlichen Hoffnungen hin, daß die irische Frage ihrer Lösung nunmehr auch nur einen Schritt näher gerückt wäre. Die Regierung hat offenbar dieselbe Ansicht, sonst hätte sie nicht just am Vorabend der Reise des Königspaares angekündigt, daß sie die Truppen in Irland vermehren und den Belagerungszustand ausdehnen wolle, sowie daß von einer Änderung des Home-Rule-Gesetzes zugunsten einer größern finanziellen Selbständigkeit Irlands keine Rede sein könne. Da auch gleichzeitig de Valera erklärt hat, daß seine Partei an der Forderung einer vollständig selbständigen irischen Republik festhalte und auch in die Erhebung Irlands zu einem Dominion nicht einwilligen könne, so bleiben die Gegensätze mit aller Schroffheit bestehen. Es ist aber zu beachten, daß nicht nur im Kabinett ernstliche Meinungsverschiedenheiten über die irische Politik bestehen, sondern daß auch aus dem Schoße der Reichskonferenz ein starker Druck auf die Regierung ausgeübt wird, eine verantwortlichere Haltung einzunehmen.

Die Reichskonferenz über das Bündnis mit Japan.

London, 23. Juni. (Cologne Post.) Den Höhepunkt der zweiten Sitzung der Reichskonferenz bildete ohne Frage eine Rede des Ersten Ministers des Vereinigten Südafrikas, J. C. Smuts, der prophezeite, daß das nächste große Kapitel in der Weltgeschichte sich im Fernen Osten und auf dem Großen Ozean abspielen werde. Er sagte ungefähr folgendes:

Unsre Politik muß so beschaffen sein, daß sie das Wettrüsten unmöglich macht. Der verhängnisvollste Fehler wäre ein Wettrüsten gegen Amerika. Während des Krieges war Amerika ein erprobter Freund. Seitdem haben sich Vorfälle ereignet, deren Ursprung in dem zu suchen ist, was sich in Paris zugetragen hat, wie in Fehlgriffen, die von den Staatsmännern gemacht wurden. Aber diese Irrtümer beeinflussen nicht die Geistesverfassung beider Völker. Der einzige sichere Weg für das britische Reich ist der Weg, auf dem dieses zusammen mit Amerika gehen kann. Indem ich dies sage, wünsche ich nicht so verstanden zu werden, als ob ich ein Bündnis mit Amerika empfehlen wollte. Das nächste große Kapitel in der Weltgeschichte wird sich im Fernen Osten und auf dem Großen Ozean abspielen, wo die Interessen Europas, Asiens und Amerikas aufeinanderprallen. Werden wir in beständiger freundschaftlicher Beratung, getreu dem wahren Geiste des Volkerbundes, vorgehen, oder wird es dort wieder zu rivalisierenden Gruppen und Bündnissen und schließlich zu einer schrecklichen Katastrophe kommen, die noch verhängnisvoller wäre als die, welche wir soeben erlebt haben?

Der Erste Minister von Australien, Hughes, erklärte, von jedem Gesichtspunkt sei es zu empfehlen, das Bündnis mit Japan zu erneuern. Nur dürfe dieses Bündnis nicht gegen Amerika gerichtet und verwirklicht werden.

Auch der Vertreter Neuseelands, Massey, meinte, er fürchte, der nächste Seekrieg werde auf dem Großen Ozean ausgefochten werden. Er befürwortete ebenfalls die Erneurung des englisch-japanischen Vertrags und gleichzeitig ein Zusammengehen mit Amerika.

Srinivari-Sastri (Indien) sagte, daß man in allen Bestimmungen, die über die Zukunft des türkischen Reiches getroffen würden, soviel Ritterlichkeit und Milde zeigen müsse, wie von einem mächtigen Sieger zu erwarten sei.

Italien.

Vorläufig keine Ministerkrise.

Rom, 23. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Arbeitsminister Labriola zog sein Rücktrittsgesuch zurück, so daß eine Ministerkrise, da auch Sforza bleibt, vorläufig vermieden wird.

Rom, 23. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Der Messaggero, das Sprachrohr des Schwerindustriellen Perron, bringt einen Aufsatz, der den Eintritt Italiens in den künftigen deutsch-französischen Wirtschaftskonzern verlangt. Italien habe zwar nicht viel zu bieten, es fordere aber auch wenig, nur den Schutz seiner Selbständigkeit gegenüber diesem übermächtigen Syndikat.

Amerika.

Ein Gehilfe des Präsidenten.

Paris, 23. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Wie die Blätter aus Washington melden, prüft ein vom Kongreß eingesetzter Ausschuß die Frage, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten einen Gehilfen beizugeben, der den Titel „Ausführender Sekretär“ führen soll. Er soll den Präsidenten durch Abnahme der rein verwaltungstechnischen Arbeit entlasten, aber auch Entscheidungen über weniger wichtige Angelenheiten treffen. Der Sekretär soll ferner die Verbindung herstellen zwischen dem Präsidenten und den 80 Departements der ausführenden Gewalt.

Der polnische Aufruhr in Oberschlesien.

Neue Gewalttaten.

Oppeln, 23. Juni. (Telegr.) In Tarnowitz richteten die Aufrührer an die Stadtverordneten-Versammlung das Ersuchen, sofort eine Kontribution von 280 000 Mark auszuzahlen; im Weigerungsfalle drohten sie mit Zwangseintreibung. Durch deutsche Stadtverordnete ist bei der Interalliierten Kommission und den deutschen Bevollmächtigten sofort Beschwerde erhoben worden. Die Polen holten am Dienstagabend in Tarnowitz deutsche Eisenbahner aus ihren Wohnungen und zwangen sie zur Aufnahme des Dienstes, indem sie drohten, die Widerstrebenden sofort vor das Feldgericht der Aufrührer zu stellen. In Beuthen versuchten bei der Postauflieferung auf den Verbandszug die Aufrührer, den deutschen Postbeamten die deutschen Kokarden abzureißen; der französische Kreiskontrolleur legte den Vorfall bei. Da dieser infolge der Verhaftung eines deutschen Schutzmannes wegen angeblichen Waffenbesitzes anonyme Drohungen erhalten hat, benachrichtigte er den Beuthener Oberbürgermeister, daß im Falle eines Anschlags auf einen französischen Offizier sofort 10 der angesehensten Bürger Beuthens verhaftet und den Militärbehörden zur Bestrafung ausgehändigt würden, unter ihnen auch der Oberbürgermeister. In Beuthen drangen die Aufrührer in die Wohnung des frühern deutschen Abstimmungsunterkommissars Hoffmann ein und erpreßten 3000 Mark. Aus den Landgemeinden kommende Nachrichten besagen, daß der Rückzug der Aufrührer nunmehr im Gange sei. Immerhin werden die Meldungen von einem Abkommen über die Räumung auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit den Versprechungen der Polen skeptisch aufgenommen.

Die Sprache der Abstimmung.

Berlin, 23. Juni. (Telegr.) Das Journal Officiel de Haute Silesie, das amtliche Organ der Interalliierten Kommission in Oberschlesien, veröffentlicht die amtlichen Abstimmungszahlen. Danach betragen die Stimmen der Deutschen und Polen im Kreise Beuthen 74 565 und 73 122, Kosel 36 274 und 12 280, Gleiwitz 52 353 und 36 396, Groß-Strehlitz 22 415 und 23 036, Hindenburg 45 192 und 43 261, Kattowitz 75 666 und 70 019, Königshütte 31 864 und 10 764, Kreuzburg 43 484 und 1783, Leobschütz 65 176 und 257, Lublinitz 15 473 und 13 679, Oberglogau 33 030 und 4423, Oppeln 76 986 und 25 833, Pleß 18 675 und 53 371, Ratibor 79 343 und 20 755, Rosenberg 23 857 und 11 150, Rybnik 27 919 und 52 367, Tarnowitz 17 076 und 27 513, zusammen Deutsche 709 378, Polen 479 747. Nach der amtlichen Feststellung der Interalliierten Kommission haben im gesamten Abstimmungsgebiet 691, also 45 v. H. Gemeinden, eine polnische Mehrheit, 845, also 55 v. H. Gemeinden eine deutsche Mehrheit.

Diese Feststellung ist deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil bekanntlich die polnische Darstellung durch allerhand Rechenkunststücke eine Mehrheit der polnischen Gemeinden herausgerechnet hat, wenn sie schon eine Mehrheit polnischer Stimmen trotz aller Kunstmittel nicht zustandebringen konnte. In drei Wahlkreisen, nämlich in Kreuzburg, Leobschütz und Oberglogau gibt es nach der amtlichen Feststellung überhaupt keine Gemeinde mit polnischer Mehrheit, während es keinen Kreis gibt, in dem nicht auch Gemeinden mit deutschen Mehrheiten vorhanden sind. Selbst in den Kreisen, die die größte Prozentzahl polnischer Stimmen aufgebracht haben, nämlich in Pleß und Rybnik gibt es eine ganze Reihe von Gemeinden mit deutscher Mehrheit. Im ganzen Abstimmungsgebiet ist eine einzige Stadt mit polnischer Mehrheit, nämlich Altberun im Kreise Pleß, wo 1072 polnische und 250 deutsche Stimmen abgegeben worden sind. Rein deutsche Gemeinden, in denen keine polnischen Stimmen abgegeben worden sind, gibt es im ganzen 89, nämlich 15 im Kreis Oberglogau, 23 im Kreis Kreuzburg, 41 im Kreis Leobschütz, 8 im Kreis Oppeln und je eine in den Kreisen Ratibor und Rosenberg. Rein polnische Gemeinden, d. h. solche, in denen überhaupt keine deutschen Stimmen abgegeben worden sind, gibt es im ganzen Abstimmungsgebiet überhaupt nicht. Wie man das Abstimmungsergebnis auch betrachtet, die deutsche Mehrheit (60 v. H. gegen 40 v. H. der Stimmen und 55 v. H. gegen 45 v. H. der Gemeinden) ist unbestreitbar und so groß, daß die rechtliche Begründung der deutschen Forderung, ganz Oberschlesien bei Deutschland zu belassen, nicht angezweifelt werden kann.

Echt sarmatisch.

MTB **Breslau,** 23. Juni. (Telegr.) Um die Lüge, die polnische Regierung hätte die Grenzsperre durchgeführt, glaubhaft zu machen, wirft jetzt die polnische Presse in sehr geschickter Weise der Regierung vor, sie habe durch die scharfe Grenzsperre die katastrophale Ernährungslage im oberschlesischen Industriegebiet verursacht.

Tatsächlich kann keine Rede davon sein. Eine ganze Reihe von deutschen, aber auch englischen, amerikanischen, ja selbst französischen Bestätigungen liegt dafür vor, daß der Verkehr mit Automobilen, Wagen und andern Beförderungsmitteln ungehindert über die Grenze hin- und hergeht.

Die Stellungnahme Frankreichs und Englands.

WTB **London,** 23. Juni. (Telegr.) Im Unterhause erklärte Chamberlain über die Konferenz Lord Curzons mit Briand, die Lage in Oberschlesien sei erschöpfend geprüft worden. Dem Plan, der eine stufenweise Zurückziehung der Aufrührer und des deutschen Selbstschutzes aus dem strittigen Gebiet vorsehe, sei zugestimmt worden. Die Streitkräfte des Verbandes, die annähernd 20 000 Mann zählten, seien für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den geräumten Gebiete so lange verantwortlich, wie die Entscheidung des Obersten Rates über die zukünftigen Grenzen noch in der Schwebe sei. Es sei beschlossen worden, den Kommissionen des Verbands in Oberschlesien jede mögliche Unterstützung sowohl am Orte selbst als auch durch Vorstellung bei den Regierungen in Berlin und Warschau zu gewähren. Um die endgültige Lösung zu beschleunigen, sei ferner beschlossen worden, die Kommission zu fragen, ob sie nicht mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse innerhalb angemessener Zeit einen gemeinsamen Bericht an Stelle der vor einigen Wochen abgegebenen Teilberichte erstatten könnte. Falls man Unterstützung durch technische Beamte wünsche, werde solche zur Verfügung gestellt. Falls keiner dieser Wege als praktisch oder angängig angesehen werde, seien die alliierten Regierungen bereit, die Angelegenheit einem in London oder Paris tagenden technischen Ausschuß zu überweisen, um dem Obersten Rat bei seiner endgültigen Entscheidung behilflich zu sein. Es sei dem zugestimmt worden, daß der Oberste Rat im nächsten Monat in Boulogne zusammentrete, wo dieser und andre Gegenstände behandelt werden sollen. Die Pariser Unterhandlungen seien durchaus vom Geiste größter Freundschaftlichkeit getragen gewesen.

DZB **Paris,** 23. Juni. (Telegr.) Der Intransigeant glaubt, daß in den ersten zehn Tagen des Monats Juli das Schicksal Oberschlesiens von der interalliierten Abstimmungskommission geregelt sein werde. Mit dem einmütigen Beschluß der Kommission werde sich dann der Oberste Rat zu befassen haben, der nach dem Blatte wahrscheinlich etwa am 17. Juli zusammentreten werde.

Deutschösterreich.

Keine Abstimmung über den Anschluß in Steiermark.

Wien, 23. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Der Grazer Landtag hat in seiner heutigen Sitzung mit 29 Stimmen der Christlichsozialen gegen 15 Stimmen der Großdeutschen und Bauernpartei, sowie gegen die Stimmen des Dr. Rintelen und Dr. Ahrer den Beschluß auf Vornahme der Volksbefragung wegen des Anschlusses am 3. Juli wieder aufgehoben. Die Sozialdemokraten hatten sich vor der Abstimmung entfernt. Darauf wurden Rintelen und Ahrer, die bekanntlich wegen des Umfalls der steirischen christlichsozialen Partei in der Frage der Anschlußabstimmung ihre Ämter als Landeshauptmann und Landeshauptmann-Stellvertreter niedergelegt hatten, von den Christlichsozialen, den Großdeutschen und der Deutschen Bauernpartei wiedergewählt.

Der Reichsetat für 1921.

Berlin, 23. Juni. (Telegr.)

Der Hauptausschuß des Reichstags genehmigte heute den Nachtragsetat 1921 des Reichswehrministeriums. Dabei wurde mitgeteilt, daß an Stelle des auf Befehl des Verbands aufgelösten Wachregiments Groß-Berlin den Schutz der Reichshauptstadt verschiedene, von Zeit zu Zeit abzulösende Kompagnien übernehmen sollen, die nicht zu einem Regimentsverband zusammengeschlossen wurden. Das Reichsschatzministerium wurde nach kurzer Aussprache bewilligt. Beim Haushalt des Reichswirtschaftsrats wurde bemängelt, daß dessen Mitglieder unnötigerweise freie Eisenbahnfahrt durch ganz Deutschland hätten, und daß der Reichstag über die Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats keine Berichte erhalte. Geh. Rat Schwarzkopf erklärte, daß neuerdings Vorsorge getroffen sei, daß bei Verhandlungen über Gesetze, Verordnungen und andre besonders wichtige Fragen unmittelbar im Anschluß an die Verhandlungen von den Berichterstattern des vorläufigen Reichswirtschaftsrats kurze Berichte abgefaßt werden, welche außer den Beschlüssen selbst Angaben über das Stimmenverhältnis auch nach Gruppen und Abteilungen sowie über die zur Begründung im einzelnen angeführten Gesichtspunkte machen. Sie sollen dem Reichstag zusammen mit den auf die betreffenden Fragen bezüglichen Reichstagsdrucksachen zugehen. Die Freifahrtkarte der Mitglieder des Reichswirtschaftsrats beruhe auf einer Verordnung der Reichsregierung. Sie sei unbedingt notwendig, um den Mitgliedern die nötige Fühlung mit den von ihnen vertretenen Organisationen zu ermöglichen. Eine Ausgabe für das Reich erwachse insofern nur scheinbar, als die hier ausgeworfene Summe beim Reichsverkehrsministerium in der Einnahme erscheine. Auf eine Anfrage des Abg. Curtius (D. Vp.) erwiderte Geh. Rat Schwarzkopf: Das für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat angekaufte frühere Wilhelmsgymnasium in der Bellevuestraße müsse für die Zwecke des Reichswirtschaftsrats noch gewisse Umbauten erfahren. Zu Anfang des nächsten Jahres würden diese Umbauten voraussichtlich beendigt und damit die jetzt überaus unzulängliche Unterbringung des Reichswirtschaftsrats aufhören. Es gelangte nunmehr ein Antrag zur Annahme, welcher die Regierung ersucht, mit dem Vorstand des vorläufigen Reichswirtschaftsrats darüber zu verhandeln, daß die Freifahrt der Mitglieder des vorläufigen Reichswirtschaftsrats auf die Fahrt zwischen dem Wohnort und Berlin während der Zeit der Tagung beschränkt werde. Abg. Erfing (Z.) erklärte, daß er die Schaffung des Reichswirtschaftsrats begrüßt hätte und die ihm zugrundeliegende Idee an sich sehr gesund sei. Es müsse aber gewünscht werden, daß der Reichswirtschaftsrat künftighin bei schwierigen Gesetzesfragen seinerseits eine Lösung suche und diese nicht dem Reichstag überlasse. Die Art, wie die Arbeitgebergruppe beim Londoner Ultimatum verfahren sei, hätte berechtigten Unwillen ausgelöst. Abg. Braun (Dnatl.) trat diesen Ausführungen entgegen und betonte, daß die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats durchaus sachlich geführt würden und die sich zeigenden Gegensätze durch die Natur der verschiedenen Interessentengruppen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bedingt seien. Es sei geplant, eine Regelung zu treffen, daß die Gutachten des Reichswirtschaftsrats mit der Regierungsvorlage künftig dem Reichstag zugehen. Ein enges Zusammenarbeiten von Reichswirtschaftsrat und Reichstag sei durchaus empfehlenswert. Schließlich wurde ein Antrag Scholz (D. Vp.) und Genossen angenommen, in welchem die Regierung ersucht wird, beschleunigt Verhandlungen zwischen Regierung, Reichstag und Reichswirtschaftsrat einzuleiten mit dem Ziel der zweckmäßigen Vorbereitung der Gesetzesvorlagen und der Verminderung überflüssiger Doppelarbeit. Der Nachtragsetat des Reichswirtschaftsrats wurde darauf vom Hauptausschuß genehmigt.

Es folgte die Beratung des Nachtragshaushalts des Reichswirtschaftsministeriums. Auf Anfragen führte der Präsident des Statistischen Reichsamts, Delbrück, aus: Die monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel werden in einigen Monaten wieder mit gleicher Pünktlichkeit erscheinen wie im Frieden, d. h. die Ergebnisse eines Monats werden gegen Ende des folgenden Monats veröffentlicht werden. Dies kann nur dadurch erreicht werden, daß nach Abschluß der Arbeiten für 1920 die Aufarbeitung vom 1. Mai an beginnt, während die Monate Januar bis April 1921 vorläufig zurückgestellt werden. Ihre Aufarbeitung soll im Laufe des Jahres erfolgen, sobald eine Verständigung über die Verwendung der dafür bewilligten Mittel erfolgt ist. Was die Krankenkassenstatistik anbelangt, so wird sie in der Weise wieder auf das Laufende gebracht werden, daß die Jahre 1916/18 zunächst unbearbeitet bleiben, und daß als nächste Veröffentlichung das Jahr 1919 in Aussicht genommen wird. Die Bearbeitung der Krankenkassenstatistik im Statistischen Reichsamt entspreche dem praktischen Bedürfnis; die Übertragung an eine andere Behörde komme nicht in Frage.

Zu einer lebhaften Debatte führte der Beschluß des Reichsrats, die in der Regierungsvorlage angesetzten Beiträge des Reichs für das Meßamt für Mustermessen in Leipzig von 5 Millionen Mark auf 12 Millionen Mark, für die Messe in Breslau von 400 000 Mark auf 1 Million Mark, für die Messe in Frankfurt von 300 000 Mark auf 2 Millionen Mark, für die Messe in Stuttgart von 300 000 Mark auf 500 000 Mark zu erhöhen. Ministerialdirektor v. Schlieben trat im Namen des Reichsfinanzministeriums diesem Beschlusse entschieden entgegen. Das Messewesen müsse möglichst konzentriert werden. Durch die Erhöhung der Reichszuschüsse für die bereits bestehenden Messen und daraus zu erwartenden Forderungen andrer Städte für neue Messen entstehe die Gefahr der Zersplitterung und eines Gegeneinanderarbeitens der einzelnen Messen, was im Hinblick auf das Ausland und im Interesse der größten deutschen Messe in Leipzig vermieden werden müsse. Der Referent Dr. Quaatz (D. Vp.) verschloß sich nicht diesen Argumenten, hielt aber eine Erhöhung für die Beiträge der Messe in Leipzig für angebracht und beantragte, den Beitrag auf zehn Millionen Mark festzusetzen und die Erhöhung der Beiträge für Breslau, Frankfurt und Stuttgart abzulehnen. Müller-Franken führte aus, daß man den Bestrebungen des Auslands entgegentreten müsse, die Messe in Leipzig zu verdrängen. Die erforderlichen Mehraufwendungen seien als produktive Erwerbslosenfürsorge zu bewerten. Abgeordneter Burlage (Zentr.) glaubte, daß man an der Leipziger Zentralmesse festhalten müsse.. Abgeordneter Helfferich (Deutschnl.) trat diesen Ausführungen entgegen und befürwortete die Dezentralisation. Der Antrag Dr. Quaatz wurde vorbehaltlich von Änderungen im Plenum angenommen.

Die Ortsklassen.

DZB **Berlin,** 23. Juni. (Telegr.) Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten verhandelte heute über den fast allseitig unterstützten Antrag, nach dem die Neueinstufung in Ortsklassen in den bisherigen Ortsklassen A, B, C geschehen soll, während die Ortsklassen D und E vollkommen gestrichen wrden sollen. Kurz vor der Abstimmung zog ein Teil der Unterzeichner des Antrags die Unterschrift zurück. Um die Fertigstellung des Ortsklassenverzeichnisses bis 1. Oktober durch die Annahme dieses Antrags nicht zu verzögern, wurde der Antrag darauf mit acht gegen acht Stimmen abgelehnt. Angenommen dagegen wurde der Antrag Dr. Most (Deutsche Vp.), der besagt: Der Ausschuß ist mit Rücksicht auf die fast unausbleibliche erhebliche Verzögerung in der Verabschiedung des Gesetzes damit einverstanden, daß die weitern Vorarbeiten für das endgültige Ortsklassenverzeichnis auf der Grundlage von fünf Ortsklassen erfolgen. Dieser Beschluß bedeutet nicht die grundsätzliche Stellungnahme. Der Ausschuß geht dabei von der ausdrücklichen Voraussetzung aus, daß gleichzeitig mit der Verabschiedung des endgültigen Ortsklassenverzeichnisses die gegenwärtige, den bestehenden Verhältnissen keine Rechnung tragende Staffelung der Kinder- und Teurungszuschläge nach Ortsklassen in Wegfall komme.

Die Jugendfürsorge.

Berlin, 23. Juni. (Telegr.) Der Jugendwohlfahrtsausschuß des Reichstags erledigte heute einige bisher zurückgestellte Paragraphen. Abg. Frau Neuhaus (Zentr.) begründete einen von den Rechtsparteien, Zentrum und Demokraten, eingebrachten Antrag, wonach Paragraph 7 folgenden Wortlaut erhält: „Das Jugendamt hat die freiwillige Tätigkeit zur Förderung der Jugendwohlfahrt unter Wahrung ihrer Selbständigkeit und ihres satzungsmäßigen Charakters zu unterstützen, anzuregen und zur Mitarbeit heranzuziehen, um mit ihr zum Zweck eines planvollen Ineinandergreifens aller Träger und Einrichtungen der öffentlichen und privaten Jugendhilfe und der Jugendbewegung zusammenzuwirken.“ Paragraph 9 (Aufbau der Jugendämter) wurde nach Ablehnung eines weitergehenden Antrags Dr. Radbruchs (Soz.) in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Abg. Mumm (Dnatl.) bat, die Anregung Schlechtendahls, die Jugendämter an die Jugendgerichte anzugliedern, zu erwägen, wogegen Staatssekretär Schultz Bedenken äußerte.

Das Auslandschädengesetz.

Berlin, 23. Juni. (Telegr.) Der 24. Ausschuß des Reichstags setzte die Beratung des Auslandschädengesetzes fort. Die Paragraphen 3 und 4 (Vorschriften über die Wertbemessung und die Berechnung der Zuschläge auf Hausrat, Kleider und die zur Ausübung nötigen Gegenstände) wurden in der Fassung, welche diese Vorschriften bei der Beratung des Kolonialschädengesetzes in zweiter Lesung erhalten hatten, angenommen. Paragraph 5 erhielt folgenden Wortlaut: „Durch den Reichshaushalt wird jährlich ein Betrag zur Verfügung gestellt, aus dem solchen Geschädigten, an deren wirtschaftlicher Tätigkeit im Ausland ein erhebliches Interesse des Reiches besteht, zur Wiederaufnahme einer solchen Tätigkeit daselbst über die Bestimmungen der Paragraphen 3 und 4 hinaus entsprechende Mittel gewährt werden können. Die Bestimmungen über die Höhe und die Bedingungen für die Gewährung dieser Mittel trifft der Reichsminister für Wiederaufbau nach Anhörung eines Beirats von Sachverständigen.

Aus dem Reichsrat.

Das Gesetz über die Beamtenausschüsse angenommen.

Berlin, 23. Juni. (Telegr.)

Der Reichsrat hielt am Donnerstagnachmittag unter Vorsitz des Staatssekretärs Lewald eine öffentliche Sitzung ab. Eingegangen ist u. a. die Novelle zum Körperschaftssteuergesetz. Der Reichsrat erteilte den vom Reichstag angenommenen Gesetzentwürfen über den Volksentscheid, über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues und über die Erhebung einer Wohnungsabgabe in der vom Reichstag beschlossenen Fassung seine Zustimmung. Bei den letzten beiden Gesetzen ist der Reichstag den besondern Wünschen des Reichsrats weit entgegengekommen. Angenommen wurde ein Gesetzentwurf zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Ausland. Der Entwurf ist die Folge eines Gesetzentwurfs der Vereinigten Staaten von Nordamerika, worin gewisse Fristen festgesetzt werden für Prioritätsrechte zur Einreichung von Patenten und Musteranmeldungen zugunsten der amerikanischen Bürger und der Bürger aller andern Länder, die Angehörigen der Vereinigten Staaten die gleiche Frist zugestanden haben oder bis zum September dieses Jahres zugestehen werden. Die Vorlage hat in ihrem Paragraph 1 die Form eines Rahmengesetzes. Die nähern Bestimmungen trifft die Reichsregierung. Der zweite Paragraph stellt deutsche Reichsangehörige, die in Amerika waren, als ihre Rechte durch den Krieg betroffen wurden, oder die dort dauernd gewerbliche Niederlassungen hatten, den Angehörigen der Vereinigten Staaten gleich. Die Ausschüsse des Reichsrats haben noch die Bestimmung hinzugefügt, daß auch etwaige Rechtsnachfolger unter das Gesetz fallen sollen. Namens der Ausschüsse des Reichsrats berichtete Ministerialdirektor v. Nüßlein über den Gesetzentwurf betreffend Beamtenräte, der die Bestimmung des Artikels 13, Absatz 3 der Reichsverfassung ausführen will. Der Entwurf steht auf dem Standpunkt der Beamtenausschüsse und sieht vor, daß für alle Beamten des Reiches, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände 1. bei den Dienstvorgesetzten unterster Instanz Ortsbeamtenausschüsse und bei den Dienstvorgesetzten höchster Instanz Hauptbeamtenausschüsse eingerichtet werden; 2. können nach der Ausschußfassung fakultativ bei den Dienstvorgesetzten der mittlern Instanz Bezirksbeamtenausschüsse zur Vertretung für diese Instanz errichtet werden. Die Landesregierungen können die Bestimmungen des Gesetzes auch auf andre Beamte erstrecken. Andererseits können von dem höchsten Dienstvorgesetzten eines Ressorts nach Benehmen mit seinem Ressort bestimmte Beamtengruppen von dem ganzen Gesetz oder einzelnen Bestimmungen ausgenommen werden. Die Ortsbeamtenausschüsse sollen in der Regel aus 3 bis 9 Mitgliedern bestehen je nach der Größe der Behörde. Bei weniger als 20 Beamten tritt an die Stelle des Ausschusses ein Vertrauensmann. Die Bezirksbeamtenausschüsse sollen in der Regel aus 5 bis 11 Personen und die Hauptbeamtenausschüsse aus 6 bis 16 Personen bestehen, für ganz große Ressorts kann ausnahmsweise diese Zahl erhöht werden. Die Ausschüsse werden von den Beamten in geheimer unmittelbarer Wahl nach dem System der Verhältniswahl gewählt. Für die Ortsbeamtenausschüsse haben bereits alle zwanzigjährigen das Wahlrecht, für die Bezirksbeamtenausschüsse die vierundzwanzigjährigen, für die Hausausschüsse die dreißigjährigen Beamten. Nach der Fassung des Ausschusses ist die Gruppenwahl vorgesehen. Die ganze Beamtenschaft wird nach der Besoldungsordnung in drei Gruppen geteilt. Die unterste Besoldungsgruppe umfaßt die Gruppen 1 bis 4, die mittlere die Gruppen 1 bis 9 und die höhere Gruppe die Gehaltsgruppen über 9. Jede Gruppe wählt ihre Mitglieder für sich. Der Regierungsentwurf wollte, daß die Mitglieder in der Gesamtheit von der gesamten Beamtenschaft, Ortsbeamten, Bezirksbeamten und der ganzen Beamtenschaft gewählt würden, und als Schutz für eine Majorisierung der höhern und mittlern Beamten durch die Unterbeamten war nur vorgesehen, daß jede Gruppe mit mindestens einer Person vertreten sein müßte. Die Ausschüsse haben statt dessen die Gruppenwahl angenommen, weil ihnen der Schutz für die höhern und mittlern Beamten in der Regierungsvorlage nicht genügend erschien. Der Entwurf der Regierung gibt in 6 Paragraphen den Beamten eine Reihe von Befugnissen teils gutachtlicher, teils mitwirkender Art. Sie haben zu vermitteln und anzuregen. Dagegen ist eine ausschlaggebende Mitentscheidung der Beamtenausschüsse nicht in der Vorlage enthalten. Im Gegenteil, bei einer Differenz zwischen dem Ausschuß und dem Vorgesetzten entscheidet nicht etwa der höhere Ausschuß und ein Schlichtungsausschuß, sondern nach gutachtlicher Anhörung des höhern Beamtenrats der höhere Vorgesetzte und in letzter Instanz der höchste Dienstvorgesetzte. Die von einem Teil der Beamtenschaft verlangten Schlichtungsausschüsse für den endgültigen Entscheid hat der Entwurf nicht eingeführt, weil man keine Instanz einfügen wollte, die nicht wie die Minister dem Parlament verantwortlich ist, sondern ohne Verantwortung gegenüber der Volksvertretung sein würde. Denn hierin würde, wie der Referent hervorhob, eine

größten Teile dadurch zu vermeiden, daß an Stelle von Schiffen aus den deutschen Beständen für die Verbandsmächte Neubauten hergestellt würden. Auf diese Weise werde eine sehr schwere Schädigung der deutschen Binnenschiffahrt vermieden und zugleich für Tausende von Arbeitern auf Jahre hinaus Arbeitsmöglichkeit geschaffen. Weil die feindlichen Ansprüche nicht völlig durch Neubauten befriedigt werden könnten, so habe besonders die Rheinschiffahrt an Belgien und Frankreich einen Teil der vorhandenen Kähne und Schlepper abgeben müssen, und auch die ostdeutsche Schiffahrt werde eine Anzahl von kleinern Schiffstypp an Frankreich und Belgien abgeben müssen.

Die Entschädigungsfrage für die abzuliefernden Schiffe durch die deutsche Regierung sei noch nicht völlig geklärt. Zuerst sei der Binnenschiffahrt von der Reichsregierung der zwei- bis dreifache Friedenswert als Entschädigung angeboten worden, während die tatsächlichen Neubaukosten etwa das 20- bis 30fache des Friedenspreises betragen. Nach langwierigen Verhandlungen sei man nun dazu gekommen, für die Binnenschiffahrt eine ähnliche Einrichtung zu schaffen, wie sie die Seereedereien ins Leben gerufen haben, eine Binnenschiffahrts-Treuhandgesellschaft, der von der Reichsregierung der gesamte Entschädigungsbetrag überwiesen wird, und die dann ihrerseits die Entschädigungen im einzelnen regeln wird. Es sei daran gedacht, die Entschädigung für Schiffer, die auf Neuanschaffung eines Kahnes verzichten, und solche, die sich zum Neubau verpflichten wollen, verschieden zu gestalten, um durch Gewährung von Bauzuschlägen die große Differenz zwischen der Barabfindung und dem Neubaupreis einigermaßen zu überwinden. Diese Organisation der Binnenschiffahrts-Treuhandgesellschaft stecke noch ganz in den Anfängen; zunächst sei sie eine Gründung der vorwiegend beteiligten Verbände des Rheins. Zwischen den Vertretern der Elbe, Oder und der märkischen Wasserstraßen haben jedoch auf Veranlassung der Arbeitsgemeinschaft gemeinsame Besprechungen stattgefunden, um eine entsprechende Vertretung des Ostens in der Binnenschiffahrts-Treuhand-Gesellschaft sicherzustellen. Die endgültige Schaffung dieser Treuhandgesellschaft wird voraussichtlich nicht eher erfolgen können, bis auf allen Stromgebieten im großen und ganzen der Umfang der Aufgabe und die Persönlichkeiten der betreffenden Schiffseigner feststehen. Zum Schluß gab der Redner jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß es der Binnenschiffahrt gelingen werde, auch diese schwere Krise zu überwinden. An Stelle des verstorbenen Ersten Vorsitzenden des Konzessionierten Sächsischen Schiffervereins wurde Direktor Gleitz-Dresden als Erster Vorsitzender gewählt.

Aus Bayern.

WTB **München**, 23. Juni. **(Telegr.)** Im Landtage stand heute die Interpellation der Deutschen demokratischen Partei wegen Mißhandlung deutscher Kriegsgefangener zur Besprechung. Abg. Dr. Müller (Dem.), der die Interpellation begründete, verlangte Sammlung, Sichtung und Verbreitung des Materials über die Kriegsgreuel und Kriegsverbrechen des Verbandes, die Verletzungen des Versailler Vertrags und die nach Abschluß des Vertrags begangenen Greuel. Die Greuel in Oberschlesien zwängen dazu, daß di eReichsregierung sich an die ganze Welt wende. Er forderte weiter Freigabe der letzten Kriegsgefangenen auch aus Frankreich und legte schärfsten Protest ein gegen die Behandlung des Reichsgerichts durch den Verband. Sozialministe Oswald erklärte in Beantwortung der Interpellation, daß die Fälle von völkerrechtswidriger Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen zu den Akten genommen seien. Das vorliegende Material sei ziemlich umfangreich. Eine eigne Stelle für Bayern zur Prüfung und Sichtung des Materials zu schaffen, sei nicht notwendig, da die Reichsregierung bereits über umfangreiches Material verfüge und es verarbeitet habe.

⊜ **München**, 23. Juni. **(Telegr.)** Der bayrische Landtag beschloß heute infolge einer Anfrage der Demokraten, daß die Reichsregierung aufgefordert werden möge, das Material über die Kriegsgreuel auf der Gegenseite zu veröffentlichen.

DZB **München**, 23. Juni. **(Telegr.)** Der Geschäftsordnungsausschuß des bayrischen Landtages lehnte den Antrag der U. S. P. auf Haftentlassung der Abgeordneten Toller, Mietsch, Eisenberger, Sauber, Hagemeister und Schmidt mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der sozialistischen Stimmen ab. Dr. Hipert (Mittelpartei) betonte, daß der Landtag sich selbst aufgeben würde, wenn er diese Leute, die dem Parlament das Lebenslicht ausblasen wollten, in die Möglichkeit versetzen würde, ihre verbrecherische Tätigkeit fortzusetzen.

Völlige Freigabe des amerikanischen Eigentums.

DZB **Berlin**, 23. Juni. **(Telegr.)** Das während des Krieges als Vergeltung vorübergehend beschlagnahmte Eigentum von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten wurde ebenso wie das übrige feindliche Eigentum nach Ratifizierung des Friedensvertrags von Versailles freigegeben. Da jedoch immerhin die Möglichkeit bestand, daß gewisse Barbeträge und Guthaben im Wege des Clearing-Verfahrens zu verrechnen sein würden, falls die Vereinigten Staaten sich entschließen sollten, ein solches Verfahren einzurichten, wurden diese Beträge bisher nicht ausbezahlt. Es bedeutet dies jedoch ein Hindernis für die Wiederanbahnung deutsch-amerikanischer Wirtschaftsbeziehungen und stellt in vielen Fällen persönliche Härten für die Betroffenen dar. Aus diesen Gründen entschloß sich die deutsche Regierung in folgerichtiger Anwendung des von ihr stets vertretenen Grundsatzes der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Kriege, den bisher noch einbehaltenen Rest des beschlagnahmten amerikanischen Vermögens den Eigentümern auf ihren Antrag herauszugeben. Anträge auf Herausgabe solchen Eigentums sind an die Treuhänder für feindliche Vermögen in Berlin zu richten.

Die Kriegsbeschuldigtenprozesse.

⚔ **Leipzig**, 22. Juni. Bekanntlich soll der englische Solicitorgeneral Sir Ernest Pollock nach der Freisprechung des Kapitänleutnants a. D. Neumann durch das Reichsgericht geäußert haben, dessen Entscheidungen zögen nicht den Verlust der Rechte der Verbündeten nach sich, die sich aus dem Friedensvertrag ergäben. Sobald die Prozesse in Leipzig beendet seien, würden die Verbündeten beschließen müssen, was zu tun sei. Hierzu schreibt Reichsgerichtsrat a. D. H. Wittmack den Leipziger Neuesten Nachrichten, bei den jetzt zur Aburteilung stehenden Kriegsbeschuldigten, die in der Liste vom 7. Mai 1920 aufgeführt seien, handle es sich nicht um solche, auf die sich der Friedensvertrag beziehe. Es seien dies Fälle, für welche die Gerichte der Verbandsstaaten nicht zuständig seien und nicht zuständig werden könnten. Die Verbündeten könnten also diese Kriegsbeschuldigten nur auf Grund eines Ausnahmegesetzes zur Verantwortung ziehen, das mit den allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen in Widerspruch stehen würde. Es sei ausgeschlossen, daß ein solches Gesetz erlassen werde, da auch in den Verbandsländern ein geordneter Rechtszustand herrsche. Der Prozeß gegen den Kapitänleutnant z. S. L. Dithmar und den Leutnant z. S. a. D. John Boldt (dies der richtige Name) wird voraussichtlich erst am 12. Juli stattfinden, vorausgesetzt, daß es bis dahin möglich gewesen ist, sämtliche englischen Zeugen zu laden und nach Leipzig zu bringen.

WTB **London**, 23. Juni. **(Telegr.)** Reuter. Im Unterhause erklärte der Generalstaatsanwalt Sir Ernest Pollock, englische Zeugen aus den Leipziger Prozessen hätten bei der englischen Regierung Vorstellungen bezüglich der Art erhoben, in der ihre Bekundungen behandelt worden seien. Sobald die gegenwärtige Reihe der Leipziger Prozesse zum Abschluß gelangt sei, beabsichtige man, mit den andern Mächten in Erwägungen über das weitere Vorgehen bezüglich der Kriegsbeschuldigten einzutreten. Indessen sei einstweilen noch nicht geplant, bei der deutschen Regierung Vorstellungen zu erheben.

WTB **Brüssel**, 23. Juni. **(Telegr.)** Agence Belge. In der Kammer erklärte der Justizminister im Hinblick auf die Leipziger Reichsgerichtsprozesse, er hoffe, daß die Verbündeten, mit denen Belgien sich zum Zwecke der Verfolgung einer gemeinsamen Politik ins Einvernehmen setzen werde, die Aburteilung aller Beschuldigten verlangen würden, insbesondere derjenigen, auf deren Anordnung die Grausamkeiten von Löwen, Andenne und Grammont zurückzuführen seien.

Schweiz.

Die Reglung der Beziehungen zu Deutschland.

WTB **Bern**, 23. Juni. **(Telegr.)** Die Besprechungen zwischen Vertretern der deutschen und schweizerischen Regierung über die künftige Reglung der beiderseitigen Handelsbeziehungen haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Im Laufe einer eingehenden Aussprache, bei der die wesentlichsten für die Handelspolitik der beiden Länder maßgebenden Gesichtspunkte zur Erörterung gelangten, wurde festgestellt, daß auf deutscher wie auf schweizerischer Seite der Wunsch besteht, unter Wahrung der zwingenden Lebensinteressen beider Länder zu einem Einvernehmen zu gelangen und die großen, durch die allgemeine Wirtschaftslage in beiden Ländern bedingten Schwierigkeiten, die sich dem angestrebten Ziele entgegenstellen, im Wege freundschaftlicher Verständigung zu beseitigen. Dementsprechend einigte man sich zunächst dahin, den Text des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags auch weiterhin unverändert bestehen zu lassen. Beide Länder werden sich auch in Zukunft das Recht der Meistbegünstigung gewähren. Mit der Aufrechterhaltung des Vertragstextes ist auch der Fortbestand der Bestimmungen über den sogenannten kleinen Grenzverkehr gesichert. Die Frage der von beiden Seiten erlassenen Einfuhrverbote bzw. Einfuhrbeschränkungen wurde einer eingehenden Besprechung unterzogen. Eine besondere Kommission ist mit der weitern Prüfung der Angelegenheit beauftragt worden. Nach der vereinbarten Beseitigung der Vertragstarife, die mit dem 1. Juli d. J. in Fortfall kommen, wird die Schweiz ihren Gebrauchstarif vom 8. Juni 1921, Deutschland seinen Gebrauchszolltarif anwenden. Im deutschen Gebrauchszolltarif sind die durch den Vertrag von Versailles bedingten Änderungen, die gemäß dem Grundsatze der Meistbegünstigung auch für die Schweiz Geltung haben, berücksichtigt. Die Schweiz bleibt selbstverständlich auch im Mitgenuß der jeweils geltenden vorübergehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen.

Städtisches

* **Köln**, 24. Juni.

Die Arbeitszeit der städtischen Beamten und Angestellten.

In einer zahlreich besuchten Versammlung der stadtkölnischen Beamten und Angestellten im großen Gürzenichsaal wurde das Ergebnis der Urabstimmung über die Arbeitszeit bekanntgegeben: Für die durchgehende Arbeitszeit stimmten 3975 Beamte und Angestellte, dagegen 306, während 26 Stimmen ungültig waren. Der Oberbürgermeister trete, wie berichtet wurde, für die bisherige achtstündige Arbeitszeit mit halbstündiger Mittagspause ein und sei trotz der obigen Abstimmung nicht bereit, in eine Verhandlung über die Frage der Arbeitszeit einzutreten. Die Versammlung beschloß nach lebhafter Aussprache, sich die von der übergroßen Mehrheit der Beamten und Angestellten gewünschte durchgehende Arbeitszeit selbst zu nehmen, mittags keine Pause mehr zu machen und um 3½ Uhr nachmittags die Arbeit einzustellen und die Bureaus zu verlassen.

Im Kölnischen Kunstverein war unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrats Dr. Richard v. Schnitzler eine Sitzung des Kölnischen Museumsvereins, in der beschlossen wurde, das Bild Am Starnberger See bei Tutzing von Prof. Alfred Lüdke aus der Kollektivausstellung anzukaufen und der Stadt für das Wallraf-Richartz-Museum als Geschenk zu überweisen. Das Gemälde hatte allgemein großen Beifall gefunden und ist eine schöne Bereicherung der Kunstwerke unsers städtischen Museums. Die jetzigen Ausstellungsräume im Schaebenhause müssen am 1. Juli aufgegeben werden; mit dem Neubau des Kunstvereins wurde auf dem von der Stadt zur Verfügung gestellten Teil des Friesenplatzes kürzlich begonnen, und der Kunstverein hofft, sein neues Heim, in dem auch die Kölner Künstler ständig zwei Ausstellungsräume erhalten sollen, im Herbst zu eröffnen. Von einem Preisausschreiben für den Neubau mußte wegen der Kürze der Zeit und da es sich um ein sehr einfaches Gebäude handelt, dessen Grenzen und Möglichkeiten gegeben sind, abgesehen werden. Der Bau ist in einfachen Linien gehalten, die Räume erhalten durchweg Oberlicht, und das Ganze wird dem Stadtbilde zur Zierde dienen.

Westdeutschland

Erleichterungen im Reiseverkehr nach dem Auslande.

⚓ **Bochum**, 22. Juni. **(Telegr.)** Nach einer Mitteilung der hiesigen Handelskammer hat der Reichsfinanzminister zur Erleichterung für Reiseverkehr nach dem Ausland genehmigt, daß das große Reisegepäck beim Antritt der Reise im Innern zollamtlich vorabgefertigt werden darf. Im Bezirk des Landeshauptamts Münster sind zur Vornahme dieser Vorabfertigung folgende Zollstellen ermächtigt worden: Zollamt Bochum, Nordbahnhof Gelsenkirchen, Stadt und Bahnhof Herne, Wanne, Wattenscheid, Hauptzollamt Recklinghausen, Zollamt Dülmen, Gladbeck, Dortmund Südbahnhof, Detmold, Bad Pyrmont, Bad Salzuflen, Hauptzollamt Iserlohn, Zollamt Siegen, Hauptzollamt Lippstadt, Zollamt Bocholt, Zollabfertigungsstelle Güterbahnhof Hagen, Zollamt Soest, Zollabfertigungsstelle am Bahnhof Münden, Zollamt Herford, Zollamt Bad Oeynhausen, Hauptzollamt Münster, Zollabfertigungsstelle am Bahnhof Münster, Zollamt Rheine und die Zollämter Hagen Güterbahnhof, Hattingen, Schwelm, Witten. Das Vorabfertigungsverfahren kann ausnahmsweise auch auf einzelne Handgepäckstücke Anwendung finden, wenn sie nur ausführbare Gegenstände enthalten und ein sicherer Verschluß angelegt werden kann.

⚒ **Leichlingen**, 23. Juni. **(Telegr.)** Die drei sozialdemokratischen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung haben beschlossen, so lange nicht mehr an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der städtischen Kommissionen teilzunehmen, bis die Regierung ihren Antrag auf Pensionierung des Bürgermeisters Klein genehmigt habe.

⚒ **Solingen**, 23. Juni. **(Telegr.)** Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit einem Antrag der Kommunistischen Partei, grundsätzlich einer Vereinigung der Städte Solingen, Ohligs, Wald, Gräfrath und Höhscheid zuzustimmen. Da mittlerweile die Stadt Ohligs den Antrag abgelehnt hat, wurde beschlossen, die Angelegenheit zu vertagen. Der Antrag auf Erhöhung des Gaspreises um 23 Pfennig je Kubikmeter mit Rücksicht auf die zu erwartende Erhöhung des Preises der Ferngaslieferung wurde abgelehnt. In der vorigen Sitzung war der Beschluß gefaßt worden, Solingen möge die andern an die Ferngasleitung angeschlossenen Städte veranlassen, einen Beschluß auf Sozialisierung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes herbeizuführen. Wie die Verwaltung mitteilte, ist das sofort geschehen. Die Städte müßten aber zunächst noch den gleichen Beschluß fassen. In der Fünferkommission sei ein Antrag auf Teilsozialisierung verhandelt worden in der Weise, daß das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk ausgeschaltet werden soll bei dem Bezug des Ferngases; denn das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk sei weiter nichts als eine Zwischenstation zwischen Zechen und Gemeinden. Der Schiedsspruch über die Erhöhung des Gaspreises werde auch noch sehr lange auf sich warten lassen. Ein Stadtverordneter erblickte die Ursache der Verzögerung des Schiedsspruchverfahrens in den hohen Honoraren, die für die Teilnahme an den Schiedsgerichtssitzungen bezahlt würden, bis 10 000 Mark je Sitzung. Die Verwaltung erklärte, daß die Städte gegen diese hohe Entschädigung Einspruch erhoben hätten.

⚒ **Remscheid**, 23. Juni. **(Telegr.)** Bei Verhandlungen mit der Düsseldorfer Regierung, die gestern nachmittag im Rathaus unter Beteiligung von Vertretern der Schuldeputationen, der Lehrerschaft, der unpolitischen Elternbeiräte und der freien Schulgesellschaft in der Frage der Errichtung weltlicher Schulen in Remscheid stattfanden, ergab sich, daß die Errichtung weltlicher Schulen sich hier nicht durchführen läßt, weil die Zahl der Lehrer, die sich dazu zur Verfügung gestellt hat, zu gering ist. Ein Vorschlag der Regierung, die Angelegenheit bis zur gesetzlichen Reglung zu vertagen, wurde von den Vertretern der freien Schulgesellschaft abgelehnt. Die Verhandlungen verliefen infolgedessen ergebnislos. Von kommunistischer Seite droht nunmehr ein Schulstreik.

⚒ **Münster**, 22. Juni. Der Oberregierungs- und Schulrat Dr. Körnig ist zum Oberregierungsrat und Leiter der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen bei der hiesigen Regierung ernannt worden. Körnig ist aus der Kreisschulinspektorlaufbahn hervorgegangen.

⚒ **Neuwied**, 22. Juni. Zum Ausbau des Hochspannungsleitungsnetzes im Kreise beschloß der Kreistag, eine Anleihe von 5 Millionen Mark aufzunehmen, diese mit 4½ v. H. zu verzinsen und mit 2½ v. H. zu tilgen. Die Strompreise sollen vom 1. Juli an um 32 Pfennig für die Kilowattstunde erhöht werden.

Neueste Nachrichten

Die Ausübung der Mandate für unsre Kolonien.

⊛ **Paris**, 23. Juni. **(Telegr. unsers eignen Berichterstatters.)** Der Temps veröffentlicht die Grundzüge eines Planes über die Ausübung der Mandate für die ehemals deutschen Kolonien, den die französische Regierung im Einverständnis mit der englischen aufgestellt hat, und der dem Völkerbundrat bei seiner nächsten Tagung vorgelegt werden soll. Bis dahin, sagt der Temps, werde hoffentlich eine Verständigung mit dem Kabinett von Washington erzielt sein. In dem Plan der französischen Regierung werden das Mandat über Kamerun und das Mandat über Togo gesondert behandelt. Frankreich erklärt sich für verantwortlich für den Frieden, die Ordnung und die gute Verwaltung der ihm durch Mandat übertragenen Gebiete und will mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln das materielle und moralische Wohl und den sozialen Fortschritt der Einwohner fördern. Es verpflichtet sich, aus seinem Mandat, abgesehen von der Sicherung der örtlichen Polizei und der Verteidigung des Gebiets, keinerlei militärischen Nutzen zu ziehen. Indessen können die eingeborenen Truppen im Kriegsfall zu Verteidigungszwecken außerhalb des Mandatgebiets verwandt werden. Der Plan bestimmt ferner die Verpflichtungen Frankreichs im Hinblick auf die völlige Beseitigung der Sklaverei und der Zwangs- oder der Pflichtarbeit sowie die Obliegenheiten zur Überwachung des geheimen Waffenverkehrs und des Handels mit geistigen Getränken. In einem besondern Artikel werden den Bürgern von dem Völkerbund angehörigen Staaten völlige Handels- und Schiffahrtsfreiheit, sowie völlige wirtschaftliche Gleichheit zugesichert, außer bei öffentlichen Arbeiten und solchen Unternehmungen, für die sich die Mandatsmacht wegen ihrer besondern Wichtigkeit ihre eigne Freiheit vorbehalten will. Schließlich nimmt Frankreich Vollmacht für die Verwaltung und politische Vertretung des Mandatsgebiets in Anspruch, das nach französischem Gesetz verwaltet werden soll, unter Vorbehalt von Änderungen, die sich aus den örtlichen Umständen ergeben. Frankreich kann endlich aus den Mandatsgebieten zusammen mit den benachbarten, seiner Oberhoheit oder seiner Kontrolle unterstehenden Gebieten Zoll-, fiskalische oder Verwaltungseinheiten, oder Bünde bilden.

Die Beratungen in Marienbad.

DZB **Prag**, 23. Juni. **(Telegr.)** Das tschecho-slowakische Preßbureau meldet aus Marienbad: Die Beratungen zwischen den drei Ministern Benesch, Banffy und Teleki haben, wie es scheint, als Hauptzweck, den Weg für die Erledigung der Fragen, mit welchen sich die Fachausschüsse in Budapest und Prag beschäftigt haben, zu ebnen. Sie lassen sich in folgende Kategorien einteilen: 1. Handelsfragen, z. B. Kohle, Erze und Getreide, die Lage der Maschinen- und Metallindustrie, unlauterer Wettbewerb usw. 2. Verkehrsfragen, unter denen sich an erster Stelle eine geeignete Verbindung der Tschecho-Slowakei über Ungarn mit Rumänien und Südslawien befindet. 3. Juristische, politische und kirchliche Fragen. 4. Finanzielle Fragen, so z. B. Depositenfragen und Ausgleichung von Kronenforderungen usw.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

* **Wirtschaftliches aus Frankreich.**

Unaufhaltsam gehen an der Börse die Kurse weiter zurück. In der halbmonatlichen Abwicklung wa rdas Geld für die Uebertragungen zu 3% erhältlich, eine Ueberladung der Käufer besteht somit sicher nicht, trotzdem trat am folgenden Tage ein überaus heftiger Rückgang ein, ein „Krach" im kleinen, an dem aber bemerkenswert ist, daß er nicht plötzlich nach anhaltenden Kurssteigerungen eingetreten ist, sondern nach einer langen Folge flauer Börsen. Woher kommt diese Verstimmung in einem Augenblick, wo man des Glaubens ist, daß die Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt überschritten hat, und wo man die Anzeichen einer beginnenden Besserung wahrzunehmen glaubt? Mancherlei spielt hierbei mit, wie wir schon letzthin dargetan haben, in letzter Linie sind es die Darlegungen des Finanzministers, die erkennen lassen, welche außerordentlichen Ansprüche noch an den Geldmarkt herantreten müssen, und zwar nicht nur vom Staat, sondern auch von den Eisenbahnen und den zu entschädigenden Gemeinden und Industrieunternehmen. Ein andrer Grund ist in den noch immer unbeseitigten Schwierigkeiten der zwei in Verlegenheit geratenen Banken zu sehen; hierzu kommt noch in letzter Linie die ungünstige Haltung der andern Märkte — London und New York — weshalb dem Pariser Markt jeder Rückhalt fehlt. Unter diesen Umständen konnten die Besprechungen in Wiesbaden nur beschränkte Wirkung ausüben. Besonders betroffen waren die Banken; mit Recht oder mit Unrecht leidet ihr Ansehen unter dem Mißkredit von zwei Mittelbanken, die aber vielleicht nicht die einzigen sind, die Schaden gelitten haben. Trotz der inzwischen eingetretenen Erholung schließt z. B. Banque de Paris 100fr niedriger als am 9. d. M., Crédit Lyonnais 83fr niedriger, Türken sind rückgängig auf die griechisch-türkische Frage. Die russische Gruppe war in vorübergehender Gunst auf Gerüchte von Verhandlungen über ein französisch-russisches Handelsabkommen, das Hand in Hand ginge mit einer Anerkennung der zarischen Anleihen, aber schließlich blieben Naphthes de Bakou 2440 gegen 2880 am 9. und Platine 580 gegen 630. Nur Mexikaner liegen fest auf Meldungen von Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und die angekündigte Wiederaufnahme der Zinsenzahlung. Die Wechselkurse schwanken weiter hin und her. Hervorzuheben ist der Rückgang des Wechsels auf Belgien auf das Gerücht, daß die belgische Regierung auf ihr Vorzugsrecht auf die deutschen Zahlungen verzichten wolle, und die Festigkeit des Jen.

Der Finanzminister hat die Finanzlage dargelegt. Kurz gefaßt stellt sie sich wie folgt: Ausgaben 23 statt 26 Milliarden, Einnahmen 17 Milliarden. Zur Deckung des Fehlbetrags wird auf den Eingang von 4 Milliarden gerechnet aus der gegenwärtig offenen Begebung zweijähriger Schatzscheine, ½ Milliarde aus dem Verkauf von Kriegsvorräten, 1 Milliarde Mehrertrag der Zölle und 2½ Milliarden aus der Kriegsgewinnsteuer. Für November stellt der Finanzminister eine neue Konsolidationsanleihe in Aussicht. Einer Tariferhöhung der Eisenbahnen ist er abgeneigt, die Gesellschaften sollen sich mit Anleihen behelfen. Augenblicklich fehlt es dem Staatsschatz nicht an Geldmitteln. Im Ausland ist die Anleihe von 100 Mill. Dollar untergebracht worden, im Inland sind im Mai (abzüglich de eingelösten Fälligkeiten) 2628 Mill. Bonds und 15 Mill. Obligationen der Nationalverteidigung abgesetzt worden, und auf die zweijährigen Schatzscheine wurden bis jetzt 2½ Milliarden gezeichnet. Dies hat ermöglicht, der Bank von Frankreich in den letzten zwei Wochen 800 Mill. abzuzahlen. Was die Ansprüche an das Privatkapital anbelangt, so hat es im Mai außer diesen Staatsanleihen noch 135 Mill. Eisenbahnschuldverschreibungen aufgenommen. Die Bahnen werden aber im ganzen einen auf 8 Milliarden geschätzten Fehlbetrag zu decken haben; die Stadt Paris bereitet eine Anleihe von 1800 Mill. vor (wovon allerdings ein großer Teil zur Rückzahlung kurzer Anleihen dienen wird), die Stadt Verdun ist nach vielen Bemühungen ermächtigt worden, eine Anleihe von 60 Mill. aufzunehmen, andre Städte werden folgen, ebenso die verschiedenen „groupements industriels". Das sind ganz gewaltige Ansprüche an den Geldmarkt, der schon im Mai 492 Mill. und im April 1065 Mill. neuer Werte aufgenommen hat. Was die für den Winter geplante Konversionsanleihe anbelangt, so kann sie nur Erfolg haben, wenn die Zeichner darauf rechnen können, die staatlichen Anleihen jederzeit bei Bedarf wieder verkaufen zu können, was gegenwärtig nicht der Fall ist.

Die Angelegenheit der Stützung der Banque Industrielle de Chine ist in Abwesenheit des unpäßlichen Finanzministers im Ministerrat besprochen worden, der sich in Anbetracht ihrer Bedeutung im Fernen Osten dafür entschied. Der Finanzminister verlangt aber, daß die Regierung einen Gesetzvorschlag einbringe, der die Bank von Frankreich ermächtigt, die von der chinesischen Regierung angebotenen 200 Mill. Schatzwechsel zu diskontieren. Die Société Centrale des Banques de Province hat ihren Abschluß auf den 31. Dezember 1920 veröffentlicht. Den Einlagen von 263 Mill. und den Guthaben in laufender Rechnung von 125 Mill. stehen gegenüber: Wechsel und Schatzscheine 149 Mill. und Schuldner 246 Mill.; in den beiden letzten Posten ist die Ursache der Verluste zu suchen. Bei einem Erträgnis von nur 14,96 Mill. betrugen die Spesen 16,77 Mill., die uneinbringlichen Forderungen beanspruchten 46 Mill. und sonstige Verluste 5,58 Mill. Es ergibt sich somit ein Fehlbetrag von 53,38 Mill. bei einem eingezahlten Kapital von 58 Mill. Abgeschrieben sind aber nur die völlig uneinbringlichen Forderungen; die zahlreichen zweifelhaften, über deren Höhe nichts gesagt wird, bleiben vorerst noch stehen. Es ist noch nicht bekannt, auf welche Weise die Neuordnung durchgeführt werden soll. Eine Einberufung der noch ausstehenden Einzahlungen von 142 Mill. auf die Aktien wäre möglich, da diese auf Namen lauten.

⚓ **Schiffbaustahlkontor.** Wie das Schiffbaustahlkontor mitteilt, hat es den Verkauf von Grobblechen und Profilstahl nach dem In- und Ausland eingestellt. Es erledigt die bereits hereingenommenen Aufträge. Die Kundschaft wird gebeten, sich von jetzt an unmittelbar an die einzelnen Werke zu wenden. Der Verkauf von Schiffbaumaterial für den deutschen Seeschiffbau wird weiter vom Schiffbaustahlkontor geregelt.

* **Kölnische Glasversicherung, A.-G. in Köln.** Die Versicherungssumme in der Glasabteilung bei dem Unternehmen stieg auf 135,24 (i. V. 74,64) Mill. Mark, davon für eigne Rechnung 130,15 (72,30) Mill., die Prämieneinnahme auf 10,70 (4,66) Mill., davon für eigne Rechnung 10,12 (4,47) Mill. An Schäden wurden bezahlt und zurückgestellt 4,52 (2,21) Mill. Die Versicherung für Wasserleitungsschäden weist 213,27 (117,08) Mill. Versicherungssumme, 152 422 ℳ (100 525 ℳ) Prämieneinnahme und 78 552 ℳ (49 436 ℳ) Schaden aus. Bei der Einbruchdiebstahlversicherung ging die Versicherungssumme auf 14,07 (21,09) Mill., die Prämieneinnahme auf 32 184 ℳ (45 957 ℳ) zurück, während die Schadenbezahlung eine kleine Erhöhung um 962 ℳ auf 99 739 ℳ erfuhr. Nach Tilgung des letztjährigen Verlustvortrages betrug der Reingewinn des Unternehmens 95 592 ℳ, woraus in der H.-V. die Ausschüttung von 150 ℳ Dividende je Aktie bei einem Aktienkapital von 300 000 ℳ, auf das noch 225 000 ℳ ausstehen, beschlossen wurde, bei einem Neuvortrag von 23 370 ℳ (i. V. blieb die Gesellschaft bei einem Verlust von 12 193 ℳ, der den Verlustvortrag auf 70 289 ℳ brachte, dividendenlos).

◔ **Niederlausitzer Kohlenwerke, A.-G. in Berlin.** Die Betriebsüberschüsse stiegen im Geschäftsjahr 1920/21 auf 17,68 (i. V. (10,40) Mill. Mark. Nach erhöhten Abschreibungen von 5,01 (4,01) beträgt der Reingewinn 8 522 531 ℳ (3 287 423 ℳ), woraus bekanntlich 22% (12%) Dividende verteilt, 750 000 ℳ (500 000 ℳ) den Unterstützungskassen zugeführt und 172 531 ℳ (27 423 ℳ) vorgetragen werden. Vorweg wurde für Werkerhaltung ein Betrag von 12 Mill. unter Gläubiger verbucht. Die Belegschaft vermehrte sich von 4436 auf 7650, trotzdem stieg die Förderung nur von 4,49 auf 4,96 Mill. Tonnen. Das entspricht einer Leistung von 2,15t (3,32t) im Tag, und von 648t (1011t) im Jahr. Die Leistung, die im Vorjahr noch 83% der Friedensleistung betrug, ist damit weiter zurückgegangen auf 53%. Demgegenüber sind die Löhne von 10,89 Mill. auf 95,15 Mill. gestiegen; die Tonne geförderte Kohle beanspruchte danach eine Lohnausgabe von 19,29 ℳ (2,42 ℳ) gegenüber 0,97 ℳ 1914/15. Gefördert wurden 69,47 (60,11) Mill. Hektoliter Kohle gleich 4,96 (4,29) Mill. Tonnen, und hergestellt 1,49 (1,21) Mill. Tonnen Briketts. Die Erhöhung an Betriebsleistungen sei, abgesehen von der Vermehrung der Belegschaften, hauptsächlich durch eine beschleunigte Durchführung von Reparaturen, durch Verbesserung der Methoden und der maschinellen Anlagen erreicht worden. Die Nachfrage nach sämtlichen Erzeugnissen war außerordentlich rege, die Wagengestellung im allgemeinen zufriedenstellend, so daß die Gesellschaft ohne Brikettstapel in das neue Geschäftsjahr eingetreten sei. Die im Mai d. J. beschlossene Kapitalerhöhung zur Verstärkung der Betriebsmittel, zum Ausbau der alten Betriebsanlagen und zur Ausführung von neuen Bauten um 10 000 000 ℳ 6proz. Vorzugsaktien und 15 000 000 ℳ Stammaktien sei inzwischen durchgeführt worden. Die Vermögensrechnung zeigt ein weiteres starkes Anwachsen, namentlich der Schuldner und Gläubiger. Diese sind von 18,67 auf 49,25 Mill. gestiegen, dürften sich aber durch die Kapitalerhöhung inzwischen erheblich vermindert haben. Die Außenstände wuchsen in noch stärkerm Maße und verdreifachten sich fast auf 78,44 (29) Mill. Die Warenbestände gingen von 14,33 auf 4,91 Mill. zurück. Kohlenfelder und Abbaugerechtsame erfuhren einen Zugang von 2,58 Mill. und stehen nach 0,79 Mill. Abschreibungen mit 15,43 (13,64) Mill. zu Buch, worauf noch 4,02 (2,17) Mill. in Raten und Restkaufgeldern zu zahlen waren.

◔ **National-Film-A.-G. für künstlerische Lichtspiele in Berlin.** In der a. o. H.-V. wurde beschlossen, das Aktienkapital durch Ausgabe von 14 Mill. Mark Stammaktien und 1 Mill. 6proz. Vorzugsaktien mit zehnfachem Stimmrecht, die zu 120% rückzahlbar sind, mit Dividendenberechtigung vom 1. Juli 1921, auf insgesamt 20 Mill. zu erhöhen. Die neuen Aktien mit Ausnahme von 1 Mill. Stammaktien, die zur Verfügung der Verwaltung bleiben, sind von einer Gruppe fest übernommen worden. Den Aktionären werden hiervon 2½ Mill. Aktien im Verhältnis von 1 zu 2 zu 130% mit Dividendenberechtigung vom 1. Juli 1921 angeboten. Es wurde ferner beschlossen, den Namen der Gesellschaft in National-Film abzuändern. Im Hinblick auf die bereits teilweise wieder aufgenommene und in naher Zukunft weiter zu erwartende Wiederherstellung der internationalen Beziehungen der deutschen Filmindustrie halte es die Gesellschaft, die bereits jetzt im Ausland eigne Verleihfilialen unterhält, nunmehr für geboten, ihren Geschäftsbereich durch Angliederung der Fabriken von Filmen zu vervollständigen. Zu diesem Zweck wird sie die bisherige reine Fabrikationsgesellschaft, deren Erzeugung sie vertrieben hat, nämlich die National-Film-A.-G. sowie die ihr gleichfalls nahestehende Neutral-Film-G. m. b. H. sich angliedern. Ueber das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr teilte die Verwaltung mit, daß mit einer Dividende in der Höhe des Vorjahres (12%) voraussichtlich gerechnet werden könne. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr werden gleichfalls befriedigend beurteilt, da bereits ein erheblicher Auftragbestand vorliegt. Direktor Alfred Duskes von der Neutral-Film-G. m. b. H. wurde zum weitern Vorstandsmitglied der Gesellschaft ernannt.

◔ **Baumwollspinnerei Erlangen.** Von den neuen 8 Mill. Mark Aktien sollen 2½ Mill. voll eingezahlte Aktien den Aktionären vn 1 zu 4 angeboten werden, während 5½ Mill., wovon 1½ Mill. voll und 4 Mill. vorerst nur mit 25% eingezahlt, an ein Konsortium mit der Verpflichtung begeben werden sollen, sie zu den mit der Gesellschaft zu vereinbarenden Bedingungen zu verwenden. Sie sollen bekanntlich teils für in der Schwebe befindliche, teils für künftige geschäftliche Verbindungen Verwendung finden.

* **Vereinigte Deutsche Nickelwerke, A.-G. in Schwerte.** Aus Verwaltungskreisen wird erklärt, daß die Gerüchte von einer bevorstehenden Kapitalserhöhung jeder Grundlage entbehren. Gleichzeitig wird betont, daß die Verwaltung mit der in letzter Zeit sehr starken Kurssteigerung in keinerlei Verbindung stehe, sondern daß dies lediglich auf Spekulation an der Börse zurückzuführen sei.

Drahtberichte vom 23. Juni.

◔ **Ber

Freitag, 24. Juni

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: Walter Jacobs; für den Handelsteil Philipp Lemcke; für den Anzeigenteil: M. Mettelem; Verleger und Drucker: M. DuMont Schauberg; Chefredakteur: Ernst Posse; alle in Köln.

Haupt-Geschäftsstelle: Köln, Breite Straße 64, — Postscheck-Konto 250.

Zweigstellen in Berlin:

Redaktion Berlin NW 7, Unter den Linden 39, F. Zentrum 2464. Geschäftsstelle für Anzeigen, Zeitungsbezug bei B. Arndt, Generalvertreter für Nord- und Ostdeutschland, Berlin W, Mohrenstraße 26, F. Zentrum 7148.

Vertretungen: Aachen Th. Naus. Baden Ernst Brockhoff. Bielefeld Jak. Vowinckel. Bochum Bockau & Freese. Bonn und Godesberg H. Rosiesky. Bremen Herm. Wälker, Wilh. Scheller. Brühl E. Müller. Cleve Friedrich Bäcker. Dortmund K. Mestemacher. Düren M. Dornhecker. Düsseldorf D. Schürmann. Duisburg F. Schatz. Elberfeld und Barmen Jakob Vowinckel. Essen Eduard Krause. Frankfurt a. M., Schillerplatz. Jakob Mayer, Generalvertreter für süddeutschland. Gummersbach F. Hellemanns. Hagen G. Geerkens. Hamburg Otto Hornicke. Hannover Schlitte & Härdrich. Köln-Kalk Herm Berger. Köln-Bayenthal Erw. Müller.

Kölnische Zeitung

Abend-Ausgabe

Fernsprecher: Nr. A 5361 - A 5362 - A 5363 — A 5364 - A 5365 - A 5366 - A 5367. — Redaktion, Geschäftsstelle für Zeitungsbezug und Anzeigen sowie Druckerei sind durch jede dieser 7 Fernsprechleitungen zu erreichen.

Geschäftsstunden: Redaktion von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, Geschäftsstelle für Zeitungsbezug und Anzeigen 8—12 Uhr vormittags und 3—7 Uhr nachmittags. Druckerei 8—1 Uhr vorm. und 3—6½ Uhr nachm.

Täglich 3 Ausgaben, Sonntags und Montags 2 Ausgaben, Mittwochs und Samstags eine Beilage: **Literatur- und Unterhaltungsblatt.** In der Montag-Morgenausgabe und Donnerstags besondere Abteilung **„Sport und Spiel“.**

Einzelverkaufspreis für Köln 40 Pfg., für auswärts 50 Pfg.

1921 — Nr. 451

Monatlicher Bezugspreis: in Köln 10,— M. einschließlich Bestellgeld, bei den auswärtigen Vertretungen 10,50 M. einschließlich Bestellgeld, bei den deutschen Postanstalten 12,— M. einschließlich Bestellgeld.

Preis für die Anzeigenzeile od. deren Raum 4 M. mit 25% Teurungszuschlag. Preis für die Reklamezeile oder deren Raum 18 M. ein Teurungszuschlag. Stellengesuche u. Familienanzeigen die Zeile 4 M. kein Teurungszuschlag.

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Vertretungen: Köln-Deutz Eduard Kipp. Köln-Ehrenfeld I H. Aeckersberg. Köln-Ehrenfeld II F. Aeckersberg. Köln-Lindenthal W. Braun. Köln-Mülheim Hubert Kleiser. Köln-Nippes C. Hommen. Köln-Süiz Peter Braun. Koblenz Carl Heidenh. im. Krefeld J. F. Houben. Lennep Ad. Mann. Mainz D. Frenz G. m. b. H. Mannheim D. Frenz G. m. b. H. Mülheim (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl. M.-Gladbach E. Schellmann. Neuß H. Gartenfeld. Neuwied Felix Trumm. Remscheid C. A. Kochenrath. Rheydt O. Berger. Ruhrort Andreae & Co. Saarbrücken 3 C. Schäfer. Siegburg A. Fritz. Solingen Ed. Elven. Wiesbaden D. Frenz G. m. b. H.

Völkerbund-Absolutismus an der Saar.

II.

(Fortsetzung aus Nr. 446.)

☉ **Saarbrücken,** Ende Juni.

Saarbrücken hat trotz aller abgeblühten Schieberherrlichkeit auf Schritt und Tritt eine Bank und zwischen je zwei Banken ein halbes Dutzend Wechselstuben. Darum spricht der Volkswitz vom Wechselbalg oder Bankert an der Saar, den Versailles gezeugt habe und den der Völkerbund betreue, um ihn durch sachgemäße Erziehung für die Legitimierung durch die vornehmste Familie Europas reif zu machen, als die Frankreich ja wohl nach den Anschauungen an der Seine zu gelten hat. Die Erziehung durch den Völkerbund ist denn auch sachgemäß und zielbewußt. Die gerade Linie des Völkerbundsabsolutismus an der Saar ist nicht zu verkennen. Da man sich für den Anschluß an Frankreich mit Hilfe der Abstimmung nicht viel verspricht, steuert man klaren Blicks auf die zweite Möglichkeit des Abstimmungsergebnisses, den autonomen Saarstaat, los, damit die dritte durch die Vertragsbestimmung gegebene Möglichkeit, der Rückfall an Deutschland, wenigstens etwas an Wahrscheinlichkeit verlieren kann. Dazu ist der Völkerbundregierung jedes Mittel recht, gleichviel ob es durch den Versailler Vertrag geboten oder verboten ist. Von der starren, an die schönsten absolutistischen Polizeistaaten erinnernden Personenbeaufsichtigung war schon die Rede, desgleichen von der Grenzsperre, die so nach und nach die persönlichen Beziehungen der Saardeutschen zum Reich und umgekehrt schon durch die hohen Paßgebühren unterbinden soll. Die im Versailler Vertrag vorgesehene Zollschranke ist gleichfalls da, und es galt nur noch auf weitere Mittel zu sinnen, um die Grenzmauer gegen Deutschland noch höher aufzurichten. Darum drückte man zuerst den Beamten den Franken mit Gewalt in die Hand und sagte sich dann, wer in Franken auszahlen will, der muß auch Franken erhalten. Seit dem 1. Mai gilt darum bei der Eisenbahn, bei der Post und im Telegraphenverkehr nur noch der Franken als Zahlungsmittel. Deutschland hat gegen diesen durchaus ungesetzmäßigen, nur durch Winkeladvokatenkniffe mit dem Versailler Vertrag in Einklang zu bringenden Willkürakt zwar beim Völkerbund Einspruch erhoben, aber an den Bahn- und Postschaltern des Saargebiets rollt seit dem 1. Mai der Franken, und der Völkerbundrat tagt weit vom Absolutismus seiner Saarregierung in Genf, er lehnt nach Vorträgen des Franzosen Raoult, des Präsidenten der Saarregierung, alle deutschen Einsprüche ab, und zur Hauptversammlung im September bereitet Viviani sicherlich schon wieder schwungvolle Reden vor. Da man auch bei der Einführung des Franken bei Bahn, Post und Telegraphie den Marktarif gedrittelt hat, bedeutet das beim gegenwärtigen Stand des französischen Geldes nahezu eine Verdopplung aller Preise und Gebühren. Die Saarregierung schlägt also drei Fliegen mit einer Klappe, sie unterbindet den wirtschaftlichen und persönlichen Verkehr nach Deutschland noch mehr als bisher, schafft das infolge ihrer eignen teuern Existenz dringend notwendige Geld in ihren Beutel und weckt bei allen denen die Sehnsucht nach dem Franken, die nun als Lohn- oder Gehaltsempfänger ihre Mark nur noch mehr entwertet sehen. So rechnet die Regierung jedenfalls, mögen Handel und Gewerbe darüber im Saargebiet auch zugrunde gehen. Handel und Gewerbe lehnen sich denn auch gegen den Franken auf, und man kann in Saarbrücken lange suchen, ehe man auch nur eine Ansichtskarte für französisches Geld bekommt. Die dazu gehörende Saarmarke mit Centimesüberdruck muß man freilich in französischer Münze bezahlen, weil die Geschäftsleute nicht das Bedürfnis haben, sich auf die kleinen Währungsspekulationen einzulassen, die bei den Berg- und Hüttenarbeitern und sonstigen Frankenbeziehern üblich sind und durch die zahllosen Kurszettel noch angeregt werden, die an allen Banken und Wechselstuben kleben.

Der Handel des Saargebiets steht jedenfalls dem Franken zurzeit noch schroff ablehnend gegenüber, er weiß, daß dieser seinen Beziehungen zu Deutschland den Rest geben würde und überhört darum auch die Drohungen, daß man ihm Zweiggeschäfte von Pariser Häusern vor die Nase setzen werde. Man mag die Bergleute, die man in Händen hat, da Frankreich der Grubenbesitzer ist, mit französischer Ware beliefern, das wiegt nicht so schwer wie die Frankengrenze nach Deutschland, die den Hüttenbetrieben ohnehin schon Wunden genug geschlagen hat. Die Saarzechen mögen nach all den Feierschichten, die auch ihnen die Folgen der Frankenlöhnung eintrugen, zurzeit mit Hochdruck arbeiten, da die Saarkohle in der Welt zu einem guten Teil den Ausfall decken muß, den der Streik der englischen Bergarbeiter hervorgerufen hat in Verbindung mit den Zuständen, die heute in Oberschlesien dank der zielbewußten Weisheit der Oppelner Verbandskommission herrschen, die in so mancher Hinsicht der Völkerbundregierung an der Saar mit Augurnlächeln die Hand reichen kann. Das Saareisen aber vermag nicht einmal Frankreich zu schlucken, dessen Eisenindustrie sich schon durch den neu hinzugekommenen, durch deutsche Kraft hochentwickelten Lothringer Wettbewerb stark belästigt fühlt. Das alles kümmert wohl die Regierungskommission nicht allzuviel, die Hauptsache ist, daß der Franken Zahlungsmittel im Saargebiet wird, dann ist die Mark als Währung auf die Dauer ja doch unmöglich, und der Versailler Vertrag hat ein Loch mehr, mag nun Deutschland von Rechtsbruch reden oder nicht. Für deutsche Einsprüche gegen die Völkerbundparteipolitik hat man an der Saar wie in Genf wohl schon ein besonderes Fach vorgesehen, das, wie die bekannte Tonsparkasse, nicht eher etwas vom Inhalt verrät oder etwas herausgibt, bis der ganze Kram zerschlagen wird. Die Saarbevölkerung in ihrer Gesamtheit aber hat von der ganzen Frankenherrlichkeit bis jetzt nicht mehr gehabt als ein ungeheures Anziehen aller Preise und damit eine starke Verteurung der Lebenshaltung.

Auf den Abschluß gegen Deutschland zielen sodann auch noch solche Maßnahmen der Regierungskommission ab, die alle verwaltungspolitischen, kommunalpolitischen, sozialen und kulturellen Beziehungen trennen wollen. Daß man den Landräten des Saargebiets Zusammenkünfte und Besprechungen, also jeden Ideenaustausch mit ihren deutschen Amtsgenossen jenseit der Saargebietsgrenze untersagt hat, ist längst bekannt. Die Landräte kann man nach alter preußischer Überlieferung immerhin als politische Beamte ansprechen und demgemäß durch Befehl verfahren. Ob sich das so ohne weiteres auch auf die Stadtverwaltungen übertragen läßt, scheint die Saarregierung neuerdings erproben zu wollen, hörte man doch von einer Verfügung, die den Kommunalverbänden untersagen wollte, außersaarländischen Verbänden anzugehören. Das würde natürlich auch einen Strich durch überlieferte Interessengemeinschaften machen, der in seinen Folgen wieder nichts anderes wäre als ein neuer Willkürakt, der die Grenzmauer gegen Deutschland um einige Steinschichten erhöhen soll. Ferner ist gerade in diesen Tagen eine neue Verfügung der Saarregierung herausgekommen, die es den Gemeinden sowie allen öffentlichen Anstalten und Körperschaften des Saargebiets untersagt, Unterstützungen oder Zuschüsse des Deutschen Reiches, des preußischen oder bayrischen Staates oder einer Dienststelle dieser Regierungen ohne Genehmigung der Saarregierungskommission zu beantragen oder anzunehmen. Wohin das zielt, ist ohne weiteres klar; man will die deutschen Kulturanstalten im Saargebiet treffen, soweit sie sich aus sich heraus nicht halten können. Hat man vor Jahr und Tag die Angebereien in bezug auf den sogenannten Heimatdienst zu einer großen Ausweisungsorgie benutzt, obwohl man den französischen Kulturbestrebungen und der französischen Preßpropaganda keinerlei Riegel vorschiebt, so will man jetzt durch Abschneiden aller Hilfsquellen den deutschen kulturellen Bestrebungen im Saargebiet einen schweren Schlag versetzen. Dafür ein Beispiel! Das Saarbrückener Theater ist, wie so manches deutsche Theater, ohne die Zuwendungen des Theaterunterstützungsfonds in diesen schwierigen Zeiten nicht mehr zu halten. Nun will man diese Hilfsquellen abschneiden, und es fragt sich, wer helfen wird. Die Geldlage des kleinen Saargebiets ist schon dank den Bezügen der Völkerbundregierung und ihres ganzen Schweifs von mitberatenden und ausführenden Organen alles andere als rosig; treibt die Saarregierung trotzdem die ausbleibenden Gelder der deutschen Theaterunterstützungsfonds auf — das Woher wird sie ja wohl zu regeln wissen —, so darf man jetzt schon sicher sein, daß sie an diese Unterstützung des Saarbrückener Theaters Bedingungen knüpfen wird, deren Wirkungen aus dem Spielplan erkennbar würden. Das ist wohl der Zweck der ganzen Sache, die im Saargebiet wieder einmal viel böses Blut machen und viel Schaden anrichten dürfte. Wenn morgen wieder von Paris her eine finanziell gut versorgte Schauspielertruppe ins Land kommt, wird kein Hahn danach krähen und niemand im hohen Rate der Saarregierung die Frage aufwerfen, wer die Mittel zu solcher Werbetätigkeit gab. Treuhänderpolitik, Völkerbundparität! Aber der Zweck heiligt wieder einmal die Mittel, und der Zweck liegt klar zutage. (Schluß folgt.)

Aus den besetzten Gebieten.

Gegen die Sanktionen im Westen und Osten.

♡ **Elberfeld,** 23. Juni. **(Telegr.)** Die Vertreter des Bezirks Elberfeld im Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. d. A.) nahmen in einer hier abgehaltenen Sitzung zu den Sanktionen Stellung und faßten folgende Entschließung:

Die von unsern frühern Feinden immer noch aufrechterhaltenen Sanktionen bedeuten einen schweren Rechtsbruch und eine schwere Schädigung der gesamten, besonders der heimischen Industrie. Mit der gesamten Nation sind wir darin einig, daß den Sanktionen jeder Rechtsboden fehlt und sofortige Aufhebung derselben verlangt werden und eintreten muß.

Zur oberschlesischen Frage wurde in folgender Entschließung Stellung genommen:

Oberschlesien muß auf Grund der Abstimmung, auf Grund seiner Vergangenheit und seiner Kultur, die deutsch ist, ungeteilt zu Deutschland gehören. Polen hat weder einen geschichtlichen noch rechtlichen Anspruch auf Oberschlesien. Unter seiner Herrschaft würde Oberschlesien und mit ihm seine blühende Industrie zugrunde gehen. Für Deutschland ist die Zugehörigkeit Oberschlesiens eine Lebensfrage. Nur wenn Oberschlesien ungeteilt beim Reiche bleibt, können wir den uns auferlegten Verpflichtungen gerecht werden.

DZB **Köln,** 24. Juni. Das Generalsekretariat des christlichen Mittelstandes veröffentlicht eine eingehend begründete Entschließung gegen die sogenannten Sanktionen, in der es zum Schlusse heißt: „Das deutsche Bürgertum, insbesondere der bei den traurigen Wirkungen der »Sanktionen« schwer betroffene Mittelstand wendet sich aus wirtschaftlichen wie nationalen Gründen mit aller Entschiedenheit gegen deren Fortdauer und fordert die Regierung auf, möglichst bald hiergegen auch im Namen des deutschen Mittelstandes mit stärkstem Nachdruck Einspruch zu erheben, sowie bei dem augenblicklichen Zustande die Rückvergütung der Zollabgaben möglichst sofort zu regeln.“

Gütersperre infolge der „Sanktionen“.

Die Eisenbahndirektion Köln teilt uns folgendes mit: „Durch die Errichtung der Rheinzollgrenze ist der Umfang der Verzollungsarbeiten derartig gewachsen, daß ihre Erledigung mit dem Zustrom der Güter augenblicklich nicht Schritt hält. Infolgedessen mußten bereits Güterwagen, die mit zollpflichtigen Gütern beladen sind, in größerer Zahl abgestellt werden. Um ernstere Betriebsschwierigkeiten zu vermeiden, sind wir daher gezwungen, vorübergehend auch den Zulauf von Frachtgutwagenladungen von allen Stationen, die östlich der Rheinzollinie liegen, nach allen besetzten Stationen des Direktionsbezirks zu sperren. Von dieser Sperre ausgenommen bleiben: a) Kohlen, Koks, Brikette und Lebensmittel; b) zollfreie Güter, wenn die Zollfreiheit nach dem deutschen Zolltarif durch zollamtlichen Vermerk auf den Frachtbriefen bestätigt ist; c) zollpflichtige Güter, deren Verzollung auf den Binnenzollämtern Koblenz, Bonn, Düren, Aachen, Neuß, Düsseldorf-Heerdt, Urdingen, Kleve, Cranenburg, Dalheim, Herzogenrath, Kaldenkirchen, Straelen, Walheim, Hallschlag und Köln-Mülheim durch Vorschrift des Versenders im Frachtbrief verlangt wird.

„Verkehrserleichterungen“ im besetzten Gebiet.

Anfang Juni d. J. sandte eine Brauerei in Frankfurt am Main einen emaillierten Stahltank in Gewicht von 5 Tonnen an ein Werk in Dortmund zur Ausführung dringender Reparaturen. Nach vierzehntägigem Warten wurde nach dem Verbleib des Tanks geforscht, der sich schließlich auf einem Güterbahnhof im besetzten Gebiet wiederfand. Der dringenden Bitte des Absenders um Weiterleitung des betreffenden Waggons nach dem Bestimmungsort glaubte der Zollkontrolleur der Interalliierten Rheinlandkommission ohne nachträgliche „Einfuhr“-bewilligung nicht entsprechen zu können, außerdem gab er der Brauerei auf, zur Rückleitung des Tanks in das unbesetzte Reichsgebiet eine „Ausfuhr“bewilligung bei dem Ausfuhramt in Ems zu erbitten. Die Firma hat somit neben den Gebühren für die Anträge und den für die unfreiwillige zweimalige Überschreitung der Zollgrenze zu entrichtenden Abgaben an den Verband die Freude des Wiedersehns mit ihrem dringend benötigten Tank nach langer Trennung mit erheblichen Standgeldern zu bezahlen. Dieses Beispiel — eines von vielen — spricht nicht dafür, daß der Verband sich die „Förderung der deutschen Industrie“ nach Kräften angelegen sein ließe. Im Gegenteil!

Versand von Waren aus dem besetzten Gebiet.

Die Eisenbahndirektion Köln teilt folgendes mit: Die Eisenbahndienststellen sind nicht in der Lage, zu beurteilen, welche Waren zollfrei und zollpflichtig sind und für welche Güter Aus- und Einfuhrbewilligungen erforderlich sind, da ihnen hierfür die Unterlagen fehlen und außerdem das Personal die erforderlichen zolltechnischen Kenntnisse nicht besitzt. Es muß daher den Versendern nach wie vor überlassen bleiben, diese Feststellungen im Benehmen mit der Zollbehörde zu machen, auch soweit der Verkehr über die neue Rheinzollinie in Betracht kommt. Die Eisenbahndienststellen übernehmen alle Güter nach Stationen außerhalb des rheinischen Zollgebiets ohne Vorlage der Ausfuhrbewilligung zur Beförderung, wenn in den Güterbegleitpapieren zollamtlich bescheinigt ist, daß die Ausfuhr statthaft oder die Ware ausfuhrfrei ist. Güter, die auf Stationen zur Auflieferung kommen, an deren Ort sich eine Zollstelle befindet, müssen außerdem vor der Auflieferung zollamtlich vorabgefertigt werden, wobei die Ausfuhrfähigkeit der betreffenden Ware nachgeprüft wird.

Ermäßigte Gebühr für Früchte und Gemüse.

Gemäß den Bestimmungen des Artikels 4 Ziffer 2 der Verordnung 81 der Rheinlandkommission soll die statistische Gebühr auf Waren, die die besetzten Gebiete verlassen, bei verpackten Waren für die Packung erhoben werden. Der leitende Zollausschuß hat jedoch festgestellt, daß diese Gebühr für frische Früchte und frisches Gemüse (deutscher Tarif Nr. 47 und 33) zu hoch ist, weil diese Waren in großer Anzahl in kleinen Packungen versandt werden. Der leitende Zollausschuß hat daher entschieden, daß bei der Ausfuhr von frischen Früchten und frischem Gemüse aus den besetzten Gebieten die Gebühr von einer Papiermark bei Packungen, die mehr als 25 Kilogramm wiegen, für die einzelne Packung erhoben werden soll. Bei Packungen, die weniger als 25 Kilogramm wiegen, wird diese Gebühr für je 10 Packungen erhoben werden.

Waren im Durchgangsverkehr.

Es ist noch unklar gewesen, wie mit aus den besetzten Gebieten stammenden Waren zu verfahren ist, die von einer Stelle der besetzten Gebiete zu einer andern gesandt werden und einen Teil des unbesetzten Deutschlands im Durchgangsverkehr durchlaufen. Der leitende Zollausschuß bestimmte jetzt, daß in derartigen Fällen das Zollamt des Versandortes eine zeitweilige Ausfuhrbewilligung erteilt. Diese Bewilligung berechtigt zur zollfreien Wiedereinfuhr dieser Waren in die besetzten Gebiete nach Feststellung ihrer Identität. In Erweiterung des Artikels 7 Ziffer b der Verordnung 81 der Rheinlandkommission unterliegen diese Waren, wie im Artikel 4 der gleichen Verordnung bestimmt, beim Verlassen der besetzten Gebiete der statistischen Gebühr von einer Papiermark für die Packung, Tonne oder Stück Vieh. Ferner sind diese Waren von der Ein- und Ausfuhrbewilligung befreit.

Utd **London,** 23. Juni. **(Telegr.)** Hinsichtlich der nächsten Konferenz des Obersten Rates, die auf den 15. Juli angesetzt ist, glaubt man, daß England die endgültige Reglung der im März gegen Deutschland angewandten Sanktionen verlangen werde, und zwar so, daß die Zollgrenze auf dem rechten Rheinufer in dem Maße zurückverlegt werde, wie Deutschland seinen Verpflichtungen gemäß dem Londoner Abkommen vom Mai d. J. nachkomme. Alsdann würden Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf geräumt werden.

Die Zerstörung der Festungen.

⌗ **Koblenz,** 24. Juni. **(Telegr.)** Die Entfestigungskommission der Verbandsmächte, in der Frankreich, England, Belgien, Italien und Japan vertreten sind, ist hier eingetroffen. Sie beriet zunächst die Berichte der militärischen Befehlshaber über den Wert der Festungen längs der französisch-deutschen und der belgisch-deutschen Grenze. Eine Anzahl dieser Festungswerke ist zurzeit von den Besetzungstruppen besetzt, und die Kommission hat namentlich darüber zu entscheiden, welche von ihnen zerstört und welche beibehalten werden sollen, bis die Besetzungstruppen Deutschland verlassen.

Oberschlesien.

‡ **Berlin,** 24. Juni. **(Telegr.)** Unmittelbar nach der gestrigen Kabinettssitzung machte der Reichskanzler den Parteiführern Mitteilung von dem zwischen General Höfer und General Henniker geschlossenen Übereinkommen über den schon erwähnten Räumungsplan. Die Parteien haben sich darauf geeinigt, daß die Besprechung der Anfrage über Oberschlesien auf bestimmte Zeit vertagt wird. Auch die Einbringer der Anfrage, die Deutschnationalen, haben dem zugestimmt, weil sich auch der Zwölferausschuß dahin ausgesprochen hat, daß die Aussprache im gegenwärtigen Augenblick politisch unzweckmäßig wäre. — Die Vossische Zeitung bemerkt dazu, daß durch die Vertagung der Aussprache eine Gefahr, die dem Kabinett Wirth drohe, beseitigt sei. Nicht nur innerhalb der Opposition, sondern auch der Koalitionsparteien sei man in den letzten Tagen zu der Meinung gelangt, daß das Schicksal des Kabinetts Wirth von dem Oberschlesiens abhänge. Die Fortführung der Politik der aufrichtigen Erfüllung sei nur möglich, wenn die Regierung Wirth auf Erfolge dieser Politik hinweisen könne. Eine ungerechte, für Deutschland ungünstige Entscheidung über Oberschlesien würde das Kabinett Wirth und seine Politik aufs allerernsteste gefährden.

Utd **Paris,** 23. Juni. **(Telegr.)** Die letzten Nachrichten aus Oberschlesien haben im Auswärtigen Amt einige Beunruhigung hervorgerufen. Die französische Regierung, die bemüht ist, die Ansprüche Polens auf Oberschlesien durchzusetzen, gerät den eignen Verbündeten gegenüber durch die intransigente Haltung der Aufrührer in eine peinliche Verlegenheit. Außerdem gewinnt die Erkenntnis Raum, daß eine Benachteiligung Deutschlands bei der Aufteilung Oberschlesiens die Stellung des Kabinetts Wirth erschüttern und jeder Verständigung den Boden entziehen könnte. Zurzeit ist man im französischen Finanzministerium bemüht, den Schaden, den der Verlust Oberschlesiens für Deutschlands Finanzwirtschaft verursachen würde, ziffermäßig festzustellen. Man hat berechnet, daß der Verlust des Industriegebiets Deutschland um eine halbe Milliarde Goldmark weniger zahlungsfähig machen würde. Allein die Einnahmen aus der Kohlensteuer werden auf eineinhalb bis zwei Milliarden Papiermark geschätzt und die Steuersummen aus den übrigen industriellen Betrieben Oberschlesiens auf fünf bis sechs Milliarden Papiermark, so daß durch den Wegfall des oberschlesischen Industriegebiets die von Deutschland übernommenen Zahlungen beeinträchtigt werden könnten.

EE **Paris,** 23. Juni. **(Telegr.)** Eine Warschauer Meldung des Intransigeant besagt: Man erfährt aus Oppeln, daß die italienischen Truppen die Kreise Neustadt, Ratibor, Oppeln und Kreuzburg besetzen werden, die Franzosen Pleß, Rybnik, Kattowitz, Beuthen, Gleiwitz, Strehlitz, Lublinitz, die Engländer Tarnowitz, Hindenburg, Königshütte, Rosenberg. Die Besetzung werde gegen den 10. Juli durchgeführt sein. Um diese Zeit herum erwarte man in Warschau die Entscheidung des Obersten Rates.

TU **Bromberg,** 24. Juni. **(Telegr.)** Aus Furcht vor weitern Ausschreitungen haben zahlreiche wohlhabende deutsche Familien Bromberg fluchtartig in der Richtung auf Danzig verlassen.

Deutschland.

Vom Deutschen Städtetag.

DZB **Stuttgart,** 23. Juni. **(Telegr.)** Der Vorstand des hier tagenden Deutschen Städtetages legte heute folgende Entschließung vor:

Der Städtetag erkennt die dringende Notwendigkeit weitgehender Einschränkung aller Gemeindeverwaltungen an; er warnt seine Mitglieder eindringlich vor verhängnisvoller Anleihewirtschaft. Die Einnahmemöglichkeiten sind aufs stärkste auszunutzen. Reich und Land müssen aber die Einnahmequellen den Gemeinden belassen und zuweisen, deren sie zur Erfüllung unabweisbarer kultureller Aufgaben bedürfen.

Diese Entschließung führte eine heftige Aussprache herbei. Bürgermeister Freund, Nürnberg, verlas als Vertreter der Unabhängigen eine Erklärung, in der sich die Unabhängigen gegen die Entschließung wenden und ihre Zustimmung verweigern. Auch die Kommunisten gaben eine Erklärung gegen die Entschließung ab. Dabei kam es zu lebhaftem Widerspruch, der sich noch steigerte, als die Unabhängigen die bereits am Vormittag angenommene Entschließung über Oberschlesien durch eine Erklärung unwirksam machen wollten. — Oberbürgermeister Boeß, Berlin, bedauerte, daß in einer Frage wie der oberschlesischen überhaupt eine Erklärung vorgelegt werden konnte. Schließlich wurde die Entschließung des Vorstandes mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen.

Beseitigung der Tabakbewirtschaftung.

In Nr. 442 der Kölnischen Zeitung brachten wir ein Telegramm aus Berlin, in dem gesagt wurde, daß auch die Kontingentierung in der Tabakindustrie nunmehr fortfalle. Um Irrtümer zu vermeiden, teilen wir ergänzend dazu mit, daß die Kontingentierungsbestimmungen für die Zigarettenindustrie bestehen bleiben. Lediglich für die Zigarrenindustrie kommen die bisherigen Bestimmungen mit dem 1. Juli d. J. zusammen mit den Bestimmungen für die Tabakeinfuhr in Wegfall.

Aus der Bankbeamtenbewegung.

WTB **Berlin,** 24. Juni. **(Telegr.)** Vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten wir mitgeteilt: Der Schlichtungsausschuß im Arbeitsministerium fällte zu dem Konflikt im Bankgewerbe lediglich eine Teilentscheidung dahin, daß gegen den Willen des Bankangestelltenverbandes und des Deutschen Bankbeamtenvereins eine Zulassung dritter Organisationen zu den Verhandlungen nicht möglich sei. Infolgedessen wurden der Reichsverband der Bankangestellten und der Gewerkschaftsbund der Angestellten von den Verhandlungen ausgeschlossen. Sofern es also zu einer Erneuerung des Reichstarifs kommt, werden lediglich wieder die bisherigen Tarifparteien, Allgemeiner Verband der deutschen Bankangestellten und Deutscher Bankbeamtenverein auf seiten der Angestellten und Reichsverband der Bankleitungen auf Arbeitgeberseite, die Träger des Reichstarifs vertreten sein.

DZB **Berlin,** 23. Juni. **(Telegr.)** Gegen die Verurteilung des Kommunistenführers Hölz veranstalteten heute nachmittag die V. K. P. D. und die K. A. P. D. auf dem Schloßplatze eine etwa halbstündige Versammlung, die auffallend schwach besucht war. Lediglich die Fahrstraße zwischen dem Schloß und dem Neptunbrunnen war von Anhängern der beiden Parteien besetzt. Unter den wenigen, meist unbekannten Rednern bemerkte man auch einen halbwüchsigen Burschen. Auch an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche sammelten sich trotz des Verbots des Polizeipräsidenten einige hundert Kommunisten und Neugierige an, die von der Schutzpolizei bald zerstreut wurden.

X **Dresden,** 21. Juni. Im Geschäftsausschuß des sächsischen Landtags beschloß die sozialistische Mehrheit bei der weitern Beratung der Grundsteuervorlage, die Grundstücke von Arbeiter- und Beamtengenossenschaften von der Steuer auszunehmen, wenn die Genossenschaften nicht auf Gewinnerzielung eingestellt seien. Es handelt sich darum, besondere Vorteile für die Konsumgenossenschaften herauszuschlagen. Infolgedessen verließen die Abgeordneten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Sitzung und erklärten, daß sie sich an den weitern Beratungen nicht mehr beteiligen würden.

X **Dresden,** 21. Juni. Die sozialistische Mehrheit des sächsischen Landtags hatte durch Annahme eines Antrags die Regierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfs über Verstaatlichung des Hebammenwesens vor einiger Zeit verpflichtet. Nunmehr hat die sächsische Regierung dem Landtag einen Gesetzentwurf über Neureglung des Hebammenwesens zugehen lassen, der eine Merkwürdigkeit darstellt. Darin wird nämlich verlangt, daß den Hebammen ein Existenzminimum von jährlich 7000 Mark und gewisse Ruhestandssicherheiten gewährleistet werden. Die Regierungsvorlage deckt sich bezeichnenderweise mit den Forderungen der bürgerlichen Minderheit. Die Regierung begründet ihren Schritt mit der schlechten Finanzlage des Landes und die Ablehnung der Sozialisierung mit dem Hinweis, daß das Reichssache sei. Um aber den sozialistischen Regierungsparteien Öl in die Wunden zu gießen, wird in dem Gesetzentwurf noch mitgeteilt, daß sich die sächsische Regierung an die Reichsregierung mit der Bitte gewandt habe, die Sozialisierung des Hebammenwesens von Reichs wegen herbeizuführen. Für die Regierungsfähigkeit der Regierungsparteien ist dieser Vorgang zweifellos kein gutes Zeugnis.

Deutschösterreich.

✡ **Wien,** 23. Juni. **(Telegr. unsers eignen Berichterstatters.)** Der frühere Bundeskanzler Mayr verabschiedete sich von dem Personal des Bundesministeriums für Äußeres in einer selbstbewußten Rede. Darin sagte er, er sei der Überzeugung, daß es die Hauptaufgabe jedes verantwortlichen österreichischen Staatsmannes sein müsse, die Westmächte zur Erfüllung jener Zusagen zu veranlassen, die sie bei Überreichung des St. Germainer Friedensinstruments gemacht hätten. Es sei die schönste Erinnerung seines Lebens, daß nach der Herstellung allseits guter Beziehungen zu den Mächten und nach Aufnahme Österreichs in den Völkerbund in London erreicht worden sei, die Großmächte für das Hilfswerk zugunsten Österreichs zu gewinnen. Das Mißtrauen und die Ungeduld über die Verzögerung des Hilfswerks hätten durch ihre laute Bezeigung im Ausland schweres Mißfallen erregt und im Inland einen heftigen Zusammenprall der Leidenschaften herbeigeführt. Er habe sein möglichstes getan, um die Auslandmächte zu beruhigen; er habe bei seinen Bemühungen keineswegs die Selbständigkeit Österreichs preisgegeben.

Tschechei.

Ausstand der tschechischen Bankbeamten.

⌒ **Prag,** 23. Juni. **(Telegr. unsers eignen Berichterstatters.)** Heute morgen traten die tschechischen Bankbeamten von Prag, Brünn und Preßburg in den Ausstand, um dieselbe Machtstellung im Betrieb zu erlangen wie die Angestellten der deutschen Banken. Der unmittelbare Anlaß zum Kampf um die Dienspragmatik, wie hier das Schlagwort heißt, war die Ablehnung der von den Beamten geforderten Personalkommission der Banken, die in allen Beamtenfragen einen entscheidenden Einfluß haben sollte. Die tschechischen Banken wollten ihr nur eine beratende Stimme zugestehen. Ein andrer Streitpunkt ist die Lösung des Dienstverhältnisses der Beamten. Die deutschen Bankbeamten sagten den tschechischen Berufskollegen volle Unterstützung zu, doch sind, im Gegensatz zu den tschechischen, die deutschen Banken geöffnet; nur führen sie eine strenge Kontosperre gegen alle tschechischen Banken durch, damit nicht die Industrie sich über die deutschen Banken versorgen könne. Infolge des Ausstandes blieb heute die Börse geschlossen, und das Bankamt erklärte die Kurse für Valuten und Devisen vom Tage vorher als maßgebend. Die Regierung bemüht sich zu vermitteln.

Die von der Regierungspresse gemeldete Einigkeit der tschechischen Parteien zur Flottmachung des Parlaments und zur Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten scheint neuerdings einen starken Stoß erhalten zu haben, so daß nach wie vor die parlamentarische Arbeit in Frage gestellt ist. Als Hauptgegner stehen einander gegenüber die tschechischen Nationaldemokraten um Raschin und die tschechischen Sozialdemokraten. Diese wollen sozialpolitische Vorteile für ihre Anhänger erringen, während Raschin die Gemeinden von der sozialdemokratischen Herrschaft befreien will. — In Marienbad setzt Benesch die Verhandlungen mit den Madjaren fort, die seinerzeit durch Karls Osterfahrt unterbrochen wurden.

Italien.

Italien übernimmt die österreichisch-ungarischen Handelsschiffe.

TU **Rom,** 23. Juni. **(Telegr.)** Auf Grund eines Einvernehmens mit Frankreich gehen die von der Wiederherstellungskommission Frankreich zugesprochenen oder noch zuzusprechenden frühern österreichisch-ungarischen Handelsschiffe in den Besitz Italiens über. Ein ähnliches Abkommen wurde im verflossenen Jahr mit England abgeschlossen. Mit Ausnahme weniger an Südslawien gekommener Schiffe übernimmt Italien also die gesamten während des Krieges beschlagnahmten frühern österreichisch-ungarischen Handelsschiffe.

Großbritannien.

⌂ **London,** 24. Juni. **(Telegr. unsers eignen Berichterstatters.)** Der Erste Minister gewann gestern einen leichten Sieg über die Opposition, die das Gehalt des Ministers ohne Amt, Addison, ablehnen wollte, um gegen die Verschwendung in den Staatsausgaben Verwahrung einzulegen. Lloyd George wußte jedoch der Volksstimmung entgegenzukommen durch die Ankündigung, daß der Posten Addisons mit Schluß der Tagung fortfallen werde, worauf das Haus mit großer Mehrheit die Verhandlungen schloß und den Posten ohne Abstimmung bewilligte. Der Sieg Lloyd Georges erscheint jedoch als ein Pyrrhussieg, da er weder die Unionisten noch die Liberalen befriedigte, so daß heute, mit Ausnahme des dem Ersten Minister ergebenen Daily Chronicle, die ganze Presse mit Angriffen auf den Ersten Minister gefüllt ist.

WTB **London,** 23. Juni. **(Telegr

Auf Reisen bitten wir überall

die **Kölnische Zeitung**

zu verlangen. Insbesondere bei längerm Aufenthalt an einem Ort wollen Sie in den Hotels, Fremdenpensionen, Cafés und Restaurants das Auflegen „Ihrer Zeitung" beanspruchen.

Frankreich.

DZB **Haag**, 23. Juni. (Telegr.) Het Volk bemerkt zu den Enthüllungen des Manchester Guardian über den französisch-polnischen Geheimvertrag, besser als vorher wisse man nun, daß der französische Imperialismus mindestens ebenso aggressiv und herrschsüchtig sei wie der deutsche von vor dem Kriege, und sich nicht scheue, den Vertrag von Versailles zu verletzen, der die Entscheidung über Oberschlesien der Abstimmung überlassen habe. Es zeige sich, daß der französische Imperialismus das durch seine Regierung schon jetzt ruinierte Polen mit den erdrückenden Lasten für ein riesiges Heer belade und die eigne hoffnungslos getroffene Volkskraft in den Dienst der ruchlosen polnischen Regierung stelle. Und das alles, um des direkten finanziellen Vorteils der Ausbeutung der Naturschätze Polens willen und wegen des politischen Nutzens eines Bündnisses gegen Deutschland.

Türkei.

Der dritte griechische Kreuzzug.

Von unserm langjährigen E-Berichterstatter im Orient.

Wie ein unabwendbares Verhängnis ist der neue Kampf zwischen Griechen und Türken heraufgezogen. Ungern sehen beide Teile das drohende Unheil, und ungern treten beide Gegner in den Kampf. Die Griechen haben in ihren ersten beiden Kreuzzügen gegen die Anatolier recht üble Erfahrungen gemacht, und nichts deutet darauf hin, daß sie diesmal einen Erfolg haben werden, der über kleine Anfangserfolge hinausgeht. Die Türken haben keine Eroberungspläne; sie werden kämpfen wie ehrliche Mohammedaner, doch ohne Kampfbegier. England kann nicht ohne Besorgnis den Beginn eines Blutvergießens sehen, das sich leicht zu einem Kampfe zwischen Kreuz und Halbmond entwickeln kann. Frankreich hat kein Interesse an weiterer Bedrängung der Türkei, vorausgesetzt, daß seine wirtschaftliche Durchdringung Anatoliens gesichert wird. Italien hat von dem Zusammenstoß nichts für sich zu erwarten. Trotzdem also eigentlich niemand Vorteile von dem neuen Kriege zu erwarten hat, treibt das Verhängnis zum Kampfe, weil die Mächte des Verbandes, die sich das Recht anmaßen, der Erdenwelt gültige Gesetze vorzuschreiben, versagt haben, ihre Macht im Interesse des Friedens zu gebrauchen und den Zusammenstoß zu verhindern. — Die verkündete englische Neutralität verträgt sich nicht mit der Entsendung eines englischen Generals als Berater des griechischen Hauptquartiers; Frankreichs Haltung verrät den Wunsch, vorläufig wenigstens, die Griechen gegen die Türken zu benachteiligen. Wir haben also einen Kampf in Aussicht von englischen Schützlingen gegen französische Schützlinge. Daß dieser Schutz in kurzer Zeit versagen wird, ändert nichts an der Tatsache. — Die Leiter der Dinge in Angora haben umsichtige Vorbereitungen getroffen. Sie nehmen ihre Bundesgenossen, wo sie sie finden. Und sie haben sie bei Räterußland und in den Ländern des Islams gefunden.

⊛ **Paris**, 24. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Wie das griechische Regierungsblatt Nea Hemera mitteilt, wird die Antwort der griechischen Regierung auf die gemeinsame Note der Verbündeten zwar nicht den Vermittlungsvorschlag glatt ablehnen, aber doch gewisse Bedingungen stellen. Die Regierung werde erklären, daß sie nicht geneigt sei, sich von der Grundlage des Friedensvertrags von Sèvres zu entfernen. Nach andern Meldungen werde die Regierung ausdrücklich erklären, daß Smyrna nicht aufgegeben werden könne.

DZB **London**, 23. Juni. (Telegr.) Im Unterhause erklärte Chamberlain bezüglich des mit Zustimmung Italiens an Griechenland abgesandten Telegramms, wenn die griechische Regierung nicht bereit sei, den erteilten Ratschlägen Gehör zu geben, so müßten die verbündeten Mächte ihr die Verantwortung für die Fortsetzung der Feindseligkeiten überlassen. Wenn die griechische Regierung aber sich in ihrem eignen Interesse entschließe, ein Eingreifen der Großmächte anzunehmen, so würden die letztern bereit sein, ihre Bedingungen mitzuteilen und, falls diese angenommen würden, die türkische Regierung zu einer sofortigen Waffenruhe und zum Beginn von Friedensverhandlungen einladen. Chamberlain sagte, die drei verbündeten Mächte hätten sich über die Richtlinien der Friedensbedingungen geeinigt. Er halte es aber nicht für angebracht, diese Bedingungen im einzelnen darzulegen, da bisher noch keine Antwort Griechenlands eingegangen sei.

EE **London**, 24. Juni. (Telegr.) Nach dem Daily Telegraph ist die griechische Offensive auf einen Schritt der englischen Regierung am 15. Juni bei der Athener Regierung vertagt worden. Die griechische Regierung sei ersucht worden, den Befehl zum Beginn der Offensive bis zum Bekanntwerden der bei den Besprechungen Lord Curzons mit Briand gefaßten Beschlüsse aufzuschieben. Nach Informationen aus Smyrna ist König Konstantin leidend. Er soll seine Reise nach Brussa aufgegeben haben, und beabsichtigen, wieder nach Athen zurückzukehren, sobald er hierzu imstande ist.

⊛ **Paris**, 24. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Bekir Sami Bei hat einem Korrespondenten der Chicago Tribuna in Rom erklärt, wenn die Verbündeten Thrazien und Smyrna nicht den Türken zusprächen, werde die Türkei bis zum Äußersten für Heimat und Herd kämpfen. Ostthrazien fordert Bekir Sami Bei zum Schutz von Konstantinopel, das außer Kanonenschußweite gerückt werden müsse. Smyrna und Ostthrazien der Türkei zu entreißen, wäre nach ihm dasselbe, als wenn Amerika Kalifornien an Japan abtreten sollte. Die Türkei müsse auch Adrianopel haben, wo viele Geschlechter seiner Sultane begraben lägen, und das aus religiösen Gründen den Mohammedanern wichtig sei. Die Art der „Zivilisation", die Griechenland der Türkei gebracht habe, sei dieser unerwünscht. Die frühern Christenmorde seien stets von Griechen und Armeniern herausgefordert worden, die nichtsdestoweniger den türkischen Handel in der Hand gehabt hätten. Bekir Sami Bei erklärte, daß die Türkei keinen Streit wünsche, sondern mit aller Welt in Freundschaft leben wolle. Der Regierung von Konstantinopel seien durch die Verbündeten die Hände gebunden; die einzige türkische Regierung sei gegenwärtig die von Angora.

⊛ **Paris**, 24. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Wie der Konstantinopler Korrespondent der Morning Post mitteilt, soll der kemalistische Minister für auswärtige Angelegenheiten der griechischen Regierung indirekt Friedensvorschläge gemacht haben. Er habe nämlich im Parlament von Angora erklärt, wenn Griechenland sich geneigt zeige, eine friedliche Lösung des Konflikts zu prüfen, dann werde die Regierung von Angora dies ihrerseits als eine neue Lage ansehen. Aber kein Vorschlag könne angenommen werden, der nicht Smyrna der Türkei zurückerstatte.

Amerika.

DZB **New York**, 23. Juni. (Telegr.) Die Schriftstücke, die vor achtzehn Monaten in russischen Arbeiterkreisen beschlagnahmt wurden und sich auf einen Plan zur Ergreifung von amerikanischen Schiffen auf hoher See bezogen, befinden sich noch in den Händen der Polizei. Aus diesen Papieren geht hervor, daß die Räte unter die Bemannungen der Schiffe eine Anzahl von Leuten verteilten, die stark genug waren, um den Rest der Bemannung auf hoher See zu überwältigen und die Schiffe dann nach russischen Häfen zu steuern. Zurzeit der Beschlagnahme dieser Papiere wurden mehrere Leute verhaftet und die Schuldigen aus dem Lande verwiesen.

Nach einer Meldung der Daily Mail aus New York wird die Zahl der seit Januar spurlos verschwundenen Schiffe auf zwanzig geschätzt. Neben Küstenschunern befinden sich darunter auch Hochseedampfer und Segler verschiedener Länder.

Das Staatsdepartement in Washington stellt die Meldung, daß es über den Fortschritt in den Verhandlungen zur Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisvertrages unterrichtet worden sei, in Abrede.

Kurze politische Nachrichten.

In der Urabstimmung des schweizerischen Sozialdemokratischen Bundes über die Frage, ob die jetzige Gewerkschaft beibehalten werden soll, stimmten 3562 Mitglieder mit Ja, und 768 mit Nein. Der Anschluß des Verbandes an die Gewerkschaftsinternationale von Moskau wurde mit 5716 gegen 3542 Stimmen abgelehnt.

In den nächsten Tagen werden in Kopenhagen dänische und deutsche Sozialdemokraten zusammenkommen, um über die Reglung mehrerer nordschleswigscher Fragen zu verhandeln. (Aufenthaltserlaubnis zu beiden Seiten der Grenze, Unterstützung von Arbeitern, Lohnverhältnisse usw.) An der Spitze der deutschen Abordnung wird der Reichstagsabgeordnete Weis stehen.

Grubenunglücke und ihre Ursachen.

5 **Düsseldorf**, 23. Juni.

Eine gründliche Untersuchung der Ursachen des Massenunglücks auf der Zeche Mont Cenis ist im Gange. Unmittelbar nach dem Unglück hat sich kein Anhaltspunkt für eine zweifelsfreie Feststellung der Ursache geboten. Man darf mit einem Urteil dem Ergebnis der Untersuchung nicht vorgreifen, und man soll auch jede Ausbeutung dieses Unglücks zu politischen oder gewerkschaftlichen Zwecken vermeiden. Die schweren Anschuldigungen, die leider jetzt schon ohne jede Grundlage in einem Teil der Presse, besonders der Arbeiterpresse, gegen Behörden und Arbeitgeber erhoben werden, sind auch früher bei ähnlichen Massenunglücken im Ruhrkohlenbergbau sofort, vor Abschluß der Untersuchung, laut geworden. Es ist vielleicht nicht unzweckmäßig, an das Ergebnis der Untersuchung bei den größten Grubenunglücken im Ruhrkohlenbergbau in den beiden letzten Jahrzehnten zu erinnern.

Zweieinhalb Jahre dauerte die fachmännische und gerichtliche Untersuchung der Ursachen des Unglücks auf der Zeche Radbod bei Hamm. Dort waren in der Nacht zum 12. November 1908 durch eine Schlagwetterexplosion so große Zerstörungen und Brände in der ersten, zweiten und dritten Sohle entstanden, daß nach Bergung von 41 Toten, 33 Verletzten und nur 6 Unverletzten die Grube am 14. November geschlossen und unter Wasser gesetzt wurde. Noch 300 Leichen waren bei der Schließung in der Grube. Nach dem Urteil der Sachverständigen hatten diese 300 Bergleute schon längst den Tod durch Ersticken oder Verbrennen gefunden. 341 Tote und 33 Verletzte waren die Opfer des Unglücks auf Radbod. Zwei Jahre waren nötig, um die Grube ganz auszupumpen und die Leichen zu bergen. Während der Aufbewältigungsarbeiten wurden alle Strecken genau untersucht, um zu einer Erklärung der Entstehung des Unglücks zu kommen. Gegen 44 Angestellte der Zeche Radbod, Betriebsführer, Steiger, Schießmeister und Rieselmeister, war die Untersuchung wegen fahrlässiger Tötung eröffnet worden. Ende Mai 1911 konnte endlich die gerichtliche Untersuchung geschlossen werden. Das Landgericht Münster setzte alle Angeschuldigten außer Verfolgung. Sowohl die Staatsanwaltschaft wie die Strafkammer war zu der Überzeugung gekommen, daß weder die Leitung der Zeche noch die Angestellten ein Verschulden treffe. In der Begründung der Entscheidung wurde ausgeführt, daß die Beweisaufnahme zu einer völligen Aufklärung des Sachverhalts nicht geführt habe. Erwiesen sei eine reine Schlagwetterexplosion. Wodurch die Wetter sich entzündet hätten, sei unaufgeklärt geblieben. Die eingehende Untersuchung habe ergeben, daß die Wetterführung gut gewesen sei und die meisten Wettereinrichtungen in andern Gruben des Ruhrreviers sogar übertroffen habe. Auch die Berieselung sei in Ordnung gewesen. Aus allen Gründen sei ein Verschulden von irgendjemand an dem Tode der Verunglückten nicht als erwiesen zu erachten. Der preußische Handelsminister, der spätere Reichsstaatssekretär des Innern Delbrück, war unmittelbar nach dem Unglück zur Prüfung der Sachlage auf der Zeche Radbod erschienen. „Mehr Arbeiterschutz!" wurde ihm aus den Arbeitermassen und aus der Presse der Arbeiter zugerufen. Die Regierung erklärte den „Kampf um die Seele des Arbeiters" beginnen zu wollen, und nahm sofort die „Klinke der Gesetzgebung" in die Hand. Ein Gesetz brachte den Sicherheitsmann in den Bergbau. Das Gesetz war verfehlt; denn es kam mit dem Sicherheitsmann in den Bergbau nicht ein soziales Instrument, sondern ein politisches zur Agitation in der Belegschaft. Selbst sozialdemokratische Bergarbeiterführer gestehen heute, daß die Einführung des Sicherheitsmannes eine ganz verfehlte Einrichtung sei. Die Regierung hatte mit dem Sicherheitsmann die „Seele des Arbeiters" noch lange nicht erobert. Diese Gesetzgebung wurde durchgeführt, noch ehe die gerichtliche Untersuchung über die Ursachen des Unglücks auf der Zeche Radbod zum Abschluß gekommen war.

Beispiellos hoch war die Zahl von sehr großen Grubenunglücken im Ruhrkohlengebiet im Jahre 1912. Im Juli 1912 wurden auf der Zeche Osterfeld bei Oberhausen durch eine Schlagwetterexplosion 16 Bergleute getötet und vier schwer verletzt. Dieses Unglück war die Folge von Nachlässigkeit in der Befolgung der bergpolizeilichen Vorschriften. Beim Sprengen von Gesteinsschichten stieß man plötzlich auf Kohle. Nach den Vorschriften durfte jetzt unter keinen Umständen mehr das explosionsgefährliche Dynamit weiter verwandt, sondern nur mit Sicherheitssprengstoff weitergearbeitet werden. Dies wurde unterlassen. Durch das Dynamit wurde plötzlich eingeschlossenes Grubengas gelöst. Durch die Vermengung der im Wetterstrom herbeigeführten atmosphärischen Luft mit dem Grubengas entstanden Schlagwetter, und die Flammenerscheinungen bei den noch folgenden Schüssen mit Dynamit führten zur Explosion. Die vor Ort Beschäftigten hatten sehr fahrlässig gehandelt. Ein Verschulden der Zechenverwaltung lag nicht vor; Wetterführung und Berieselung waren in Ordnung.

Auch bei dem großen Unglück auf der Zeche Lothringen bei Bochum am 8. August 1912 war grobe Fahrlässigkeit in der Befolgung von Vorschriften und Weisungen die Ursache. Dieses Unglück führte zum Abbruch der Kruppschen Jubiläumsfestlichkeiten, und der Kaiser selbst erschien auf dem Zechenplatz. Auch hier waren Schlagwetter beim Sprengen von Gestein durch Dynamit entzündet worden. Es hatten sich Schlagwetter gezeigt. Der Betriebsführer untersagte die Fortsetzung der Schießarbeit, bis die Schlagwetter durch die Luft der Wetterführung beseitigt seien. Der Steiger und die Leute vor Ort setzten aber die Schießarbeit fort, ehe die Weisung des Betriebsführers beseigt war. Die Opfer des Unglücks waren 114 Tote. Wetterführung und Berieselung waren vollständig in Ordnung. Die Ursache war also lediglich ein grober Verstoß gegen bestimmte Weisungen und Vorschriften. Das Oberbergamt in Dortmund erließ eine neue Verfügung, um die Vorkehrungen gegen solche Verstöße möglichst zu verschärfen. So wurden z. B. den Arbeitern noch mehr als bisher die Schießarbeiten abgenommen. Beim Schießen mit brisanten Sprengstoffen darf das Laden und das Abtun der Schüsse nur von Beamten besorgt werden.

Noch eine großes Grubenunglück war im Jahre 1912 zu verzeichnen. Am 18. Dezember 1912 kamen auf der Zeche Minister Achenbach bei Dortmund 42 Bergleute ums Leben. Bei der Ausgabe von Sprengstoff waren Dynamit und Sicherheitssprengstoff verwechselt worden. Vor Ort bei Kohle wurde Dynamit verwandt. Ursachen und Folgen waren fast dieselben wie beim Unglück auf der Zeche Osterfeld. Die Möglichkeit der Verwechslung von Sprengstoff bei der Ausgabe ist durch eine neue bergpolizeiliche Verordnung ausgeräumt worden. Nach wenigen Wochen wurde die Zeche Minister Achenbach von neuem heimgesucht. Am 30. Januar 1913 fanden durch eine Schlagwetterexplosion 24 Bergleute den Tod. Die Ursache dieses Unglücks konnte nicht aufgeklärt werden. Man stand vor einem Rätsel. Auch der Sicherheitsmann hatte unmittelbar vor dem Unglück keine Schlagwetter gefunden. Alle Einrichtungen waren vollständig in Ordnung.

Seit jenen Massenunglücken waren die Kriegsjahre, und jetzt sind die Zeiten der Erfüllung des Spaabkommens zu überwinden. Die Sicherheit in den Bergwerken hat durch diese vielen Jahre des „Festedrufffloppens" — Raubbau nennen es manche Fachleute — mit dem Ziele möglichst großer und möglichst schneller Förderung nicht viel zunehmen können. Am 12. April des laufenden Jahres sind auf der Zeche Konstantin der Große bei Bochum durch eine Schlagwetterexplosion 14 Bergleute getötet und sieben schwer verletzt worden. Eine ausgiebige Aussprache im preußischen Landtag am 14. Juni hat eine Klärung über die Ursache dieses Unglücks nicht gebracht. Der Fall ist dem Ausschuß für Handel und Gewerbe zur gründlichen Prüfung überwiesen worden. Zu diesem Fall ist jetzt das Unglück auf der Zeche Mont Cenis mit mehr als 80 Toten gekommen. Auch hier ist die Untersuchung im Gange, und für besondere Untersuchungsausschüsse liegen Anträge und auch Beschlüsse aus den Parlamenten vor. Zur Beruhigung unsers innerpolitischen Lebens würde es viel beitragen, wenn recht bald diese Ausschüsse mit einem klaren Ergebnis über die Feststellung der Ursache die breite Öffentlichkeit unterrichten könnten.

Westdeutschland

Düsseldorf, 22. Juni. Bei der Düsseldorf-Ratinger Röhrenkesselfabrik vorm. Dürr u. Co., Ratingen, ist, wie man uns mitteilt, dank der vom Reichskommissar eingeleiteten Schritte die Einstellung des Betriebs und die Entlassung von Arbeitern vermieden worden.

Frankfurt a. M., 22. Juni. Die hiesigen Blätter verzeichnen zwei bezeichnende Tatsachen von Bedeutung: Am Frankfurter Wuchergericht müssen in dieser Woche die Sitzungen mangels Verhandlungsstoffs ausfallen, und das Landespolizeiamt Frankfurt, das unter Leitung eines Staatsanwalts unmittelbar dem Ministerium untersteht und Schiebungen größern Umfanges zu verfolgen hat, soll am 1. Juli aufgelöst oder wenigstens von Frankfurt wegverlegt werden. Man bringt dies mit der Schieberdämmerung zusammen, die angesichts des großen Warenangebots und der flauen Preise eingetreten sei. Hoffentlich erfüllen sich diese Mutmaßungen!

Vermischtes

Dresden, 23. Juni. (Telegr.) Ein außerordentlich frecher Raubüberfall auf einen Kraftwagen, der mehrere Millionen Mark nach einer hiesigen Bank bringen sollte, wurde heute verhindert. Ein hiesiges Großunternehmen pflegt seine sehr erheblichen Tageseinnahmen durch Kraftwagen der Bank zuzuführen. Der Führer dieses Wagens hatte sich mit mehrern Verbrechern besprochen, diesen Wagen zu berauben. Zu dem Zweck sollten sie mit einem andern Automobil dem von ihnen gesteuerten Wagen entgegenkommen und einen Zusammenstoß inszenieren, wobei sie dann das Geld an sich reißen und im Kraftwagen verschwinden sollten. Der Plan wurde jedoch verraten, und an Stelle der Bankbeamten saßen Kriminalbeamte auf dem Geldwagen, der außerdem von einer Reihe von radfahrenden Polizeibeamten begleitet wurde. Als nun der fingierte Zusammenstoß erfolgte und die Räuber die Geldsäcke, worin sich aber Papierschnitzel befanden, ergriffen hatten, wurden sie sämtlich von der Polizei dingfest gemacht.

⊛ **Paris**, 24. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) In London wurde ein neuer Apparat für Funkentelegraphie vorgeführt, der ermöglichen soll, Funksprüche nach dem Morsesystem auf Streifen des Aufnahmeapparates sofort zu übertragen.

DZB **Paris**, 23. Juni. (Telegr.) Aus Tampico in Mexiko wird berichtet, daß während des Mais 37 Todesfälle infolge Beulenpest gemeldet wurden. In den ersten Wochen des Junis war ein Toter auf den Tag zu verzeichnen.

DZB **Paris**, 23. Juni. (Telegr.) Auf Kiujiu in Japan wurden 25 Dörfer durch starke Regenfälle und Anschwellen der Flüsse überschwemmt. Über 200 Personen sollen umgekommen sein.

Theater und Musik

Tristan und Isolde.

Köln. Den Verantwortlichen im Opernhause gebührt Dank für die zwar späte und leider einzige, aber ihrem Gesamtverlauf nach eindrucksvolle Aufführung des Tristan, der nichts von den Mängeln anhaftete, die der Opernbesucher heute vielfach mit in den Kauf nehmen muß. Das Haus war gut besetzt, während der Tristan in Vorkriegszeiten bekanntlich in Köln vom „großen Publikum" wenig geschätzt wurde. Die Inszenierung, für die diesmal Generalintendant Rémond zeichnete, hat nur für die unglückliche Kampfszene noch nicht die beste Lösung gefunden, versäumt sonst aber im Darstellungsstil und der stimmungsvollen Herrichtung der Schauplätze kaum etwas Wesentliches. Daß das modern stilisierte, von Wildermann entworfene Bühnenbild des Schiffsaktes sich schlecht den ganz aus romantischer Auffassung entstandenen ältern Dekorationen anpaßt, haben wir schon wiederholt hervorgehoben. Klemperer erfaßt die Tristanpartitur mit der Leidenschaft des gereiften Mannes. Dramatische Kraft, wie Poesie und Klangduft entlockt er dem herrlich spielenden Orchester, und die melodischen Linien formt er mit der vollendeten Freiheit des völlig beherrschten und durchfühlten Vortrags. Menzinsky bot wieder einen überzeugenden Tristan, indem er dem Geist und Sinn der Dichtung in Haltung und Tonprägung eifrig und verständnisvoll nachging und am Krankenlager ohne übertriebene Andeutung eines pathologischen Zustandes die Todessehnsucht mit feiner Empfindung zum Ausdruck brachte. Frau Werhard-Poensgen im ersten Akt dramatisch kräftig wirkende Isolde hat die Gebärde bereits stärker als früher verinnerlicht und wächst um so mehr, als das Drama sich in der Entwicklung nach innen wendet. Daß sie sich auf schönen Kantilenengesang versteht, ist ihr in dieser Partie besonders vorteilhaft. Den Marke sang der aus dem hiesigen Konservatorium hervorgegangene, in Mannheim wirkende Wilhelm Fenten, der einen vollen, auch in den äußersten Lagen kräftigen, nur zu Anfang etwas gaumig klingenden Baß hören ließ und hoheitsvoll und mit gut durchgeistigtem Vortrag sang. Frau Grimm-Mittelmann als Brangäne entfaltete schönsten stimmlichen Reiz im Wachgesang des zweiten Aktes. Liszewsky treuherziger, empfindungsvoller Kurwenal war früher darstellerisch frischer und hat sich fast zu sehr „abgeklärt". Recht behutsam sang und spielte Salomon den Hirten. Die Herren Robert (Melot), Schröder und Lindlar waren in den kleinern Partien beschäftigt.

W. Jacobs.

Mittelalterliche Volksspiele.

Köln. Gottfried Haaß-Berkow, der sich die Wiederholung alter deutscher Volksspiele zum künstlerischen Ziel gesetzt hat, ist mit seiner Spielerschar jetzt auch nach Köln gekommen und hat gestern im großen Saal der Lesegesellschaft das aus dem 14. Jahrhundert stammende „Spiel vom Sündenfall" und einen aus etwas jüngern Drucken zusammengestellten „Totentanz" aufgeführt. Es waren weihevolle Stunden für die Zuhörer. Man wurde von Anbeginn seelisch ergriffen durch die andächtige Innigkeit, womit die Spieler — es sind Dilettanten, die zum Teil aus der Wandervogelbewegung kommen — das naive Wort der alten Verse pathetisch steigern zu einem inbrünstigen Bekenntnis eigner innerer Erbauung, und durch den bei aller Schlichtheit edeln und klangschönen Vortrag der herrlichen alten Sangweisen; malerisch-stilisiertes Gebärdenspiel und seltsam eindrucksvolle reigenartige Bewegungen verdeutlichen das gesprochene und gesungene Wort. Die fromme Hingebung aller Spieler an ihre von der üblichen Bühnenkunst weitabliegenden Aufgabe überträgt sich auf die Masse der Lauschenden, und es erfüllt einen am Schluß das starke Gefühl einer seelischen Erhebung und beglückenden innern Bereicherung, das noch lange nachklingen wird. Haaß-Berkow spielt auch heute und morgen noch in Köln.

G. A. Brüggemann.

Städtisches

(Siehe auch Stadt-Anzeiger.)

* **Köln**, 24. Juni.

Die Arbeitszeit der städtischen Beamten und Angestellten.

Zu der Meldung in der heutigen Zweiten Morgenausgabe sei noch nachgetragen, welche Stellung der Oberbürgermeister zur Frage der Arbeitszeit einnimmt und worin die Gegnerschaft besteht. Gestützt auf einen Erlaß des preußischen Ministers des Innern über die Arbeitszeit der Staatsbeamten, verlangt der Oberbürgermeister, daß die Arbeitszeit acht Stunden betrage, der Beamte also acht Stunden auf der Amtsstube anwesend sein soll. Von 1 bis 1½ Uhr soll eine Frühstückspause stattfinden, so daß eine tatsächliche Arbeitszeit von 7½ Stunden verbliebe. Die Beamten wollen die Pause auf die Zeit von 3½ bis 4 Uhr legen, so daß zwar auch eine tatsächliche Arbeitszeit von 7½ Stunden herauskäme, daß diese aber um 3½ Uhr endigte und die Beamten zu diesem Zeitpunkte schon die Amtsstuben verlassen könnten. Der Oberbürgermeister steht auf dem Standpunkt, daß durch die Verlegung ans Ende der tatsächlichen Arbeitszeit der Pause der Charakter als solcher verloren geht und eine Verkürzung der Arbeitszeit eintritt.

Beamtenvertretertag der Deutschen Volkspartei.

Zu einem Beamtenvertretertag der Deutschen Volkspartei traten gestern in der Lese, Köln, die Beamtenvertreter des Wahlkreises Köln-Aachen in großer Zahl zusammen. Nach einer Reihe von Vorträgen über wichtige Beamtenfragen wurden die Richtlinien für den Ausbau der Organisation gutgeheißen und die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Beamtenausschüsse der Partei in der Rheinprovinz beschlossen. Ferner wurde ein Vorstand der Beamtenausschüsse für den Wahlkreis aus den Ortsgruppen Köln, Aachen, Düren und Bonn bestellt. Zuletzt behandelte die Versammlung die eingegangenen Anträge und nahm nach Stellung zu den einzelnen Anträgen, mit Ausnahme des Beamtenrätegesetzes, das noch eine weitere Vertretung finden soll, folgende Entschließung an: A) Zum Ortsklassengesetz: 1. Die Zahl der Ortsklassen ist zu verringern. 2. Die Einreihung soll innerhalb des durch Richtorte gezogenen Rahmens nach wirtschaftlich-geographischen Gesichtspunkten erfolgen, so daß wirtschaftliche und politische Einheiten nicht zerrissen werden. Dabei ist das besetzte Gebiet als ein Wirtschaftsbezirk aufzufassen, der der Ortsklasse A zuzuteilen ist. 3. Die Spannung zwischen den Einkommensätzen der Ortsklassen ist grundsätzlich zu vermindern, da die Einkommenunterschiede zurzeit ungerechtfertigt groß sind. Die Abstufung der Teurungs- und Kinderzuschläge nach Ortsklassen ist nicht haltbar, zum mindesten muß die Staffelung der Kinderzuschläge aufgegeben werden, die durchweg nach Ortsklasse A zu bezahlen sind, die Teurungszuschläge nach dem jetzigen Stand von fünf Ortsklassen in A 70 v. H., in B 67 v. H. und in C, D, E 65 v. H. betragen.

4. Die Ergebnisse der jetzigen Statistik werden abgelehnt, da sie auf unrichtigen Voraussetzungen beruhen und wesentliche Teurungspunkte außer acht lassen. B) Zu den Teurungszuschlägen: Die heutigen Teurungszuschläge entsprechen lange nicht den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die kommende Zeit wird eine weitere Belastung durch die Erfüllung des Versailler Vertrags mit sich bringen. Die Beamtenschaft erwartet, daß die Regierung rechtzeitig die Erhöhung der Beamtenbezüge, Teurungs- und Kinderzulagen vornimmt, um die Lebensmöglichkeit für die Beamtenschaft sicher zu stellen. Die Beamtenschaft muß als ein unbedrückter Stand in der Lage sein, ihre ganze Kraft für den Wiederaufbau des Vaterlandes einsetzen zu können. C) Zum Pensionsgesetz: Das Pensionsgesetz steht für den Beamten eine Pension von drei Viertel des Grundgehalts vor. Hinzu kommt noch ein kleiner Bruchteil der Teurungs- und Ortszulagen. Die Gesamtpension ist indes so gering, daß sie an das Existenzminimum bei weitem nicht heranreicht. Pflicht des Staates muß es sein, für seine Beamten, die ihm ein Leben lang dienten, ausreichend zu sorgen, damit sie nicht dem Elend anheimfallen.

Neueste Nachrichten

⊛ **Paris**, 24. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Staatssekretär Bergmann und Reichskommissar Dr. Guggenheimer, die am Montag in Paris eintreffen, werden am Dienstag die erste Unterredung mit Minister Loucheur haben, um mit ihm sofort über die praktische Lösung der Wiederaufbaufrage unter Beteiligung deutscher Arbeiter zu verhandeln. Der Petit Parisien macht auf die Verhandlungen über die Beteiligung deutscher Arbeiter besonders aufmerksam. Das Blatt ist der Ansicht, daß in der kommenden Woche die Verhandlungen über die Wiederaufbaufrage zu Ergebnissen führen werden. Bezeichnend ist es, daß das Echo de Paris durch seinen Mitarbeiter Marcel Hutin Mißtrauen zu säen versucht. Er erklärt, die Beratungen der kommenden Woche würden am 7. Juli soweit gefördert sein, daß man erkennen könne, durch welche Mittel Deutschland am Wiederaufbau der ehemaligen Kampfzone sich beteiligen könne. Nach seiner Ansicht sei aber das deutsche Ziel bereits gesteckt. Alles was Deutschland bieten könne, werde von der oberschlesischen Frage abhängig gemacht. Minister Rathenau sei nicht in der Lage, Verpflichtungen zu halten, wenn die Lösung der oberschlesischen Frage für Deutschland ungünstig sei. Bis zum 15. Juli wisse man jedenfalls, wie die oberschlesische Frage geregelt werde. Inzwischen werde in bezug auf die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen alles in der Schwebe bleiben. Da das Echo de Paris aber glaubt, daß Polen schließlich den größten Teil von dem erhalte, was ihm zukomme, würden alsdann die Verpflichtungen oder die halben Verpflichtungen in bezug auf das Wiederaufbaugebiet hinfällig. Marcel Hutin rühmt sich, daß diese seine Ansicht von sehr hohen Persönlichkeiten der Regierung geteilt werde. Was in diesem Augenblick, in dem ernstliche Verhandlungen begonnen werden sollen, eine derarige Veröffentlichung bezwecken soll, ist klar. Es gibt eben immer noch eine mächtige Minderheit im französischen Parlament, die keine Verständigung will, sondern den Einmarsch ins Ruhrgebiet. Daß das Echo de Paris diese Politik vertritt, ist hinlänglich bekannt.

MTB **Berlin**, 24. Juni. (Telegr.) Der Reichsrat erklärte sich gestern mit einem Antrag der drei Hansastädte auf Abänderung der Verordnung über die deutsche Flagge vom 11. April d. J. dahin einverstanden, daß der Zeitpunkt für die Weiterführung der alten Handelsflagge bis 1. Juli 1922 verlängert wird.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Börsenberichte.

Berlin, 24. Juni. **Schwankende Kurse.**

5% D. Reichsschatz. II 15	99⅞	Bismarckhütte	—
5% „ III 17	—	Bochumer Guß	476½
4½% „ IV–V 15	84⅜	Buderus Eisenwerk	578
4½% „ VI–IX (Agio)	—	Deutsch-Luxemburg	334–333
4½% „ fällig 1924	95½	Gelsenk. Bergwerk	370–368–369–368
5% Deutsche Reichsanl.	77½	Harpener	570–542½–537–538
4% „ „	77¼	Hoesch Stahlwerk	872
3½% „ „	69⅜	Hohenlohe	235–230½
3% „ „	76¾	Kattowitzer Bergwerk	260–259
4½% Pr. St. (Hibernia)	—	Laurahütte	331
4% „ (auslosb.)	—	Lothringer Hütten	360–362–372–370
4% Pr. konsol. Anleihe	70½	Mannesmann	644½–639
3½% „ „ „	60½	Oberschl. Eisenb.-Bed.	303–306–305
3% „ „ „	56½	Oberschl. Eisen-Ind.	273
4% Bayrische Staatsanl.	—	Phönix	755–753–758–765
3½% „	—	Rhein. Braunkohlen	725–745–730–735
4½% Oest. Staatsch. 14	—	Rheinstahl	497½–496–495
4% Oesterr. Goldrente	—	Rombacher	370
4% Oest. Kronenrente	26⅜	Thale Eisenhütten	900
4% Türk. unif. A. 03–06	—	A.-G. für Anilinfabr.	509½
Türkische 400fr-Lose	—	Anglo-Cont. Guano	422⅜–419
4½% Ung. Staatsr. 14	—	Badische Anilin	640–638½
4% Ungar. Goldrente	63	Elberfelder Farben	352–353–352
2,6% Südöst. Eb.-Schld.	—	Th. Goldschmidt	640–642½
2,6% „ „ neue	—	Höchster Farbwerke	327½–326½
4½% Anat. Eb.-Schld. I	—	Oberschl. Kokswerke	489
4½% Anat. Eb.-Schld. II	—	Allgem. Elektr.-Ges.	294–295
Lissabon Stadtanl.	—	Bergmann Elektr.	322½–323
5% Mexikaner	77½	Dtsch.-Ueb. El.-Ges. Cert.	1243–1235–1230
4% „	—	Elektr. Licht- u. Kraft	225
4½% „ Bewäss.	502	Felten & Guilleaume	585
5% Tehuantep.	463	Ges. f. elektr. Unternehm.	207–206½
4½% „	—	Sachsenwerk	295–296
Berl. Handels-Ges.	212	Schuckert	256⅜
Commerz- u. Diskontob.	210½	Siemens & Halske	324½–325½
Darmstädter Bank	177¼	Adlerwerke Kleyer	281¾
Deutsche Bank	182½	Augsb.-Nürnb. Masch.	459¼
Diskonto-Ges.	271	Gebr. Böhler	—
Dresdner Bank	227	Daimler	219⅞–216½
Mitteldeutsche Creditb.	166½	Deutsche Waff. u. Munf.	550–558
Nationalbk. f. Deutschl.	182	Dynamit-A.-G. Nobel	366½–366–366½
Oesterr. Staatsbahn	127	Hirsch Kupfer	369–366½–364
Baltimore & Ohio	—	Köln-Rottweil	409½–409
Canada Pacific Abl.-Sch.	—	Orenstein & Koppel	620–615–614–615–616
Westsizilianische	—	Rheinmetall	355½
Prinz-Heinrich-Bahn	—	Zellstoff Waldhof	511–515
Schantungbahn	541–542½	Stettiner

◔ **Erleichterte Verwertung von Devisen.** Die Bedingungen, zu denen Industrie und Handel Devisen und besonders Termindevisen abgeben können, sind weitgehend verbessert worden. Die Reichsbank kauft ausländische akzeptierte Wechsel zum Tageskurse ohne jeden Kursabschlag. Da sie nur Wechsel mit zwei ihr als gut bekannten Unterschriften kauft, wird es oft erforderlich sein, daß der Wechsel vorher noch an eine private Bank indossiert wird. Es handelt sich dabei um Wechsel auf 90 Tage nach Sicht. Bei vorläufig nicht akzeptierten Wechseln werden der Zinsberechnung für die Frist der Akzeptein holung im allgemeinen zehn Tage bei Spanien und Finnland, bei Amerika 30 Tage zugeschlagen. Bei Devisenterminverkauf dürften die Banken im allgemeinen in der Lage sein, bei Dreimonatsterminen lediglich einen Kursabschlag zu berechnen, der sich im allgemeinen etwa auf ½% je Monat belaufen dürfte. Bei Terminverkäufen mit längern Fristen werden die Bedingungen im Einzelfall zu vereinbaren sein. Denjenigen Industrien, die größere ausländische Rohmaterialieneinkäufe zu machen haben, ist es ermöglicht, ihre zu Zwecken spätern Einkaufs im Auslande gehaltenen Devisenbeträge an deutsche Banken in Form eines Reportgeschäfts zu geben, dergestalt, daß die Banken die Devisen zu einem festen Kurse gegen Zahlung der Reichsmark übernehmen mit der Verpflichtung, sie zum festgesetzten Zeitpunkte zum gleichen Kurse zurückzuliefern und mit einer Vergütung an den Exporteur entsprechend der Differenz zwischen den marktüblichen Zinssätzen des Inlandes und den im allgemeinen höhern Sätzen des Auslandes. Bis zur Rückgabe ist die Industrie dadurch in die Lage gesetzt, den Gegenwert in Reichsmark für sich zu nutzen und im Betrieb arbeiten zu lassen. Legt der Exporteur keinen Wert darauf, den Markbetrag zur Verfügung zu haben, so besteht auch die Möglichkeit, die Devisen den Banken in Form des Leihgeschäfts auf drei Monate und länger zu überlassen, wobei eine besonders gute Verzinsung erzielt werden dürfte.

◔ **Deutsche Erdöl-A.-G. zu Berlin.** Die H.-V. setzte die Dividende auf 20% auf das auf 100 Millionen erhöhte Aktienkapital fest; 4 988 128 ℳ wurden vorgetragen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Baron Theodor v. Liebig, Präsident Dr. Rudolf Ernst und Dr. Richard Freund. Das bisherige Mitglied des Vorstandes, Generaldirektor Rudolf Nöllenburg, scheidet aus der Gesellschaft mit dem Tage der H.-V. aus. Der Vorsitzende gedachte in wärmsten Worten der großen Verdienste, die sich der scheidende Generaldirektor um die Entwicklung der Deutschen Erdöl-A.-G. erworben hat. Seit über 20 Jahren habe er sich unermüdlich in den Dienst der Gesellschaft gestellt, die vornehmlich unter seiner Führung zu einem gewaltigen Konzern ausgewachsen sei. Seine Zuwahl in den Aufsichtsrat wurde einstimmig beschlossen.

〰 **A.-G. Deutsche Kaliwerke.** Aus der heutigen H.-V. teilen wir einstweilen mit, daß es sich bei dem beantragten Erwerb von Kuxen um 251 Heldrungen I, 251 Heldrungen II, 251 Irmgard 251 Walter, 501 Großherzog Wilhelm Ernst und 1700 Hedwigsburg Kuxe handelt. Dagegen werden bekanntlich im Austausch 10 Mill. Mark neue vom 1. Januar 1921 an dividendenberechtigte Aktien gewährt, die zur Bewirkung des Austausches an die Finanzgesellschaft der Deutschen Kaliwerke, an die A.-G. Vereinigte Norddeutsche Kaliwerke begeben werden, zur Deckung der Bankschulden, die am 1. Juni etwa 10 Mill. Mark betrugen, ferner zur Deckung der Ansprüche der Gruppenwerke. Zur weitern Konsolidierung steht die Gesellschaft im Begriff, eine Anleihe von 30 Mill. Mark aufzunehmen, die mit 5% verzinslich und innerhalb 30 Jahren zu 100% rückzahlbar ist und auf die Werke Bernterode, Neu-Bleichrode, Nordhäuser, Kaliwerke, Ludwigshall eingetragen wird.

* **Bergmann-Elektrizitätswerke, A.-G. in Berlin.** Nach einer Bekanntmachung im Anzeigenteil werden die Aktionäre zur Ausübung des Bezugsrechts auf die 20 Mill. jungen Aktien bis einschl. 16. Juli aufgefordert, was in Köln bei der Deutschen Bank, Filiale Köln, und beim A. Schaaffhausenschen Bankverein A.-G. erfolgen kann.

* **Johs. Girmes & Co., A.-G. in Oedt** (Rhld.). Die Gesellschaft konnte 1920 bis in den März hinein die Nachfrage nicht befriedigen, während anderseits der Ankauf von Rohstoffen nur zu hohen Preisen und mit langfristigen Verträgen möglich war. Gegen Ende des ersten Vierteljahres trat eine völlige Stockung des Geschäfts ein, die bis August andauerte. Innerhalb dieser Zeit mußten die getätigten Rohwarenverträge zu den hohen Preisen und teilweise recht ungünstigen Devisenkursen abgenommen werden. Inzwischen sei der Handel in Rohstoffen wieder in normale Grenzen zurückgekehrt. Nach 510 283 ℳ (283 429 ℳ) Abschreibungen verbleiben einschl. 1 018 074 ℳ (678 701 ℳ) Vortrag 2,61 (1,99) Mill. Mark Reingewinn, aus dem, wie gemeldet, auf das erhöhte Aktienkapital von 10 (3) Mill. 15% (gegen i. V. 25%) Dividende ausgeschüttet und 968 839 ℳ vorgetragen werden sollen. Die gesamten Rücklagen enthalten 1,47 Mill. Mark. Der Auftragsbestand habe sich in den letzten Wochen erheblich erhöht.

* **Gewerkschaften Diergardt und Diergardt II in Hochemmerich** (Niederrh.). Die Kohlenförderung stieg auf 440 800 t (i. V. 336 751 t) bei einer Belegschaftsstärke von 2625 (2152) Mann. Aus dem Grubenbetrieb wurden 4,61 (2,34) Mill. Mark, aus Beteiligungen und sonstigen Quellen 1,05 (2,03) Mill. vereinnahmt. Nach Abschreibungen von 1,38 (1,41) Mill. verbleibt ein Reingewinn von 1 703 020 ℳ, um den der Verlustvortrag auf 13 472 ℳ zurückgeht. Bei 11,42 Mill. Betriebskapital und 4,34 Mill. Teilschuldverschreibungen steht die Grubengerechtsame mit 2,08, der Grundbesitz mit 1,44, Schacht- und Grubenbau mit 5,81 und Betriebsgebäude mit 1,96 Mill. zu Buch.

* **Gewerkschaft Deimelsberg zu Steele** (Ruhr). Die Förderung stieg 1920 auf 337 208 t (i. V. 288 880 t) bei einer durchschnittlich beschäftigten Arbeiterzahl von 1616 (1480). Im Grubenbetrieb traten keine nennenswerten Störungen ein. Bei einem Kapital von 6 225 235 ℳ sollen aus 877 717 ℳ Reingewinn an Ausbeute 450 000 ℳ bezahlt und zur Verminderung der Kapitalrückzahlung 427 718 ℳ verwandt werden.

⊻ **Gewerkschaft Graf Schwerin.** Das Unternehmen schüttet für das zweite Vierteljahr 1921 1000 ℳ Ausbeute aus.

⚓ **Rheinschiffahrt.** Duisburg, 23. Juni. Die letzten Tage brachten im Rheinschiffahrtsverkehrswesen keine Aenderungen von Belang. Der Wasserstand war nur einigen geringfügigen Schwankungen unterworfen. Auf dem obern Stromgebiet ist aber noch so viel Fahrwasser vorhanden, daß die Kähne mit einer Durchschnittsfahrtiefe von etwa 2,10-2,20m fluten konnten. Mit Rücksicht auf den Rückgang des Wasserstandes in den letzten Tagen war man allerdings gezwungen, von hier aus etwas vorsichtiger abzuladen. Von seiner weitern Entwicklung wird es abhängen, ob man die Abladungen noch mehr einschränken muß. Nach den neuesten Meldungen bringt der Oberrhein erneut einen Wasserzuwachs. Die Umsätze an den Frachtenbörsen sind fortgesetzt sehr gering. In vielen Fällen habe die Reeder nicht einmal ausreichende Beschäftigung für ihren Eigenraum. Es ist somit erklärlich, wenn die Frachten inzwischen einen Tiefstand erreicht haben, der unter den gegenwärtig obwaltenden Verhältnissen dem Privatschiffer keinen Nutzen mehr läßt. Die Grundfracht für Kohlen nach Mannheim stellt sich auf 8 ℳ je Tonne bei freiem Schleppen mit üblichen Aufpreisen nach den oberhalb dieses Hafens gelegene Bestimmungsplätzen und nach den Mainhäfen. Der zurückgehende Rheinwasserstand hat in den letzten Tagen auf den Schlepplohn eingewirkt. Es werden bezahlt nach Mainz-Gustavsburg 22-24 ℳ, nach Mannheim-Ludwigshafen 24-25 ℳ für die geladenen 1000 kg. Das ist ungefähr 4 ℳ je Tonne mehr als zu Beginn dieser Woche. Ist die Zunahme des Wasserstandes von Dauer, kann ab den nächsten Tagen sicher wieder mit einer entsprechenden Ermäßigung gerechnet werden. Nach Holland und Belgien bietet sich auch nur ganz geringe Beschäftigung. Sozenannte Ausfuhrkohlen nach Rotterdam wurden im freien Markt, soweit bekannt geworden, nicht angenommen. Die nominelle Fracht für sie dürfte, den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt, bei etwa 0,30fl für die Tonne liegen bei freiem Schleppen. Die Kohlenfrachten nach Antwerpen gingen, je nach Größe der Ladungen und entsprechend den in Betracht kommenden Löschstellen, auf 3 bis 3,50fr für die Tonne zurück. In der Eisenausfuhr ist kein wesentlicher Aufschwung zu verzeichnen; nach eingegangenen Meldungen besteht aber Aussicht auf Entwicklung des Verkehrs auf diesem Gebiete. Die zollamtlichen Abfertigungen an der Grenze sind erleichtert worden, indem nunmehr wieder die bisher üblichen Formalitäten zu beobachten sind und die unmittelbare Aufsicht durch französische Kontrolloffiziere weggefallen ist. In Rotterdam sind die Frachten gegenüber den letztwöchigen Festsetzungen durchweg noch etwas gewichen. Für Eisenerz nach den Ruhrhäfen wird in vereinzelten Fällen 0,30 bis 0,40fl je Tonne bei freiem Schleppen bezahlt. Besonders große Schiffe erzielten noch 5c weniger. Der Schlepplohn nach der Ruhr schwankte zwischen 35 und 40c Tarif bei reichlichem Angebot von Schleppdampfern.

◔ **Giroverband der kommunalen Verbände der Provinz Brandenburg.** Der Geschäftsbericht für 1920 stellt eine erhebliche Fortentwicklung des äußern und innern Ausbaues des Brandenburgischen Giroverbandes fest. Das über die Provinz Brandenburg ausgespannte Gironetz könne als nahezu geschlossen gelten. Trotz des Ausscheidens der Groß-Berliner Gemeinden stieg die Zahl der angeschlossenen Kommunalverbände von 132 auf 156; die Zunahme stellt sich ungefähr auf 60%. Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuchs stieg von rund 23 auf 32 Milliarden. Auf die erste und zweite Verbandsanleihe und zu Lasten der bewilligten dritten Anleihe über 300 Mill., die erst 1921 zur Ausgabe gelangt, sind begeben 154 Mill. Mark. Die Zinspolitik des Giroverbandes war darauf gerichtet, die Einlagen der Spar- und Kommunalkassen möglichst hoch zu verzinsen, dagegen die Darlehen in einer möglichst geringen Zinsspannung auszuleihen, entsprechend der gemeinnützigen Aufgabe des Verbandes. Das von den angeschlossenen Kommunalverbänden eingezahlte Betriebskapital wurde, wie im Vorjahre, mit 4½% verzinst. Die Durchschnittsverzinsung für Guthaben im gesamten Haben stellte sich im vergangenen Geschäftsjahre auf 4,12% und im Soll auf 5,11%. Die Verwaltungskosten stiegen von 1,46 auf 5,19 Mill. Mark.

* **Anträge auf Kapitalerhöhung.** Spinnerei-A.-G. vorm. Joh. Friedr. Klauser in M.-Gladbach um 2 400 000 ℳ Stammaktien mit Dividende ab 1. Januar d. J. und um 100 000 ℳ Vorzugsaktien, auf 6proz. Vordividende mit Nachzahlungsrecht beschränkt, mit mehrfachem Stimmrecht. (Außerordentliche Hauptversammlung 16. Juli.) — Gaswerk Salbke, A.-G. in Magdeburg, um 1 Mill. (H.-V. 11. Juli.) — Sächsische Malzfabrik in Dresden um 750 000 ℳ mit Dividende ab 1. September 1920, wobei auf eine alte Aktie eine neue bezogen werden kann. (Außerordentliche Hauptversammlung 6. Juli.) — Kammgarnspinnerei Wernshausen, A.-G., um 5 auf 10 Mill. — Concordia Spinnerei und Weberei Bunzlau und Marklissa um 1 Mill. Mark Vorzugsaktien. — Eschweiler Bank um 2,40 auf 4 Mill Mark. — Germania Linoleumwerke, A.-G. in Bietigheim, um 13 auf 16 Mill. Mark unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre durch Ausgabe von a) 6000 Stück auf den Inhaber lautenden für das Geschäftsjahr 1921 zur Hälfte gewinnberechtigten Stammaktien von je 1000 ℳ, b) 3000 Stück auf den Inhaber lautenden für das Geschäftsjahr 1921 zur Hälfte gewinnberechtigten und mit Nachzahlungsanspruch ausgestatteten 6proz. Vorzugsaktien Buchst. A von je 2000 ℳ. Die Vorzugsaktien Buchst. A können durch Kündigung mit dreimonatiger Frist zurückgezahlt werden. Jede Vorzugsaktie Buchst. A im Nennwerte von 2000 ℳ gewährt in der H.-V. eine Stimme; c) 1000 Stück 6proz. mit zunächst 25% einzuzahlenden auf den Namen lautenden und mit Nachzahlungsanspruch ausgestatteten Vorzugsaktien Buchst. B von je 1000 ℳ, die für das Geschäftsjahr 1921 zur Hälfte gewinnberechtigt sind. Die Vorzugsaktien Buchst. B sollen nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf andre Personen übertragbar sein. Jede Vorzugsaktie Buchst. B von 1000 ℳ gewährt in der H.-V. zehn Stimmen. Die Vorzugsaktien Buchst. A haben sowohl bei der Gewinnverteilung als auch bei der Liquidation gleichen Rang wie die Vorzugsaktien Buchst. B.

* **Dividendenvorschläge.** Albis, Versicherungs-A.-G. in Hamburg, wieder 8%. — Hansa, Allgemeine Versicherungs-A.-G. in Hamburg, wieder 14%.

⚓ **Chemins de Fer du Congo Superieur aux Grands Lacs Africains, Brüssel.** Die Gesellschaft ist bislang noch nicht in der Lage gewesen, ihre Abschlüsse für die Jahre 1914 bis 1920 vorzulegen. In der vor einigen Tagen abgehaltenen Jahresversammlung wurde ausgeführt, daß die Gesellschaft vom belgischen Kolonialministerium die Kassenauszüge erhalten habe, die von der Kolonialregierung für Rechnung der Gesellschaft während der Jahre 1914-1918 einschließlich ausgeführt worden seien. Diese Unterlagen könnten jedoch nicht dazu dienen, den finanziellen Abschluß eines jeden Geschäftsjahres genau festzulegen; im übrigen habe man die Belege für diese Kassenauszüge erst für die Jahre 1915 und 1916 erhalten, während sie für die Jahre 1914, 1917 und 1918 fehlten. Nach den Mitteilungen des Kolonialministeriums seien zahlreiche Buchhaltungsstücke während der deutschen Besetzung in den Verwaltungsbureaus der Gesellschaft in Brüssel zerstört oder verloren gegangen, der Verlust anderseits bei der Torpedierung des Dampfers Elisabethville eingetreten. Alle diese Stücke müssen in spätern Ausfertigungen herbeigeschafft werden, und man hoffe, diese Unterlagen im Laufe des Jahres vollständig zusammen zu haben. Für die vergangenen Jahre wird die durch den Staat bewilligte 4proz. Verzinsung gewährleistet, also eine Dividende von 10fr je Aktie verteilt.

◈ **Südafrikanische Goldgruben.** Es liegen folgende Dividendenerklärungen für das erste Halbjahr 1921 vor: Rand Mines 35% (gleichzeitig im Vorjahr 60%), Anglo-American Corporation 5% (5%), Brakpan 15% (15%), City Deep 20% (12½%), Crown Mines 10% (27½%), Consolidated Mainreef 3¾% (6¾%), New Modder 85% (90%), Modder B 40% (32½%), Rand Selection 15% (10%), Rose Deep 7½% (10%), Nourse Mines 2½% (3¾%), Robinson Gold 1% (1%), Village Deep 3¾% (2½%), Sub Nigel 3¾% (5%).

Warenberichte.

WTB **New York**, 23. Juni. **Baumwolle.** Anfangs stellten sich die Preise niedriger. Auf die Meldung über die Beilegung des englischen Textilarbeiterausstandes, auf Käufe des Auslandes und Meldungen über Kapselkäferschäden zogen sie sehr an. Auf Abgaben Neuorleanser Häuser schwächte sich nachmittags die Stimmung wieder ab.

Kaffee eröffnete träge und schwächte sich infolge Abwicklungen ab. Auf Deckungen gestaltete sich der Schluß behauptet.

WTB **Chicago**, 23. Juni. Weizen. Nach fester Eröffnung stiegen die Preise auf ungünstige Wetterberichte und feste Märkte für greifbare Ware. Zunehmende Verschiffungen Argentiniens und enttäuschende Ausfuhrnachfrage ließen dann die Preise zurückgehen. Schluß unregelmäßig. — Mais. Zu Beginn war die Stimmung nicht einheitlich. Nach einer Abschwächung infolge günstiger Berichte über den Feldstand und enttäuschender Nachfrage konnte sich der Markt zum Schluß teilweise erholen im Einklang mit Weizen und infolge des nur geringen inländischen Angebots.

Fettwaren eröffneten schwach im Einklang mit der Abschwächung der Schweine- und Maismärkte. Später konnte sich die Stimmung erholen, da lebhafte Nachfrage nach greifbarer Ware hervortrat. Schluß behauptet.

Getreide, Mehl, Bodenerzeugnisse.

* **Neuß**, 23. Juni. Produktenmarkt. Es notierten in Mark: Plata-Mais 260, Maisfuttermehl 200, Rübkuchen 160, Palmkuchen 210, Leinkuchen 320, Sesamkuchen 220, Erdnußkuchen 250, Viktoria-Kocherbsen 380, grüne Kocherbsen 350, Futtererbsen 230, Futterbohnen 200, alles für 100kg; Rüböl 13,25, Leinöl 11,75, Erdnußöl für techn. Zwecke 11, das Kilo mit Faß. Stimmung fest, Geschäft lebhaft.

Holz.

△ **Süd- und westdeutscher Holzmarkt**, 24. Juni. (Wochenbericht.) Obwohl am Brettermarkte das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage weiter bestand, so behielt die festere Stimmung doch die Oberhand. Die Sägewerke Bayerns und des Schwarzwaldes hielten daran fest, unsortierte Ware nicht unter 450 ℳ je cbm frei Bahnwagen Abgangsstation zu liefern, ja viele Hersteller verlangten sogar bis zu 100 ℳ mehr. Die Großhändler kauften aber immer nur kleinste Mengen zur Befriedigung des dringendsten Bedarfs. Für Meinungskäufe bestand bei den erhöhten Preisen keine Neigung. Die jüngste Zeit brachte mehr Nachfrage nach sortierten Brettern. Soweit diese unter Marktpreisen angeboten wurden, gingen die Angebote entweder von geldschwachen Firmen aus, die verkaufen mußten, oder es betraf durch die lange Lagerung minderwertig gewordene Ware. Im Hinblick darauf, daß in letzter Zeit viel altes Rohholz zur Verarbeitung kam, das zum Teil gerissen, zum Teil sogar rotstreifig war, hielt sich das Ergebnis an bessern Sortimenten in sehr engen Grenzen. Vorwiegend ergab sich daraus X- und Ausschußware, worin die Vorräte weiter wuchsen, während „gute" sowie reine und halbreine Bretter nur in ganz beschränkten Mengen darunter vertreten waren. Letzte Forderungen für reine und halbreine Bretter gingen bis zu etwa 1050 ℳ je cbm frei Bahnwagen Oberrhein. Hobelware war etwas mehr begehrt, so daß sich die Umsätze darin steigern konnten. Jüngste Forderungen für 21/22mm starke unsortierte Hobelbretter, glattkantig oder mit Nut und Feder, 5"-8" breit, meist 4,50m lang, bewegten sich zwischen etwa 21,50 und 22 ℳ je qm, während für Ia-Sorte etwa 1-2 ℳ mehr gefordert wurden. Kleinere Posten einzölliger Rauhspundware gingen zu etwa 16,50-17 ℳ je qm frei Bahnwagen Oberrhein um. Nadelholzdielen lagen ruhig, soweit es sich nicht um Kiefernwaggonware handelte, die immer im Verkehr war. Bemerkenswert ist, daß hinsichtlich Franzosenbohlen wieder Anfragen an den Markt kamen, offenbar durch die niedrigere Markwährung veranlaßt; die Großhandelspreise lagen, je nach den Ansprüchen hinsichtlich der Beschaffenheit, zwischen etwa 160 und 185fr einschließlich der 10% Ausfuhrabgabe frei Kehl. Ob aus diesen Angeboten größere Abschlüsse sich entwickeln, muß abgewartet werden. Am Markt für geschnittenes Tannen- und Fichtenbauholz erschienen Listen für den Bedarf für Siedlungsbauten wohl etwas häufiger, aber die Beschäftigung der Bauholzsägereien war trotzdem nicht ausreichend. In den Bauholzpreisen traten keine Veränderungen ein.

Kolonialwaren.

* **Zwangswirtschaft in Kakaopulver.** Im Anzeigenteil vorliegender Nummer veröffentlicht der Verein der Kaffeegroßröster und -händler E. V., Sitz Hamburg, einen Offenen Brief an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wegen der durch die zwangsläufige Bewirtschaftung von Kakaopulver hervorgerufenen Mißstimmung. Offene Briefe gehören erfahrungsgemäß zu denen, die „ihn" immer erreichen, und da sie zumeist frisch von der Leber weg reden, wirken sie zumeist auch, d. h. sie reizen den Adressaten, zu antworten. Hoffen wir, daß Dr. Hermes keine Ausnahme von der Regel bildet. Man kann ja Herrn Hermes nachfühlen, daß er, wenn einmal auch bei Kakaopulver Zwangswirtschaft Trumpf ist, dann diesen Zwang auf einen möglichst kleinen Kreis zu beschränken sucht, da ihm diese Methode die Arbeit sehr erleichtert. Ob aber diese vereinfachte Methode für das große Publikum, zu dessen Gunsten die Zwangswirtschaft arbeiten soll, auch wirklich vorteilhaft ist, das scheint uns nach diesem zunächst noch einseitigen Briefwechsel denn doch zweifelhaft. Wir lassen uns indes gern aufklären.

▽ **Hamburg**, 23. Juni. Reis. Der Markt war bei gutem Geschäft sehr fest, zumal die Burma-Notierungen etwas höher sind.

▽ **Hamburg**, 23. Juni. Kaffee. Trotz ruhigerm Geschäft am Platz und andauernder Zurückhaltung konnten die Preise sich behaupten. Im Einklang mit dem anziehenden Wechsel in Rio waren auch die Forderungen Brasiliens erhöht; sie führten verschiedentlich zu Abschlüssen.

* **Rio de Janeiro**, 21. Juni. *Kaffee.* Rio: Kurs auf London 6⅜/16. New York Standard Nr. 7 11 925 Reis. Tageszufuhr 26 000 Sack, bisher im laufenden Erntejahr 3 193 000 (i. V. 2 483 000) Sack. Klarierungen nach den Ver. Staaten 0000, nach Europa 1000 Sack. Heutiger Vorrat in erster und zweiter Hand 970 000 (i. V. 251 000) Sack. Santos: New York Standard Nr. 4 14 100 Reis, Nr. 7 9800 Reis. Tageszufuhren 26 000 Sack, insgesamt bis jetzt 10 818 000 (i. V. 4 077 000) Sack. Zufuhren im Innern 27 000 Sack. Klarierungen nach den Ver. Staaten 11 000, nach Europa 000 Sack. Heutiger Vorrat in erster und zweiter Hand 2 920 000 (i. V. 1 690 000) Sack.

Webstoffe.

Liverpool.	23./6.	22./6.	Baumwolle.	23./6.	22./6.	Alexandrien.	23./6.	22./6.
Amer. Middl. vorr.	7,66	7,66	Januar	8,20	8,20	Sakellaridis Juli	26,65	26,25
Juni	7,50	7,49	Februar	8,25	8,26	November	28,65	28,20
Juli	7,55	7,55	März	8,31	8,32	Ashmouni Juni	—,—	15,60
August	7,67	7,67	April	8,38	8,36	November	18,—	18,—
September	7,81	7,81	Mai	8,39	8,40			
Oktober	8,98	7,98	Aegyptische Juli	13,70	13,70			
November	8,07	8,07	November	14,—	14,00			
Dezember	8,15	8,15	Januar	14,10	14,10			
Liverpool.	**21./6.**	**20./6.**	**Ostind. Baum-**	**21./6.**	**20./6.**	**weiße C. g. U**	**21./6.**	**20./6.**
Broach	6,40	6,55	Khandeish	3,75	4,—	Sakoba	3,38	3,63
Nr. 1 Oomra	4,50	4,75	Bengal	3,50	3,75	Tinnivelly	7,40	7,65

Oel, Oelsaaten, Fettwaren, Spiritus.

* **Amsterdam**, 23. Juni. Oele. Leinöl, Juli 39-39¼fl (zuletzt 39 bis 40fl), Aug. 38fl (38¼-38¾fl), Sept.-Dez. 36-36¾fl (37fl), Jan.-April 35fl (36fl).

* **London**, 22. Juni. *Oele.* Leinöl, vorr. 35 £ (zuletzt 35 £), Juni 33½ £ (— £), Juni-Aug. 33⅜ £ (34 £), Sept.-Dez. 34½ £ (34⅝ £); Terpentin vorr. 32 (32), Juni 31 (30) p. cwt.

Metalle.

WTB **Berlin**, 24. Juni. Elektrolytkupfer (Wirebars) 2110 ℳ die 100kg netto cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam.

Einnahmen von Verkehrsanstalten.

Southern Pacific: Mai roh —262 000 $, rein —75 000 $.

Amtlicher Wetterbericht.

Aussichten für Nordwestdeutschland für den 25. Juni 1921.
Wechselnde Bewölkung, vorwiegend trocken, mäßig warm, später Gewitterneigung. Heute Temperatur + 15, heiter, Niederschlag in mm 0, Windrichtung und Stärke NW 2. Barometer in mm 769, Tiefstemperatur + 14, Höchsttemperatur gestern + 19.

Wasserstands-Nachrichten.

Hüningen, 24. vormittags	1,50—0,05m	Köln, 24. Rhein 6 U. morg.	1,18—0,01m
Kehl, 24. morgens	2,49 0,18m	Lohr a. M., 24. morgens	0,86+0,02m
Maxau (bayr.), 24. 10 U. morg.	4,17+0,20m	Frankfurt, 24. morgens	2,32+0,18m
Mannheim, 24. Rhein 8 U. mg.	2,90+0,17m	Kostheim, 24. Unt.-P. morgens	1,96 - 0,04m
Mainz, 24. Rhein 8 U. morg.	0,43—0,01m	Kostheim, 24. Fahrtiefe	1,76—0,04m
Bingen, 24. morgens	1,50—0,04m	Trier, 24. Mosel 9 U. morg.	0,21m u. Null
Kaub, 24. Rhein 8 U. morg.	1,58—0,05m	Heilbronn, 24. Neck. 9 U. morg.	0,18—0,10m
Koblenz, 24. Rhein 9 U. morg.	1,54—0,00m	Minden, 23. Weser nachm.	1,72+0 01m

Schluß des redaktionellen Teils

In Juntersdorf, Kreis Düren
habe ich
größere Baustellen mit Bahnanschluß
angrenzend an mein dortiges Braunkohlenbergwerk, zu verkaufen oder zu verpachten. Rohbraunkohlen können an Ort und Stelle in genügenden Mengen bezogen werden. (490
Wilhelm Look
Düsseldorf-Oberkassel
Fernspr. 7225 u. 8835.

Offene Stellen

Essener Engroshaus
in Wollgarn, Strumpf- u. Kurzwaren
sucht
einen in Rheinland und Westfalen
gut eingeführten Vertreter
gegen hohe Provision.
Angebote unter A B 3356 an die Exp d Bl. (329

Werkzeugmaschinen.
Ein erstes Haus der Branche sucht einen branchekundigen, geschäftserfahrenen
Reisevertreter.
Der Posten ist gut dotiert. Eintritt nach Uebereinkunft.
Gefl. ausführliche Bewerbungen mit Bild und Zeugnisabschriften von Herren, die einen gleichen Posten schon bekleidet haben, erbeten u. B P 1054 an Ala-Haasenstein & Vogler, Köln. (H33

Metallwarenfabrik in Sachsen
sucht
tüchtige, rührige
Vertreter
für Alpakawaren bei hoher Provision. Offerten unt. L C 6701 an Rudolf Mosse, Leipzig. *46

Industr. Etablissement
549 sucht zum bald. Eintritt
Stenographen und Maschinenschreiber
Beansprucht wird Schreibfähigkeit von 180—200 Silben pro Minute. Lebensstellung.
Angeb. u. Z 33 an die Ag. Köln, Karolingerring 1

Größeres Unternehmen sucht
Akquisiteur
der Getreide- und Saatenkundschaft bereits erfolgreich besucht hat.
Schriftliche Angebote erbeten unter Z Q 3345 an die Exped d Bl. 438

Zur Besetzung unseres Berliner Bureaus
Leiter
(Volkswirtschaftler)
mit Organisationstalent, rednerischer Befähigung und Erfahrung im Verkehr mit Behörden und Verbänden gesucht.
Bewerbungen mit Lebenslauf u. Lichtb. erb an
Reichsverband Christlicher Mittelstand
Köln, Mauritiussteinweg 18. 527

Zweimal täglich erscheinende, der Richtung der deutschen Volkspartei nahestehende Zeitung am besetzt. Niederrhein
sucht
für sofort oder später
für den lokalen u. provinziell. Teil sowie für Feuilleton (mit Ausschluß der Musikkritik) einen
Schriftleiter
der in der Lage sein muß, den politischen Redakteur zeitweise vertreten zu können. Stenographie erforderlich. Ausführl. Angebote mit Lebenslauf, Zeugn.-Abschr., Lichtbild u. Angabe der Gehaltsansprüche u. B 849 an die Ans.-Ann. J. F. Routen, Krefeld. 283

Aelterer, erfahrener
Geschäftsführer
welcher schon größern Restaurants mit Erfolg vorgestanden hat, per 1. Juli für Pschorrbräu-Bierhallen, Köln, Marzellenstr. 19
gesucht.
Nur schriftl. Angebote zu richten an
A. Hofmann, Köln, Schildergasse 86, II. (9r

Ein großer Betrieb, der seit einiger Zeit die Reparatur von Eisenbahnwagen aufgenommen hat, und der beabsichtigt, diese Abteilung weiter auszubauen, sucht einen tüchtigen, energischen 784
Betriebsingenieur
der über reiche Erfahrungen im Bau von
Güter- u. Personenwagen
verfügt und in der Lage ist, einem solchen Betriebe selbständig vorzustehen.
Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, der Gehaltsansprüche und des Eintritts unter O G 3375 an die Expedition d. Bl.

Elektro-Ingenieur
mit längerer Praxis auf dem Gebiet der Installations-Materialien von
elektro-technischer Fabrik
im bes. Gebiet, Nähe Wiesbaden, f. dauernde, gut bezahlte Stellung z. baldigen Eintritt gesucht. Ausführliche Angebote unter 5285 an Ala-Haasenstein & Vogler, Wiesbaden. H33

Bedeutendes mittleres, westfälisches
Eisenwerk
(Spezialartikel) sucht zur Vertretung des Chefs einen energischen, arbeitsfreudigen
Bureau-Vorsteher
der in allen Arbeiten reiche Erfahrung besitzt, sprachkundig (engl. u. franz.) ist und einen großen kaufmännischen Betrieb selbständig zu leiten versteht. Beamtenwohnhäuser in Fertigstellung begriffen.
Nur evangl. Herren, nicht unter 35 Jahre alt, belieben ausführl. Angebote mit Lebenslauf, Fähigkeiten, Gehaltsansprüchen und Eintrittsmöglichkeit unter T A 7886 an die Hauptvertretung der Köln.-Zeitung in Dortmund, zu richten. (438

Kölner Chemikalien-Großhandlung
sucht zum baldigen Eintritt
tüchtigen, jungen Kaufmann
mit vollkommener Branchenkenntnis, gewandt i. Korrespondenz, auch englisch u. französisch, und befähigt, selbständig in- und ausl. Geschäfte zu bearbeiten.
Angebote mit Gehaltsansprüchen, Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Lichtbild erbeten unter K P 2126 an Rudolf Mosse, Köln. (9p

Hohes Einkommen
erzielen Vertreter (bessere Herren) bei Ausnutzung ihrer geschäftlichen und persönlichen Beziehungen mit Konsumanstalten, Werken u. dgl. durch Vertrieb
gangbarer Artikel der Lebensmittelbranche.
Ang. unter Z M 3341 an die Exp. d. Bl. 302

Bedeutende
Rohtabakhandelsfirma
sucht branchek. eingef.
Vertreter
Herren, die nachw. eingeführt sind, bei aust. Bewerb. zu richten unt. K Z 1015 an die Exp. 9r

Tüchtige Vertreter
z. Vertrieb eines in d. Obstwirtsch. notwendigen, ges. gesch. Gebrauchsgegenst. an allen Plätzen Rheinl. und Süddeutschlands
gesucht. 349
Hoher Verdienst. Offert. u. Z A 7911 an d. H.-Ag. d. Bl. in Dortmund.

Köln.
Für jüng. tüchtigen kapitalkr. Arzt
bietet sich günstige Gelegenheit sich selbständig zu machen durch Uebernahme der Vertretung eines vielbeschäftigten Arztes in Köln. Bedingung nach Vereinbarung. 9p
Angeb. erb. u. K Z 1012 an die Exp d Bl (9r

Für das Wohlfahrtsamt in **Haspe i. W.** wird zum 1. 10. d. J. eine möglichst staatlich geprüfte und anerkannte
Fürsorgerin
Lungenfürsorge Säuglingspflege
gesucht. Anstellung zunächst auf Privatdienstvertrag, später bei Bewährung ruhegehaltsberechtigte Anstellung in Aussicht genommen. Besoldung nach der hier bestehenden Besoldungsordnung (Gr. 7). Bewerbungen mit Lebenslauf, Bild, beglaubigten Zeugnisabschriften bis zum 20. 7. d. J. erbeten. (240
Haspe, d. 20. Juni 1921
Der Bürgermeister.

Notar und Rechtsanwalt
in schönst gelegt Kreisstadt westlich des Mittelrheins, nahe gr. Badeort (264
sucht als Vertreter
Gerichtsassessor, Kollegen oder sonst. Juristen mit Assess.-Ex. Angeb. u. N V 3444 an die Exp. d. Bl.

Revisoren
für gleich oder später
sucht
erste Treuhand-Gesellschaft.
Angebote erb. unt. Z Z 3354 an die Exped. d. Bl. (112

Alte Feuervers.-Ges. sucht zur Besetzung ihres selbständ. Inspektorats in Saarbrücken f. d. Saargeb. einen m. d. Branche durchaus vertrauten
Inspektor.
Unverh. Beamte bevorzugt. Einkommensverh. werden nach Leistung geregelt.
Angeb. erb. u. K Z 1013 an die Exp d Bl (9r

Mit Fabrikation vertrauter
Kaufmann
der eine Abteilung für
elektrotechnisch. Installationsmaterial selbständig leiten kann, gesucht.
Herren, die die Branche kennen, nachweislich mit Erfolg in Vertrieb und Export tätig waren, erhalten den Vorzug.
Bewerbungsschreiben unter Beifügung eines genauen Lebenslaufes der Gehalt

Heute wurde mein lieber Mann, der

Professor an der Technischen Hochschule Berlin

Geheimer Regierungsrat

Johannes Obergethmann

Inhaber des Eis. Kreuzes und anderer Orden

von seinem langen Leiden erlöst.

Emy Obergethmann
geb. **Mehler**

und die Kinder **Irmgard, Gerda Lulu** und **Hans.**

Nikolassee, den 22. Juni 1921.
Waltharistraße 11.

Die Beerdigung findet am Samstag den 25. Juni, 12 Uhr, auf dem Friedhofe in Nikolassee statt. os

---

Statt besonderer Anzeige.

Ernst Meyer-Leverkus und Frau geb. Leverkus
beehren sich, die Verlobung ihrer Tochter Gerda mit Herrn Korvettenkapitän Karl Otto Altvater, I. Adjutant der Marinekommandantur Emden auf Borkum, anzuzeigen.
Elberfeld, den 24. Juni 1921.
Empfang findet nicht statt.

Meine Verlobung
mit Fräulein Gerda Meyer - Leverkus, Tochter des Herrn Ernst Meyer-Leverkus und seiner Frau Gemahlin geb. Leverkus, beehre ich mich anzuzeigen.
Korvettenkapitän Karl Otto Altvater I. Adjutant der Marinekommandantur Emden auf Borkum.
Borkum.

Die Verlobung ihrer Tochter Ursel mit Herrn Erich Spickschen zeigen ergebenst an
Medizinalrat
Dr. E. A. Dietrich u. Frau
Gertrud geb. Hahn.
Lamberg
Hörup (Alsen)

Meine Verlobung mit Fräulein Ursel Dietrich zeige ich ergebenst an.
Erich Spickschen.
Aunbolgaard
Sundeved
24. Juni 1921.

Die ***Verlobung*** *ihrer Tochter Julie mit Herrn Waldemar Caminneci zeigt hierdurch an*
Frau Louise Litz
geb. Leuffen
Gut Schönrath b. Köln-Mülheim.

Meine ***Verlobung*** *mit Fräulein Julie Litz zeige hiermit an*
Waldemar Caminneci
Bonn.

Juni 1921.

Statt Karten.
Ella Schröder
Heinrich Andreae
Verlobte
Berlin C 25, Kaiser-Wilh.-Str. 22
Frankfurt a. M. z. Zt. Bleihütte Call i. d. Eifel.

Statt Karten.
Eugen Oppenheimer
Rose Oppenheimer
geb. Wolff
Vermählte
Köln, Limburger Str. 9
Köln-Ehrenfeld, Nußbaumer Str. 28
26. Juni 1921.
Trauung: Rheinlandloge 1 Uhr.

Statt besonderer Anzeige.
Von der gestern abend erfolgten Geburt ihres ersten Kindes, eines kräftigen, gesunden
Jungen
beehren sich Kenntnis zu geben
Bürgermeister
Dr. Schmidt-Bleibtreu
und Frau
Helene *geb.* ***Maurenbrecher***
Odenkirchen, den 23. Juni 1921.

Hans Joachim

Die Geburt eines gesunden
Jungen
zeigen hierdurch an
Erich Bohne
u. Frau Johanna Bohne
geb. Seibert.
Saarbrücken, den 19. Juni 1921.

Malmedé & Geissendörfer, Köln
An- und Verkauf von Kunst- und kunstgewerblichen Gegenständen alter Zeit.
Kunstgewerbehaus, Unter Sachsenhausen 33.

Weinhaus Köhler
Künstlerkonzert.
Von 6—10 Uhr warme Küche.
Köln a. Rh., 6r. Sandkaul 24-26. 681

Herrschaftl. Landsitz

mit gr. Obst- u Gemüsegarten, Luxuspark, Stallungen, Garage usw., i. Kurbad Honnef wegzugshalber preisw. für 300 Mille zu verkaufen. Hypothek 1/10.

Evtl. Tausch gegen erstkl. Geschäftsanteil für durchaus erfahr., strebs. Kaufmann. Angeb u A F 3271 an d Exp d Bl. (9s

---

Miethaus u. Fabrikgebäude
in Köln-Stadt

hochrentabel, in allerbestem Zustande (neu erbaut), zu **verkaufen** oder nur an erstklassige Firmen zu **vermieten.** Ca. 500qm Fabrikraum. Parterre wie auch **Versand- u. Büroräume können sofort frei gemacht werden.** Kaufpreis 1 000 000 ℳ Mieteinnahme ca. 114 000 ℳ Größeres Objekt mit 2 Straßenfronten mit getrennten Eingängen. Schrift! Angeb. an **Otto Becker, Köln,** Hansaring 100. 650

Vorteilhafte Kapitalanlage. 223
2 erf. und strebs. Fachleute suchen mit Kapitalisten (am l. Fabrikbes.) in Verbind. zu treten zwecks Gründ. e. rentablen Geschäfts, welches jed. Fabrikbetrieb angegliedert w. k. Ang. u. K 665 an Ag. d. Bl. Siegburg.

Warnung!

Autogen-Industrie!

Eine für die gesamte Autogen-Industrie **wichtige Entscheidung** hat das Kammergericht Berlin betr. das **D.R.P. 164180 „Fouché“** am 6. April 1921 gefällt. Der Tenor des Urteils in Sachen Autogen ·/. Hager & Weidmann G. m. b. H. — die Firma hat auf Grund des Urteils Lizenz genommen — lautet i. A.:

Der Klägerin (Hager & Weidmann G. m. b. H.) wird verboten, Löt- u. Schweißapparate für Azetylen und Sauerstoff herzustellen und in Verkehr zu bringen, feilzuhalten oder zu gebrauchen, bei denen **„die Ausmündungen des Sauerstoff- und des Azetylen-Zuführungsrohres sowie die Mischkammer konzxial zu einander angeordnet sind und die Mischkammer sich kegelförmig erweiternd verläuft.“**

Danach fallen sämtliche Schweiß- und Schneidbrenner für Azetylen und Sauerstoff nach obiger Kennzeichnung unter das Fouché-Patent D. R. P. 164 180, das durch Beschluß des Reichspatentamts verlängert worden ist.

Wir warnen ausdrücklich **vor Patentverletzungen,** da wir nunmehr mit allen gesetzl. Mitteln gegen Patentverletzer vorgehen werden. Nach dem Patentgesetz machen sich der Patentverletzung schuldig diejenigen, die den patentierten Gegenstand herstellen, gebrauchen oder feilhalten.

Nur die nachgenannten führenden Firmen der Autogen-Industrie haben Lizenzrechte erworben:

Autogen Gasacoumulator Aktiengesellschaft, Berlin SW 61, Bifcherstraße 22
Autogena Werke, Stuttgart, Haokstr. 14a
Autogen-Werk Sirius, G. m. b H., Düsseldorf-Eller
Alexander Bastian, Hagen i. W.
Bieger-Werke, Höchst a. M., Feldbergstr. 25
Chemische Fabrik Griesheim — Elektron, Frankfurt a. M., Untermainkai 13
Continental-Licht- und Apparatebau-Gesellschaft, Frankfurt a. M., Mainzer Landstr. 193
Peter Görres, Frankfurt a. M.-Süd, Stegstr. 61
Hager & Weidmann G. m. b. H., Berg.-Gladbach
Heime & Haus Herzfeld, Halle a. S., Aeußere Delitzscher Straße 10
Hermann Jahn, Stuttgart-Cannstatt, Neckarstr. 61
Keller & Knappich G. m. b H., Augsburg
Gebr. Lange, Dortmund, Körner Hellweg 66
Julius Lehmann, Düsseldorf, Martinstraße 9
Messer & Co. G. m b. H., Frankfurt a M., Rebstöcker Str. 57
Sauerstoff-Fabrik Berlin G. m. b. H., Berlin N 39, Tegeler Straße 15
Robert Seckler, Krefeld. (42

Um sich vor Unannehmlichkeiten zu schützen, kann der Industrie nur dringendst empfohlen werden, ausschließlich von den lizenzberechtigten Firmen Schweiß- und Schneidbrenner zu kaufen.

Autogen Gasacoumulator Aktiengesellschaft, Berlin SW 61 Bifcherstraße 22

Gußstücke
bis zu den größten Abmessungen
gußeiserne Massenartikel jeder Art.
Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G.
Abt.: Friedrich-Wilhelms-Hütte
Mülheim (Ruhr).

Bekanntmachung
betr. Antrag auf Zulassung von Wertpapieren an der Börse zu Köln.

Seitens des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins A.-G., der Filiale der Deutschen Bank und der Dresdner Bank — sämtlich in Köln ist bei uns beantragt worden:

nom. 14 004 000 M.
neue Stammaktien der Gasmotoren-Fabrik Deutz zu Köln-Deutz
(11 670 Stück über je 1200 M. Nr. 24 834—36 503)

zum Handel an der hiesigen Börse zuzulassen.

Köln, den 23. Juni 1921: (zb
Zulassungsstelle für Wertpapiere an der Börse zu Köln.
H. Leiden. zb

Von der Deutschen Bank, Berliner Handels-Gesellschaft, Bank für Handel und Industrie und den Firmen Jacquier & Securius und A. E. Wassermann, hier, ist der Antrag gestellt worden

120 000 000 ℳ 5%ige ab 1. November 1925 mit 102% rückzahlbare Teilschuldverschreibungen des **Rheinischen Elektrizitätswerks im Braunkohlenrevier Aktiengesellschaft, Köln a. Rhein**

zum Börsenhandel an der hiesigen Börse zuzulassen. (128

Berlin, den 18. Juni 1921.
Zulassungsstelle an der Börse zu Berlin.
Kopetzky.

Eschweiler Bank
Eschweiler.

Zu der am
Dienstag den 19. Juli 1921 nachmittags 4 Uhr
im Sitzungssaale unserer Bank, Dürener Straße 27, Ecke Parkstraße, in Eschweiler stattfindenden diesjährigen
ordentlichen Hauptversammlung
der Aktionäre laden wir hiermit ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Entgegennahme des Geschäftsberichts des Vorstands für 1920 und des Prüfungsberichts des Aufsichtsrats
2. Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1920. Festsetzung der Dividende. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.
4. Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals um 2 400 000 ℳ durch Ausgabe von 2400 auf den Inhaber lautenden Aktien zu je 1000 ℳ Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre. Festsetzung der Einzelheiten der Aktienausgabe.
5. Entsprechende Aenderung des § 4 des Gesellschaftsvertrags.

Behufs Teilnahme an den Abstimmungen in der Hauptversammlung sind die Aktien oder die Depotscheine der Reichsbank über dieselben spätestens am Samstag den 16. Juli cr. bei den **Gesellschaftskassen in Eschweiler, Stolberg, Alsdorf** oder bei einem der folgenden Bankhäuser:
Dresdner Bank in Aachen, Aachen
Dresdner Bank in Köln, Köln
Dresdner Bank, Berlin
Delbrück, Schickler & Co., Berlin
Hardy & Co. G. m. b. H., Berlin
zu hinterlegen. Die Hinterlegung der Aktien kann auch bei einem deutschen Notar geschehen. In diesem Falle muß eine Bescheinigung des Notars, daß die Hinterlegung erfolgt ist und die Aktien bis nach der Hauptversammlung in seinem Verwahr bleiben werden, spätestens am 17. Juli cr. bei der Gesellschaft eingereicht sein.

Vollmachten müssen spätestens am 17. Juli cr. bei dem Vorstand hinterlegt sein.

Eschweiler, den 22. Juni 1921.
Eschweiler Bank.
Peppermüller Klinkel. (eb

Korbmöbel- u. Korbwaren-Fabrik

verbunden mit bedeutendem **Großhandel,** die nachweislich mit großem Erfolg gearbeitet hat, wegen anderweitiger Unternehmungen zu übertragen.
Anfragen unter K Z 1040 an die Exp. d. Ztg. 9t

Wer beteiligt sich

an einem Geschäfts- bzw. Bureauhaus-Neubau
in bester Lage Elberfelds mit Baukapital, welches durch Miete getilgt wird?
Angeb u. Z J 3338 an die Exp. d. Bl. (707

Theaterbestuhlung.

Ca. 1300 gut erhaltene Klappsitze sofort zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter K Z 1031 an die Expedition d. Bl. (9s

---

Bergmann-Elektricitäts-Werke Aktiengesellschaft,
Berlin.

In der am 28. Mai d. J. stattgehabten ordentlichen Generalversammlung unserer Gesellschaft ist beschlossen worden, das Grundkapital um nom. 20 000 000 ℳ durch Ausgabe von Stück 20 000 neuen Inhaberaktien zu je 1000 ℳ mit halber Dividendenberechtigung für das Geschäftsjahr 1921 zu erhöhen. Die neuen Aktien sind unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre an ein unter Führung der Deutschen Bank, Berlin, stehendes Bankenkonsortium mit der Verpflichtung begeben worden, sie den Besitzern der alten Aktien zum Bezuge anzubieten.

Nachdem die Eintragung der durchgeführten Kapitalerhöhung in das Handelsregister erfolgt ist, fordern wir namens des Bankenkonsortiums die Besitzer unserer alten Aktien auf, das Bezugsrecht unter nachstehenden Bedingungen auszuüben:

I. Die Ausübung des Bezugsrechts hat bei Vermeidung des Ausschlusses

bis zum 16. Juli 1921 einschließlich

zu erfolgen und zwar:
in Berlin bei der Deutschen Bank
bei der Direction der Disconto-Gesellschaft
in Köln bei der Deutschen Bank Filiale Köln
bei dem A. Schaafthausen'schen Bankverein A.-G.
in Dresden bei der Deutschen Bank Filiale Dresden
bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt Abt. Dresden
in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Bank Filiale Frankfurt
bei der Direction der Disconto-Gesellschaft Filiale Frankfurt am Main
in Hannover bei der Hannoverschen Bank Filiale der Deutschen Bank Hannover
bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Fil. Hannover
bei der Nationalbank für Deutschland, Zweigniederlassung Hannover
in München bei der Deutschen Bank Filiale München

ohne Berechnung einer Gebühr, sofern die Aktien — nach der Nummern olge geordnet — ohne Gewinnanteilscheinbogen mit einem doppelt ausgefertigten Anmeldeschein, wofür Vordrucke bei den Stellen erhältlich sind, am Schalter während der üblichen Geschäftsstunden eingereicht werden. Soweit die Ausübung des Bezugsrechts auf brieflichem Wege erfolgt, werden die Bezugsstellen die übliche Gebühr in Anrechnung bringen.

2. Auf je 1000 ℳ alte Aktien wird eine neue Aktie im Nennwert von 1000 ℳ zum Kurse von 150% zuzüglich Schlußscheinstempel gewährt. Bei Ausübung des Bezugsrechtes ist der Bezugspreis bar zu zahlen.

Aktienbeträge im Nennwert von weniger als 1000 ℳ können nicht berücksichtigt werden. Die Stellen sind jedoch bereit, den An- und Verkauf von Bezugsrechten zu vermitteln.

Die Aktien, für welche das Bezugsrecht geltend gemacht ist, werden mit einem die Ausübung des Bezugsrechts kennzeichnenden Stempelaufdruck zurückgegeben. Die Zahlung des Bezugspreises wird auf einem der Anmeldeformulare bescheinigt. Die Aushändigung der neuen Aktien erfolgt vom 15. August d. J. an gegen Rückgabe der erteilten Bescheinigung bei derjenigen Stelle, welche letztere ausgestellt hat. Die Bezugsstellen sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation des Vorzeigers der Kassenquittung zu prüfen.

Berlin, im Juni 1921. 128
Bergmann-Elektricitäts-Werke Aktiengesellschaft.
Bergmann. **Berthold.**

ATLAS
Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft, Ludwigshafen am Rhein.
Bilanz für den 31. Dezember 1920.

Aktiva.	ℳ	₰	Passiva.	ℳ	₰
Einlageverpflichtungen der Aktionäre	7 500 000	—	Aktien-Kapital	10 000 000	—
Grundbesitz (Geschäftshaus)	295 500	—	Kapital-Reservefonds	377 651	—
Hypotheken u. Kommunal-Darlehen	25 205 217	53	Prämienreserven: a) Lebens- und Rentenversicherung	38 746 080	35
Wertpapiere	3 790 856	50	b) Unfall- u Haftpflicht-Versicherung	477 120	71
Darlehen auf Policen	3 976 235	11	Prämienübertrage: a) Lebens- und Rentenversicherung	1 415 740	19
Reichsbankmäßige Wechsel	8 225 000	—	b) Unfall- u. Haftpflichtversicherung	716 836	95
Guthaben bei Bankhäusern	492 672	31	Reserven für schwebende Versicherungsfälle	1 652 439	05
Guthaben bei andern Versicher.-Unternehmungen	1 732 842	82	Gewinnreserven der Versicherten	1 587 885	35
Gestundete, noch nicht fäl ige Prämienraten	853 421	19	Sonstige Reserven	883 408	07
Rückständige und aufgelaufene Zinsen	409 054	91	Guthaben anderer Versicherungs Unternehmungen	818 775	62
Ausstände bei Versicherten und Agenten	568 131	40	Barkautionen	17 137	95
Barer Kassenbestand	9 569	88	Sonstige Passiva	3 589 243	64
Sonstige Aktiva	2 745 508	04	Gewinn	516245	77
	55 798 509	69		55 798 509	69

Der Jahresbericht kann kostenfrei von der Gesellschaft bezogen werden.
170 **Die Direktion.**

Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft
Conrad Uhl's Hotel Bristol-Centralhotel.
Bilanz per 31. März 1921.

Aktiva.	ℳ	₰	Passiva.	ℳ	₰
Grundstück Bristol	8 50 625		Aktienkapital	9 500 000	—
Gebäude Bristol	2 890 000	—	Vorz.-Aktienkapital	2 800 000	—
Hotel Bellevue	4 120 000	—	Reservefonds	3 679 679	81
Kranzler	970 000	—	Hypothekenschulden	8 159 000	—
Inventar	1	—	Vorausbezahlte Mieten	101 299	95
Maschinenanlagen	1	—	Nicht abgehob. Divid.	63 080	—
Beteiligungen	1 100 000	—	Steuernreserve	901 874	25
Vorausbezahlte Prämien	455 006	80	Kreditoren	13 605 094	95
Kassa	186 027	41	Mietsausgleich	962 952	40
Effekten	186 695	86	Gratifikationen an Angestellte und Arbeiter	1 000 000	—
Debitoren	5 640 353	24	Gewinn und Verlust	1 644 336	10
Warenvorräte	13 388 057	15		37 416 767	46
	37 416 767	46			

Die Dividende für 1920/21 (5% auf die Vorzugsaktien und 1% auf die Stammaktien) gelangt sofort bei den Herren **Braun & Co., Berlin,** Eichhornstr. 11, der **Deutschen Bank,** den Herren **Koppel & Co.,** Bank geschäft, **Berlin,** Pariser Platz 6, und Herrn **Abraham Schlesinger, Berlin,** Mittelstr. 2—4, zur Auszahlung. (128

Kapital-Beteiligung

mit **3- bis 500 000 Mark erwünscht** zur **Ausdehnung** des **Betriebs** und **Abstoßung** einer **Bankschuld.** Größere Aufträge auch auf geschützten Artikel vorhanden. Eintritt als tätiger Teilhaber oder stille Gesellschafter genehm; evtl. Umwandlung in G. m. b. H.
Angebote unter M X 3421 an die Expedition d. Bl. (752

Bedeutende Ersparnis

haben Sie zu verzeichnen, wenn Sie unsere Spänebleche im Kupol- und Flammofen als Zusatzeisen verwenden. Wir befassen uns mit Lohnverblockung von Spänen aller Art sowie mit Verkauf fertiger Blöcke. 199
Interessenten wollen sich wenden an die
Brikettierungsgesellschaft m. b. H., Siegen.

Suche Niederlage

für Krefeld u. Umgeg.
Große Stallung, trockene Lagerräume bezw. abgeschlossenem Hofraum vorhanden, auch kann Fuhrwerk gestellt werden. Off u. W 847 an die Ann.-Exped. **J. F. Houben, Krefeld,** erb. (283

Offener Brief an Sr. Exzellenz dem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes
Berlin.

Herr Reichsminister!

Wir haben in unserer Eingabe vom 10. Mai d. J. die dringende Notwendigkeit schleuniger Aufhebung der Zwangswirtschaft von Kakaopulver begründet.

In unserer Depesche vom 1. Juni haben wir weiter dargelegt, **daß der von der Kakaowirtschaftsstelle vorgeschriebene Packungszwang nichts weiter bedeutet, als ein Privileg für wenige große Fabriken auf mühelose Einführung ihrer Marken auf Kosten mittlerer und kleinerer Firmen.**

Euer Exzellenz wissen aus unsern Mitteilungen ferner, daß durch den Packungszwang die Verbraucherpreise gesteigert statt abgebaut und hierdurch **öffentliche Interessen** gefährdet werden.

Mit welchem Rechte darf die Kakaowirtschaftsstelle durch sogenannte Fabrikations- und Normalisierungs-Bestimmungen einen Preisabbau verhindern? Preise werden durch Angebot und Nachfrage reguliert! Das Angebot in Kakaopulver ist z. Z. größer als die Nachfrage und daher das dringende Verlangen der Verbraucher auf **Preisabbau vollauf gerechtfertigt.**

Mit welchem Rechte wird von der Kakaowirtschaftsstelle überhaupt **nach Willkür** einzelnen Handelsgesellschaften Packungserlaubnis erteilt und andern verweigert? Daß dies geschieht, stellen wir unter Beweis.

Außer den Kakaofabriken haben weite Kreise des Handels, z. B. Kaffeeröstereien **schon in Friedenszeiten ihre eigenen Kakaopackungen in den Handel gebracht.**

Infolge der enormen Zoll- und Goldzollzuschlagbelastung des Kaffees und des hierdurch bedingten Verbrauchsrückganges kämpfen diese Kreise schwer um ihre Existenz. Sie können es einfach nicht verstehen, weshalb man ihnen das Vertrauen, ihr Kakaopulver in ihre eignen Packungen — vielfach eingetragene Marken — einzufüllen vorenthält, während die Kakaofabriken dies für sich in Anspruch nehmen.

Euer Exzellenz kennen also die Ursachen der Erbitterung weiter am Kakaohandel interessierter Firmen.

Unterzeichneter Verein **rechnet daher auf Maßnahmen zur schleunigen Beseitigung der Kakao-Wirtschaftsstelle, die als einseitige Interessenvertretung durch ihr Weiterbestehen dem deutschen Wirtschaftsleben nur zum Schaden gereichen kann.**

Verein der Kaffee-Grossröster u.-Händler e. V. Sitz Hamburg
Arthur Darboven, I. Vorsitzender. 137

Wegen Elektrisierung

sofort verkäuflich garantiert betriebsfähige

600 P. S. dreifache Expansions-Dampfmaschine

liegend, 12 Atm Dampfdruck, mit Kondensation unter Flur, zwangläufiger Ventilsteurung, Riemscheiben, Schwungrad 4500 mm Ø, 100 Umdrehungen mit Gegenscheibe, Transmission und Riemen

600 P. S. dreifache Expansions-Maschine

12 Atm. Dampfdruck, stehend, mit Kondensation unter Flur, Ventilsteurung, Riemscheiben,

gekuppelter Dynamomaschine

für 1500 Amp., 110 Volt Gleichstrom. (589
Angeb. unter W K 2584 an die Exp. d. Bl

Reparaturstellen u. Ladestationen

„Varta“
Abteilung der
Accumulatoren-Fabrik A.-G.
Zweigbureau Köln, Spichernstr. 10
Fabrik Hagen i. Westf.
Rep.-Stelle **Frankfurt a. M.,** Melseng. 30
Verzeichnis
der Ladestat. u. Reparaturstellen unserer Kunden über ganz Deutschland auf bes. Anfrage. (9c

---

Wegen Anschaffung eines größern Hammers steht zum Verkauf
1 gebrauchter Yaeckly-Luftdruckhammer
von 100 Kilo Bärgewicht und
1 gebrauchter Bêché-Luftdruckhammer
von 75 Kilo Bärgewicht
Die Maschinen sind wenig gebraucht und in sehr gutem Zustande.
Anfragen unter A W 3280 an die Exped. dieses Blattes. 215

Modern eingerichtete
Maschinenfabrik und Eisengießerei

im besetzten Gebiet übernimmt noch Lohnarbeiten für Drehbänke, Rundschleifmaschinen, Hobel- und Fräsmaschinen, Horizontalbohrwerke usw. Gegebenenfalls kann Grauguß mitgeliefert werden
Angebote unter N Z 3448 an die Exp. rc

Eine gebrauchte noch sehr gut erhaltene
Sauggasmaschinenanlage

von 55 P. S. mit Generator und allen nötigen Apparaten u. Rohrleitungen wegen Anschlusses an eine elektrische Zentrale

zu verkaufen.

Die Maschine ist von der Firma Gebr. Körting, Hannover, erbaut und ist bis auf weiteres noch in Betrieb zu besichtigen.
Anfragen unter A V 3279 an die Exp. (215

Reine Hochglanzfettverzinnung.

Verzinnen von Milchgeräten, Kannen usw., Metzger- u Bierbrauerei-Artikeln all. Art. Stets Kannen auf Lager.
S. H. Guhsmann, Geistingen
Station: Henner (Sieg) (223

Größere Posten
englischer Isolatoren

teils Porzellan, teils Ton, billigst abzugeb. Muster stehen zur Verfügung.
Anfragen unter J 488 an die Ann.-Exp. **D. Schürmann, Düsseldorf.** (472

Feuerfesten Zement

empfiehlt 390
Aug. Contzen, Godesberg
Schamotte-Steine
Gegr. 1884. **Fabrikation feuerfest. Zemente.**

Ab Lager lieferbar:

Ca. 1000 kg Itplatten, 2 u. 3 mm
Ia Auslandsware, p. kg 34,50 ℳ
ca. 600 kg Burgmannpackung, 8—22 mm
gut sortiert, p. kg 42 ℳ
ca. 300 kg Hanftalgpackung, 12—24 mm
gut sortiert, p. kg 23,50 ℳ
Gefl. Anfr. u. C 482 an die Ann.-Exped. **D. Schürmann, Düsseldorf.** 472

Ausland-Patente.

Epochemachende Erfindung, anerkannt von ersten Autoritäten, soll in allen Auslandstaaten verkauft werden. Der betr. Artikel wird bereits fabriziert und erreichte, infolge der Bedarfsnotwendigkeit desselben, innerhalb 6 Monaten nachweisbar. Umsatz von 9 Millionen Mark. Es können entweder die Fabrikationsrechte oder auch das Verkaufsmonopol erworben werden. **Selbstreflektanten resp. Firmen mit Ia Beziehungen** zu kapitalkräftigen Auslandfirmen erfahren Näheres unter B B 1792 an **Werbesentrale Lloyd. Berlin NW 7** 11

Empfehle mein großes Lager
Briefmarken

der klassischen Ausgaben. Suche zu kaufen Briefmarken der alten Ausgaben in feinster Erhaltung.
Victor Franck
Köln-Lindenthal, Lindenburger Allee 37.
Fernruf A 567. (538

Meißner Porzellangeld!
Mehrere kompl Sätze von **Sachsen 1920** (sehr selten). **Sachsen 1921, Reichsgeld 1920** (braun und weiß) hat abzugeben (47
Wenke, Dresden, Theresienstraße 7.

Export nach Holland.

Alte deutsche Firma, in Holland ansässig, mit besten Verbindungen zu Baukreisen, übernimmt die Vertretung lieferungsfähiger Häuser, kauft evtl. auch für eigne Rechnung. Detaill. Angeb. u. K P 2075 an Ann.-Exp. Rudolf Mosse, Köln a. Rh. *47

Günstige Gelegenheit für Exporthäuser.

Deutsche Firma, kein Speditionshaus, stellt ihr Zweiggeschäft in
Holland
zur Lagerung, Versand und Durchfuhr von Waren zur Verfügung. Befähigtes Personal, Bureau, ausgezeichnete Lagerräume usw. vorhanden. Sitz des Hauptgeschäfts in der Nähe von Köln, wo jede Auskunft erteilt wird
Angeb. unt. A Z 3283 an die Exp. d. Bl. (708

Südamerika.

Bereise ab August d. J. Ost- und Westküste von Südamerika und nehme noch **Muster u. Aufträge** mit gegen Provision und Spesenzuschuß. Alle bedeutenden Plätze werden besucht.
Angebote unter Z Z 3265 an die Exp. d. Bl. (9r

Sorglose Existenz!

Angesehene, leistungsfähige Fabrikationsfirma bietet fleißigen u organisationsgewandten Kaufleuten günstige Gelegenheit zur Schaffung solider Dauerexistenz Es handelt sich um Uebernahme des Alleinverkaufs für erstklass., patentamtlich geschützte Artikel auf rechtschaffener, risikoloser Basis.
Nur ernsthafte Reflektanten, welche Garantieleistung bieten können, wollen sich wenden unt. P Q 755 an die Ann.-Exp. **Salomonski, G m b H., Berlin,** Leipziger Str. 101/102. (118

Speck-Angebot.

Offerieren ca. 5 Waggons Ia dicken
Rückenspeck
20/30er frische weiße Ware, rollend auf Köln. Abgabe nicht unter 5000 Kilo.

Ab unsern Lagern Köln oder Rotterdam Ia nordamerikanischer
Schmalz
aller Packungen, franko u. zollfrei jeder deutschen Station.
Fleisch- u. Fett-Konzern Köln, Neumarkt 37
Drahtanschrift: **Fettkonzern.** Tel.: A 8492. (9t

Burger Brezel- und Zwiebackfabrik

sucht **Großabnehmer** od. **Vertreter** an allen Plätzen. Angeb. u. H 26 Agtr. **Köln,** Hansaring 100. (631

Minerva-Rhenana. 28. VI. 10., 1. Joh.-Fest Fest u. Taf.

Deutsch - engl. sowie engl.-deutsche Uebersetzungen all Art werd. schnellstens und unter strengst. Diskret. ausgeführt. Ang. unt G 31 an die Agtr. d. Bl Köln. Marsplortengasse 4. 1632

Empire-Salon

in feinster Ausführung, Sofa, 2 Sessel, 2 Stühle mit seidenen Bezügen, Vitrine und Tisch, alles mit Pariser Bronzebeschlägen, veränderungshalber abzugeben; auf Wunsch auch Kronleuchter, seidene Wandbekleidung u Fensterdekorationen, alles stilgerecht. Angebote unter B N 3296 an die Expedition d. Ztg. erbeten 371

Pianola (Vorsetzer)

Fabr. Ibach, fast neu, mit 23 Originalrollen, äußerst preiswert zu verk. (472
Hülsebusch, Düsseldorf
Kreuzstraße 51

Strad. varius-Geige

aus Privathand zu verk.
Lehmann, Köln-Deutz
Adolfstr. 33. 1632

Silb. Tafelbestecke

je 1 Dtzd Eßmesser, Gabeln und Löffel, je 1 Dtzd. Dessertmesser, Gabeln und Kaffeelöffel, schwer versilbert, 90 gr Auflage, ungebraucht, verkauft zusammen für den billigen Preis von 2150 ℳ (472
Frau Friedaschulte, Düsseldorf, Kronprinzenstr. 62.

Münzensamml.-Liebhaber, kurfürstl. sächsischer Golddukaten vom Jahre 1816 ist zu verkaufen.
Waltner Wagler, Duisburg, Breite Str. 31.

Großhandlung

sucht
Vertretungen
Neuerungen o. Spezial-Werkzeuge für Schlossereien u. Fabriken
Muster erwünscht.
Juli-Gewerbe-Ausstellung.
Angeb u. K G 1642 an die Exped. d. Bl. 612

Suche Holzbearbeitungsmaschinen:
1 Bandsäge, 1 Abrichthobel, 1 Dicktenhobel, 1 Kreissäge, 1 Fräsmasch., 1 Elektromotor zu kaufen.
Eilangeb. unt. B N 2665 an die Exp. d. Bl (601

Für die Zeit vom 10. Juli bis 1. September
tadelloser, großer
Touren-wagen
mit Verdeck
nebst zuverläss. Chauffeur zu mieten gesucht.
Gefl Angeb. m. Beschreibung des Wagens, Preis usw sind zu richten an
Stachelhauser Stahl- u. Walzwerke Hessenbruch & Cie. Remscheid. (318

Deutz-Limousine

mit Pugatti-Motor 23/40 P. S., 6 sitz., 6 fach bereift, abnehmbare Felgen, mo erne Karosserie bester Reisewagen, vorz Bergsteiger, äuß. sparsa Verbrauch, mit allem Zubehör u. Zulassung, für 73 Mille zu verk. Standort Köln. Angeb. unter R 640 an Ann.-Exp. **Rostetzky, Bonn.** (404

Lastkraft-wagen

4 Tonnen, gummibereift, fahrtertig, billig abzugeb. oder gegen klein. Personenwagen zu vertauschen
Näheres bei Fuhrunternehmer **Pape, Köln,** Lautengasse 9, an d. Jahnstraße. Tel. B 115. 501

Gut erhalt 1½—2 t
Kastenlieferwagen
zu kaufen gesucht.
Angebote mit Größenangaben unter O F 3374 an die Exp erbeten. (ob

---

Zu verkaufen:
410 gebrauchte Vollgummireifen
engl. Dimensionen, 75% brauchbar. Durchschnittliches Gewicht 35 Kilo. Alle zusammen 40 000 ℳ, kein Einzelverkauf. Kein Verkauf an Zwischenhändl. Alle Partikulars bei (9r
Ex. Lieut. W. J. Cooper Köln, Hotel du Nord.

Ca. 75 qm gußeis. Plattenbelag

gebraucht, aber gut erhalten, einseitig waffelförmig geriffelt, ab linksrheinisch. Station abzugeb.
Otto Wittich (194
G. m b H. **Bochum.**

Rohkalkstein

98%
arbeitstägi ca. 150 Tonnen
zu kaufen gsucht.
Nur äußerst gestellte Angebote unter H T 231 an die Ann.-Exped. **Herfert & Sarx,** G. m. b H., **Siegen i. W.,** ind. Berücksicht (199

Erstklass. Reitpferd
Goldfuchs, 8—9jähr., 1.68 m hoch, langschweifig, ganz hervorragender Springer, weil überzählig abzugeben. Preis 14 000 ℳ Ebenso eine 6jährige 503

Halbblutstute
Vater Schill, Goldfuchs mit weißen Beinen, geritten u. gefahren, hat abzugeben.
Gerwin Schmitz. Station Harff. Teleph Bedburg 103.

---

2 schwere Pferde
(Fuchsgespann)
1 leichtes Pferd
(Rappe)
verkauft
Lebensmittelabteilung in Höhscheid. (215

Adelige kath. Wwe. o. K., eig. Besitz., adopt. gegen Erz.-Beitrag. Ang. u. K Z 1034 an d. Exp. d. Bl. (9s

Freitag, 24. Juni 1921.

Verantwortlich für den allgemeinen Teil: Hans Berens; für den Handelsteil: Ph. Lemcke; für den Anzeigenteil: A. Friedrich; Verleger und Drucker M. DuMont Schauberg; alle in Köln.

Kölnische Zeitung

Beilage zur Abend-Ausgabe. — Nr. 451a

(Liegt zum Teil der Ersten Morgen-Ausgabe des folgenden Tages bei)

Berliner Börse vom 24. Juni.

Festverzinsliche Wertpapiere.

5% D. Rchs-Schtz. II 15	99,80 b	4% Pr.kons.Anl.	70,25 b	4% Köln. St.-A. 12	—,—
5% „ „ III 17	99,80 b	3½ „ „ (Staff.-A.	60,75 b	3½ „ „	87,50 b
4½ „ „ IV-V 16	84,50 b	3½ „ „	60,10 b	4% Pr. C.-B. Pfd. 99-10	88,50 b
4½ „ „ VI-IX (Aufg.)	72,20 b	3½ „ „	56,10 b	4% „ „ „	12 95,75 b
4½ „ „ fällig 1924	95,— b	4% Bayern	77,60 b	4% „ „ „ K.-Sch. 08	89,60 b
5% Deutsche Reichsanl.	77,50 b	3½ „	65,— b	4% Rh.-W. B. Pfd. I-XIIa	88,75 b
4% „ „	77,25 b	3% „	62,25 b	4% „ „ XIII	91,50 b
3½ „ „	69,70 b	4% Hessen	73,— b	4% „ „ XIV	101,— b
3% „ „	75,75 b	3½ „	62,75 b	3½ „ „ II-VI	80,10 b
4% Schutz-Gebiets-Anl.	71,— b	3% „	54,80 b	4% „ „ Kom.-Sch.	101,50 b
Deutsch. Sparprām.-Anl.	85,50 b	4% Rheinpr.-Anl. 20, 21	94,— b	4% Westd. B.-K. Pfd. I-X	93,— b
5% Pr. St.-Schtz. I. 1922	99,50 b	3½ „ „ 3, 4, 10 usw.	82,— b	4% „ „ XI	99,— b
4½ „ „ „ 1934 (Hib.)	—,—	4% Köln. St.-A. 00, 06, 08	92,75 b	3½ „ „ III, IV, IX	84,— b
4% „ „ „ (auslosb.)	88,50 b				

Bankaktien.

Badische Bank	—,—	Deutsch-Asiatische Bank	432,50 b	Oesterr. Länderbank	77,— G
Bank für Brau-Industr.	180,— b	Deutsche Bank	322,50 b	Pfälzische Bank	172,— bG
Bank für Thüringen	—,—	„ Eff. u. W.-Bank	—,—	Preuß. Bodenkr.-Bank	133,75 bG
Barmer Bankverein	154,— bG	„ Nationb. Kom.	—,—	„ Centr.-B.-Credit	144,— b
„ Kreditbank	219,— b	Deutsch-Uebersees Bank	670,— b	„ Hypothekenbank	119,75 bG
Bayrische Handelsbank	—,—	Disconto-Commandit	270,50 bG	„ Pfandbriefbank	130,50 bG
Berg.-Märk. Industrie	158,— b	Dresdner Bank	227,— b	Reichsbank	145⅞ b
Berliner Handels-Ges.	211,50 b	Essener Credit-Anst.	188,50 b	Rheinische Creditbank	—,—
„ Hypoth.-Bank	101,50 bG	Grundkredit Gotha	152,75 b	Rhein.-Westf. Boden-Cr.	118,50 G
Brasilianische Bank	180,— bG	Hamburger Hyp.-Bank	—,—	Sächsische Bank	284,— bG
Braunschweig. Bk. u. K.	166,— bG	Leipziger Credit-Anst.	184,75 b	Schles. Bod.-Kred.-Bk.	113,25 bG
Brnschw.-Hann. Hyp.-B.	—,—	Luxemburger Internat.	240,— b	Siegener Bank	—,—
Centralbank für Ebw.	—,—	Mitteld. Creditbank	166,50 G	Süddeutsche Diac.-Ges.	—,—
Chemnitzer Bankverein	—,—	„ Privatbank	209,— G	Vereinsbank Hamburg	183,75 bG
Comm.- u. Privat-Bank	211,— bG	National-Bank Deutschl.	182,— bG	Westd. Boden-Credit-A.	—,—
Dänische Landm.-Bank	—,—	Norddeutsch. Grundkred.	—,—	Wiener Bankverein	40,25 bB
Danziger Privatbank	180,50 bG	Osnabrücker Bank	172,— bG	„ Unionbank	38⅞ b
Darmstädter Bank	177,25 bG	Ostbank f. Hand. u. Gew.	158,75 bG	Württemb. Bank-Anst.	—,—
Dessauer Landesbank	150,— bB	Oesterr. Creditanstalt	61,— b	„ Vereinsbank	—,—

Deutsche Eisenbahnen.

Aachen-Mastrichter	—,—	Elektr. Hochbahn 5% vVrz.	94,50 b	Lübeck-Büchener	173,— bG
Genußscheine	—,—	Krefelder Eisenbahn	—,—	Schantungbahn	551,— b
Elektrische Hochbahn	99,50 b				

Deutsche Klein- und Strassenbahnen.

Aachener Kleinbahn	—,—	Altenaer Schmalespurb.	—,—	Hamburger Hochbahn	96,25 G
A. E. G. Schnellbahn	—,—	Barmen-Elberf. Strb.	—,—	Hannov. Straßenb. V.-A.	—,—
„ Lit. A. Vrz.	—,—	Bochum-Gelsenk. Strb.	—,—	Süddeutsche Eisenbahn	114,50 bG
Allg. Deutsche Kleinb.	73,50 bG	Deutsche Eisenbahnbetr.	108,— G	Ver. Eisenb. u. B.-G.	—,—
Allg. Lokal- u. Straßenb.	129⅝ b	Gr. Kasseler Straßenbahn	—,—		

Ausländische Eisenbahnen.

Oest.-Ung. Staatsbahn	126,— bG	Canada-Pacif. Abl.-Sch.	550,— b	Luxemb. Prinz Heinrich	—,—
Baltimore & Ohio	453,— b				

Schiffahrtsaktien.

Argo, Dampfschiffahrt	740,— b	Hamb.-Südam. Dpfsch.	—,—	Norddeutscher Lloyd	150,— B
Deutsch-Austral. Dmpf.	400,— b	Hansa, Dampfschiffahrt	—,—	Schles. Dampfer-Co.	—,—
Hamburg-Amerika-Pak.	170,50 b	Kopenh. Dpfsch. Lt. C	—,—	Ver. Elbeschiffahrt	347,50 b

Brauereien.

Deutsche Bierbrauerei	283,— b	Düsseldorfer Höfelbr.	385,— b	Reichelbräu	—,—
Schultheiß	480,— b	Germania-Br. Dortmund	400,— b	Schlegelbr. Bochum	338,— b
Bochumer Viktoria	—,—	Glückauf Gelsenkirchen	—,—	Schöfferhofbrauerei	260,— b
Dortmunder Aktienbr.	505,— b	Leipzig. Riebeck	—,—	Schwabenbräu Düsseld.	350,— b
„ Union	602,— b	Müser Langendreer	327,— b	Wicküler Küpper	370,— b

Kolonialwerte.

Deutsch-Ostafrika	180,— b	Neu Guinea	470,— b	Otavi-Genußscheine	420,25 b
Kamerun-Eisenb.-G. A.	184,— bG	Otavi-Minen u. Eb.	458,— b	South W. Africa Anl.-Sch.	191,50 b

Schlusspreise im freien Verkehr. (Ohne Gewähr.)

	24./6.	23./6.		24./6.	23./6.		24./6.	23./6.
Deutsche Masch.	355	345	Becker Stahl	285	276	Benz junge	205	198
dsgl. junge	—	—	Flender	360	358	Goertz Opt.	355	355
Hansa-Lloyd	134	134	Halbach	280	276	Meyer Spiritus	500	505
Mend. & Schwerte	—	—	Kabel Rheydt	560	560	Meyer-Kaufmann	249	248
Glückauf	325	310	Phönix Braunk.	—	—	Textil Meyer	213	215
Trierer Walzwerk	525	528	Scheidemandel	640	640	L. Ganz	244	—
Lamberts & May	—	—	R. Wolf	300	293	Rhenania	795	795
Elite	312	305	Benz alte	213	210			

Die Börse schloß fest. Phönix zum Schluß weiter fest 766. Rheinische Braunkohle wurden weiter stark gekauft, und zwar anscheinend von einer Seite; der Kurs stieg nach vorübergehender Abschwächung auf 760. Deutzer Gas 334¾, Hüttenwerke Kayser 393, Hackethal 401, Vogel Draht 544¼, Arenberg 1040, Hoesch 864, Kölner Gas Vorzugsaktien 184, Aktien 162.

Am Einheitsmarkt trat wieder ein Umschwung ein. Die Tendenz war fest, Rückkäufe in den gestern abgeschwächten Papieren gingen mit starken Käufen des Publikums Hand in Hand. Die Festigkeit erstreckte sich auf alle Arten von Werten, Maschinen-, Braunkohlen-, Porzellan-, Chemische, Zellstoff-, Zucker- usw.-Aktien. Im einzelnen waren u. a. höher: Deutsche Eisensignal 10, Rückforth 15, Varziner Papier 8, Stralsunder Spielkarten 25, Schönebeck Metall 10, Wessel Verz. 5, Ver. Glanzstoffabrik 18, Deutsche Wolle 10, Markt- und Kühlhallen 6, Warsteiner Gruben 16, Zeitzer Maschinen 25, Bremer Wolle 7, Staßfurt Chem. Fabrik 20, Fürther Tafelglas 31½, Stöhr Kammgarn 11, Tuchfabrik Aachen 15, Reichelt Metall 18, Hotelbetriebsges. 16, Ottensener Eisen 9, Heine & Co. 25, Vogel 13, Hindrichs & Auffermann 27, Fröbeln Zucker 10, Zellstoff Verein 17, Braunschweig. Kohlen 45, Luther Masch. 24, Baroper Walzwerk 12, Union Chem. Fabrik 8, Spinn & Sohn 15, Fraustadt Zucker 28, Fafnirwerke 15, Concordia Chem. Fabr. 6, Busch Opt. 10, Amme-Giesecke & Co. 10, Gildemeister 15, Schles. Textil 5, Rositzer Braunkohlen 23, Hackethal 17, Breitenburg Zement 10, Saxonia Zement 12, Gaggenauer Eisen 5, Ver. Nickelwerke 6, Stöwer 9%. Niedriger dagegen waren u. a.: Em.. Ullrich 8, Breslauer Sprit 9, Excelsior Fahrrad 12, Alfeld-Masch. 10, Egestorff Masch. 5, David Richter 17, Ohles Erben 6, Tecklenborg 5.

Kursnachträge und Berichtigungen vom 23. Juni: 4proz. Preuß. Central-Boden-Pfdbr. 99-10 88,50bG, desgl. 12. 95,50bG, desgl. K.-Sch. 08 89,50G. Barmer Bankverein 150%bG, Hamb.-Südam. Dampfsch. 344,75b. Hansa Dampfsch. 278,75b, Braunschweig. Kohle 580G, Breitenb. Portland 271bG, Deutsche Babcock & W. 615b, Höchster Farbwerke 329b, Nordd. Jute-Sp. V.-A. L. B 490,50b, Ohles Erben E. F. 305b, Rhein. Elektrizität 230bG, Rhein. Möbelstoffweb. 471b, Westd. Jute 392b, Westeregeln Alkali 422,50b, desgl. V.-A. 101G, Westf. Draht Hamm 264b. Wissener H. Metall 790bG.

* **Verspätete Kursfeststellung an der Berliner Börse.** Seit einigen Tagen herrscht am Einheitsmarkt der Berliner Börse ein außerordentlich reger Verkehr, so daß die Kursmakler mit Aufträgen überhäuft sind. Dadurch verzögert sich die Kursfeststellung der Werte am Einheitsmarkt beträchtlich und damit natürlich auch die telegraphische Uebermittlung der Kurse. Es ist daher vorläufig nicht möglich, den Kurszettel der Berliner Börse vollständig in der Beilage zur Abend-Ausgabe zu veröffentlichen; es wird sich vermutlich aber nur um einen vorübergehenden Zustand handeln. Wenn irgend möglich, werden wir den vollständigen Kurszettel wieder wie bisher in der Beilage zur Abend-Ausgabe erscheinen lassen.

◔ **Preise in der Elektrotechnik.** Die Preisstelle des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie beschloß, die in den letzten Monaten abgebauten Preise im allgemeinen unverändert zu lassen.

◔ **Gewerkschaft Roßleben.** Die G.-V. der zur Westeregelngruppe gehörenden Gewerkschaft setzte die Beschlußfassung über die Beschaffung von neuen Betriebsmitteln aus. Einer neuen im Herbst stattfindenden G.-V. soll der Antrag auf Genehmigung einer Zubuße vorgelegt werden.

* **Geschäftsergebnisse.** Automat, A.-G. in Köln. Nach 17 801 ℳ (i. V. 35 000 ℳ) Abschreibungen verbleiben 41 103 ℳ (51 121 ℳ) Reingewinn, aus dem 6% (7%) Dividende verteilt und 9740 ℳ (13 637 ℳ) vorgetragen werden. — Die A.-G. für landwirtschaftliche Maschinen in Würzburg teilt mit, daß sie bis Ende Juni fast ausschließlich auf Vorrat arbeitete, dann den Betrieb im übrigen so viel wie möglich einschränkte, indessen trotzdem durch den weiter anhaltenden Absatzmangel zu einer vorübergehenden Schließung gezwungen wurde. Die Verhältnisse verursachten auch ein Zurückgehen der Preise. Aus 46 007 ℳ (i. V. 95 361 ℳ) Reingewinn sollen auf 620 000 ℳ Aktienkapital 5% (10%) Dividende ausgeschüttet und 5007 ℳ (8362 ℳ) vorgetragen werden. Der Auftragsbestand im Dezember 1920 ist im Vergleich zur selben Vorjahrszeit auf 0,39 ℳ (1,27) Mill. Mark zurückgegangen. — Die Anton & Alfred Lehmann, A.-G. in Berlin-Niederschöneweide, erzielte einschließlich 83 490 ℳ (1 320 147 ℳ) Vortrag nach 69 084 ℳ (88 579 ℳ) Abschreibungen einen Reingewinn von 601 141 ℳ (458 197 ℳ), woraus 10% (wie i. V.) Dividende sowie eine Sondervergütung von 20% (10%) gezahlt und 89 273 ℳ vorgetragen werden.

* **Crédit Lyonnais.** Der Abschluß für 1920 ergibt einen Reingewinn von 39 213 762 fr, wozu noch 10 910 405 fr Vortrag aus dem Vorjahr treten. Die Dividende beträgt diesmal 70 fr (i. V. 60 fr, 1918 45 fr und 1917 40 fr) auf die Aktie von 500 fr Nennwert; sie nimmt 35 Mill. Franken in Anspruch. Es verbleiben demnach als Uebertrag auf das nächste Jahr 15 124 167 fr. Im Berichtsjahr wurde in Metz eine Niederlassung eröffnet. Da in Elsaß-Lothringen deutsches und französisches Recht gleichzeitig in Geltung sind, ergeben sich aus diesen Verhältnissen zuweilen Schwierigkeiten, die man aber bald auszuräumen hofft.

Drahtberichte vom 24. Juni.

⚓ **Nürnberg.** Die A.-G. Brauhaus Nürnberg hat die Evora-Brauerei (Evora & Meyer) in Fürth käuflich erworben und wird sie mit Wirkung vom 1. Juli an übernehmen und auf eigne Rechnung weiterführen.

25 **Stuttgart.** Die Neckar-A.-G. wird die 5proz. mündelsichern, zur Ausführung des ersten Bauteils des Neckarkanals bestimmten 350 Mill. Mark Teilschuldverschreibungen zu 99% ausgeben.

Geld- und Wechselmarkt.

Berlin Wechsel	24. Juni G	24. Juni B	23. Juni G	23. Juni B	Wechsel	24. Juni G	24. Juni B	23. Juni G	23. Juni B
Holland	2370,10	2374,90	2366,60	2371,40	Paris	573,40	573,60	571,40	572,60
Belgien	570,40	571,60	572,40	573,60	Schweiz	1215,75	1216,25	1200,25	1202,75
Norwegen	1025,95	1028,05	1024,95	1027,05	Spanien	945,05	946,95	940,05	941,95
Dänemark	1213,25	1215,75	1216,25	1218,75	Wien alte	—,—	—,—	—,—	—,—
Schweden	1603,35	1606,65	1597,40	1600,60	„ abgest.	13,48	13,52	12,73	12,77
Helsingfors	117,10	117,40	119,85	120,15	Prag	98,40	98,60	97,40	97,60
Italien	342,15	342,85	346,65	346,35	Budapest	27,57	27,63	27,97	28,05
London	269,075	269,675	268,20	268,80	Bulgarien	—,—	—,—	—,—	—,—
New York	72,045	72,205	71,545	71,705	Türkei	—,—	—,—	—,—	—,—

Webstoffe.

= **Bremen,** 24. Juni. 1 U. *Baumwolle* 19,30 ℳ (zuletzt 19,25 ℳ).

Metalle.

Berlin.	24./6.	23./6.	Metalle.	24./6.	23./6.
Kupfer 99/99,3% raff.	1710–1725	1710–1725	Zinn, Banka	4750	4675
Hüttenweichblei	615–625	610–615	Zinn, Straits	4650	4550–4600
Hüttenrohzink	750	745	„ Austral	4650	4650
Originalrohzink ab Oberschl.	715–720	700	Hüttenzinn, 99%	4450	4400
Plattenzink, raffelted	475–485	465–475	Reinnickel, 98/99%	4150	4100
Aluminium 98/99%, gk. Bl.	2675	2625	Antimon-Regulus	700	700
„ Walz- o. Drahtbarren	2775	2725	Silber i. Barr. etwa 900 fein	1330–1340	1340–1350

Oberschlesien.

Der Erfolg der parlamentarischen Abordnung.

Der eingewickelte Jouhaux.

○ **Berlin,** 24. Juni. (Telegr.) Über das Ergebnis der Reise nach Oberschlesien, die eine parlamentarische Abordnung unter der Führung des Freiherrn v. Maltzahn aus dem Auswärtigen Amt ausgeführt hat, erfahren wir, daß beim Eintreffen der Kommission schon nicht mehr über den ursprünglichen Räumungsplan, sondern über einen in einzelnen Punkten etwas abgeänderten Plan verhandelt wurde. Die amtlichen Stellen betonen, daß sich kein Gegensatz herausgestellt habe zwischen der Auffassung des oberschlesischen Zwölferausschusses und der von der Reichsregierung für notwendig gehaltenen Politik. Es wurde festgestellt, daß mit dem Räumungsplan keine neutrale Zone geschaffen werden solle, sondern daß es sich um eine wirkliche Räumungsaktion handle. Auch was die Einrichtung einer zentralen Polizeigewalt und die restlose Entfernung der von den Aufrührern eingesetzten Behörden anlangt, erhielt die Abordnung beruhigende Erklärungen. Der Eindruck, den die Abordnung hierher mitgebracht hat, daß diesmal auf der Seite der Interalliierten Kommission der ernstliche Wille bestehe, zu säubern, gründet sich vorläufig natürlich nur auf Erklärungen, deren Erfüllung durch Taten abgewartet werden muß. Man kann nicht sagen, daß das oberschlesische Volk und die deutsche Öffentlichkeit mit dem Vertrauen auf gegebene Zusagen bis jetzt gute Erfahrungen gemacht hätten. Der Plan, auf den sich Henniker und General Höfer jetzt geeinigt haben, bedarf immer noch der Bestätigung und Genehmigung durch die Interalliierte Kommission. Diese Bestätigung ist wohl demnächst zu erwarten.

In der letzten Zeit war das Aufruhrgebiet von Vertretern der Amsterdamer Internationale, und zwar Fimmen (Amsterdam) und Jouhaux (Paris), dem Führer des Allgemeinen Arbeitsbundes, bereist worden. Jouhaux hatte einem Vertreter des Vorwärts über seine Eindrücke Mitteilungen gemacht und eine schriftliche Erklärung im Einverständnis mit Fimmen hinterlassen. Im allgemeinen versuchte dabei Jouhaux, die Frage der Schuld an den Zuständen zur Seite zu schieben und glaubte feststellen zu können, daß sich die Vertreter der deutschen Parteien seit einigen Tagen auf dem Holzwege befänden und Gefahr liefen, die starken Sympathien, die Deutschland durch seine bisherige Haltung in Oberschlesien sich erworben habe, in ungeschickteste Weise zu verscherzen. Als bezeichnend für diese gefährliche Betrachtungsweise wurde ein Ausspruch des deutschen Bevollmächtigten bei der Interalliierten Kommission in Oppeln, des Grafen Praschma, angegeben. Er habe die Vertreter der Amsterdamer Internationale erstens sehr schlecht behandelt, habe sie dreiviertel Stunden lang warten lassen und sie nach zehn Minuten wieder verabschiedet. Er habe absoluteste Unversöhnlichkeit gezeigt. Auf den Einwand von Jouhaux, daß die Unterdrückungspolitik, die Graf Praschma empfehle, an sich schon wegen der verhältnismäßig geringen Truppenzahl, über die die Interalliierte Kommission verfüge, schwer durchzuführen sei, habe er geantwortet, die Alliierten Truppen hätten ja Tanks. Jouhaux glaubt nun den Vorwurf erheben zu können, daß Graf Praschma und seine Umgebung das oberschlesische Problem lediglich mit Tanks lösen wollten. Heute macht nun der Vorwärts zu den Bemerkungen von Jouhaux geltend, daß nach der Darstellung der beiden Vertreter der Internationale diese von Korfanty und Lerond eingewickelt worden seien. Der Vorwärts selbst kommt zu dem Schluß:

Den Vertretern der Gewerkschaftsinternationale scheint entgangen zu sein, daß unter der Fuchtel des polenfreundlichen Herrn Lerond der Versöhnungswille der oberschlesischen Bevölkerung bis an das Maß des Menschenmöglichen gegangen ist. In den Tagen, als man in Oppeln um die Räumung und ihre Bedingungen stritt, waren es die Vertreter der von den polnischen Gummiknüppeln bedrohten Arbeiterschaft des Zentralreviers, die auf eine Versöhnungspolitik hindrängten. Dagegen haben die polnischen Gewerkschaften Oberschlesiens die Unterzeichnung eines gemeinsamen Beruhigungsaufrufes abgelehnt! In der oberschlesischen wie in jeder andern Frage der auswärtigen Politik lehnen wir jede unsachliche Prestigepolitik selbstverständlich ab. Aber wir hatten von den Vertretern der Gewerkschaftsinternationale auch nur ein Wort der Mahnung an die polnischen Gewerkschaften des Aufstandsgebiets erwartet. Wir haben es bisher nicht gehört.

Rein sachlich bemerkt, wie wir hören, Graf Praschma zu den Ausführungen von Jouhaux, daß der Empfang der Vertreter der Internationale sich nicht auf bloß zehn Minuten erstreckt habe, sondern daß er mit ihnen ausführlich drei viertel Stunden lang über das oberschlesische Problem gesprochen habe. Sie hätten etwas auf ihn warten müssen, weil er gerade mit Marini verhandelt habe, und am Schluß der Unterredung mit den Arbeitervertretern sei er zu einer Verhandlung mit der Interalliierten Kommission abberufen worden. Jouhaux gegenüber habe er auf dessen Bedenken geantwortet, nach seiner Ansicht verfüge die Interalliierte Kommission über genügend Machtmittel, um die Aufruhrbewegung unblutig zu liquidieren; der Hinweis von Jouhaux auf die geringe Truppenzahl erscheine ihm nicht durchschlagend, da diese Truppen über eine sehr starke Bewaffnung, u. a. auch Tanks, verfügten. Die deutschen Arbeiter aber würden nicht begreifen, wenn die landfremden Unruhestifter straffrei ausgingen.

Eine Eingabe der Beamtenschaft.

WTB **Kattowitz,** 24. Juni. (Telegr.) Der Bund der oberschlesischen Beamtenschaft hat am 16. ds. Mts. an die Interalliierte Kommission folgende Eingabe gerichtet:

Die im Bunde der oberschlesischen Beamtenschaft organisierte Beamtenschaft hat sich am Tage der Verwaltungsübernahme Oberschlesiens, am 11. Februar 1920, in den Dienst der Interalliierten Kommission gestellt und arbeitet seitdem nach deren Anweisung in loyaler und treuer Pflichterfüllung. Dafür wurde die Wahrung des Gesetzes der Freiheit und Gerechtigkeit in der feierlichen Bekanntmachung vom 11. Februar 1920 versprochen. Seit dem 3. Mai 1921 befindet sich die oberschlesische Beamtenschaft des Aufruhrgebiets in einer unbeschreiblichen Lage. Die Beamten der unter dem unmittelbaren Befehl der Interalliierten Kommission stehenden Landjägerei sind aus ihren Dienstorten vertrieben. Viele sind bedroht, verschleppt, mißhandelt oder ermordet worden. Die Beamten der ebenfalls unmittelbar der Interalliierten Kommission unterstellten Spezialpolizei stehen gleichzeitig unter dem Kommando der polnischen Gendarmerie und der Interalliierten Kommission, z. B. in den Gemeinden Laurahütte und Schoppinitz des Landkreises Kattowitz. Die Beamten müssen, soweit sie nicht vertrieben oder geflüchtet sind, nachdem sie ein polnisches Treugelöbnis haben unterschreiben müssen, ihre Dienste unter der Gewalt des polnischen Platzkommandanten und der sogenannten Feldgendarmerie der Aufrührer versehen. Die Beamten der Eisenbahn werden durch schwere Peinigungen und Waffengewalt gezwungen, im Eisenbahnbetrieb der Aufrührer Dienste zu leisten, dabei auch für den Transport von Munition, Waffen und Aufrührern tätig zu sein. Also den Aufruhr geradezu zu unterstützen. Viele Lehrer wurden vertrieben und mißhandelt oder werden für abgesetzt erklärt, wenn sie sich nicht den Weisungen fügen, die polnische Landräte unter Überschreitung der ihnen von der Interalliierten Kommission übertragenen Befugnisse erlassen. Versicherungen über Schonung des Lebens und der Habe haben sich bei frühern Aufständen vielfach als leere Phrasen erwiesen. Den Beamten des Gerichts, der Post, der Finanzen und der unmittelbaren Staatsverwaltung ist die Ausübung ihrer Amtsbefugnisse fast gänzlich unmöglich gemacht. Die Kommunalbeamten sind zwangsweise der von den Insurgenten geschaffenen Obersten Zivilverwaltung unterstellt worden und müssen die Unterlagen für die Rekrutierungsstammrollen beschaffen oder Stammrollen aufstellen und werden dadurch zu landesverräterischen Handlungen genötigt. Jetzt sollen sie sogar bei der Steuerveranlagung im Interesse der Insurgenten mitwirken. Wilde Kreisausschüsse setzen sich an die Stelle der rechtmäßigen. Kreisbeiräte maßen sich unter Überschreitung der ihnen von der Interalliierten Kommission übertragenen Befugnisse die Amtstätigkeit der Landräte an und erlassen eigenmächtig Verfügungen und Anweisungen an die Landgemeinden und Gutsbezirke. Die Postbeamten sind gezwungen, unter Bruch gesetzlicher Bestimmungen zu arbeiten. Eine Reihe von Postbeamten ist verschleppt und wird unter grausamen Peinigungen gefangengehalten. Die sämtlichen Bergbeamten sind durch Androhung schärfster Maßnahmen gezwungen, sich der von den Aufständischen eingerichteten Zwangsverwaltung zu unterstellen. Die Beamten, die unter diesen Verhältnissen ihr Amt noch ausüben, tun dies, mit Ausnahme einiger Abtrünnigen, nicht freiwillig oder aus Gleichgültigkeit, sondern gezwungen durch den ungeheuern Terror der bewaffneten, vor keiner Grausamkeit zurückschreckenden Aufständischen. Ungeheuer ist ihr Seelenkampf. Sie arbeiten als Sklaven der Gewalt, jeder Handlungsfreiheit und des Rechts der freien Meinungsäußerung beraubt und tief gebeugt durch die Schmach, von der Gnade und Willkür gewalttätiger Rebellen abhängig zu sein. Mehr als sechs Wochen warten wir vergeblich auf Hilfe und Erlösung, auf die Erlösung aus den Abgründen beispiellosen Unrechts. Mit erstaunlicher Ruhe, Langmut und Selbstbeherrschung ertrug die Beamtenschaft Oberschlesiens alle Drangsal und Nöte dieser schreckvollen Zeiten. Sie steht am Ende ihrer Kraft und hat wohl das Recht, mit der gesamten friedlichen Bevölkerung des unglücklichen Landes von der Interalliierten Kommission zu fordern, daß nunmehr endlich in Erfüllung der ihr in der Bekanntmachung vom 11. Februar 1920 in feierlicher Form gemachten Zusage Recht und Gesetz wiederhergestellt und die Rechtsbrecher rücksichtslos und gnadenlos bestraft werden.

Die Deutschenhetze in Westpreußen.

✻ **Warschau,** 23. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Am Montagabend kam es in Bromberg erneut zu Ausschreitungen, um nach dem Pogrom von Ostrowo den Bromberger deutschen Bürgern eine Bartholomäusnacht zu bereiten. Der Zweck der Pogrome in den deutschen Städten ist sonnenklar. Durch „administrative Maßnahmen", um die am besten passende russische Terminologie zu gebrauchen, hat man das Deutschtum auf dem Lande mit dem Erfolg bekämpft, daß etwa drei Viertel Millionen Deutscher entwurzelt, zu Bettlern gemacht und über die Grenze gegangen sind. Da dies mit der seit dem Bestehen der Städte als deren Gründer und Entwickler seit einem Jahrtausend mit dem Lande fest verwachsenen städtischen Bevölkerung nicht möglich ist, muß der Terror heran. Ein Privattelegramm des sozialistischen Robotnik sei den Mächten, die auch uns Deutschen den Versailler Vertrag garantiert haben, als Kronzeuge dieser polnischen Extirpationsmethode im Stile von Dschingischan unterbreitet; es lautet: „Bromberg, 21. Juni, abends. Die dauernde Aufhetzung der Massen hat zu Ausschreitungen größten Stils geführt. Der ganze Vorfall trägt den ausgesprochenen Charakter einer Provokation." Eine Agentur ergänzt diese Darstellung dadurch, daß sie die Verhaftung von in Bromberg fremden Provokateuren meldet. Die scharfe Grenzkontrolle schließt es aus, daß diese Provokateure aus Deutschland gekommen sind. Also wird einfach behauptet, man habe bei den Provokateuren russisches Geld gefunden. Diese Ausflucht trägt so deutlich den Stempel der Unglaubwürdigkeit, daß es nicht lohnt, die zahllosen Argumente zu ihrer Entkräftigung anzuführen. Dagegen sei auf die aufreizenden Reden des gerade jetzt in Posen tagenden Kongresses der polnischen Nationalisten als Erreger der chauvinistischen Massen hingewiesen. Dort angefangen, dürfte man bald auf die Spur der Macher der Deutschenhetzen in Posen und Westpreußen kommen.

Freie Stadt Danzig.

Der Völkerbundrat über Danzig.

⊛ **Paris,** 23. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Der Völkerbundrat hat gestern seine Verhandlungen über die Angelegenheiten des Freistaats Danzig fortgesetzt und beschlossen, der polnischen Regierung einen besondern Platz am Weichselufer für die Landung, vorübergehende Lagerung und Weitersendung von Kriegsmaterial nach Polen zuzusprechen. In der Frage der Waffenfabrikation in Danzig hat der Völkerbundrat folgende Entschließung angenommen: „Jede Waffenfabrikation in Danzig muß sofort aufhören. Diese Entscheidung bezieht sich auch auf die Herstellung von Jagdgewehren. Vorstehender Entschluß wird zur Kenntnisnahme auch der Botschafterkonferenz zugehen." Was die Verteidigung des Freistaats Danzig anbelangt, so hat der französische Delegierte Hanotaux gefordert und auch durchgesetzt, daß der Oberkommissar General Haking seinen Bericht hierüber erst nach Hinzuziehung Polens einreicht. Der Völkerbundrat wird dann diesen Bericht zu prüfen haben. Schließlich soll auf französisches Betreiben vom Völkerbundrat, bevor eine Entscheidung in der Angelegenheit erfolgt, noch ein Gutachten der Militärkommission des Völkerbundes eingeholt werden.

○ **Danzig,** 23. Juni. (Telegr.) Der Senat teilt mit, daß der Völkerbundrat gestern beschlossen hat, für die Fachsenatoren eine vierjährige Amtsdauer festzusetzen, die erste Ersatzwahl aber erst nach fünf Jahren stattfinden zu lassen, um während der Übergangsperiode die Danziger Verwaltung keinen Erschütterungen auszusetzen. Der Volkstag wird demnächst über die erforderliche Verfassungsänderung zu beschließen haben.

Aus den besetzten Gebieten.

Neue Ausfuhrzölle.

Verfügung Nr. 12 des leitenden Zollausschusses der Rheinlandkommission besagt: „Der Ausfuhrzoll auf Weine, die aus den besetzten Gebieten kommen und über die neue Zollinie ausgeführt werden, wird in Zukunft nicht mehr gemäß Artikel 4 dieser Verordnung erhoben. Dieser Zoll ist wie folgt festgesetzt worden: Weine in Fässern oder runden Behältern (Tankwagen — rolling tanks), die nicht mehr als 14 v. H. Alkohol enthalten (deutscher Tarif Nr. 181), 12 Mark für 100 Kilogramm, Weine in Flaschen, Schaumwein (deutscher Tarif Nr. 181) 180 Mark für 100 Kilogramm, andre Weine (deutscher Tarif Nr. 181) 100 Mark für 100 Kilogramm.

Ferner besagt Verfügung Nr. 13: Der Ausfuhrzoll auf Leder, welches aus den besetzten Gebieten über die neue Zollinie ausgeführt wird, wird in Zukunft nicht mehr gemäß Artikel 4 dieser Verordnung erhoben. Dieser Zoll ist wie folgt festgesetzt worden: Leder aller Art (aufgeführt unter den Nummern 545, 546, 547, 548, 549, 550, 552 des deutschen Tarifs), ausgenommen das nachstehend erwähnte, 35 Mark für 100 Kilogramm; Leder aller Art von einer Maximalgröße von 15 Zentimeter mal 15 Zentimeter (deutscher Tarif Nr. 547) 15 Mark für 100 Kilogramm; Pantoffel und Hausschuhe (deutscher Tarif Nr. 556, Anmerkung 2) 15 Mark für 100 Kilogramm; alles andre Schuhzeug (deutscher Tarif Nr. 556) 60 Mark für 100 Kilogramm.

✻ **Solingen,** 24. Juni. (Telegr.) Die Solinger Handelskammer nahm in ihrer Vollsitzung eine Entschließung an, die schärfsten Widerspruch gegen die rechtswidrige Aufrechterhaltung der „Sanktionen" erhebt. Es heißt in der Entschließung u. a.: Die Errichtung der Rheinzollgrenze hat für das gesamte Wirtschaftsleben des besetzten Gebiets im allgemeinen und des Solinger Handelskammerbezirks im besondern die schwerstwiegenden Folgen gezeitigt. Industrie und Handel leiden maßlos. Betriebseinstellungen und Arbeiterentlassungen, sowie eine ständig zunehmende Arbeitslosigkeit sind die Folgen. Die Handelskammer fordert die unverzügliche Aufhebung der Rheinzollgrenze und eine Verminderung der zur Durchführung der Zollmaßnahmen verstärkten Besatzung.

Rußland.

⊛ **Paris,** 24. Juni. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Nach einem Kabelgramm der Chicago Tribune aus Washington wird amtlich mitgeteilt, daß bolschewikische Streitkräfte bei Nikolajewsk in Ostsibirien japanische Truppen angegriffen und ernste Zwischenfälle hervorgerufen haben. Die Bolschewiken sollen auch Ochotsk, eine bedeutende Stadt am Ochotskischen Meer, besetzt haben.

DZB **Paris,** 24.

Handelsregister-Eintragungen von Amtsgerichten aus Rheinland und Westfalen usw.

In das Handelsregister A wurde heute bei der Rhenania Verein Chemischer Fabiken Aktiengesellschaft in Aachen eingetragen: Gemäß Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 24. Mai 1921 soll das Grundkapital der Gesellschaft um 44 000 000 Mark durch Ausgabe von 44 000 Stück auf den Inhaber lautenden Aktien im Nennbetage von je 1000 Mark erhöht werden. Die Erhöhung ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt jetzt 85 000 000 Mark. Durch denselben Generalversammlungsbeschluß ist der Gesellschaftsvertrag abgeändert beziehungsweise ergänzt worden und zwar Artikel 7 betreffend die Höhe des Grundkapitals und seine Zerlegung in Aktien entsprechend der vorerwähnten Kapitalerhöhung ferner die Artikel 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 25, 26, 28, 29, 31 und 38. Der Aufsichtsrat hat jetzt mindestens fünf und höchstens zehn Mitglieder. Der Vorstand besteht aus mehrern Mitgliedern Der Bestellung des Vorstandes erfolgt durch Beschluß des Vorsitzenden des Aufsichtsrats und der beiden an Jahren ältesten der übrigen von der Generalversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrates zu notariellem Protokoll. Es können auch stellvertretende Vorstandsmitglieder nach diesen Vorschriften bestellt werden und zwar sofern die Ernennung nur auf einen im voraus bestimmten Zeitraum geschieht, auch aus der Zahl der von der Genealversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrates; im letztern Falle haben sie für die Dauer ihrer Tätigkeit aus dem Aufsichtsrate auszuscheiden. Zur gültigen Zeichnung der Firma der Gesellschaft ist erforderlich die Unterschrift zweier Direktoren beziehungsweise stellvertretender Direktoren oder eines Direktors beziehungsweise eines stellvertretenden Direktors und eines Prokuristen oder zweier Prokuristen, falls diesen Gesamtprokura erteilt ist. Als nicht eingetragen wird bekannt gemacht: Die neuen Aktien werden zum Mindestkurse von 107 Prozent unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts sowohl der Stammaktionäre als auch der Vorzugsaktionäre ausgegeben. Sie sind vom 1. Januar 1921 ab dividendenberechtigt. (6

Aachen, 17. Juni 1921.
Amtsgericht, Abt. 5.

In unser Handelsregister Abt. B unter Nr. 30 ist heute bei der Firma Brühler Kohlen-Vertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung Brühl eingetragen worden: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 25. Mai 1921 sind die Satzungen der Gesellschaft, insoweit sie den Aufsichtsrat betreffen, abgeändert: dieser ist aufgehoben. Die Geschäftsführer bedürfen zur Vornahme der in § 7, Ziffer 5a bis h der Satzungen vom 28. August 1920 aufgeführten Rechtshandlungen nunmehr der Genehmigung der Gesellschafter. (61

Brühl, den 18. Juni 1921.
Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abt. B Nr. 21 zur Firma Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Co., Coesfeld ist heute folgendes eingetragen: Gemäß dem Beschlusse der Generalversammlung vom 7. April 1921 soll das Grundkapital um 49 741 200 M erhöht werden, die beschlossene Erhöhung ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt jetzt 198 964 200 Mark. § 4 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages (Grundkapital) ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 7. April 1921 abgeändert. (75

Coesfeld, 6. Juni 1921.
Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister A Abt. A ist heute eingetragen worden, daß die unter Nr. 152 eingetragene offene Handelsgesellschaft Marx & Wahles, Fabrikation künstlicher Blumen in Billerbeck i. W. aufgelöst ist. Das Geschäft wird unter unveränderter Firma von der frühern Gesellschafterin Frau Richard Marx fortgesetzt. (75

Coesfeld, 10. Juni 1921.
Das Amtsgericht.

Die in unser Handelsregister Abt. A unter Nr. 151 eingetragene Firma Frau Cäthe Ebermann, Roh- und Hüttenprodukte in Coesfeld ist heute von Amts wegen gelöscht worden. (75

Coesfeld, 11. Juni 1921.
Das Amtsgericht.

In das Handelsregister wurde am 15. Juni 1921 bei der Firma Ockenfels & Co. in Düren eingetragen: Theodor Ockenfels jun., Heinrich und Josef Schmitz sind aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig sind die Eheleute Fuhrunternehmer Theodor Ockenfels sen. und Maria geb. Gaertner in Düren als persönlich haftende Gesellschafter eingetreten. Der Uebergang der in dem Betriebe der Gesellschaft begründeten Verbindlichkeiten auf die neuen Gesellschafter ist ausgeschlossen. (91

Amtsgericht Düren.

In das Handelsregister A wurde am 15. Juni 1921 eingetragen die Firma H. Esser & Co. mit dem Sitz in Düren und als deren persönlich haftender Gesellschafter der Kaufmann Hubert Esser in Düren. Kommanditgesellschaft seit 1. Juni 1921 mit einer Kommanditistin. Dem Kaufmann Max Reppingen in Düren ist Einzelprokura erteilt. (91

Amtsgericht Düren.

In das Handelsregister wurde am 15. Juni 1921 bei der Firma Buchhandlung Felix Jonnke in Düren eingetragen. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Eduard Febers ist alleiniger Inhaber der Firma. (91

Amtsgericht Düren.

In das Handelsregister A wurden am 17. Juni 1921 eingetragen Nr. 6461 die Firma Vogtländischer Gardinen-Vertrieb Josef Frenkel, Sitz: Düsseldorf, Hohestr. 16. Inhaber: Kaufmann Josef Frenkel, hier:

Nr. 6462 die Firma Johannes Heinze, Sitz: Düsseldorf, Tiergartenstraße 1a. Inhaber: Kaufmann Johannes Heinze, hier:

Nr. 6463 die Firma Maschinenfabrik Wilhelm Heinen. Sitz: Düsseldorf, Jülicher Straße 14. Inhaber: Ingenieur Wilhelm Heinen, hier:

Nr. 6464 die Kommanditgesellschaft in Firma Möbelhaus Foerster, Kommanditgesellschaft. Sitz: Düsseldorf, Jahnstraße 70. Persönlich haftender Gesellschafter: Ernst Foerster, Schreinermeister, hier, daneben ein Kommanditist Beginn der Gesellschaft: 15. April 1921. Der Ehefrau Ernst Foerster, Amalie geb. Hilgers, in Düsseldorf ist Einzelprokura erteilt.

Nachgetragen wurde bei Nr. 1811 Gebr. Tapken, hier: Der Firmeninhaber Ernst Haupt ist am 14. Juli 1918 gestorben. Das Geschäft ist durch Erbgang auf Witwe Ernst Haupt, Anna geb. Stelting, Geschäftsinhaberin in Düsseldorf übergegangen, die es unter bisheriger Firma fortführt. Ihre Prokura ist erloschen:

bei Nr. 3358 Ferdinand Flinsch, hier: Die Prokura des Paul Block ist erloschen:

bei Nr. 5302 Dalhort de Vries, hier: Die Prokura des Benno Levy ist erloschen:

bei Nr. 6022 Wilhelm Behrens, hier: Dem Hellmuth Gruhl in Düsseldorf ist Einzelprokura erteilt:

bei Nr. 6408 Willy Saklikower Film-Verlag, hier: Die Firma ist erloschen. Das Geschäft ist an den Kaufmann Alexander Saklikower in Düsseldorf veräußert, der es unter der Firma Alexander Saklikower Film-Verlag fortführt. Diese Firma ist unter Nr. 6460 neu eingetragen:

bei Nr. 5737 Ernst Kalkoffen & Co., hier: Die offene Handelsgesellschaft ist mit Wirkung vom 30. April 1921 aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Ernst Kalkoffen ist alleiniger Inhaber der Firma. (99

Amtsgericht Düsseldorf.

In das Handelsregister A B wurde am 8. Juni 1921 eingetragen: Nr. 2192 die Aktiengesellschaft in Firma Selve-Aktiengesellschaft, mit dem Sitz der Hauptniederlassung in Einsal bei Altena und einer Zweigniederlassung in Düsseldorf unter der Firma Braun & Bloem Zweigniederlassung der Selve-Aktiengesellschaft. Gegenstand des Unternehmens ist: a) die Herstellung von Metallwaren aller Art aus Eisen, Stahl, Aluminium, Kupfer, Nickel, Neusilber, Tombak, Bronze und dergleichen in Walzwerken, Draht-, Stangen- und Rohrzieherein, Gießereien und Schmieden; b) die Fabrikation von Sprengkapseln, Zündhütchen, Jagd- und Metallpatronen, Sprengungshütchen und ähnlichen Erzeugnissen; c) der Bau von Motoren und Automobilen; d) die Vornahme aller Geschäfte, welche sich in irgendeiner Weise auf diese und verwandte Herstellungen beziehen; e) die Beteiligung an gleichen und ähnlichen Unternehmungen. Das Grunkapital beträgt 16 000 000 M. Vorstand sind der Generaldirektor Kommerzienrat Wilhelm Asthoff und der Generaldirektor Dr. h. c. Walther v. Selve, beide zu Altena. Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. März 1921 festgestellt. Alle Erklärungen, welche die Gesellschaft verpflichten sollen, müssen, wenn der Vorstand nur aus einer Person besteht, von dieser oder von zwei Prokuristen der Gesellschaft, wenn der Vorstand aus mehrern Personen besteht und der Aufsichtsrat nicht einzelnen von ihnen die Befugnis erteilt, die Gesellschaft allein zu vertreten, von zwei Vorstandsmitgliedern oder von einem Vorstandsmitglied und einem Prokuristen oder von zwei Prokuristen der Gesellschaft gemeinschaftlich abgegeben werden. Die beiden zeitigen Vorstandsmitglieder sind berechtigt, ein jeder für sich allein die Gesellschaft zu vertreten und die Firma zu zeichnen. Außerdem wird folgendes hervorgehoben: Der Vorstand wird durch die Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu gerichtlichem oder notariellem Protokoll ernannt; er besteht aus zwei oder mehrern Personen; der erste Vorstand ist durch den Gesellschaftsvertrag bestellt. Die Generalversammlungen werden durch öffentliche Bekanntmachung mit einer Einladungsfrist von 20 Tagen berufen. Die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen durch den Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger. Die Bekanntmachungen sollen in derselben Weise unterzeichnet werden, welche für Zeichnung der Firma der Gesellschaft vorgeschrieben ist. Bekanntmachungen des Aufsichtsrats erfolgen unter der Firma der Gesellschaft mit der Bezeichnung „Der Aufsichtsrat" und der Unterschrift des Vorsitzenden desselben oder seines Stellvertreters. Das Grundkapital der Gesellschaft ist in Aktien über je 1000 M. zerlegt, die auf den Inhaber lauten und zum Nennwert ausgegeben werden. Auf das Grundkapital sind folgende Sacheinlagen gemacht: d. von Frau Geheimer Kommerzienrat Gustav Selve, Marie geb. Fischer in Bonn, die Grundstücke mit aufstehenden Gebäuden, eingetragen im Grundbuch von Altena Band 8, Artikel 106, 107, 108, 114, Band 12, Artikel 17, Band 1, Artikel 26, Band E, Blatt 31, Band 21, Blatt 267, von Bürrig Band 8, Artikel 384, Band 16, Blatt 680, im Werte von 3 756 000 M.; 2. von der Firma Basse & Selve, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Altena, Rohstoffe und Erzeugnisse nach dem Stande der Bilanz vom 31. Dezember 1920 im Werte von 6 539 000 M. mit der Maßgabe, daß der Betrieb und die laufenden Geschäfte der Gesellschaft nebst allen Rechten und Pflichten mit Gewinn und Verlust und Wirkung ab 1. Januar 1921 auf die Aktiengesellschaft übergehen; 3. von der Firma Metallwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Bürenstein, Rohstoffe und Erzeugnisse nach dem Stande der Bilanz vom 30. Juni 1920 im Werte von 1 242 000 M. mit der Maßgabe, daß der Betrieb und die laufenden Geschäfte wie bei Ziffer 2, jedoch ab 1. Juli 1920, übergehen; 4. von der Firma Basse & Fischer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Lüdenscheid, Rohstoffe und Erzeugnisse nach dem Stande der Bilanz vom 30. Juni 1920 im Werte von 2 341 000 M. mit der Maßgabe, daß der Betrieb und die laufenden Geschäfte wie bei Ziffer 3 übergehen; 5. von der Firma Rheinische Sprengkapsel- und Zündhütchenfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Kübperster, Rohstoffe und Erzeugnisse nach dem Stande der Bilanz vom 30. Juni 1920 im Werte von 146 000 M. mit der Maßgabe, daß der Betrieb und die laufenden Geschäfte wie bei Ziffer 3 übergehen, außerdem ein Grundstück in Köln (Kriel, Flur 63, Nr. 6409/4) im Werte von 79 000 M; 6. von der Firma Braun & Bloem, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Düsseldorf, Rohstoffe, Erzeugnisse und Werksanlagen nach dem Stande der Bilanz vom 30. Juni 1920 im Werte von 997 000 Mark mit der Maßgabe, daß der Betrieb und die laufenden Geschäfte wie bei Ziffer 3 übergehen; 7. von der offenen Handelsgesellschaft Selve & Co. zu Altena Stammanteile der Selve-Automobilwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Hameln, im Nennbetrage von 849 000 M zum Werte von 100 000 M. Den Einlegern werden für ihre voraufgeführten Sacheinlagen entsprechend den angenommenen Werten insgesamt 15 000 Stück als vollbezahlt geltende Aktien der neuen Aktiengesellschaft zum Nennwerte von 15 000 000 M gewährt. Gründer der Gesellschaft sind die vorstehend unter Nr. 1 bis mit 7 Aufgeführten, außerdem 8. Frau Dr. h. c. Walther v. Selve, Else Lydia, geb. Wieland, zu Altena; 9. Geheimer Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. Philipp Wieland zu Ulm a. d. Donau; 10. Geheimer Kommerzienrat Rudolf Hammerschmidt zu Bonn; 11. Rechtsanwalt Justizrat Dr. Abs zu Bonn; 12. Kommerzienrat Wilhelm Ashoff zu Altena. Diese 12 Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Die neu errichtete Aktiengesellschaft hat von Frau Geheimer Kommerzienrat Gustav Selve folgende Grundstücke mit aufstehenden Gebäuden, eingetragen im Grundbuch von Werdohl Band 3, Artikel 40, von Lüdenscheid Band 27, Artikel 26, von Hemer Band 12, Artikel 747, von Perver Band 7, Artikel 37, Band 3, Blatt 14, Band 11, Blatt 69, von Cheins Band 3, Artikel 16, 17, von Altena Band 8, Artikel 140, von Villingen Band 42, Heft 31, von Perver Band 12, Blatt 94, von Werdohl Band 13, Blatt 214, von Hemer Band 20, Blatt 1173, von Lüdenscheid Band 14, Artikel 1, Band 54, Blatt 1129, von Perver Band 13, Blatt 100, zum Kaufpreise von 1 705 000 M. ferner die nachbezeichneten Werksanlagen und Maschinen: a) Maschinen (Wert 1 289 072,32 M), b) Wasserleitung (Wert 30 552,90 M), c) Telegraph und Telephon (Wert 216,15 M), d) Feuerwehr (Wert 279,05 M), e) Seilbahn (Wert 6448,65 M), f) Fuhrwerk (Wert 251 401 M), g) Brücke und Wegebau (Wert 6881,79 M), h) elektr. Licht- und Kraftanlage (Wert 326 410,59 M), i) Metallogr. Laboratorium (Wert 3157,85 M), k) Werkzeuge und Geräte (Wert 300 443,02 M), l) Mobilien (Wert 84 129,39 M), m) Grubenanlagen (Wert 1 M). — Gesamtwert 1 998 033,51 M. — zum Kaufpreise von 1 998 000 M, insgesamt für 3 701 000 M übernommen. Der Aufsichtsrat besteht aus den vorstehend bei den Gründern unter Nr. 1, 8, 9, 10 und 11 aufgeführten Personen. Den Direktren Albert Düsterloh, Wilhelm Trappe und Dr. Franz Horster, sämtlich zu Altena, ist Gesamtprokura in der Weise erteilt, daß je zwei von ihnen gemeinschaftlich zur Vertretung der Aktiengesellschaft berechtigt sind. Für den Betrieb der Zweigniederlassung Düsseldorf ist dem Direktor Edmund Caesar Czarnikow in Cöln und den Kaufleuten Heinrich Habbes, Wilhelm Finthammer und Alfred Dach, alle zu Düsseldorf, Gesamtprokura in der Weise erteilt, daß je zwei von ihnen gemeinschaftlich zur Vertretung der Zweigniederlassung Düsseldorf berechtigt sind. (99

Amtsgericht Düsseldorf.

Im Handelsregister A 1186 wurde am 13. Juni 1921 die Firma Julius Krümling, Zweigniederlassung in Duisburg-Ruhrort, Hauptniederlassung in Magdeburg eingetragen. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 10. September 1914 begonnen. Dem Kaufmann Hans Siebert in Magdeburg ist Einzelprokura erteilt. Den Kaufleuten Karl Rabach in Magdeburg, Karl Fischer in Hamburg, Ernst Tents in Stettin, Gustav Lücke in Berlin, Paul Ebel in Breslau, Otto Brauer in Danzig und Richard Täger in Hannover ist derart Gesamtprokura erteilt, daß sie je zu zweien gemeinschaftlich zur Vertretung der Gesellschaft befugt sind. Gesellschafter sind die Kaufleute Max Krümling und Max Azzalino, beide in Magdeburg. (128

Amtsgericht Duisburg-Ruhrort.

In unser Handelsregister A Abt. B ist heute unter Nr. 25 die Firma Contor feuerfester Materialien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Vallendar eingetragen worden Gegenstand des Unternehmens: Ankauf und Verkauf von feuerfesten Materialien. Stammkapital: 20 000 M. Geschäftsführer: Kaufmann Nikolaus Steinebach in Vallendar. Der Gesellschaftsvertrag ist am 9. Juni 1920 festgestellt. (139

Ehrenbreitstein,
den 17. Juni 1921.
Amtsgericht.

In unser Handelsregister A ist eingetragen:

Abteilung A

am 14. Juni 1921: bei Nr. 357, offene Handelsgesellschaft Schmacke & Kumpmann zu Hagen: Den Kaufleuten Emil. Paul u. Karl Brink, beide zu Hagen ist Gesamtprokura erteilt.

am 15. Juni 1921 bei Nr. 299 Firma Rosenberg & Co. zu Hagen mit Zweigniederlassung in Dortmund: Der Kaufmann Karl Magnus zu Hagen ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die durch seinen Eintritt begründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1921 begonnen. Die der Ehefrau Kaufmann Louis Rosenberg, Minchen geb. Rosenbaum zu Hagen bisher erteilte Prokura ist von der offenen Handelsgesellschaft von neuem erteilt;

am 18. Juni 1921 bei Nr. 1013 Westdeutsche Draht- & Kabel-Industrie, Inhaber Wilhelm Gleichmann zu Hagen: Der Sitz der Firma ist nach Düsseldorf verlegt;

bei Nr. 1081 offene Handelsgesellschaft Automobil-Centrale Franz Cremer zu Hagen: Die Firma ist geändert in Opel-Automobil-Verkauf Franz Cremer & Co. Hagen.

Abteilung B

am 18. Juni 1921 unter Nr. 323 die Firma: Hackenberg & Bäumer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Hagen. Gegenstand: Handelsgeschäfte aller Art, insbesondere Agentur- und Kommissionsgeschäfte. Stammkapital 20 000 Mark. Gesellschaftsvertrag vom 1. Juni 1921. Geschäftsführer: Kaufmann Wilhelm Bäumer, Siegen u. Kaufmann Ernst Hackenberg jr. zu Hagen. Jeder Geschäftsführer ist zur Vertretung berechtigt. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger;

unter Nr. 321 die Firma: L. Bals & Co. Metall- und Erzverwertungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Hagen. Gegenstand: Handel mit Metallen und Metallwaren u. Mutung von Erzen sowie aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Stammkapital: 30 000 Mk. Gesellschaftsvertrag vom 31. Mai 1921. Geschäftsführer: Kaufmann Ludwig Bals in Hagen und Kaufmann Karl Sattler zu Crefeld. Die Geschäftsführer Bals & Sattler sind jeder für sich zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Werden andere Geschäftsführer bestellt, so erfolgt die Vertretung durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer u. einen Prokuristen. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger.

unter Nr. 322 die Firma Sensen-Verkaufsstelle, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Hagen. Gegenstand: Verkauf und Lieferung von Sensen, Sichten, Strohmessern und Zubehör und aller damit direkt oder indirekt in Verbindung stehenden Geschäfte. Stammkapital 20 000 M. Gesellschaftsvertrag vom 16. November 1920. Die Dauer der Gesellschaft ist auf 10 Jahre festgesetzt. Erfolgt mindestens ein Jahr vor Ablauf des Geschäftsjahres von keiner Seite Kündigung, so ist die Dauer der Gesellschaft jeweils weiter um fünf Jahre verlängert. Geschäftsführer: Handelskammersekretär Dr. Ernst Voye u. Direktor Julius Fischer, beide zu Hagen. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. (204

Das Amtsgericht
Hagen (Westf.)

In unser Handelsregister B Nr. 65 ist bei der Firma Gebrüder Halemeyer, Schokoladen- & Zuckerwarenfabrik, G. m. b. H. in Herford heute folgendes eingetragen worden: Der Sitz der Gesellschaft ist nach Hiddenhausen verlegt.

Herford, 14. Juni 1921. (229

Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister A ist am 16. Juni 1921 eingetragen worden, daß die unter Nr. 184 eingetragene offene Handelsgesellschaft in Firma Risse & Wilke in Hohenlimburg aufgelöst ist. Das Geschäft wird unter unveränderter Firma von dem frühern Gesellschafter Kaufmann Wilhelm Wilke von hier fortgeführt. (233

Amtsgericht Hohenlimburg.

In das Handelsregister A Nr. 225 wurde heute die Firma: Schmitz-Proff, Pet. Komp. Nachf. Eisenwarenhandlung u. Schlosserei mit dem Sitze in Oberdollendorf eingetragen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: a) Johann Proff, Eisenwarenhändler in Oberdollendorf, b) Ludwig Schmitz, Schlossermeister in Oberdollendorf. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Juni 1921 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist jeder Gesellschafter ermächtigt.

Königswinter, (272
den 18. Juni 1921.
Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abt. B Nr. 1 ist heute bei der Firma Westfälische Holzschraubenfabrik Gerdes & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Schwelm folgendes eingetragen: Dem Dipl.-Ingenieur Dr. Walter Giesen in Schwelm ist derart Gesamtprokura erteilt, daß er berechtigt ist die Firma in Gemeinschaft mit einem andern Prokuristen zu vertreten. Die dem Kaufmann Wilhelm Karhausen in Schwelm erteilte Gesamtprokura ist erloschen. (421

Schwelm, 15. Juni 1921.
Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abteilung A Nr. 417 ist heute zu der offenen Handelsgesellschaft Haarmann & Kathagen in Schwelm folgendes eingetragen: Der Witwe Carl Bröking, Lina geb. Lumbeck und dem Kaufmann Caspar Steinbrink, beide in Schwelm, sind derart Gesamtprokura erteilt, daß ein jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem andern Prokuristen zur Vertretung der Firma berechtigt ist. (420

Schwelm, 15. Juni 1921.
Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abteilung A Nr. 21 ist heute zu der Firma Wilhelm Hermes in Nächstebreck folgendes eingetragen: Dem Ingenieur Otto Hermes in Barmen-Wichl. ist Prokura erteilt. Die dem Oberingenieur Heinrich Lieb in Barmen-Wichl. erteilte Prokura ist erloschen.

Schwelm, 15. Juni 1921.
Das Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abt. A Nr. 656 ist heute zu der Einzelfirma Otto Bordt & Co. in Gevelsberg folgendes eingetragen: Der Sitz der Firma ist nach Frankfurt a. M. verlegt. (421

Schwelm, 15. Juni 1921.
Das Amtsgericht.

BANKEN UND BANKIERS

Bank für Handel und Industrie
(Darmstädter Bank)
Aktien-Kapital u. Reserven 270 Millionen Mark
BERLIN BHJ DARMSTADT
Niederlassungen an etwa 150 Plätzen Deutschlands
Filiale KÖLN a. Rh.
Unter Fettenhennen Nr. 19
Aachen Barmen Bielefeld Bingen Bonn
Crefeld Dortmund Duisburg Düsseldorf
Dülken Elberfeld Essen-Ruhr Iserlohn
Mainz M.-Gladbach Rheydt
Trier Wald Wiesbaden
Uerdingen Kempen (Rhein)

Zimmermann & Forshay
Bankiers
Mitglieder der New York Stock Exchange
Gegründet 1872
New York 170 Broadway New York
Ausführung von Börsenaufträgen in
:: Aktien und Obligationen ::
Schecks und Kabelauszahlungen
Depositen auf kurze und lange Termine
Spezialisten in internationalen Werten.

G. F. GROHÉ-HENRICH & Co
Frankfurt am Main, Taunus-Anlage 15
Telephone: Taunus 1620—26 Postscheck-Konto: Nr. 47521.
G. F. Grohé-Henrich & Co. Saarbrücken I — Telephone: 4, 343, 414, 106, 147, 1197, 1335 — Postscheck-Konto: Köln 235, Frankfurt 25326.
G. F. Grohé-Henrich Neustadt a. d. Haardt — Telephone: 74, 343, 344 — Postscheck-Konto: Ludwigshafen Nr. 61, Karlsruhe Nr. 19030.
Filiale: Saarbrücken 3 Kaiserstraße — Telephone: Nr. 1152 und 3044 — Postscheck-Konto: Ludwigshafen a. Rh. Nr. 3562.
G. F. Grohé-Henrich & Co. Filiale Homburg (Saargebiet) — Telephon: 92 und 93 — Postscheck-Konto: Ludwigshafen 8506
G. F. GROHÉ-HENRICH & CO. Filiale: Neunkirchen a. d. Saar. Telephon 539. Postscheck-Konto: Köln 99386.
Telegramm-Adressen: Grohehenrich.
Individuelle Bedienung in Effekten und Devisen.
Konto-Korrent-Verkehr.
Annahme von Depositen-Geldern.

ROTTERDAMSCHE BANKVEREENIGING
Gegründet 1863
ROTTERDAM / AMSTERDAM / 's-GRAVENHAGE
Kapital . . . 75000000,— fl.
Reserven . . 35000000,— fl.
Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte.
Eröffnung von Rechnungen in fremder Währung.
Vertreten durch:
A. W. Wätjen & L. Lichtenstädter, Berlin W 8, Mohrenstr. 54-55.

Alfred Fester & Co., Bankgeschäft
Düsseldorf, Königsplatz 28/29.
Fernsprecher 439, 5642, 5143, 19075, 19323 sowie Fernleitungen 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92. Telegr.-Adr.: Bankfester.
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte.
Besondere Abteilung für den An- u. Verkauf von Kuxen, Aktien u. Obligationen.
Devisen-Abteilung — Stahlkammer
Ständige Vertretung an den Börsen Düsseldorf und Essen.

Allgemeine Elsässische Bankgesellschaft
Société Générale Alsacienne de Banque. Hauptsitz in Straßburg i. Els.
Volleinbezahltes Kapital u. Reserven 120 000 000.— Frcs.
Filialen in
Frankfurt a. M., Idar a. d. Nahe, Kehl, Köln, Ludwigshafen, Mainz, Oberstein, Saarbrücken sowie 28 Fil. in Elsass-Lothringen u. Luxemburg.
Akkreditiv-, Dokumenten- und Devisen-Abteilung
Ausführung aller andern bankmäßigen Geschäfte.

SCHWEIZERISCHER BANKVEREIN
Gegründet 1872
Aktienkapital Frcs. 120000000
Reserven .... „ 33000000
Basel
Zürich, St. Gallen, Genf, Lausanne, La Chaux-de-Fonds
Neuchâtel, Schaffhausen, London
Biel, Chiasso, Herisau, Le Locle, Nyon,
Aigle, Morges, Rorschach, Vallorbe.
BESORGUNG VON BANKGESCHÄFTEN JEDER ART.

BANKHAUS STAAL & Co.
Lange Houtstraat 8, Den Haag, Holland.
Depeschen-Anschrift: „Accolade-Haag". Fernsprecher: Ortsverkehr: Haag 7364, 7365, 7366. Fernverkehr und direkte Verbindung mit der Haagschen Börse „LL".
Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte.
Ausführung von Effektenaufträgen an in- und ausländischen Börsen. Annahme von Depositengeldern. Vermögensverwaltungen. Ein- und Verkauf von Valuten, Devisen und Wechseln. Eröffnung von provisionsfreien Konto-Korrent- und Scheckrechnungen usw.

Westbank-Aktiengesellschaft Frankfurt am Main, Beckenheimer Landstraße 8
Telegramm-Adresse: Wagbank. Fernsprechanschlüsse: Stadtgespräche: Taunus 1810-1811. Ferngespräche: Taunus 2970-2973. Devisenabteilung nur unter Taunus 2970-2973.
Vertretung im Rheinland: Schumacher & Daelen, Düsseldorf und Essen, Bankvertretungen.
Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte im In- und Ausland.

GREUELL & Cie.
Bankgeschäft
Alter Markt 24. Köln Fernspr. A 8016
Postscheckkonto Nr. 33703 Reichsbank-Girokonto
An- und Verkauf von Wertpapieren
Banknoten u. Schecks auf fremde Plätze
Annahme von Depositen
Ausführung von Bankgeschäften jeder Art.

INCASSO-BANK AMSTERDAM
Niederlassungen:
Rotterdam — Almelo — Arnheim — Cuyk a. d. Maas
Delft — Dortrecht — Enschede — Gulpen — Haag
Herzogenbusch — Hilversum — Leeuwarden — Maastricht
Nykerk — Tilburg — Uden — Utrecht — Wormerveer
Wyk by Duurstede — Zaandam
Gegründet 1861
Volleingezahltes Kapital 25 000 000.— Gulden
Reserve 5 011 700.— Gulden
INKASSO UND DISKONTO

BANK-ASSOCIATIE
Wertheim & Gompertz, 1834 en Credietvereeniging 1853
AMSTERDAM
30 Filialen in Holland
Kapital u. Reserven ca.: 20 Million. Gulden
Alle BANKGESCHÄFTE

KREDITNA BANKA
(Kreditbank)
Hauptsitz in Sofia, Zweigniederlass. in Rustschuk u. Varna
Telegramm-Adresse: Kreditbank
Aktien-Kapital: Lewa 10 000 000.—
Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte
Spez.-Abteilung für Inkassi auf Bulgarien.

Bankgeschäft Gebrüder Lismann
FRANKFURT A.M.
GOETHESTR. 4
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte
Telegr.: Oebilis Lismanbank Fernsprecher: Ortsverkehr: Hansa 9270—9273 Fernverkehr: Hansa 9263—9265
148

Bankhaus Roman, Stern & Co.
K.-G.
Köln, Gereonstraße 42 Fernruf A 920, A 6350 Telegramm-Adr.: Romanbank
594

Sofort beziehbar, Einfam.-Haus
7 Zimmer u. viele Nebenräume, idyll. Lage. Obstreich. Ziер-, Gemüse- und Kleintiergarten. Anzahlg. 100 000 M. (404
G. Kögler, Boppard.

Wohnhaus mit kleiner Wasserkraft
200 qm Fabrikräumen in Hessen-Nassau preisw. zu verkaufen. Angeb. u. F W P 106 bef. Rud. Mosse, Frankfurt a. M. (*43

Erwerbsgut
60 km v. Königsberg, Pr., selbst. Rttgt., 1700 Morg. Gebdegut., reichl. tot. und lebd. Inv., Herdbuchherde, lange l. e. Hand. h. Selbstkf. Ford. 2½ Million. Ang. u. X A 3195 a. d. Exp. (9

Prachtecke
Neubau, Ia Lage Berlin W, in welch. vorbeh. 6 d. W **20 Zimmer frei** werden, sehr preiswert zu verkauf. Reichenbach-Co., Berlin, Zimmerstr. 8/4. (*47

Schönes Landhaus
in bestem Zust., direkt bei Bonn, schöne, freie Lage, 12 R., Gas, Wasser, Elektr., Zentralheiz., zirka 15 Ar Obstgarten, wegzugshalber zu verkaufen. Preis 200 Mille. Nur ernsthafte Selbstreflekt. erbet. Ang. u. R 648 an Ann.-Exped. Rosiefsky, Bonn. (404

Ich verkaufe meinen schönen Hof
v. 160 Morg. m. gut Invent. Näh. d. Gebr. Berberich, Hamburg, Gr. Bleichen 16

Ich beabsichtige mich mit vorläufig
50000 M.
an gut. Unternehmen tätig zu beteiligen. 2—3 Bureauräume mit Telephon usw. könnten zur Verf. gestellt werden. Angeb. u. H 487 an d. Ann.-Exp. D. Schürmann, Düsseldorf. (472

Herr, 24 J., evgl., Sohn eines gutgeh. Betriebs in Südbaden, wünscht Bekanntschaft zwecks Heirat mit unbescholt. Dame mit gut. Char. u. weich. Gemüt, Erf. in Haushltg., gut verm., v. 20—23 J., Rheinl. erb. den Vorzug. Ernstgem. Bew. unt. Angabe ihrer Tätgk., evtl. Verm.-Verh. bebst. Lichtb., woll. s. bitte u. Z V 3261 an d. Exp. d. Bl. wend. Str. Diskret. zuges. u. verlangt. (9r

Möbel-Fabrik
(Pfalzstadt, bes. Geb. gel.) neu renov., pr. einger. für bessere Möbel aller Art zurzeit speziell Bureau-Möbel, tadellos eingericht. etwa 660 qm groß, zweist. Fabrikgebäude mit gr. Maschinensaal u. 5 hellen Arbeitsräumen, mit 14 Holzbearb.-Maschin. teils ganz neu 22 Hobelbänken, t. neu, alle kompl. mit sämtl. Werkzeugen ausgestattet reichl. Ersatzwerkzeuge 1 kpl. Furnier-Einricht. mit 6 neuen Furnierböck. 1 neue Bureau-Einricht mit Schreibm., erstkl. u. pr. Kassenschrank usw. 1 neu aufgebautes, mod.

Wohnhaus
8 Räume und Badezimmer (sofort beziehbar) ist per sofort bzw. 1. August äußerst preiswert

zu verkaufen
evtl. auch günstig (149

zu verpachten.
Aeußerst tüchtiger Werkmeister und prima Arbeiterstimmen vorh. Ang. u. B C 3283 an die Exp. d. Bl.

Hotel-Restaurant
gutgehend, sofort beziehb. mit neu einger. Fremdenzimmern preiswert zu verkaufen. Näheres Hotel Vater Rhein Honnef, Rhein (unbes. Gebiet). (9r

Ich suche
für meine Schwägerin, 50 J., sehr junge Erscheinung, ohne deren Wissen einen
Lebensgefährten.
M., Schw. besitzt außer gr. Erfahr. im Hauswesen sehr viel Herzensbildung und würde sich nur a. d. Seite eines durchaus charakterv. Herrn glücklich fühlen.
Herren, deren Position eine von kl. Alltagssorgen freie Lebensgemeinschaft bietet, belieben sich zwecks Klarlegung d. Verhältn. m. mir u. E 852 d. die Anz.-Ann. J. F. Houben, Krefeld, in Verbind. zu setzen. (288

Detektivbüro 0/9
Auskunftei